C 21734 D



8. März: INTERNATIONALER FRAUENTAG / S. 25

Arbeiterkampf

Jg.6 Nr.75 1.3.76 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Knast ist Mord!

UNZENSIERTE ERKLÄRUNG der durch die Knastzustände in den Tod getriebenen Gefangenen von Santa Fu

Durch unsere Protestaktion (Freitod durch Erhängen) wollen wir auf die Mißstände in der Fuhlsbütteler Anstalt II aufmerksam machen.

Wir protestieren gegen:

1. Die Maßnahmen des Strafvollzugsamtes, den Vollzug in diesem Hause rückläufig zu gestalten.
2. Das Verhalten von einigen Bediensteten, die durch ihre eigenmächtigen Handlungen die Insassen dieses Hauses schikanieren und provozieren. Insbesondere sind dies: Petzold, van Raden, Neiß, Ording, Borgemehl, Damerau, Piel, Krämer, Rettinger, Lüdecke, sowie der gesamten Sicherheitsgruppe.
3. Die Unterstüzung von Denunzianten seitens der Sicherheitsgruppe und der Anstaltsleitung.
4. Den viel zu niedrigen Verpflegungssatz, der nicht einmal dazu ausreicht, einen Hund zu ernähren.
5. Die willkürliche Aussprechung von Hausstrafen, insbesondere der Urlaubssperren.
6. Das nicht angewandte Gleichheitsprinzip bei der Bearbeitung von Anträgen der einzelnen Gefangenen.

Wir fordern:

1. Mitsprache und Mitbestimmungsrecht der Gefangenenvertretung.
2. Die Ablösung der Abteilungsleiter Lüdecke und Rettinger.
3. Die Ablösung der Bediensteten: van Raden, Petzold, Borgemehl, Neiß, Ording, Krämer, Damerau, Springer, Schludt, Dabelstein, Schmidt, Piel.
4. Daß die Anstaltsleitung die Kompetenzen wieder zurückerhält, die ihr nach dem Fall Ackermann entrissen wurden.
5. Verbesserte ärztliche Betreuung.
6. Unterstützung der Arbeitslosen.
7. Abschaffung der Briefzensur.
8. Bessere Betreuung durch Psychologen und Sozialarbeiter.
9. Zulassung von Fernsehgeräten für die einzelnen Gefangenen.

Wir wollen durch unsere Aktion erreichen, daß die Machenschaften von den reaktionären Kräften in diesem Hause ein Ende bereitet wird. Außerdem wird es Zeit, daß die Insassen dieses Hauses endlich einmal aus ihrer Lethargie aufgeweckt werden und sich nicht noch mehr von ihren Rechten nehmen lassen, die ihnen 1972 zugesichert wurden.

Heinz-Detlef Krieger
Hans Rohrmoser.

Schluß mit der Ausländerhetze!

Weitere 900.000 der insgesamt 2,1 Mio. ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die derzeit in der Bundesrepublik arbeiten, sollen in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden – das „sieht ein Gesetzesplan der CDU/CSU-Länder im Bundesrat vor" („Bild", 28.1.). Würden diese Vorstellungen Gesetz – und der Ausschuß der Länderarbeitsminister ist beauftragt, hierfür „bis Ende dieses Jahres ein Gesamtkonzept vorzulegen" („Spiegel", 23.2.) – so wären davon „zur Zeit 556.000 Türken, 430.000 Jugoslawen, 205.000 Griechen, 130.400 Spanier und 72.000 Portugiesen betroffen" („Bild", 28.2.).

Dieser infame Plan, der abermals hunderttausende von Arbeiterfamilien ins Elend und in ein ungewisses Schicksal zurückstoßen würde, geht bezeichnenderweise auf den Alt-Nazi und derzeitigen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger, zurück!

In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" (vom 23.2.) rechtfertigt Filbinger seine Vorstellungen damit, *„daß ausländische Arbeitskräfte immer größere Folgelasten mit sich bringen"* (!) und „daß der volkswirtschaftliche Nutzen aus der Ausländerbeschäftigung nicht mehr positiv ist" (!!!).

Mit einem Zynismus, wie er nur Faschisten eigen ist, läßt Filbinger heraus, daß *„die Wirtschaft ... diese Leute* (gemeint sind die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, Anm. d. Red.) *v e r w e n d e t* (hat)" *um „Sozialprodukt zu erwirtschaften"* – daß aber *„in Zukunft ... die deutsche Volkswirtschaft sich so viele Gastarbeiter nicht mehr leisten* (kann)".

Filbinger, der im „Tausendjährigen Reich" ja schon einmal in leitender Funktion einem Regime gedient hat, das Millionen von ausländischen Arbeitern zwangsweise verschleppt, bis auf's Blut ausgebeutet und zugrunde gerichtet hat, stellt die demagogische Behauptung auf, daß mit der Abschiebung von 900.000 „Gastarbeitern" in der BRD das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen sei.

Daß das eine Zwecklüge ist, beweist allein die Tatsache, daß die Zahl der ausländischen Arbeiter in der BRD von Juni 1974 bis Juni 1975 um fast 300.000 zurückgegangen ist – während die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum nicht etwa sank, sondern s t i e g !

Filbinger und die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben denn auch tatsächlich nur einen bestimmten Sektor von Arbeitsplätzen im Auge, aus dem sie Ausländer verdrängen und Westdeutsche hineinstecken wollen. Nach Filbingers Worten geht es um die *„schweren und ungeliebten Arbeiten", die „weniger begehrten Dienstleistungsarbeiten"*, die *„freigemacht" werden sollen, „für unsere jungen Leute (!), die sonst auf der Straße liegen müßten".*

Hier entlarvt sich das ganze Konzept: Die hohe Zahl von arbeitslosen Jugendlichen (derzeit über 200.000!!!), die durch die systematische Lehrstellenverknappung der Kapitalisten und die rigorose staatliche „Sparpolitik" im gesamten Bildungswesen entstanden ist, soll nicht etwa dadurch „abgebaut" werden, daß ausreichend viele und qualifizierte Ausbildungsplätze geschaffen und mehr Mittel zum Ausbau von Schulen und Hochschulen bereitgestellt werden – sondern der „unbewältigte Rest ... der nichts gelernt hat und nicht bereit ist, sich ausbilden zu lassen" (so bezeichnet Filbinger die arbeitslosen Jugendlichen!!!), soll gezwungen werden, Arbeiten zu übernehmen, die schlecht bezahlt, schwer und/oder schmutzig sind: also Arbeiten, in die man bisher vornehmlich unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen hineingepreßt hat.

den unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen hineingepreßt hat.

Es sind nicht die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die uns Westdeutschen die Arbeitsplätze geraubt und Lehrstellen weggenommen haben, sondern die K a p i t a l i s t e n ! Unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen sind vielmehr besonders von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, „Bildungsnotstand" etc. betroffen: Anfang dieses Jahres waren bereits sieben Prozent (d.h. ca. 150.000) Ausländer arbeitslos. Im Vergleich dazu lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 5,9%.

Ausländische Arbeiter, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, verlieren nicht nur ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld, sondern darüber hinaus auch noch ihre Arbeitserlaubnis – was häufig die Vorstufe zur Ausweisung ist.

Allein 1975 verweigerten die Arbeitsämter in 43.700 Fällen die Verlängerung der Arbeitserlaubnis – in 740 Fällen wurde sogar die laufende Arbeitserlaubnis entzogen (lt. „Frankfurter Rundschau" vom 21.2.76).

Der jetzt von Alt-Nazi Filbinger entwickelte Plan zur Abschiebung von 900.000 ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern muß als massiver Angriff auf die Lebensbedingungen der Werktätigen insgesamt gewertet und bekämpft werden.

Die menschenverachtende, faschistische Ideologie, die im Zusammenhang mit diesem Plan von Leuten wie Filbinger, Springer etc. verbreitet wird, zielt darauf ab, einen Keil in die Reihen der Arbeiterschaft zu treiben, westdeutsche Arbeiter gegen ihre ausländischen Kollegen aufzuhetzen und von den eigentlichen Ursachen und Verursachern der Krise abzulenken.

Nicht unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen sind entbehrlich, sondern die Kapitalisten und ihr ganzes Lumpenpack von Politikern, Journalisten usw.!

GEGEN RASSISMUS UND NATIONALE ÜBERHEBLICHKEIT!

GEGEN RASSISMUS UND NATIONALE ÜBERHEBLICHKEIT!

OB SCHWARZ – OB WEISS: IM KAMPF VEREINT GEGEN ALLER RASSEN FEIND – DIE AUSBEUTERKLASSE!

WESTDEUTSCHE ARBEITER, AUSLÄNDISCHE ARBEITER – GEMEINSAMER FEIND, GEMEINSAMER KAMPF!

„Demokratische Arabische Republik Sahara":

Frente POLISARIO ruft die Unabhängigkeit aus

Am 27.2.1976 rief die F. POLISARIO die Unabhängigkeit für die ehemalige spanische Kolonie West-Sahara aus und gab die Bildung einer Exil-Regierung für den neuen Staat, der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" bekannt. Als erster Staat hat Algerien die Republik Sahara anerkannt. Es folgten – bis Redaktionsschluß – zwanzig weitere Staaten diesem Schritt Algeriens.

Damit steht der Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit des saharischen Volkes vor einer entscheidenden Wende.

Alles deutet darauf hin, daß Marokko, das bisher durch Terror, vor allem durch Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung, mehr als die Hälfte der Saharuis zur Flucht getrieben hat, jetzt auch Algerien selbst angreifen wird, da dies dem saharischen Widerstand und den Flüchtlingen sein Territorium schützend geöffnet hat. Die Warnung des US-Präsidenten Ford vor einem „zweiten Angola" („FAZ" 27.2.76) unterstreicht noch einmal, daß der Imperialismus die Unabhängigkeit der Republik Sahara mit allen Mitteln zu verhindern suchen wird.

Dem saharischen Volk unter Führung der Frente POLISARIO steht noch ein langer opfervoller Kampf bevor, bis Imperialismus und Neokolonialismus geschlagen *sind*. Aber der Sieg ist gewiß!

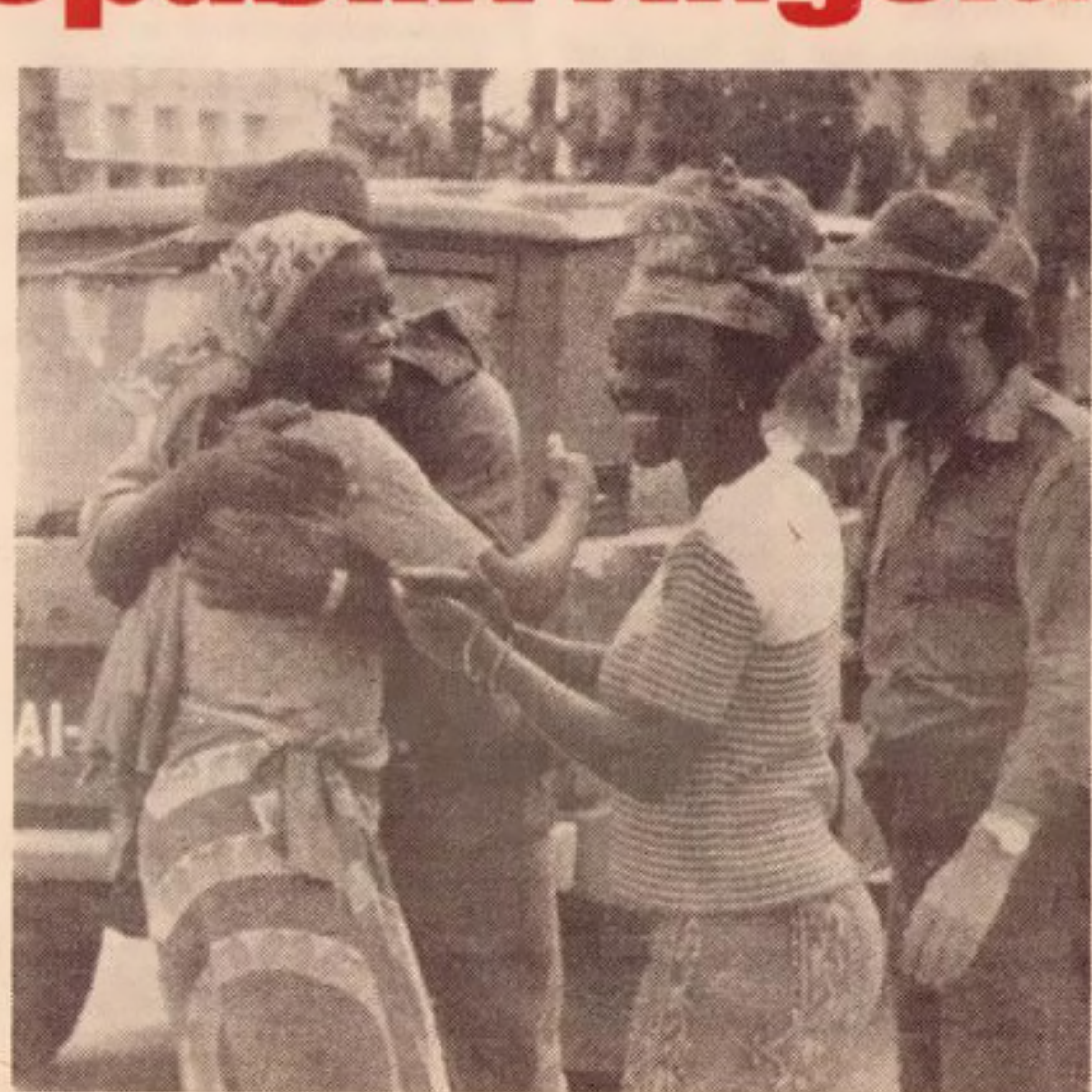
Volksrepublik Angola

Imperialismus muß Niederlage eingestehen!

Seit dem Zusammenbruch der imperialistischen Marionetten FNLA/UNITA Anfang Februar beherrschen die Volksbefreiungskräfte der MPLA ganz Angola, bis auf den weiterhin von der „Republik Südafrika" (RSA) okkupierten Streifen an der angolanisch-namibischen Grenze.

Die groß angekündigten „Guerillaaktionen" von FNLA/UNITA zeigen bisher keine Wirkung, was angesichts der absolut fehlenden sozialen Basis dieser Horden zu erwarten war. Selbst bürgerliche Zeitungen geben an, daß die UNITA/FNLA Sabotageversuche nicht mehr als „Belästigung" der legitimen angolanischen Regierung beim Aufbau der Volksmacht ausmachen („FAZ", 16.2.). Dies ist umso beachtlicher, als der Waffenstrom zu den Söldnern unvermindert anhält. (Tagesschau, 24.2.)

FORTSETZUNG SEITE 38





Tunesien

Politische Gefangene bis zum Wahnsinn gefoltert

In den Kerkern des faschistischen Bourgiba-Regimes sitzen heute mehr als 200 politische Gefangene, die namentlich bekannt sind. Ihnen wird zumeist vorgeworfen, sich „subversiv" betätigt zu haben, verbotenen Organisationen angehört und den Staatschef „beleidigt" zu haben.

Moritz Leuenberger, ein Züricher Rechtsanwalt, der im letzten Jahr die Lage der politischen Gefangenen in Tunesien untersuchen wollte, berichtete, daß die Gefangenen zumeist vor ihrer Vorführung vor den Untersuchungsrichter auf die verschiedensten bestialischen Weisen gefoltert werden:

Sie werden nackt von mehreren Polizisten zusammengeschlagen, nackt auf dem Boden liegend wird mit Stiefeln auf ihnen herumgetrampelt, an empfindlichen Körperstellen werden ihnen glühende Zigaretten ausgedrückt, sämtliche Körper- und Kopfhaare werden ihnen einzeln, ebenso wie Zehen- und Fingernägel herausgerissen, elektrische Schläge, vor allem an den Genitalien zugefügt. Zu diesen „gebräuchlichen" Methoden werden in besonderen Fällen auch „feinere" Methoden kreiert. So wurde einem 18jährigen Mädchen mit einem 15cm langen Draht in die Vagina gestochen.

Nach der „Verurteilung" werden die politischen Gefangenen auf die Gefängnisse des Landes verteilt. Das schlimmste ist der Kerker „Bourg-Erroumi" in der Nähe von Biserta. In diesem ehemaligen KZ-Lager der französischen Kolonialisten befinden sich ausschließlich politische Gefangene. In Gruppen bis zu neun Personen werden sie in engen Zellen zusammengepfercht, von denen einige bis zu 20 Meter unter der Erde liegen. Sie sind feucht und es dringt keinerlei Licht hinein. Die Gefangenen dürfen weder Zeitungen noch Bücher lesen, der hygienische Zustand ist katastrophal, es gibt keinerlei ärztliche Versorgung, einmal alle zwei Wochen darf geduscht werden.

Der Fall Najib Elleuch

Najib Elleuch wurde am 21.11.73 verhaftet und dann so schwer gefoltert, daß er sein Gedächtnis verlor. Während der Untersuchungshaft wurde er in einer Einzelzelle isoliert, wo sich sein Zustand zunehmend verschlechterte, bis man ihn mit anderen Gefangenen nach „Bourg-Erroumi" brachte. Nach dem Prozeß vom August 74, in dem er zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, verschlechterte sich sein Gesundheitszustand rapide. Durch den Protest seiner Mitgefangenen sahen sich die Behörden gezwungen, ihn in das Zivilgefängnis von Tunis zu bringen, um ihn zu „pflegen".

In Wirklichkeit aber wurde er wieder in Einzelhaft gesteckt und von den Wärtern schwer mißhandelt. Das einzige Mal, wo er medizinisch „untersucht" werden sollte, nutzten dies die Behörden, um ihn unter Druck zu setzen, ein „Gnadengesuch", sprich: Schuldgeständnis, zu unterzeichnen. Eine Ärztin verlangte seine Einlieferung in eine psychiatrische Klinik, da sein Zustand alarmierend sei; die Administration lehnte dies jedoch ab und verbot der Ärztin eine weitere Untersuchung.

Seit Dezember 75 ist der Zustand von Najib Elleuch bedrohlich. Er hat seine Zurechnungsfähigkeit verloren und hat angefangen seine Mitgefangenen und Wärter zu schlagen, hat elektrische Leitungen zerrissen und in schmutzigem Wasser gebadet. In diesem Zustand haben seine Mitgefangenen versucht, ihn in ein Krankenhaus bringen zu lassen. Er wurde jedoch wieder in Einzelhaft genommen. Dort schlugen ihn wieder seine Wärter, weil er eine Fensterscheibe zerbrach und sich dabei an Händen und Armen verletzte.

Das Schicksal von Najib Elleuch ist kein Einzelfall. Es ist die Pflicht aller Demokraten und Antifaschisten den Vorhang des Schweigens, den besonders die westdeutsche bürgerliche Presse über diese Zustände in Tunesien hängt, zu durchbrechen und die Freiheit aller politischen Gefangenen zu fordern.

(Weitere Informationen über Tunesien in: „Bulletin d'Information", Hrsg. Neo-Comité Tunisie en Suisse, Case Postale 26, 1211 Genève 9; zu beziehen auch über Arbeiterbuch, Grindelhof 45, 2 Hamburg 13). ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Chemical Mace – Todesgas!

Wie jetzt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete, sind in einem New Yorker Gefängnis nach der Anwendung des Tränengases CN (das in der „Chemical Mace" enthalten ist und auch in der BRD bereits von Bullen gegen linke Demonstranten eingesetzt wurde) drei Menschen gestorben. ●

Betriebszelle Hoechst
KB/Gruppe Hamburg

CIA-Agenten in der BRD

Der in Frankfurt erscheinende „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID)hat in seinen letzten Ausgaben die Namen von insgesamt 25 CIA-Agenten enthüllt, die noch heute oder bis vor kurzem in der BRD stationiert waren (siehe nebenstehenden Kasten).

Die meisten dieser Agenten sind als „Diplomaten" der US-Botschaft in Bonn oder als Angehörige der US-Truppen in der BRD getarnt.

Daß der ID mit seinen Enthüllungen tatsächlich ins Wespennest gestochen hat, beweist die Reaktion der amerikanischen Botschaft: Die Nachricht wurde vom Botschaftssprecher William Marsh in keiner Weise dementiert (!), sondern lediglich als *„unverantwortlich"* hingestellt. *„Das ist verachtungswürdig (?!) und hetzerisch"* (zitiert nach ID, 112/76). Nun ja, Marsh und seine Hintermänner fühlen sich bei der ganzen Sache sicherlich an einem sehr empfindlichen Nerv getroffen ...

Wie der ID schreibt, hat er die Namen der CIA-Agenten in der BRD veröffentlicht, um der westdeutschen Bevölkerung den eminenten Einfluß des amerikanischen Geheimdienstes auf die in der BRD betriebene Politik zu verdeutlichen. *„Die CIA-Agenten ... sind in der Bundesrepublik mindestens ebenso an der politischen Entwicklung beteiligt wie die – gewählten und ungewählten – Politiker, Bundestagsabgeordneten, Minister, Richter, nationalen und internationalen Konzernherren, von denen man weiß, wer sie sind, und was sie tun"* (ID 110/76).

Tatsächlich sind die Namen der ersten 25 enthüllten CIA-Agenten nur die Spitze des Eisberges, denn die CIA-Station in Westdeutschland dürfte insgesamt eine der größten sein, die der CIA überhaupt im Ausland unterhält. Die ehemaligen Agenten Marchetti und Marks schreiben in ihrem Buch „CIA" sogar, daß die westdeutsche CIA-Station die g r ö ß t e der Welt sei (S.131).

In einem Interview mit dem ID (110/76) weist der ebenfalls abgesprungene ehemalige CIA-Agent Philipp Agee darauf hin, daß Westdeutschland *„nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem besonders kritischen Gebiet geworden"* sei und daher besonders viele Kräfte des CIA gebunden habe. Besonderes Ziel des US-Imperialismus in der BRD, wie insgesamt in Westeuropa, sei es gewesen, scharf ausgerichtete antikommunistische Regierungen zu etablieren. *„... dazu mußten oppositionelle Bewegungen diskreditiert und zerstört werden ... Antikommunistische Gewerkschaften beispielsweise wurden für den CIA instrumentalisiert und massiv (!) unterstützt ... es wurde auf den Ausschluß der Oppositionellen hingearbeitet."*

In der BRD wurden *„um die amerikanischen Interessen zu sichern, sowohl die CDU als auch die SPD (!) und die Gewerkschaften (!!) unterstützt."*

Neben der offiziellen Tarnung als „Diplomaten" bedienen sich die CIA-Agenten bei ihrer Wühltätigkeit hauptsächlich der militärischen Tarnung. *„Die größte CIA-Station in der BRD dürfte in einem der US-Stützpunkte in und um Frankfurt liegen. Es gibt auch CIA-Einheiten in Westberlin und München."*

Den im Militär arbeitenden Einheiten kommt dabei speziell die Aufgabe zu, „Aufklärung" zu betreiben, d.h. Telefone abzuhören, Briefe zu kontrollieren, Personen zu überwachen und Nachrichten zu ver- bzw. entschlüsseln. *„Dabei arbeiten sie jeweils eng mit den örtlichen Behörden zusammen."*

„Andere Einheiten haben speziell die Aufgabe, zu etablierten Organisationen und Personen Kontakte zu pflegen. Alle gesammelten Informationen werden dazu verwendet, die betreffenden Organisationen zu infiltrieren und manipulieren."

Philipp Agee weist in dem Interview darauf hin, daß es *„nicht den geringsten Zweifel gibt"*, daß der amerikanische Geheimdienst versucht, linke Organisationen mit seinen Spitzeln zu durchsetzen und Einfluß auf ihre Politik zu gewinnen.

BRD-Presse: Das Schweigen im Walde ...

Wie der ID berichtet, sind seine Enthüllungen über CIA-Agenten in der BRD im kapitalistischen Ausland zum Teil auf relativ starkes Interesse gestoßen und wurden breit publiziert. So haben u.a. niederländische Zeitungen diese Nachricht als Schlagzeile auf der ersten Seite herausgebracht. Auch von amerikanischen und englischen Zeitungen wurden die Enthüllungen aufgegriffen.

Nur die bürgerliche westdeutsche Presse unterschlug zumeist – wie nicht anders zu erwarten – die Enthüllungen und das, obwohl der ID allen wesentlichen Presseagenturen und Zeitungen in der BRD diese Nachricht s o f o r t zugänglich gemacht hat! Diese Tatsache unterstreicht nur einmal mehr den bereits erreichten Grad der Gleichschaltung der bürgerlichen Massenmedien. *„Die sklavische Staatsergebenheit der deutschen Medien"* (ID) kann kaum deutlicher zum Ausdruck gebracht werden. ●

Erste Drohungen gegen Enthüllungen über CIA-Agenten!

Lord Chalfont, früherer Minister im Auswärtigen Amt der sozialdemokratischen Wilson-Regierung von 1964, hat in einem Artikel der englischen Zeitung „Times" jeden, der die Identität von CIA-Agenten enthüllt, als *„Staatsfeind"* bezeichnet. Chalfont behauptet in dem Artikel, daß mit den Enthüllungen über Agenten *„mysteriöse Stellen die Demokratie (?!) untergraben"* wollten. Englische Zeitungen (darunter Time Out, Workers Press, Sunday Times, Socialist Worker) haben seit März 1975 insgesamt 65 Namen von in England operierenden CIA-Agenten veröffentlicht. Die „Sunday Times" brachte ein Foto des englischen CIA-Chefs.

Dem „Informationsdienst" (ID, 112/76) zufolge ging Chalfont weiter als es bisher irgendein anderer Verteidiger oder Fürsprecher des amerikanischen Geheimdienstes getan hatte. Er sagte, daß die CIA zur Erhaltung des „Westens" notwendig und sein integraler Bestandteil sei. Jeder, der Namen und Machenschaften des Geheimdienstes enthülle, sei daher mit einem „feindlichen Agenten" gleichzusetzen und müsse als „Staatsfeind" betrachtet werden.

Selbst an unverhüllten Morddrohungen läßt es Chalfont nicht fehlen: Diejenigen, die die Anti-CIA-Kampagne durchführten, könnten sich am Ende plötzlich selbst als Opfer von Mördern wiederfinden! Während entlarvte CIA-Agenten abgezogen werden, um ihre Spitzel- und Wühltätigkeit an einem anderen Ort wieder aufzunehmen, könnten Journalisten und Leute, die CIA-Namen enthüllten, nirgendwohin gehen ...

Wer sich wundert, daß derartige Drohungen ausgerechnet von einem ehemaligen Mitglied einer sozialdemokratischen Labour-Regierung kommen, mag durch folgende Nachricht ernüchtert werden: Nach Recherchen des englischen Journalisten Richard Fletcher im Auftrag der konservativen „Sunday Times" (die allerdings den ganzen Bericht nie veröffentlichte!) war die britische Labour Party jahrelang dankbarer Empfänger von CIA-Geldern (nach „Extra-Dienst", 13.2.76).

Die entlarvten CIA-Agenten

Einer der wichtigsten „Köpfe" des amerikanischen Geheimdienstes in der BRD ist

William J.Graver
Fritz Erler-Str.21
5300 Bonn
Tel. 22 51 56
dienstlich 3050

Graver wird auf der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Liste der akkreditierten Diplomaten als „Attaché" geführt. Spätestens seit 1946 ist er jedoch für amerikanische Geheimdienste tätig, zunächst in Wien als „documentation analyst and editor". Auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges" taucht Graver auch in Westberlin auf, wo er eng mit George Weisz zusammenarbeitete, der nach Informationen einer amerikanischen Zeitung bis vor kurzem als „Chief of Station" oberster CIA-Agent in der BRD gewesen ist. Seit dem 8.September 1973 ist Graver als „Diplomat" in Bonn tätig. Der ID schließt nicht aus, daß sich Gravers Verantwortlichkeit auch über die BRD hinaus erstreckt.

Ebenfalls als „Attaché" wird der CIA-Agent

Warren E.Frank
Martin-Luther-King-Str.3/3
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 55 85
dienstlich 3149

geführt. Frank hat sich in den Jahren zwischen 1970 bis 1972 in Hamburg mit der Situation in der BRD vertraut gemacht und ist seit dem 17.7.74 in Bonn.

Seit Bestehen der CIA mit von der Partie ist

John R.Mapother
Martin-Luther-King-Str.9/1
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 28 49
dienstlich 3252 oder 3032

Mapother arbeitet von 1950 bis 1951 in München, ab 1955 für kurze Zeit in Frankfurt, 1956 bis 1958 in Wien.

Als zwei weitere „hohe" CIA-Agenten wurden

Arnold M.Silver
Heerstr. 13
5309 Meckenheim
Tel. 02225/2537
dienstlich 3348

und

Constantine M.Broutsas
Büchelstr.53B/33
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 35 61 98
dienstlich 3379

entlarvt. In der Bonner US-Botschaft sitzen sie in einer Abteilung mit dem Tarnnamen „OSD/ISA". Silver war bereits von 1946-48 in der amerikanischen Militärregierung für den Geheimdienst tätig. Broutsas arbeitete in der Vergangenheit u.a. als „Diplomat" getarnt in verschiedenen internationalen Organisationen in Genf. Bei den übrigen entlarvten CIA-Agenten in der BRD, die teils als Angehörige des diplomatischen Corps, teils als Offiziere der US-Truppen getarnt arbeiten, handelt es sich um:

Charles MacDonald
Hansa-Allee 137/4
Frankfurt/M.
Tel. 59 30 97
dienstlich 5305/6319

Whitney Lewis
Plieningerstr. 215
Frankfurt/M.
Tel. 55 48 53
dienstlich wie oben

William Miller
Jakob Leisler Str.8/4
Frankfurt/M.
Tel. 55 77 10
dienstlich wie oben

Charles Kindl
Tel. dienstl. wie oben

Francis Oneil
wie oben

Charles Brown
dienstl. 5205/6319

Arthur S.Hulnick
Kennedyallee 127/5
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 81 27
dienstlich (Durchwahl bei der Botschaft) 3252

Robert Velte
Martin-Luther-King-Str. 25/3
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 22 59
dienstl. 3333

Miss Joy Albright
Kolumbusring 7/6
5300 Bonn–Bad Godesberg
Tel. 37 58 70
dienstl. 3050

Miss Suzanne Lipscomb
Kolumbusring 9/1
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 81 09
dienstl. 3149

William F.Arnst
Steubenring 4/5
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 86 74
dienstl. 3252

Ernst S.Maas
Martin-Luther-King-Str.3/5
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 94 03
dienstl. 3032

Miss Cynthia A.Jenkins
Kolumbusring 13/9
5300 Bad Godesberg
Tel. 37 26 48
dienstl. 3252

Miss Suzanne E.Ziemer
Robert-Koch-Str.48
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 33 09 15
dienstl. 3370

Jack Falcon
Büchelstr. 53B
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 35 15 00
dienstl. 3370

Mrs. Sandra J.Delong
Steubenring 5/1
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 53 51

Richard L.Malzahn
Europastr. 3/2
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 49 03
dienstl. 3370

und

Theodor Klein
Martin-Luther-King-Str. 5/1
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 35 79
dienstl. 3370



China: In der Außenpolitik nichts Neues

Hoffnungen oder Befürchtungen – je nach Klassenstandpunkt – daß sich in der chinesischen Außenpolitik nach der kaum noch zu bezweifelnden Entfernung Deng Hsiao-ping's von der politischen Bühne etwas ändern könnte, haben sich vorerst nicht erfüllt.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Ministerpräsidenten Hua Kuo-feng war ein Empfang für die CDU-Politiker Dregger und Marx und für den Kriminellen Richard Nixon aus den USA.

Dregger, einer der schwärzesten Einpeitscher der Faschisierung in der BRD, fühlte sich – wie vor ihm schon F.J.Strauß – in dieser Umgebung sauwohl. Offensichtlich animiert vertraute er sich dem neuen chinesischen Ministerpräsidenten an: *„Zwischen unseren Ländern steht eine Supermacht, die durch eine offensive Politik und hemmungslose Aufrüstung bei ihren Nachbarn berechtigte Besorgnis ausgelöst hat. Ihr müssen Grenzen gesetzt werden. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe und unser gemeinsames Interesse"* („FAZ", 20.2.). Man darf wohl annehmen, daß Dregger mit dieser „Supermacht" nicht gerade die USA meinte! . . .

Hua Kuo-feng seinerseits vertrat gegenüber den CDU-Rechten die These, daß die *„Wiedervereinigung der deutschen Nation . . . keine Gefahr für die Völker Europas sei"* („FAZ", 21.2.). Darüber denken die Völker Europas allerdings etwas anders, und man fragt sich doch, welches Recht überhaupt der chinesische Ministerpräsident hat, in einer solchen Frage seinen Senf dazu und der CDU seinen Segen zu geben? ! Aber Hua Kuo-feng ging anscheinend noch einen Schritt weiter, indem er dem Revanchismus der Herren Dregger und Marx kräftig Zucker gab: Frech sprach er vom *„Gebietsraub der neuen Zaren"*
kräftig Zucker gab: Frech sprach er vom *„Gebietsraub der neuen Zaren"*
(bezüglich der „ehemaligen deutschen Ostgebiete"!) und wiederholte den Ausspruch Tschu En-lais, für ihn gebe es *„kein Kaliningrad, sondern nur Königsberg"* („FAZ", 21.2.). Es nimmt bei alledem kaum noch Wunder, daß Hua Kuo-feng ausgerechnet in den CDU-Rechten die richtigen Gesprächspartner für einen *„ungewöhnlich offenen"* Plausch *„über Fragen des Weltkommunismus"* sah („FAZ", 20.2.).

Ähnlich kumpelhaft gestaltete sich der Empfang für Richard Nixon. Welche Veranlassung die chinesische Regierung hatte, diesen Kriegsverbrecher, „Watergate"-Gangster etc. einzuladen, der sich weitestgehend aus dem politischen Leben zurückgezogen hat, bleibt unerfindlich. Das Makaberste ist wohl die offizielle Erklärung, Mao Tse-tung habe an Nixon eine „persönliche Einladung" ausgesprochen, um einen alten Freund wiederzusehen!...

Indessen ist offenbar bestätigt, daß sich die Wandzeitungskampagne gegen „Rechtsabweichler" unmittelbar gegen Deng Hsiao-ping richtet. Sein Name soll inzwischen direkt auf den Wandzeitungen aufgetaucht sein. Es ist sicher kein Wunder, daß ausgerechnet der KBW und die „ML"er die sonst jedem Furz aus der VR China sofort nachschnüffeln, bis jetzt ein betretenes Schweigen wahren. Da sie prinzipiell die jeweils praktizierte chinesische Politik als 100%ig korrekt nachbeten, werden sie es ihren Anhängern kaum erklären können, wenn sich Deng Hsiao-ping ganz plötzlich als „Rechtsabweichler" herausstellt.

Grund zur Hoffnung ist dies indessen nicht unbedingt. Was sich in den letzten Wochen in der chinesischen Außenpolitik tut, läßt befürchten, daß es auf diesem Gebiet nach Deng Hsiao-ping erst einmal eher noch schlimmer statt besser werden könnte! ●

40.000 demonstrieren in Lissabon

Für die Befreiung von Otelo und allen gefangenen Revolutionären!

Am 20.2. fand in Lissabon eine machtvolle Demonstration zur Unterstützung der nach dem Rechtsputsch vom 25. November inhaftierten antifaschistischen und revolutionären Militärs statt. Die Demonstration war organisiert vom CLARP (Komitee für die Befreiung aller gefangenen Antifaschisten und Revolutionäre) und wurde unterstützt vom MES, von der PRP, von der FSP, von der PCP (R) und UDP, von der LCI, von der AEPPA (Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener) sowie von einigen Gewerkschaften und zahlreichen Arbeiter- und Bewohnerkommissionen der Regionen von Lissabon und Setubal.

An der Demonstration nahmen mehr als 40.000 Menschen teil. Von den Tageszeitungen wurde sie als größte Demonstration der Linken seit dem 25. November bezeichnet.

Unter Parolen wie „Soldaten immer, immer an der Seite des Volkes", „Schluß mit dem faschistischen Terror", „Gegen Repression! Gegen Faschismus! Volksoffensive!", „Das Volk will keine Söldner in den Kasernen", „Freiheit für Otelo (Carvalho) und alle Revolutionäre" zog die Menge in stark kämpferischer Stimmung bis zu dem Platz von Sao Bento (Regierungssitz), wo eine große Ansammlung von Bullen den Regierungsplatz „absicherte".

Am Sao Bento wurde eine Kundgebung abgehalten und als erstes eine von Otelo und anderen Militärs unterschriebene Botschaft aus dem Gefängnis von Santarém verlesen. Danach sprach ein Mitglied des Kampfkomitees von Setubal, ein Familienangehöriger eines der Gefangenen und zum Schluß ein Vertreter der CLARP.



In dieser Rede wurde auf die verschiedenen Schläge der faschistischen Kräfte hingewiesen und u.a. gesagt: *„Die Verhaftung von Otelo und der anderen antifaschistischen und revolutionären Militärs hat eine tiefe Bedeutung. Sie wollen den 25. April einkerkern und damit alle Errungenschaften des portugiesischen Volkes seit diesem Tag".*

Am Ende der Kundgebung wurde eine Resolution angenommen, in der u.a. gefordert wurde: Sofortige Freilassung der gefangenen Antifaschisten und Revolutionäre; sofortige Verhaftung der PIDE-Agenten und Verschwörer; Wiedereinsetzung aller Re-Militärs und Revolutionäre in den Stellen, von denen sie entfernt wurden.

Dann wurde die Parole durchgegeben: **„Das Volk will die Freiheit von Otelo und allen anderen Revolutionären, aber es will sie auch wieder im COPCON, im RALIS und in der PM!"** (PM = Militärpolizei)

Von den revolutionären Organisationen wird eingeschätzt, daß die CLARP der erste Hebel ist, um das antifaschistische Bewußtsein in der Bevölkerung zu wecken und die starke Resignation, die sich nach dem 25. November in Portugal breitgemacht hat, zu überwinden.

Übrigens, das „Kampfkomitee" einiger Gewerkschaften (der PCP nahestehend) hatte zur gleichen Zeit wie die Demonstration eine Veranstaltung angekündigt. Dieses spalterische Manöver konnte aber von der CLARP rechtzeitig aufgedeckt werden und die Veranstaltung mußte auf einen anderen Tag verlegt werden. ●

Portugal soll in den Schoß der Nato zurück

Vor dem Rechtsputsch vom 25. November vergangenen Jahres waren in der bürgerlichen Presse oft Karikaturen zu sehen, die Karl Marx als portugiesischen Vertreter im Kreis von Nato-Treffen zeichneten. Die Nato hatte durch ihren Generalsekretär Luns demonstrativ ihr „Mißtrauen" zum Ausdruck gebracht, indem Portugal von „strategisch wichtigen" Vorgängen in der Nato – u.a. Fragen der nuklearen Kriegsführung – ausgeschlossen wurde.

Zwar war von den fünf provisorischen Regierungen seit dem 25. April – einschließlich der revisionistischen PCP! – die Mitgliedschaft Portugals in der Nato nie in Frage gestellt worden. Immerhin genügte aber das Voranschreiten des revolutionären Prozesses und die Massenkämpfe gegen die Nato im letzten Jahr, um die Nato-Imperialisten zur „Vorsicht" zu veranlassen.

Nach dem Rechtsputsch vom 25. November sieht die Sache natürlich ganz anders aus. Im Februar unternahm der Stabschef des portugiesischen Heeres, Ramalho Eanes (einer der Chefs des Rechtsputsches!), eine Reise, die ihn u.a. ins Nato-Hauptquartier nach Brüssel und in die BRD führte. Er durfte freizügig **„militärische Anlagen von großer strategischer Bedeutung"** besichtigen, um zu demonstrieren, daß die Zeiten des Mißtrauens vorbei sind. Hohe Nato-Funktionäre erklärten, daß **„sich die portugiesische Situation viel besser als erhofft enwickelt"**.

Eanes selbst gab als Zweck seines Besuchs an, er wolle die Beziehungen Portugals zur Nato enger knüpfen, die *„Wiederherstellung des Vertrauens"* vorantreiben und *„wirksam in den Schoß der Allianz zurückkehren und dort wirklich vertreten sein"*.

Ein weiteres Anliegen von Eanes war es, sein Projekt über ein „neues Heer" vorzustellen, über eine „Modernisierung" und „Umstrukturierung" der portugiesischen Armee, wofür Eanes auch um „technische Hilfe" bat.

Eanes traf bei seinen Gesprächen u.a. mit dem Nato-Oberkommandierenden, US-General Alexander Haig, zusammen, um über die *„letzten Ereignisse in Portugal"* und *„verschiedene Probleme der Atlantischen Allianz"* zu sprechen. Haig hatte kurz zuvor auf einer Nato-Tagung in München erklärt, daß *„die größte Gefahr, die die Staaten der Atlantischen Allianz bedroht, die Anwesenheit kommunistischer Parteien in westlichen Regierungen ist"*. Tatsächlich ist dies zur Zeit innerhalb der Nato nur in Portugal der Fall. Haig machte denn auch kurz darauf wieder das Zugeständnis, er könne *„Situationen wie in Portugal akzeptieren, wo sich die Anwesenheit kommunistischer Parteien (in der Regierung) aus dem Zustand der Unterentwicklung erklärt, in dem sich das Land befindet"*.

Damit ist die Linie der Nato ausgedrückt: Der portugiesischen Reaktion einen gewissen Spielraum zu lassen, in dem sie eine Regierungsbeteiligung der Revisionisten für taktisch günstig hält, und ansonsten die Bande der Nato zu Portugal wieder sehr eng zu knüpfen, um das Land auch auf militärischem Gebiet – parallel zu Wirtschaftskrediten und neuen Investitionen – wieder fest in die „westliche Gemeinschaft" einzufügen, d.h. es dem Imperialismus fest unterzuordnen. ●

Kraftprobe in Frankfurts SPD

Wieder einmal kuschen die Jusos

Ein Exempel wollen offensichtlich die Rechten in der Frankfurter SPD statuieren. Diejenigen, die nicht bedingungslos einen totalen Anpassungskurs mitzumachen bereit sind, sollen aus der Partei ausgeschlossen werden.

Einer der größten Konflikte innerhalb der SPD-Organisation der jüngsten Zeit soll damit sein unrühmliches Ende finden – den üblichen Rückzieher der „Linken".

Die Vorgeschichte zeigt deutlich, mit welchen Methoden die SPD-chefs Arndt und Co. konträre Standpunkte unterdrücken.

Schon im Oktober hatte der Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD auf eine Erklärung von 60 Sozialdemokraten gegen den Propagandabesuch von Brandt- und CIA-Zögling Mario Soares mit massiven Einschüchterungsversuchen reagiert. Die Unterzeichner der Erklärung hatte es „gewagt", die vorbehaltlose Unterstützung der portugiesischen PS durch die SPD-Führung zu kritisieren. Die oppositionellen Sozialdemokraten einigten sich darauf, diesen **„Unterdrückungsversuch des Vorstandes"** abzuwehren. Eine gemeinsame Erklärung von inzwischen 135 Sozialdemokraten ging beim Unterbezirksvorstand ein (Siehe AK 69).

Die Antwort der SPD-Oberen ließ nicht lange auf sich warten. Die Oppositionellen sollen erklären und unterschreiben, *„daß ihre damalige Erklärung Anlaß für Mißverständnisse (?) und Interpretationen (??) ist, die von den Unterzeichnern weder gewollt, noch beabsichtigt waren. Aus heutiger Sicht erkennen die Unterzeichner, daß sie mit ihren mißverständlichen (?) und mißzudeutenden (??) Formulierungen innerparteiliche Auseinandersetzungen hervorgerufen haben, die insbesondere in der Außenwirkung der Partei nicht nützen. Die Unterzeichner bedauern diese Entwicklung und wollen mit dieser Erklärung den Versuch unternehmen, die Auseinandersetzungen in der Partei zu einem einvernehmlichen Ende zu bringen, und betrachten deshalb ihre sogenannte Portugal-Erklärung als nicht mehr existent (!)"* („Frankfurter Rundschau" vom 7. 2. 76).

Diesen Text hatte ein Frankfurter Juso in Absprache mit SPD-Arndt verfaßt. Wie man sieht, eignen sich gewisse Jusos für Schmutzarbeiten recht gut. Der Frankfurter Juso-Vorsitzende Kleist, der gesamte Juso-Vorstand und eine ominöse „Koordinierungskommission" der „Linken" in der Frankfurter SPD unterstützten diesen Drohbrief.

Gegen diese rechte Koalition erklärten *„mehrere Unterzeichner ... eine solche ‚Unterwerfungs-Erklärung' würden sie nie unterzeichnen"* („FR", 7.2.76).

Daraufhin bildete der SPD-Bezirksvorstand eine „Feststellungskommission" und verschickte einen Fragebogen an alle Unterzeichner. Man wollte jetzt einige der Unterzeichner zur Zurücknahme ihrer Unterschrift und zur Abgabe einer neuen Erklärung zwingen, daß sie entweder den Text der Protests vorher überhaupt nicht gekannt oder ihre Unterschrift gar nicht selbst geleistet hätten. Dazu bediente sich die eingesetzte Kommission einer direkten Fälschung: Sie wechselte einen Teil der Protesterklärungen gegen einen unveröffentlichten Entwurf aus, der lediglich zuvor zur Diskussion vorgelegen hatte und nicht völlig mit der Endfassung übereinstimmte. Daran heftete sie als letzte Seite ein Blatt mit den Unterschriften zweier der Verfasser. Diese Fälschung wurde jedoch sehr schnell aufgedeckt und führte zu etwas ganz anderem als was die Urheber beabsichtigt hatten nämlich dazu, daß die Konferenz der Frankfurter Jusos die Auflösung dieser Kommission forderten und eine gerichtliche Klage gegen sie erhob!!

Wie die „Frankfurter Rundschau" am 11.2. meldete, wurde dann auf einer Versammlung von Linken innerhalb der Frankfurter SPD über das Verhalten gegenüber dem jüngsten Erpressungsversuch der Parteispitze beraten. Auf diesem Treffen soll *„die Mehrheit der anwesenden Unterzeichner"* der Portugal-Erklärung es a b g e l e h n t haben, *„in dieser Auseinandersetzung irgendwelche Erklärungen zu unterschreiben"*. Lediglich *„einige Unterzeichner des Portugal-Papiers kündigten ... an, daß sie ihre Unterschrift zurückziehen würden"*.

Daraufhin fuhren die SPD-Oberen schwerere Geschütze auf. Sie machten bekannt, daß sie auf der nächsten Sitzung des südhessischen SPD-Bezirksvorstands über Parteiordnungsverfahren gegen die Unterzeichner der Portugal-Erklärung entscheiden würden (s. „FR", 11.2.76). Gleichzeitig kündigte der Frankfurter SPD-Vorsitzende Michel an, daß *„gegen vier Frankfurter SPD-Mitglieder, die als harter Kern der Unterzeichner gelten"* Parteiordnungsverfahren eingeleitet würden (ebenda).

Daß diese SPD-Führer auch nicht vor Massenausschlüssen zurückschrekken würden, bewegte viele der Unterzeichner schließlich zur reumütigen Umkehr. Zwei Tage vor der o. a. Sitzung hatten von den ursprünglich 135 nur noch rund zwei Dutzend Unterzeichner ihre Unterschrift aufrechterhalten.

Und dann kam es, wie es nicht anders kommen konnte. Der Bezirksvorstand beschloß in einem Parteiordnungsverfahren gegen vier SPD ler (alle Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe) *„das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft"* auf drei Monate befristet („FR", 23.2.76). Das ist bekanntermaßen eine Vorwegnahme des Parteiausschlusses.

Die anderen, die ihre Unterschrift noch nicht zurückgezogen haben, haben eine Frist bis zum 26. März bekommen, um ihren Kratzbuckel zu machen. Andernfalls wird auch gegen sie ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet.

Hervorzuheben ist vor allem die Begründung des SPD-Bezirksvorstandes: **„Für Gruppierungen, ‚die sich fern der Organisationsstruktur willkürlich zusammenfinden'** (wie die Unterzeichner der Portugal-Erklärung – AK) **und ‚als Sozialdemokraten Öffentlichkeitsarbeit gegen durch Wahlen legitimierte Organe der Partei betreiben', gelte erst recht (!) die SPD-Satzung, die es den etablierten Arbeitsgemeinschaften untersagt, eine derartige Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben"** („FR", 23.2.76).

Jusos, die angesichts derartiger Praktiken immer noch zur SPD-Führung stehen und jeden Mist mitmachen, können wohl Mitleid, nicht aber Solidarität beanspruchen. ●

KB/Gruppe Frankfurt und SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kampf dem Ausschluß-Terror!

BR-Vorsitzender von Reynolds und fünf weitere Hamburger Betriebsräte und Vertrauensleute sollen aus dem DGB ausgeschlossen werden

Am 6. Dezember '75 fand in Hamburg eine überaus erfolgreiche Veranstaltung zum betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterlinken statt. Eingeladen dazu hatten namentlich einige Dutzend Hamburger und Bochumer Betriebsräte, Jugendvertreter und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Unterstützt wurde die Mobilisierung für die Veranstaltung, die dann von weit über 3.000 Kollegen besucht wurde, von einigen Hundert Hamburger Betriebsräten, Vertrauensleuten und anderen Gewerkschafts-Aktivisten. – Das ganze lief ohne den ‚Segen' und die Vormundschaft der Gewerkschaftsführer. Mehr noch: die Politik dieser Leute wurde sowohl im Aufruf-Flugblatt und – noch umfassender – auf der Veranstaltung selbst einer notwendigen Kritik unterzogen.

Die Reaktion der Gewerkschaftsführer bestand – wie kaum anders zu erwarten – in Hetze, Demagogie und persönlicher Diffamierung der Veranstalter und einladenden Betriebsräte. Schon vor der Veranstaltung versuchten sich die DGB-Führer in die Vorbereitungen einzuschalten: Sie ließen über Rundfunk und Presse „Warnungen" verbreiten, versuchten Gewerkschaftsmitglieder per Einschüchterung vor einem Besuch zurückzuhalten etc. Da sie inhaltlich absolut nichts vorzubringen hatten, griffen sie zum billigen Mittel der schlichten Lüge und behaupteten, die Veranstaltung werde in Wirklichkeit gar nicht von den namentlich einladenden Betriebsräten, sondern vielmehr von „Drahtziehern im Dunkeln" etc. – hinter denen der Kommunistische Bund stecke – organisiert.

Noch auf der Veranstaltung selbst ließen die DGB-Führer ein Schweins-Flugblatt verteilen, in dem es vor Lügen und (unbewiesenen!) Unterstellungen nur so wimmelte. Dieses Flugblatt erfüllt eindeutig den Tatbestand persönlicher Verleumdung gegenüber den Veranstaltern und wird hoffentlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Nach der Veranstaltung versuchen jetzt die DGB-Führer gegen einzelne derVeranstalter mit administrativen Sanktionen vorzugehen: Gegen bisher sechs Veranstalter haben sie Verfahren auf Gewerkschafts-Ausschluß wegen angeblicher „gewerkschafts-feindlicher" Haltung im Zusammenhang mit der Betriebsräte-Veranstaltung eingeleitet. Hierbei handelt es sich um

- den Betriebsrats-Vorsitzenden der Hamburger Alu-Hütte Reynolds (IG Metall)
- einen Vertrauensmann der Hamburger Kupferhütte Norddeutsche Affinerie (IG Chemie), der die presserechtliche Verantwortung für Flugblätter und Plakate trug
- zwei Betriebsräte der Hamburger Großspedition Schenker & Co. (ÖTV) und
- zwei Betriebsräte von Hanomag-Henschel (IG Metall), die bekannte Sprecher der Betriebsgruppe „Alternative" sind.

Die Betroffenen erhielten von ihren Einzelgewerkschaften ähnlich lautende schriftliche Mitteilungen, in denen die Einleitung der Verfahren angekündigt wurde. Wie üblich, fehlt es diesen Briefen vollkommen an jeder Argumentation, erst recht an auch nur einem Schimmer von Beweis über angebliche „gewerkschafts-feindliche" Bestrebungen der Betroffenen. Damit ist diesen Kollegen jede sinnvolle Widerspruchs-Möglichkeit genommen, was wie üblich auch von den DGB-Führern direkt bezweckt wird. Statt dessen wird den Betroffenen schlicht eine Zugehörigkeit zum Kommunistischen Bund unterstellt. Das hört sich dann so an:

„Unsere Ermittlungen (??) haben ergeben, daß der Träger der Veranstaltung der Kommunistische Bund war. Wir sind in der Lage zu beweisen (oho!), daß der KB Vertragspartner gegenüber der Messehallen-GmbH (dies war der Veranstaltungs-Raum – AK) *war. Sie haben damit für eine gegnerische Organisation gewirkt, und es muß angenommen (?) werden, daß Sie dieser Organisation angehören."* – Es folgen dann Hinweise auf die angeblich *„antidemokratischen und antigewerkschaftlichen Ziele"* des KB (Zitate aus Brief der IG-Chemie).

Übrigens ist der Vertragspartner gegenüber den Messehallen – offenbar einziges ‚Faustpfand' der Gewerkschaftsführer – nicht der KB, sondern eine Privatperson. Die Behauptung einer Möglichkeit zu einem Beweis-Antritt soll den Beweis selbst offenbar ersetzen, eine Dummdreistigkeit, die kaum noch zu überbieten ist und die nackten Willkür-Praktiken der DGB-Führer schlicht verdecken soll.

Nicht weniger plump als die IG-Chemie (wenn auch im Ton etwas ‚freundlicher') „argumentieren" die IGM-Bosse. In einem entsprechenden Brief an eine Hanomag-Betriebsrätin heißt es z.B. schlicht und simpel:

„Der Ortsverwaltung Hamburg wurde bekannt, daß Du einer gegnerischen Organisation angehörst bzw. (...) tätig wurdest, bzw. diese unterstütztest. – Die Ortsverwaltung kam zu dieser Feststellung (in Wirklichkeit: kühnen Behauptung – AK), *weil du nachweislich erklärt hast, Du wärest u.a. Einladende folgender Veranstaltung ..." „Da diese Veranstaltung n a c h w e i s l i c h vom ‚Kommunistischen Bund' veranstaltet wurde, ist nach Auffassung der Ortsverwaltung Deine Rolle als Einladende als aktive Unterstützung einer gegnerischen Organisation zu werten."*

Die Abwehrmaßnahmen der betroffenen Kollegen gegen diesen unverschämten Übergriff der DGB-Führer laufen bisher noch auf „kleiner Flamme", d.h. sie wurden mit Kollegen am Arbeitsplatz diskutiert, an die auch die Briefe der Gewerkschaften und persönliche Gegenstellungnahmen weiterverteilt wurden, bzw. – wie im Fall der drei betroffenen IGM-Betriebsräte – wurde eine öffentliche Erklärung (in kleiner Auflage) verteilt; der gewerkschaftliche Vertrauenskörper von Reynolds protestierte einstimmig gegen den geplanten Gewerkschafts-Ausschluß ihres BR-Vorsitzenden.

Gerade wenn der auf der Hamburger Betriebsräte-Veranstaltung selbst formulierte Anspruch – die Ausschluß-Praktiken der sozialdemokratischen DGB-Führer umfassend zu bekämpfen, sollten im Fall der jetzt vorliegenden Ausschlüsse die Anstrengungen der Hamburger Gewerkschafts-Opposition erheblich verstärkt werden.

Dabei sollte nicht ‚vergessen' werden, den Ausschlußterror prinzipiell anzugreifen und in Frage zu stellen, da er eindeutig gegen das Prinzip der Einheits-Gewerkschaft verstößt und ein Instrument der Kapitalisten (und ihrer Handlanger in den DGB-Vorständen) ist, die westdeutschen Gewerkschaften noch stärker (und ausschließlich zum Disziplinierungs-Instrument gegen die Arbeiterklasse auszubauen und sie dem kapitalistischen Staatsapparat und den „Unternehmer"verbänden total unterzuordnen. Die Ausschluß-Praktiken der DGB-Führer haben in dieser traurigen Hinsicht in Westeuropa Einmaligkeits-Wert und sind lediglich noch mit den faschistischen Staats-Syndikaten Spaniens vergleichbar. Niemand soll das Recht haben, ungeschoren über „Demokratie" zu schwätzen und die Gewerkschafts-Ausschlüsse zu akzeptieren! ●

„Auf der Flucht" erschossen

Am 11.12.75 wurde der türkische Arbeiter Vahit Önler im Ausländerwohnheim von Kornwestheim (Baden-Württemberg) verhaftet, weil er angeblich „einen Mann vom Mofa gestoßen" haben sollte. Als er am selben Tag aus seiner Arrestzelle zur Vernehmung geholt wurde, versuchte Vahit Önler aus Angst (vor Abschiebung usw.) zu fliehen. Nach 200 Metern stellten ihn zwei Polizisten, ein Ziviler und ein Uniformierter. Sie schrien „Hände hoch!" und als Vahit Önler die Arme hob, knallten drei Schüsse aus wenigen Metern Entfernung. Zwei Schüsse trafen ihn tödlich in die Brust!

Die Staatsanwaltschaft von Kornwestheim rechtfertigte die Ermordung des türkischen Kollegen mit der Polizeiversion, der türkische Arbeiter habe die Polizisten mit einer „handtellergroßen Glasscherbe" (!) bedroht. Inzwischen sind allerdings so viele Widersprüche in den Zeugenaussagen selbst der Polizei, geschweige denn den Zeugenaussagen von Passanten, die inzwischen auf Initiative einiger Mitglieder der „KPD" sich gemeldet haben, zum Tathergang entstanden, wie die Staatsanwaltschaft ihn als erwiesen angesehen hatte, daß selbst die „Stuttgarter Nachrichten" offen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft angriffen. Diese konterte, die Journalisten ließen sich von Kommunisten „mißbrauchen" (nach „Stern", 12.2.76).

Aus Protest gegen die Ermordung ihres Kollegen demonstrierten am 24.12. 500 ausländische und deutsche Arbeiter in Kornwestheim auf Initiative des türkischen Arbeitervereins. Auch in Hamburg fand Anfang Januar eine Demonstration des türkischen Arbeitervereins mit etwa 200 Teilnehmern statt. ●

Emigranten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg



Demonstration türkischer Arbeiter in Kornwestheim



CDU-Filbinger: „Ausländer raus Jugendliche ran!

Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger will sich bei Helmut Schmidt für eine drastische Verringerung (noch drastischer als bisher) der ausländischen Arbeiter in der BRD einsetzen. Er schlug vor, an „freiwillige Rückkehrer" Prämien zu zahlen und beklagte gleichzeitig, daß trotz Arbeitslosigkeit so wenige Ausländer freiwillig zurückkehren wollen (in ein Leben voll Armut und noch höherer Arbeitslosigkeit als hier...).

Filbinger machte die Rechnung auf: In den nächsten 10 Jahren werden 500.000 Arbeitsplätze „abgebaut", hingegen werden in dem Zeitraum 800.000 Jugendliche neue Arbeit suchen. Und da – laut Filbinger – 69 % der Jugendlichen nichts lernen wollen, sollen die ausländischen Arbeiter ihre Arbeitsplätze dann für die Jugendlichen räumen (nach „FR", 12.2.76).

So müßte es doch möglich sein, das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen in der BRD Zug um Zug zu verschlechtern! ●

Emigranten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Behörden planen Abschiebung eines 14-jährigen Türken!

Der 14-jährige Mehmet Görcü, Sohn einer seit sieben Jahren in der BRD lebenden türkischen Arbeiterfamilie, soll von seinen Eltern getrennt und in die Türkei abgeschoben werden! Der Landrat des Main-Taunus-Kreises begründet seine ungeheuerliche Ausweisungsverfügung mit der Behauptung, der türkische Schüler habe „erhebliche Belange der BRD beeinträchtigt". Im einzelnen wird ihm „vorgeworfen", er sei eine „ernste Gefahr" für die Mitschüler, er habe „aggressives Verhalten" gezeigt, den Unterricht „gestört" und die Türkisch-Stunden „unerlaubt" verlassen.

Zu dieser abgrundtiefen Menschenfeindlichkeit stellt Mehmet Görcüs Klassenlehrer Gerhard Schmidt in einer Erklärung fest: *„Man lädt Mehmet die ganze Last der unmenschlichen Gesetze und unterlassenen Hilfen auf und entläßt so den Schwächsten in seine Heimat, die nach alledem gar nicht mehr seine Heimat ist."*

Es ist doch pervers, daß der Lehrer unter Umständen wegen dieser Erklärung noch um seine berufliche Existenz bangen muß, während der junge Türke zum Prügelknaben für die elende Schulsituation der ausländischen Kinder und Jugendlichen gemacht wird.

Heute leben in der BRD und Westberlin fast 1 Mio. Kinder ausländischer Arbeiter. Je nach Bundesland verschieden, werden sie entweder – zum Teil ohne jede Vorbereitung – in deutsche Schulklassen gesteckt oder in sogenannte „nationale Übergangsklassen" (mit muttersprachlichem Unterricht), die aber allzu oft zu einer jahrelangen Ghettosituation führen.

Die Ergebnisse derartiger „Bildung" sind für die ausländischen Jugendlichen entsprechend: 90 % der ausländischen Schüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluß – die Möglichkeiten, eine Lehrstelle zu finden sind praktisch gleich Null. In Westberlin gab es z.B. 1974 6.300 ausländische Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren. 90 % von ihnen hatten keine Lehrstelle, von diesen arbeiteten ca. die Hälfte als Hilfsarbeiter, die andere Hälfte hatte überhaupt keine Arbeit.

Was die bürgerlichen Institutionen und die bürgerlichen Schreiberlinge an der Situation der ausländischen Jugendlichen um meisten interessiert, ist die „Gefahr der Krimihalität" und von „sozialen Unruhen". Deshalb ist der Fall von Mehmet Görcü zwar einstweilen noch ein besonders brutaler Einzelfall, man kann sich aber leicht vorstellen, daß die massenhafte Abschiebung arbeitsloser ausländischer Jugendlicher den Kapitalisten die liebste Lösung wäre!

Gegen Mehmets Abschiebung hat neben dem „Türkischen Europa-Komitee für Frieden und Freiheit" auch die dem DGB nahestehende „Vereinigung der Arbeiter aus der Türkei" protestiert. Ihr Vorsitzender Metir Gür forderte, daß die westdeutschen Behörden lieber die faschistischen Schlägertrupps der türkischen nationalen Bewegungspartei, die immer offener türkische Demokraten in der BRD terrorisieren, ausweisen sollten. Das können wir nur voll und ganz unterstützen.

(Informationen nach „Berliner Extradienst", Nr. 13 und Nr. 14/10.) ●

Emigranten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg



WEST-SAHARA



US-Bomber für Massenmörder Hassan II

Trotz der enormen Opfer, die die saharische Bevölkerung durch die Invasionstruppen Ould Daddahs (Mauretanien) und Hassan II. (Marokko) erleiden muß, sei *„die Moral ausgezeichnet und alle fähigen Leute fordern eine Waffe"*, erklärte die F.POLISARIO.

Inzwischen sei die Verlegung der Flüchtlingslager nach Algerien fast abgeschlossen. Damit konnte die Zivilbevölkerung vor den Bombenangriffen der marokkanischen Luftwaffe geschützt werden. Zugleich kann jetzt die POLISARIO fast alle Kräfte für den totalen Guerillakampf frei machen, deren größter Teil bislang mit dem Schutz der Lager gebunden war. (Erklärung der F.POLISARIO lt. „El Moudjahid", 17.2.76).

Die militärische Lage ist unübersichtlich. Inzwischen haben sich jedoch Propagandameldungen Marokkos, wonach alle Ortschaften im Nordosten der West-Sahara eingenommen sein sollten, als falsch erwiesen. So konnte Mahbes von der F.POLISARIO gehal-

der West-Sahara eingenommen sein sollten, als falsch erwiesen. So konnte Mahbes von der F.POLISARIO gehal-

ten und Amgala zurückerobert werden.

Eine Bilanz der F.POLISARIO für Januar 76 gibt an, daß fast 500 marokkanische Eindringlinge getötet werden konnten. Insgesamt sind weiter zehn Bomber vom US-Typ F-5 abgeschossen worden (lt. „El Moudjahid", 31.1.76)

Um die Verluste auszugleichen und zur Unterstützung des Luftkrieges gegen die saharische Bevölkerung hat jetzt, nach der Lieferung von 25 Mirage-Jägern und der Zusage für weitere 50 Flugzeuge dieses Typs durch Frankreich, die USA die Lieferung von 24 F-5 Kampfflugzeugen an Marokko zugesagt („New York Times", 23.2.76).

Damit hat der Imperialismus die marokkanische Luftwaffe innerhalb kürzester Zeit verdoppelt! Derart ausgerüstet, stößt Marokko immer deutlichere Kriegsdrohungen auch gegen Algerien aus.

Die Truppen Ould Daddahs von Mauretanien sind aufgrund der Niederlagen gegen die Befreiungskräfte der

Die Truppen Ould Daddahs von Mauretanien sind aufgrund der Niederlagen gegen die Befreiungskräfte der

F.POLISARIO von gut 1000 auf nunmehr 6000 Mann erhöht worden („FAZ", 23.2.76). Häufig wurden dabei Schüler und Studenten direkt von der Schulbank weg zwangsrekrutiert („Le Monde", 12.2.76).

Dies, sowie die antifranzösischen Demonstrationen in Mauretanien, die vermehrten Überläufe mauretanischer Soldaten zur F.POLISARIO, zusammen mit den derzeitigen durch Trokkenheit und Korruption hervorgerufenen Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung, stärkt die Position der mauretanisch nationalistischen Opposition.

Die Bemühungen der F.POLISARIO, Mauretanien zum Rückzug seiner Invasionstruppen zu bewegen, werden immer erfolgversprechender, da Ould Daddah fürchten muß, daß seine militärisch erfolglose und kostspielige Beteiligung an der Aggression gegen das saharische Volk ihm innenpolitisch das Genick brechen könnte.

Aggression gegen das saharische Volk ihm innenpolitisch das Genick brechen könnte.

Hassans letzter Bluff

Am 26.2.76, zwei Tage vor dem offiziellen Ende der spanischen Kolonialherrschaft über das saharische Volk, verließen die letzten Spanier die West-Sahara. Nach dem Teilungsabkommen von Madrid sollte dann die von den spanischen Kolonialisten eingesetzte Stammesversammlung, die Djemaa, über die Aufteilung befragt werden. Eine Volksabstimmung war und ist nie vorgesehen gewesen; sie sei *„nutzlos und völlig zwecklos, und man denke überhaupt nicht daran es zuzulassen"*, tönte erst kürzlich wieder Marokkos Premierminister („SZ", 20.2.).

Da jedoch Marokko und Mauretanien nicht einmal den Schein der Legitimation für die Annektion der West-Sahara vorweisen können und die laufende OAU-Konferenz der Empfehlung des Entkolonialisierungsausschusses der OAU folgen konnte, die F.POLISARIO und damit das Selbstbestimmungsrecht der Sahauruis anzuerkennen, verkünde-

OAU folgen konnte, die F.POLISARIO und damit das Selbstbestimmungsrecht der Sahauruis anzuerkennen, verkünde-

te Marokko am 26.2. plötzlich, daß die Djemaa der Aufteilung zugestimmt habe (Tagesschau, 26.2.).

Man kann getrost davon ausgehen, daß diese Versammlung der ex-Djemaa-Mitglieder überhaupt nicht stattgefunden hat. Denn zum einen hat Marokko erst einen Tag vorher einen Aufruf an die Djemaa-Mitglieder losgelassen, und zum 28.2. in El Aioun eingeladen („FAZ", 26.2.), zum anderen – und das ist entscheidend – hat sich die Djemaa schon am 28.11.75 für aufgelöst erklärt!

In einem von 67 Mitgliedern der saharischen Vollversammlung, drei saharischen Mitgliedern der spanischen Cortes, sowie 60 Stammeshäuptlingen saharischer Stämme, unterzeichneten Dokument wurde erklärt:

„Der einzige Weg der Befragung des saharischen Volkes ist der, ihm zu erlauben, frei von jedem Druck und jeder ausländischen Intervention über sein Schicksal zu bestimmen und seine Unabhängigkeit zu erreichen.

lauben, frei von jedem Druck und jeder ausländischen Intervention über sein Schicksal zu bestimmen und seine Unabhängigkeit zu erreichen.

Folglich kann die Vollversammlung, als nicht demokratisch vom saharischen Volk gewählt, über die Selbstbestimmung des saharischen Volkes nicht bestimmen. Damit der spanische Kolonialismus diese Marionetteninstitution (die Djemaa) nicht verwenden kann und damit die von den Feinden des saharischen Volkes versuchten Machenschaften nicht weiter verfolgt werden können, hat die Vollversammlung einstimmig ihre sofortige Auflösung beschlossen." (Dokument von Guelta vom 28.2.75).

Neben der Auflösung wurde dann noch die Bildung eines „Provisorischen saharischen Nationalrates" erklärt, sowie einstimmig die F.POLISARIO als *„einzig legitime Vertretung des saharischen Volkes"* anerkannt.

Sofort nach Bekanntwerden des Täuschungsmanövers von Hassan II., erklärte sowohl die F.POLISARIO, als auch Algerien und sogar die UNO, daß diese angebliche Zustimmung der Djemaa zur Teilung der West-Sahara gegenstandslos sei.

Unabhänigkeit und Freiheit für das saharische Volk! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Demonstration der Saharauis mit den Fahnen ihrer Befreiungsfront POLISARIO



Ein F. POLISARIO-Genosse bei der Ausbildung der Frauen



Ein F. POLISARIO-Genosse bei der Agitation



F. POLISARIO auf dem Marsch

Regierung fördert spanische Sozialdemokraten

Am 15. und 16. Februar hielt der Generalsekretär der „Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens" (PSOE) mit offizieller Regierungsgenehmigung zwei öffentliche Veranstaltungen im Baskenland ab. Gonzalez konnte allerdings seine vorgesehene Rede zum Thema „Spanien und Europa" in Bilbao vor 7.000 Menschen nicht halten. Durch Sprechchöre und das Singen baskischer Lieder verhinderten baskische Genossen Gonzalez' Auftritt. Am Schluß der Veranstaltung kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Die Empörung über die verräterische Haltung der PSOE war allgemein. Während nämlich die baskische Linke weiterhin scharfen Verfolgungen ausgesetzt ist, und Ministerpräsident Arias angekündigt hat, daß eine Legalisierung „separatistischer" und „extremistischer" Organisationen keinesfalls zugelassen wird, besteht die antifaschistische „Solidarität" der spanischen Sozialdemokraten darin, zu versuchen, unter dem Schutz der faschistischen Regierung den Linken im Baskenland das Wasser abzugraben. Die PSOE hat im Baskenland so gut wie gar keinen Einfluß.

Bei einer zweiten Veranstaltung in Eibar ließ sich die PSOE sogar über Staatsrundfunk ankündigen! Doch auch in Eibar ging die Rede von Gonzales vor ebenfalls 7.000 Teilnehmern in Protestrufen unter. Bei der anschließenden Pressekonferenz brachten baskische Journalisten Gonzalez in arge Bedrängnis, indem sie ihn konstant auf baskisch ansprachen. Gonzalez versteht nämlich kein einziges Wort baskisch! Als sich peinliches Schweigen ausbreitete, ergriff ein anderer PSOE-Funktionär das Wort und versuchte eine Ehrenrettung, indem er meinte, es gebe eben auch Basken, die kein baskisch sprechen könnten ... Gonzalez und Herzog beeilten sich mit der Versicherung, man müsse dafür sorgen, daß das euskera (baskisch) vom ganzen Volk wiedererobert wird (nach „La Vanguardia Española", 17.2.76).

Der dreiste Auftritt der PSOE im Baskenland dürfte erstmal in die Hose gegangen sein. ●

Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

SPD-Filiale in Spanien

Um mit der Schulung sozialdemokratischer Funktionäre am Ort zügig voranzukommen, erhielt die militant antikommunistische SPD-Kader-Schmiede Friedrich-Ebert-Stiftung vom spanischen Innenminister die Erlaubnis, eine Außenstelle in Madrid einzurichten („Süddeutsche Zeitung", 21.2.76). Dies dürfte u.a. auf Drängen des US-Geheimdienstes CIA erfolgt sein, der eng mit der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenarbeitet. ●

Streikentwicklung

– Der Streik der Bergarbeiter von Asturien hält nun seit mehreren Wochen an. Die Bergarbeiter fordern die Freilassung von verhafteten Kollegen, die Wiedereinstellung von 120 Entlassenen und Lohnerhöhungen.

– Bei der staatlichen Mine „Hunosa" wurden am 9. Februar 11.000 Bergarbeiter zum dritten Mal mit Aussperrung und Lohnentzug bestraft, weil sie der Aufforderung der Direktion, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht folgten. Weitere private Minen traten ebenfalls in den Streik. Bei Zusammenstößen mit spanischen Bullen wurden weitere elf Arbeiter verhaftet, so daß die Zahl der Verhafteten nun auf 17 angewachsen ist. Aus Solidarität mit ihren streikenden Männern schlossen sich ca. 200 Ehefrauen drei Tage lang im erzbischöflichen Palast ein, um der Forderung nach Freilassung der Verhafteten Nachdruck zu verleihen. Sie hielten dort Versammlungen mit anderen Bergarbeiterfrauen ab. Als die dritte Sanktion am 17. Februar zu Ende ging, erschienen zwei Drittel der Bergarbeiter wieder nicht zur Arbeit, da ihre Forderungen noch nicht erfüllt sind. Der Staat will die Bergarbeiter in die Knie zwingen, denn es ist absehbar, daß diese den Streik unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr lange fortsetzen können, weil sie und ihre Familien schon heute hungern müssen.

– Die Bauarbeiter von Madrid streikten fünf Tage lang für die Freilassung von drei Kollegen, die auf einer von der obersten Polizeibehörde verbotenen Demonstration festgenommen worden waren. Als die Verhafteten am 15.2. freigelassen wurden, gingen die 75.000 Streikenden wieder zurück an die Arbeit.

– Bei Fasa-Renault (Valladolid) waren am 30. Januar über 12.000 Arbeiter für eine Woche ausgesperrt worden wegen Streiks in verschiedenen Werksteilen. Als der Betrieb am 6. Februar wieder öffnete, kehrten viele Arbeiter gleich wieder um, als sie das Polizeiaufgebot vor dem Betrieb sahen und sammelten sich in der Stadt. Viele tausend Arbeiter gingen jedoch in den Betrieb. Sie zogen sich allerdings gar nicht erst um, sondern machten Versammlungen in den Werkshallen. Die Hauptredner auf diesen Versammlungen waren die im Laufe des Jahres '75 Entlassenen, die durch die Eingangskontrollen geschmuggelt worden waren („YA", 7.2.76)! Der Streik bei Renault dauert an. Mitte Februar streikten in Valladolid 25.000 Arbeiter.

– Die 800 Arbeiter von Osram (Madrid) traten am 12.2. in den Streik, weil die Kapitalisten ihrer Forderung nach 6.000 Peseten (ca. 260 DM) Lohnerhöhung, 30 Urlaubstagen und Gewinnbeteiligung nicht nachgeben wollte. Die Kapitalisten schlossen den Betrieb kurzerhand. Bei einer Demonstration vor der Fabrik wurden sechs Arbeiter verhaftet.

– In den Betrieben CASA und John Deere (Madrid) wurde die Arbeit am 7.2. wieder aufgenommen, nachdem die Kapitalisten der Forderung nach Wiedereinstellung aller Entlassenen nachgekommen waren. Die Lohnerhöhungen lagen zwischen 16 und 20% (das entspricht nicht einmal der Inflationsrate).

– Die militärische Dienstverpflichtung von Briefträgern und Angestellten der Eisenbahn und Metro ist noch nicht aufgehoben! Sechs Briefträger, die im Januar verhaftet wurden, sind des „Aufruhrs" angeklagt worden. Sie müssen mit einer Strafe von sechs Jahren Militärgefängnis rechnen! Zu dem Prozeß sind zivile Verteidiger zugelassen worden. Bekannte oppositionelle Politiker wie Ruiz Gimenez (Demokratische Linke) und Tierno Galván (Sozialistische Volkspartei) gehören zu den Verteidigern.

– In Barcelona traten am 20. Februar 100.000 Bauarbeiter in den Streik. ●

Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Die zur demokratischen Opposition Spaniens gehörende „Versammlung von Katalonien" hatte (wie berichtet) am 9.2. zu einer Demonstration in Barcelona für Amnestie und politische Autonomie Kataloniens aufgerufen, die von der Guardia Civil in stundenlangen Knüppeleinsätzen immer wieder auseinandergetrieben wurde. Die Demonstranten wehrten sich mit Steinen und anderen Gegenständen, so daß auch mehrere Polizisten verletzt wurden.
Das Spruchband auf dem Foto hat die Parole: „Libertat, Amnestia – Estatut D'Autonomia" (Freiheit, Amnestie – Autonomiestatut)



14. Februar: Demonstration der Stadtpolizisten von Barcelona zum Sitz des Bürgermeisters auf der „Plaza San Jaime". Bürgermeister Viola hatte sich kategorisch gegen die Forderungen der städtischen Angestellten nach Lohnerhöhung ausgesprochen. Daraufhin belagerten Tausende Stadtpolizisten,

Berichtigung

Autonomiestatut)

Berichtigung

Im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 74, S. 6) war ein Artikel unter der irreführenden Überschrift: *„Spanien: Neue Schritte zur Demokratisierung"* abgedruckt. Diese Überschrift ist in dieser Form durch einen Fehler beim Lay-out zustandegekommen, wo die Anführungszeichen (um „Demokratisierung") und das Fragezeichen am Ende der Überschrift vergessen worden sind. – Im Inhaltsverzeichnis (S. 48) dagegen ist der Titel des Artikels richtig.

Selbstverständlich handelt es sich bei dem zur Zeit in Spanien ablaufenden politischen Prozeß nicht um eine Demokratisierung, sondern – wie auch aus diesem und anderen Artikeln im ARBEITERKAMPF schlüssig nachgewiesen wird – um Bemühungen, das faschistische System in Spanien nicht wirklich anzutasten. Lediglich die Repräsentanten des spanischen Faschismus und ihre Freunde (z. B. in der westdeutschen Presse und allen bürgerlichen Parteien) sprechen hiervon, um die ökonomische und militärische Integration Spaniens in die imperialistischen Blöcke (EG und NATO) schneller – und von den westeuropäischen Antifaschisten unbehelligt – voranzutreiben. ●



3. Februar: Oppositionelle Veranstaltung in der Juristischen Fakultät der Universität von Barcelona unter dem Motto „Die Universität für Amnestie"! Es nahmen über 4.000 Studenten und Professoren teil.
19. Februar: Ebenfalls von mehreren tausend Studenten wurde eine Veranstaltung in der Universität von Madrid besucht, die unter der Parole „Einheit im Umbruch zur Demokratie" stand. Die Veranstaltung war von der revisionistischen „Kommunistischen Partei Spaniens" (PCE), der „Sozialistischen Arbeiterpartei" (PSOE) und der „Demokratischen Linken" (ID) organisiert worden. Der Sprecher der PCE sprach sich für eine „pluralistische Demokratie" und gegen das „Einparteiensystem" der Staaten Osteuropas aus. Die revisionistische PCE tritt in Spanien offen für eine bürgerliche „Demokratie" ein. Auf der Veranstaltung kamen auch trotzkistische Gruppen (Kommunistische Liga/ETA VI.) und die Anarchisten zu Wort.

14. Februar: Demonstration der Stadtpolizisten von Barcelona zum Sitz des Bürgermeisters auf der „Plaza San Jaime". Bürgermeister Viola hatte sich kategorisch gegen die Forderungen der städtischen Angestellten nach Lohnerhöhung ausgesprochen. Daraufhin belagerten Tausende Stadtpolizisten, Feuerwehrleute, Krankenhausangestellte usw. den Rathausplatz Tag und Nacht, um den Bürgermeister zur Annahme ihrer Forderungen zu zwingen. Als die unterbezahlten spanischen Kollegen sich am 18. Februar entschlossen, das Rathaus zu besetzen (!), wurden sie von auswärtigen Polizeieinheiten mit brutaler Gewalt vertrieben. Die spanische Regierung stellte die Stadtpolizei unter Militärrecht und alle städtischen Angestellten wurden dienstverpflichtet.



Letzte Meldungen



– Entgegen anderslautenden Informationen wird die faschistische Regierung Spaniens die Todesstrafe für „Terroristen" nicht abschaffen! Dies erklärte Innenminister Fraga gegenüber dem amerikanischen Fernsehen. Die starken internationalen Proteste gegen die Hinrichtung von fünf Antifaschisten im September letzten Jahres – ohne Beweise, nach dem reinen Vergeltungsprinzip – haben bei den spanischen Faschisten keinen „Sinneswandel" bewirkt. Die spanische Bourgeoisie scheint sich sehr sicher zu sein, von der Gemeinschaft der „demokratischen" Länder Westeuropas akzeptiert zu werden, ohne im geringsten Abstriche von Mord und Terror gegen spanische Antifaschisten machen zu müssen.

– Die Guardia Civil hat wieder einen jungen Mann während einer Demonstration in der Nähe von Alicante erschossen! Das angeblich „zivilere" Verhalten der spanischen Bullen bei Demonstrationen der letzten Zeit ist damit noch einmal gründlich widerlegt.

– Auf Drängen rechtsradikaler Abgeordneter des Ständeparlaments wurde ein Sprecher der revisionistischen PC Spaniens wegen einer Rede in der Madrider Universität zu 1 Million Peseten (= DM 40.000,-) Geldstrafe verknackt. Ein Mitglied der der PCE nahestehenden PTE (Partei der Arbeit Spaniens) wurde wegen „Zugehörigkeit zu einer verbotenen Gruppe" und wegen „illegaler Propaganda" zu vier (!) Jahren Gefängnis verurteilt. Anhänger linker Gruppen werden im heutigen Spanien nicht anders behandelt als unter Franco.

– In Barcelona streiken – wie berichtet – 100.000 Bauarbeiter. Am 26.2. lieferten sich 20.000 demonstrierende Bauarbeiter regelrechte Straßenschlachten mit der Polizei. Sie errichteten Barrikaden, um sich vor den knüppelnden Uniformierten zu schützen. ●

Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Spanien

CDU/CSU betreibt Vereinigung von Christdemokraten und Faschisten

Die internationale Christdemokratie - und an ihrer Spitze die westdeutsche CDU/CSU - machen seit Monaten angestrengte Bemühungen, aus den heillos zersplitterten spanischen christdemokratischen sowie den Gruppierungen der faschistischen Rechten („Assoziationen") eine einheitliche - und zu gegebener Zeit - regierungsfähige große christ„demokratische" Partei zu basteln.

Eine rechte Massenpartei, bei der die alten faschistischen Funktionäre in Regierung und Staatsapparat weiterhin das Sagen haben, mit ein paar „Persönlichkeiten" der antifaschistischen Opposition garniert - ist eine wichtige Voraussetzung für den Imperialismus, um in Spanien einen bruchlosen Übergang vom Faschismus zur bürgerlichen „Demokratie" zu gewährleisten.

Bei diesem geplanten Zusammengehen von christdemokratischer „Opposition" und regimetreuen „Assoziationen" bringen die ersteren mit ihren bekannten Führern wie Gil Robles und Ruiz Gimenez das antifaschistische Aushängeschild und damit die Wahlchancen ein, die zweiten bringen die Masse ihrer falangistischen Mitglieder und Funktionäre und damit die Garantie einer reaktionären Politik. Die „Assoziationen" sind die seit etwa einem Jahr vom faschistischen Spanien zugelassenen Möglichkeiten politischer Zusammenschlüsse auf dem ideologischen Boden des „Movimiento", d.h. der falangistischen Einheitspartei. Alle führenden Personen dieser Vereinigungen sind in dieser oder jener Weise Zöglinge des Franco-Regimes. An ihren Fingern klebt ausnahmslos das Blut spanischer Arbeiter und Antifaschisten. CDU/CSU planen also eine christ„demokratische" Sammlungspartei der alten Parteigänger Francos, verziert mit etwas antifaschistischem Lack. CDU/CSU können bei diesen Bemühungen nicht nur auf die Unterstützung der Regierung unter Juan Carlos rechnen, sondern es wird zunehmend deutlich, daß CDU/CSU jeden ihrer Schritte in direktem Auftrag des spanischen Regimes durchführen. Das faschistische System in Spanien geht unweigerlich seinem Ende entgegen und der spanischen Bourgeoisie geht es darum, einen „zweiten Wall" gegen das drängende und kämpfende spanische Volk zu errichten.

Für die westeuropäischen Reaktionäre war der portugiesische Prozeß insofern ein warnendes Beispiel, als es dort nicht „rechtzeitig" gelungen war, eine rechte Massenpartei (faschistischer Kern, antifaschistische Fassade) aufzubauen. In Portugal erhielten die als „Konservative" getarnten Faschisten bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung ganze 8 % der Stimmen und wurden somit als „Splitterpartei" eingestuft. Ähnliche Schlappen möchte die spanische Bourgeoisie und die westeuropäischen Reaktionäre nicht noch einmal erleiden.

Es ist typisch für den antifaschistischen Widerstand, daß sich an ihm auch Teile der nicht-linken bürgerlichen Opposition beteiligen (so nahmen christdemokratische Elemente sogar am bewaffneten Widerstand gegen Mussolini in Italien und die Gaullisten an der Resistance gegen die deutsche Besetzung teil). Allerdings sind aus solchen, mehr vereinzelten antifaschistischen Aktionen, noch niemals breite und einheitliche sozialdemokratische oder christdemokratische Massenparteien entstanden wie sie in der bürgerlichen „Demokratie" dringend gebraucht werden. Im Gegensatz zu den Organisationen der Linken, die sich im antifaschistischen Kampf stählen und zusammenschließen, zerstreuen sich die bürgerlichen Parteien in alle Winde. Kleine Kerne von bürgerlichen Oppositionellen gruppieren sich allenfalls um bestimmte „Führer". Das genau ist der Zustand der heutigen christdemokratischen Opposition in Spanien. Dabei sind solche „Führer" in aller Regel auch nicht viel mehr als persönlich „Geprellte" des Regimes, die im Faschismus um Ämter und Posten gekommen sind. Von daher sind sie auf die Verheißung neuer Posten in Staat und Regierung äußerst ansprechbar und um sie zu erlangen, zu allen Kompromissen bereit.

Die spanischen Christdemokraten sind auf dem besten Weg, ihrer Oppositionsrolle endgültig abzuschwören zugunsten besserer Zukunftsaussichten im Form gutbezahlter Ämter in einem „renovierten", präfaschistischen Spanien.

Ein Meilenstein bei der schrittweisen Entwicklung der spanischen christdemokratischen Opposition in diese Richtung war ihr Kongreß von Ende Januar/Anfang Februar in Madrid. Als Veranstalter des Konkresses trat die „Christdemokratische Equipe Spaniens" auf, in der sich fünf christdemokratische Gruppen zusammengeschlossen haben (die „Christliche Linke" mit Ruiz Gimenez, der „Demokratische Volksbund" mit Gil Robles und drei weitere regionale Gruppen aus dem Baskenland, Katalonien und Valencia). Etwa 300 christdemokratische Delegierte und hundert Gäste, darunter eine ganze Reihe ausländischer Delegationen aus Westeuropa, nahmen am Kongreß teil.

Als Wortführer der ausländischen und Einpeitscher der spanischen Christdemokraten führte sich die westdeutsche CDU-Delegation auf. Zu dieser Delegation gehörten von Hassel (Vorsitzender der „Union Europäischer Christdemokraten"), Leisler-Kiep (Schatzmeister der CDU), Katzer (Vorsitzender der CDU-„Sozialausschüsse"), Böx (CDU-Beauftragter für Auslandskontakte) und Brock (zweiter Vorsitzender der Jungen Union).

Zum Auftrag dieser Delegation gehörte es, die verstreuten christdemokratischen Gruppen aus den verschiedenen Oppositionsblöcken herauszubrechen, eine strenge Scheidung zur sozialdemokratischen und sozialistischen Opposition durchzusetzen und - hierauf legten die CDU-Demagogen den politischen Schwerpunkt - jedwede Zusammenarbeit mit den Revisionisten (Carillos PCE) strikt zu unterstützen. Diese - von der CDU propagierte - scharfe Abgrenzung nach links, sollte durch eine weite Öffnung nach rechts - Zusammenarbeit mit den faschistischen „Assoziationen" ergänzt werden:

„Den in der Halbillegalität arbeitenden christlichen Gruppen klarzumachen, daß sie nur dann mit ideeller und materieller Hilfe der CDU rechnen können, wenn sie jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der ...Delegation", schrieb die „Süddeutsche Zeitung" (23.1.76).

In diesem Sinne agitierten die westdeutschen CDU'ler auf dem Kongreß: „Wir deutschen Christdemokraten sind leidenschaftliche Gegner der Kommunisten und wir werden mit ihnen keinerlei Pakt und kein Bündnis schließen", tönte von Hassel.

Im Gegensatz zu früheren CDU-Spanien-Besuchern vom rechten Flügel der CDU, trat diese - eher reformistisch-liberal zusammengesetzte - Delegation zwar für eine Legalisierung der revisionistischen spanischen KP ein. Unter der Voraussetzung allerdings, eine entschiedene Isolierungspolitik gegenüber den Revisionisten zu betreiben.

CDU taktiert jetzt geschickter

Mit diesem Taktikwechsel sind die westdeutschen Christdemokraten ihren spanischen Freunden gewissermaßen „entgegengekommen". Die beiden CDU-Rechtsaußen Heck und Marx waren noch vor einigen Monaten mit ihrem unvermittelten Antikommunismus bei den spanischen christdemokratischen Führern aufgelaufen. Während die spanischen Christdemokraten wie selbstverständlich für eine Legalisierung aller demokratischen Parteien, eben auch der revisionistischen eintraten, waren die beiden CDU'ler strikt dagegen. Was die westdeutschen Christdemokraten damals noch nicht begriffen hatten, war, daß in 40 Jahren faschistischer Unterdrückung s ä m t l i c h e r, auch der bürgerlichen Parteien, die Abgrenzungen von Christdemokraten zu Revisionisten nicht in der Schärfe ausgeprägt sein können wie in den „demokratischen" Staaten Westeuropas. In diesen Ländern haben die bürgerlichen Parteien volle Entfaltungsmöglichkeiten, und können mit einem „demokratischen" Heiligenschein getarnt die „Gefahren von links" bekämpfen. In einem faschistischen Land wie Spanien, wo die Unterdrückung ein breiteres politisches Spektrum erfaßt, haftet dem frontalen Antikommunismus der ganze Mord und Terror der Bürgerkriegsjahre und der darauf folgenden Jahrzehnte an. Die beiden Strafrechtler und christdemokratischen Führer Ruiz Gimenez und Gil Robles gehören eben tatsächlich zur Opposition im weitesten Sinne, insofern sie z.B. bei einer ganzen Reihe von Strafprozessen gegen die linke (auch die kommunistische) Opposition als politische Strafverteidiger aufgetreten sind.

Selbstverständlich sind die spanischen Christdemokraten keine „natürlichen Verbündeten" der spanischen Revisionisten. In ihrer Oppostition zu den offenen Faschisten einerseits und den Revisionisten und Revolutionären andererseits, setzt sich die CDU/CSU prinzipiell mit voller Kraft für die Opposition gegen die Linken und die Öffnung nach rechts ein, allerdings ist sie dabei durchaus zu taktischen Veränderungen in der Lage.

„...und es soll nicht euer Schaden sein"

Die reaktionäre Ausrichtung der spanischen Christdemokraten wird natürlich nicht in erster Linie mit wortreichen Erklärungen, sondern mit sehr handfesten Mitteln betrieben.

Die CDU hat ihren spanischen Freunden jede mögliche „technische und materielle Hilfe auf allen Ebenen" zugesichert („Süddeutsche Zeitung" 3.2.76). Sie will beim Aufbau der bisher noch sehr dürftig entwickelten Parteiorganisation helfen, Wahlkampagnen unterstützen, spanische Gewerkschaftsfunktionäre (im Sinne der CDU-„Sozialausschüsse") schulen und „Soldaten-Austausch-Programme" fördern. Leisler-Kiep, der immer mit den „Schätzen" der CDU winken konnte, trat dafür ein, spanische Offiziere „in geeigneter Weise (!) mit der Bundeswehr vertraut zu machen", Herr Leber müsse ermuntert werden, Austauschprogramme einzuleiten („SZ", 3.2.76).

Katzer will demnächst eine 20-köpfige Gruppe der „Katholischen Arbeiter Spaniens" (HOAC) in der Schulungsstätte der „Sozialausschüsse" ausbilden lassen.

Weiterhin ist geplant, Funktionäre der spanischen Christdemokratie auf zukünftige hohe Regierungsämter vorzubereiten.

Diese Hilfe der CDU fließt nicht erst seit gestern. Die regimetreue spanische Tageszeitung „YA" schrieb dazu:

„Die CDU hat den Gruppen der christdemokratischen Equipe Spaniens bei vielen Gelegenheiten geholfen. Seit fünf Jahren besteht zwischen beiden eine enge Zusammenarbeit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Kurse und Seminare zur Schulung politischer Kader organisiert. Der letzte dieser Kurse fand im Oktober 75 in Berlin statt. An ihm nahmen 25 spanische Christdemokraten teil" („YA", 27.1.76).

CDU/CSU: Wir machen eine Partei nach unserem Bilde

Als Bruno Heck (außenpolitischer Sprecher der CDU) und Werner Marx (MdB und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung) Mitte Juni '75 in Madrid waren, zogen sie nach Gesprächen mit Ruiz Gimenez, der ihnen „zu links" war, das Fazit: „Die spanischen Christdemokraten sind uns die Nächsten, aber nicht die einzigen" („FAZ", 11.6.75). Für „angemessene Möglichkeiten" auf dem Weg zur Demokratisierung hielten die beiden Abgeordneten die faschistischen „Assoziationen" „als Vorläufer künftiger politischer Parteien" (ebenda).



Als daraufhin die spanischen Christdemokraten dieses offene Paktieren der CDU mit den mit dem Regime verfilzten „Assoziationen" in aller Öffentlichkeit kritisierten, sah sich die CDU zu einem geschickteren Taktieren gezwungen und schickte erstmal ihre „Linken" an die spanische Front: Als wenig später eine Delegation der Jungen Union mit Matthias Wissmann nach Spanien reiste, wurden alle Kontakte mit Vertretern des Regimes scheinheilige abgelehnt und dies auch deutlich zur Schau gestellt.

Anfang Januar '76 wurden auch die CDU-Sozialausschüsse in Bewegung gesetzt, um die Verbindungen mit der „Equipe" auszubauen. Norbert Blüm und Wolfgang Vogt trafen sich in Madrid mit Gewerkschaftlern, die sich zur Christdemokratie bekennen.

Während des letzten Aufenthaltes der CDU-Delegation (mit von Hassel, Katzer und Leisler-Kiep) in Spanien wurde es zwar öffentlich abgelehnt, Gespräche mit den faschistischen „Assoziationen" zu führen, allerdings fand trotzdem ein „vertrauliches Informationsgespräch" mit Vertretern der „Assoziation" UDE (Union Democratica de Espana - Demokratische Union Spaniens) statt. Von Hassel drängte die beiden Faschisten Silva und Osorio zu einer Vereinigung mit den christdemokratischen Gruppen („SZ", 28.1.76).

Die CSU des Franz Josef Strauß bedient sich für ihre Kollaboration mit den spanischen Faschisten nicht mal mehr eines kleinen Feigenblattes. Die CSU ist so stark mit Vertretern der regimetreuen Vereinigungen verbündet, daß sie es wohl für besser hielt, gar nicht erst auf dem Kongreß der spanischen Christdemokraten zu erscheinen. Als einer der spanischen Christdemokraten (Gil Robles) von Journalisten gefragt wurde, warum die CSU nicht mit ihnen zusammenarbeite und stattdessen mit den Assoziationen, sagte dieser: „Dies ist nicht verwunderlich, da die CSU die extreme Rechte unter den christlich-demokratischen Parteien der Welt darstellt" („die tat", 6.2.76).

Schon bei dem Besuch von Strauß Ende Februar '75 in Madrid (zu einer Zeit, wo sich die ultrafaschistischen Kräfte in Spanien gerade wieder gegen kleine Liberalisierungsansätze durchgesetzt hatten) wurden Kontakte zu Solis – heute Arbeitsminister, zuvor Generalsekretär des faschistischen „Movimiento" – und Emilio Romero – Direktor der rechtsradikalen Syndikats-Zeitung „Pueblo" – aufgefrischt. Sogar mit Giron, einem der radikalsten Altfaschisten, soll Strauß Kontakt gehabt haben. Heute pflegt die CSU gute Beziehungen zur „Assoziation" UDPE (Union des spanischen Volkes), die mit mehreren Ministern im Kabinett Arias vertreten ist (Solis, Suarez) sowie mit der UDE (Silva, Osorio). Sie machen dort gegen alle „Liberalisierungs"ansätze Front.

Der Altfalangist Jose Solis war schon im September '75 von der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung zur „Einweihung des Bildungszentrums Bad Kreuth" eingeladen worden.

Die Haltung der CSU zu Spanien machte CSU-Günther Müller (SPD-Überläufer) in der letzten Debatte des Europa Parlaments deutlich, als er bei der Rede des schwedischen Kultusministers glaubte, „die Marschtritte des Thälmann-Bataillons der Internationalen Brigade zu hören" („SZ", 23.1.76).

Für die Faschisten von der CSU sind schon die „normalen" bürgerlichen Freiheiten Vorboten des Kommunismus und die Ansichten eines biederen Sozialdemokraten gefährlich wie der leibhaftige Teufel.

Nicht anders verhält es sich bei der CDU, nur daß diese zumindest ihre christdemokratischen „Schwesterparteien" nicht links liegen lassen will.

CDU/CSU wissen vom eigenen Parteiaufbau, wie man eine „demokratische" Massenpartei mit ordentlichem faschistischen Druck auf allen Ebenen zustande bringt. Die Vergangenheit vieler Mitglieder und Funktionäre dieser Partei ist eben auch im deutschen Faschismus zu suchen.

CDU/CSU handelt auch im Auftrag der spanischen Oligarchie

Daß die Machenschaften von CDU/CSU in Spanien mit Billigung und in Absprache mit den faschistischen Machthabern des Juan-Carlos-Regimes stattfinden, wird an dem freundschaftlichen Empfang z.B. auch der letzten CDU-Delegation (mit von Hassel, Katzer, Leisler-Kiep etc.) bei den obersten Chefs der Nach-Franco-Herrscher wieder einmal deutlich. Noch bevor diese Delegation ihre Kontakte mit den Oppositionsgruppen aufnahm, fanden Beratungen mit Juan Carlos, mit Ministerpräsident Arias, Innenminister Fraga und Außenminister Areilza statt. Die CDU bescheinigte allen diesen Faschistenbrüdern „gute Absichten" in Hinsicht auf „demokratische" Veränderungen. Nur in der Frage der Zeit und der Schnelligkeit der Durchführung „demokratischer Reformen" gebe es gewisse Unterschiede zwischen ihnen und den Gruppen der Opposition.

Nun, Herr Leisler-Kiep schlug auch in dieser Frage die Brücken der Verständigung. Vor der spanischen Presse äußerte er, Spanien brauche sich mit der Demokratisierung nicht zu beeilen, um in der EG akzeptiert zu werden. Die Frage der Zeit sei am wenigsten wichtig (nach „YA", 27.1.76).

Um „saubere Arbeit" beim Aufbau einer reaktionären Massenpartei zu leisten, die nicht gleich beim ersten Ansturm antifaschistischer Massenaktionen wieder auseinanderbricht, braucht man halt Zeit. Und die spanischen Faschisten, die soeben alle „Demokratisierungs"beratungen der Regierung zum „Staatsgeheimnis" erklärten (Presse, Rundfunk und Fernsehen dürfen darüber nicht mehr berichten) sind über diese Schützenhilfe des stärksten EG-Landes mehr als erfreut.

Kommt Zeit – kommt Rat ... um das angeschlagene Schlachtschiff des spanischen Faschismus in „solide" Bahnen des europäischen Kapitalismus zu steuern.

Vereinigungsbemühungen zwischen spanischen Faschisten und Christdemokraten

In den letzten Wochen haben die Abgrenzungsbemühungen der spanischen christdemokratischen Opposition gegenüber den Faschisten bereits einige Abschwächungen erfahren. Andererseits haben die Anstrengungen der faschistischen Vereinigungen, sich den Christdemokraten anzunähern, zugenommen.

Die „Assoziation" UDC („Christdemokratische Union"), eine recht neue Schöpfung im Rahmen des „Movimento", hat sich dabei offenbar eine Vorreiterrolle zugedacht – vermutlich sogar auf direkte Inspiration der CDU/CSU hin.

In einer Presse-Mitteilung über die Versammlung dieser „Assoziation" am 8.12.75 heißt es: „Man unterhielt sich auch mit der notwendigen Ausgiebigkeit über den kürzlichen Weltkongreß der Christdemokraten in Rom und man untersuchte ebenso das Problem der mangelnden internationalen Verbindung von wichtigen Sektoren der spanischen Christdemokraten". Nachdem dann verschiedene weitere Treffen mitgeteilt werden, fährt der UDC-Text fort: „Bei der geplanten Versammlung wird die UDC ihre Absicht unterstreichen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Zusammenschluß aller Sektoren und Teile der spanischen Christdemokratie zu betreiben auf einer einzigen Plattform der politischen Aktion" („La Vanguardia", 10.12.75). Bezeichnend für diese Faschisten ist es, daß sie sich selbst seit geraumer Zeit bereits als „Christdemokraten" bezeichnen, wenngleich sie auch ausdrücklich sowohl politisch als auch ideologisch auf dem Boden des Faschismus („Movimento") stehen.

Am 17./18. Januar dieses Jahres fand in Zaragoza eins dieser geplanten Treffen statt. Beteiligt waren die „Assoziationen", „Union Democrata Cristiana" (UDC), die „Democracia Social Cristiana de Cataluna", „Union Democratica Espanola" (UDE, Steckenpferd von CDU/CSU), „Afirmacion Social Espanola", die „Tacito"-Gruppe. Auf diesem Treffen wurden „programmatische Grundlagen" verabschiedet, „die sehr allgemein gehalten waren, mit dem Ziel, sie in Gegenüberstellung zu anderen ähnlichen Dokumenten gleichgearteter Gruppen zu entwickeln ..., ein Programm, von dem die Anwesenden wünschen würden, es wäre schon das einer einzigen christdemokratischen Partei" („YA", 24.1.76).

Am 22.1.76 versammelten sich in Madrid folgende christdemokratische Gruppen: Sämtliche Mitgliedsgruppen der „Equipe", außer der „Baskischen Nationalistischen Partei" (PNV), und die faschistischen „Assoziationen" „Afirmacion Social Espanola", die „Union Democrata Cristiana" (UDC), die Gruppe „Tacito", die „Union Democratica Gallega" und Vertreter der Zeitschrift „Discusion y Convivencia" (Diskussion und Zusammenleben).

Es wurden auf dieser Konferenz (die zwischen der von Zaragoza und dem grossen Kongreß der spanischen Christdemokraten vom Januar/Februar lag) zwar noch keine konkreten Vereinbarungen hinsichtlich einer Vereinigung getroffen, aber es war eine „Demonstration guten Willens, vielleicht der erste Schritt in Richtung auf eine integrierende Strömung, die beim Haltungswechsel der Equipe festzustellen ist, die sich vor zehn Tagen noch gegen die Versammlung von Zaragoza stellte. Diese neue Haltung wird in christdemokratischen Medien als ein positiver Schritt interpretiert, vielleicht von den Umständen oder durch den i n t e r n a t i o n a l e n c h r i s t d e m o k r a t i s c h e n D r u c k herbeigeführt" („YA", 23.1.76).

Der „christliche Linke" Ruiz Gimenez äußerte auf einer Pressekonferenz nach dieser Konferenz: „Auf der Höhe der Zeit kann die Christdemokratie nicht bekennerisch sein. In ihr kann es Männer mit verschiedenen christdemokratischen Konfessionen geben" („YA", 24.1.76).

Gil Robles hatte vor dieser Tagung noch getönt: „Der Herr Silva wird keine Einladung zu dieser Tagung bekommen, noch irgendeine andere Person der UDE" („YA", 24.1.76). Nun, von der UDE war zwar keiner da, aber die große Umarmung der christdemokratischen Opposition mit der „zivilisierten Rechten" des Regimes wird vor der UDE nicht halt machen. Dafür wird der „internationale christdemokratische Druck" schon sorgen. ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

BRD-Presse zu Afrika: Grenzenlose Hetze

Die bedeutendsten Erfolge im weltweiten antiimperialistischen Kampf nach der vernichtenden Niederlage des US-Imperialismus in Indochina hatten zweifellos die afrikanischen Völker, speziell in den ehemals portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Mosambique und Angola. Mit dem Entstehen dieser ersten Volksdemokratien in Afrika, deren Führungen nach den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus arbeiten, hat sich das Kräfteverhältnis im gesamten Afrika zugunsten der Revolution verschoben. Besonders im südlichen Afrika (Zimbabwe, Namibia) zeichnet sich deutlich ab, daß der Imperialismus kaum noch seine alten Bastionen halten können wird. Auch im übrigen Afrika gefährdet das Beispiel der Volksdemokratien die Positionen der Kompradoren und begünstigt das Anwachsen der Massenkämpfe (z. B. Sambia und Zaire).

Für den Imperialismus folgt aus all diesem nur eines: Vorbereitung und Durchführung einer immer stärkeren, aggressiveren politischen und militärischen Intervention. Welche Rolle hierbei Europa – und speziell der BRD-Imperialismus – spielen soll, ist ersichtlich, wenn wir im folgenden einige zentrale Aussagen der Massenpresse zusammenstellen. Ohne Übertreibung kann festgestellt werden, daß die Demagogie gegen die afrikanischen Völker und ihre Unabhängigkeitsbestrebungen heute selbst die Hetze gegen die arabischen Völker zur Zeit der „Ölkrise" in den Schatten stellt.

Die Argumentation, die letzlich ein auch militärisches Eingreifen rechtfertigen soll, ist denkbar einfach: Die Erfolge der Antiimperialisten werden auf „sowjetische Waffen" und „cubanische Truppen" zurückgeführt, der „sowjetische Vormarsch" wird mit allerlei erdachten Stützpunkten etc. ins unendliche übersteigert; wenn auf die Befreiungskräfte überhaupt eingegangen wird, dann erscheinen sie als Manövriermasse des „Sozialimperialismus", in jedem Fall unmenschlich und bestialisch.

Auch wenn die bürgerliche Hetze wegen ihrer Ungereimtheiten und mangelnder Absprache zwischen den imperialistischen Presse-Agenturen durchaus – zumindest für Eingeweihte – eine humorige Seite hat, sollte der sehr ernste Hintergrund der Kriegshetze nicht aus den Augen verloren werden. Dies gilt umso mehr, als nahezu alle nachstehenden Aussagen inzwischen von chinesischen Außenpolitikern und ihren hiesigen Nachbetern kolportiert wurden.

„Ausländische Truppen in Angola"

Tatsache ist, daß Cuba und Guinea-Conacry bestätigt haben, auf Bitten der legitimen Regierung der Volksrepublik Angola freiwillige Kämpfer zur Unterstützung im Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren und ihre internen Lakaien zur Verfügung gestellt zu haben. Dies ist, wenn es unter umgekehrten Vorzeichen geschieht, ein ansonsten für die imperialistische Presse völlig „natürlicher", kaum erwähnenswerter Vorgang, erinnert sei nur an die zahlreichen ausländischen Truppenkontingente (u. a. Australien, Südkorea etc. etc.), die auf Seiten der US-Imperialisten das vietnamesiche Volk bekämpften, nicht zu vergessen die US-amerikanische Truppen selbst!

Was für den Imperialismus den Unterschied ausmacht, ist also nicht die bloße Existenz „fremder" Truppen in Angola, sondern ihre Unterordnung unter die Direktiven und die

ordnung unter die Direktiven und die furter Rundschau" auf geschätzte Zangengriff des sozialistischen Lagers



„Und als Dessert vielleicht etwas Spanisch-Sahara?"



Rassistische Hetzkarrikatur aus der „FAZ"
Der alles entscheidende Befreiungskampf des angolanischen Volkes wird zur bloßen Statistenrolle verfälscht.

antiimperialistische Politik der MPLA, ihr Nutzen für den Befreiungskampf des angolanischen Volkes. Gleiches gilt für die Waffenlieferungen; so gibt es heute kein Land der „Dritten Welt" (und natürlich auch kein Land in Europa), das keine Waffen aus anderen Ländern importieren würde.

So betrachtet, richtet sich die bekannte Hetze gegen „cubanische Truppen" und „sowjetische Waffen" gegen das Recht der Völker, ihre Unterstützung von dort zu beziehen, wo sie ihre Souveränität am wenigsten bedroht sehen.

Weder von der MPLA noch von Cuba gibt es eine Angabe über die zahlenmäßige Stärke der unterstützenden Freiwilligen. Die Lumpenpresse war also absolut auf's Spekulieren angewiesen, bzw. auf die Wiedergabe von kühnen Behauptungen von UNITA/FNLA oder der RSA-Faschisten, die von vornherein den Charakter von Zwecklügen zum Anheizen der Kriegspropaganda hatten. Die Chronologie der „Schätzungen" zeigt, wie mit den Erfolgen der angolanischen Massen im Befreiungskampf die „cubanischen Interventionisten" zahlenmäßig in die Höhe schnellten. Zum Datum der Unabhängigkeit (11.11.) herrschte allgemeine Einigkeit über 5.000 Cubaner.

Am 23.1.76 hatte der Sonderkorrespondent der „Welt am Sonntag" damals überraschend 15.000 Cubaner gezählt und so nebenbei ermittelt, daß es sich um „Sträflinge" (!) handelt, die direkt aus cubanischen Gefängnissen für ihren Einsatz nach Angola geholt wurden. Das erschien zu dick aufgetragen und „Quick" halbierte die Cubaner Mitte Januar auf 7.500 und machte auch wieder „reguläre Soldaten" aus ihnen.

Hinzu kamen – wohl als Ausgleich – noch 1.000 sowjetische sowie 1.000 DDR-Soldaten, die nach *„Angaben westlicher Geheimdienste"* gesichtet wurden, aber *„noch nicht zum Einsatz gekommen waren"* ... Dann, nachdem die 7.500 Cubaner noch eine zeitlang gehalten wurden, ging es Schlag auf Schlag. Der „Stern" (4/76) hatte, wahrscheinlich durch sorgfältiges Abzählen, herausgefunden, daß *„inzwischen jeder fünfte MPLA-Kämpfer Cubaner ist."* Nun erhöhte auch die „liberale" „Frankfurter Rundschau" auf geschätzte 8.000 Cubaner („FR", 28.1.76). Tags drauf schaltete sich Nato-Generalsekretär Luns mit „geschätzten 15.000" („FAZ", 31.1.) Cubanern in die Diskussion ein, und „Bild" rundete abschließend wieder auf 16.000 cubanischer Soldaten auf („Bild", 1.2.76), wobei dann wieder 1.000 Sowjets und 400 DDR-Soldaten hinzugefügt wurden. Das „Hamburger Abendblatt", ebenfalls Springer, gab dann am 3.2. die bisherige Höchstzahl von 1.200 (!!) sowjetischen Soldaten bekannt. Damit wurden die Angaben des US-Verteidigungsministeriums vom 31.1.76 („SZ"), die 170 Militärberater in Angola feststellten, als zu wenig publikumswirksam von der Springerpresse glatt übergangen.

Als schmückendes Beiwerk für den „Beweis" der „internationalen kommunistischen Verschwörung" entdeckte dann US-Senator Bartlett nach einer Angola-Reise auch noch „kämpfende Tschechen" („BamS", 8.2.76). Dieselbe muntere Quelle, nämlich die „BamS", läßt dann noch „Experten" schätzen, daß mindestens 20.000 Ausländer für die MPLA kämpfen, und zwar aus Cuba, der SU, der DDR, aus Polen, Nordvietnam und Mosambique („BamS", 8.2.).

„Le Monde" vom 10.2. zitiert genüßlich UNITA-Lügen, wonach auch algerische Soldaten an der Seite der MPLA kämpfen.

Wie aberwitzig übertrieben diese Zahlenangaben wirklich sind, sei an zwei anderen Beispielen belegt:

Bis Anfang Februar wurden von der bürgerlichen Presse die faschistischen RSA-Truppen in Angola mit 1.500 beziffert – bis RSA-Verteidigungsminister Botha selbst (von mit Sicherheit untertriebenen) 4.000 – 5.000 sprach!

Noch dicker trägt offensichtlich das US-Außenministerium auf, wenn es „enthüllt", daß sich die SU-Militärhilfe der letzten fünf Jahre in Afrika auf 2,2 Mrd. Dollar belief („Bild am Sonntag" vom 8.2. rechnete die Dollars in DM um und verwendete einen Wechselkurs von Mitte der sechziger Jahre, um auf „knapp 8 Mrd. DM" zu kommen), während die US-Militärhilfe mit 30,9 Mio. Dollar heruntergespielt wurde. Das wären gegenüber der sowjetischen Militärhilfe ganze 1,5 % („SZ", 30.1.). Diese Lächerlichkeit anhand konkreter Zahlen zu widerlegen, lohnt sich kaum; wahrscheinlich handelt es sich bei der US-„Hilfe" von 30,9 Mio. Dollars um den durchschnittlichen Tagessatz!?

Geisterstützpunkte der SU in ganz Afrika

„Wirtschaftshilfe und Propaganda, Militärs und Kanonen: Moskau schafft sich in Afrika einen Stützpunkt nach dem anderen. Die letzten westlich orientierten Staatsmänner fragen sich schon lange besorgt: ‚Wird der schwarze Kontinent rot'?" So beginnt die „BamS" vom 8.2.76 einen ihrer Hetzartikel gegen die Befreiungsbewegungen und nach Unabhängigkeit vom Imperialismus strebenden Nationalstaaten Afrikas.

„16 sowjetische Militärstützpunkte gibt es jetzt schon in Afrika", lautet eine der Schlagzeilen, dazu die berüchtigte Afrika-Karte, die zwar „nur" neun Stützpunkte aufweist, aber ausreicht, um festzustellen, daß Afrika „im Würgegriff" der SU gehalten wird.

Marokkos Reaktionäre bezeichneten die Kämpfe in Angola und der Westsahara als einen *„kombinierten Zangengriff des sozialistischen Lagers unter Sowjetführung auf Westafrika"* („Hamburger Abendblatt", 1.2.) und lieferte dann den schlagenden „Beweis": Die bei Kämpfen mit der Frente Polisario erbeuteten SAM-7-Raketen. Das ist alles.

Bei den durch die imperialistische Presse erlogenen Stützpunkten sind unterdessen einige Widersprüche aufgetreten, die u. a. die ganze Verrücktheit der „sowjetischen Stützpunktkette" veranschaulichen. In diesem Zusammenhang sei nochmal darauf hingewiesen, daß es keinen afrikanischen Staat gibt, der jemals bekanntgegeben hätte, sowjetische Stützpunkte auf seinem Territorium zu haben, und daß es auch nicht einen einzigen Beweis für die Existenz solcher Stützpunkte gibt.

So existiert neben der „BamS"-Karte noch eine Karte des „Stern" (4/76), sowie der „Quick" vom 15.1. Daneben hat das US-Verteidigungsministerium noch eine Übersicht über die Zahl sowjetischer Militärberater in Afrika angefertigt, die sich durch ihre „Genauigkeit" auszeichnet. So ist es z. B. gelungen, exakt „33 Berater in Mali" auszumachen.

Während so z. B. das US-Verteidigungsministerium in der VR Kongo keinen Militärberater entdecken konnte, stellen „Stern" und „Quick" *„starken sowjetischen Einfluß"* fest und „BamS" fügt noch einen Militärstützpunkt hinzu.

Ungereimtheiten auch bei Kenia, das bis auf den „BamS"-Stützpunkt keinem SU-Einfluß unterliegt.

Algerien hat laut „BamS" SU-Stützpunkte, auch die US-Angaben zählen 600 Militärberater, jedoch „Quick" und „Stern" paßten diesmal und zeichneten ein vom SU-Einfluß freies Algerien. Führend ist allerdings „Quick", was Namibia betrifft, dort wird *„gemäßigter sowjetischer Einfluß"* festgestellt. Auch hier müssen die anderen Quellen passen.

Interessant auch Nigeria. „BamS" stellt *„Unterstützung durch SU und Hafenrechte"* fest, „Quick" erkennt *„gemäßigten SU-Einfluß"*, „Stern" hingegen nur *„möglichen Einfluß und zivile SU-Berater"*, das US-Verteidigungsministerium jedoch konnte *„50 sowjetische Militärberater"* zählen.

Und so geht das weiter. Bei Sambia z. B. bildet ausnahmsweise mal die „BamS" sowie die US-Angaben das Schlußlicht; beide können keinen Einfluß entdecken. Nicht so der „Stern", der *„möglichen Einfluß"* erblickt, aber gleichzeitig auch Militärberater aus der SU in Sambia entdeckt hat. „Quick" schließlich kommt zum Schluß, daß *„gemäßigter Einfluß plus Militärberater"* in Sambia anzutreffen sind.



Hetzkarrikatur aus der „FAZ" (26.1.76)
Könnte auch aus der „KVZ" oder der „RF" stammen!

Die vier Quellen zusammengenommen, würden zum Schluß kommen, daß die Sowjetunion in weit über 30 afrikanischen Staaten „Einfluß" hat, darunter so eindeutig proimperialistische Regimes wie Zaire, Sambia, Kenia etc.

Schon fast selbstverständlich erscheint, daß auf allen genannten Karten nicht ein einziger der bekannten imperialistischen Stützpunkte eingezeichnet ist, vielmehr die wenigen *„nicht unter sowjetischem Einfluß stehenden"* Staaten als *„unabhängig"* (!) charakterisiert werden.

Angesichts der realen neokolonialistischen Machtverhältnisse in Afrika wird deutlich, mit welch' üblen Mitteln die bürgerliche Presse den westdeutschen Massen die „Gefahr aus dem Osten" zu suggerieren sucht.

Und gleichzeitig wird deutlich, was es heißt, diese Lügenmärchen nicht entschieden als solche zu enttarnen, sondern politisch zu bestätigen. Die Unterschiede sind nur noch graduell; so wäre wohl denkbar, daß die „KVZ" (Zeitung des KBW) der „Quick" vorwirft, sich zu täuschen, wenn sie (den US-Kompradoren) Mobutu als potentiellen Partner der Sowjetunion darstellt, wohingegen er besser als „wachsamer Patriot" einzuschätzen sei.

Daß die von den angolanischen Revolutionären in der Verfassung verankerte Blockfreiheit (die keine fremden Stützpunkte erlaubt!!) nur „Tarnmanöver der Sozialimperialisten" sein können, da allerdings sind KBW-Schmierer und Springer einer Meinung.

Erfundene „Graumsamkeiten"

Der ganze Haß des Imperialismus auf die sich befreienden Völker offenbart sich in den Greuelstorys über die Vorgehensweise der Befreiungsbewegungen!

Während niemals ein Wort über die Millionen Toten, die der Imperialismus und Kolonialismus entweder direkt ermordet oder durch seinen Raubbau dem Hungertod ausgeliefert hat, in „unserer" Presse zu finden ist, werden die „Opfer des roten Terrors" gleich massenhaft erfunden.

Nicht nur, daß die MPLA „die Weißen massakriert und vergewaltigt" – nein, auch auf Landsleute wird keine Rücksicht genommen und weil sich das so gut macht, zwingt sie Kinder, *„mit halbautomatischen sowjetischen Waffen"* an der Front zu kämpfen. *„Schätzungsweise 800 dieser Kinder mußten als erste Frontwelle gegen die ... FNLA und ELP-Truppen antreten, bevor sich die Soldaten der MPLA und ihre cubanischen Berater selbst dem Gegner stellten ... Mit dieser Taktik (!) spart die MPLA erheblich Munition"* („Welt", 23.11.75).

Dort, wo die MPLA herrscht, ist's nicht minder grausig: *„Täglich sterben bis zu hundert Negerkinder in den Vororten Luandas ... Sie verhungern oder sie schlagen sich tot (!!) für ein Kilo Maismehl."* (ebenda). Den erwachsenen Angolanern geht's – so Springer – kaum besser: *„An der rechten Hand Fernandos fehlt ein Finger. Den haben ihm MPLA-Leute abgehackt. Sie wollten den Ehering, doch der ging nicht ab. Seine Frau und seine drei Kinder haben MPLA-Leute umgebracht ..."* (ebenda).

Neben den von vietnamerfahrenen Demagogen erfundenen „Grausamkeiten der MPLA" mußte mit dem Sieg des angolanischen Volks natürlich auch wieder der vietnambekannte „Flüchtlingsstrom" herhalten. Und der schwoll allerdings gewaltig an!

Während die „FAZ" vom 13.2. ihn auf 100.000 bezifferte, wurde er nur einen Tag später von derselben Zeitung auf 250.000 erhöht!! Daß das RSA-Innenministerium – selbst aus handfesten Propaganda-Zwecken an maßloser Übertreibung interessiert – zur selben Zeit nur 14.000 Flüchtlinge (also ganze 5 % der geschätzten „FAZ"-Angaben) angeben mochte, beweist einmal mehr die Hemmungslosigkeit hiesiger Schreiberlinge. In gewisser Weise erschütternd ist allerdings, daß selbst in diesem Punkt die „KVZ" des KBW bemüht ist, mit den radikalen Hetzern mitzuhalten und ebenfalls 100.000 Flüchtlinge nach Namibia fliehen läßt („KVZ", 19.2.) (wo immerhin eine der brutalsten rassistischen und faschistischen Diktaturen der Welt herrscht).

Für die Kommunisten und alle Antiimperialisten in der BRD kann es nur eine Konsequenz aus der immer massiver werdenden rassistischen Hetze gegen den afrikanischen Befreiungskampf geben: Die Lügen enthüllen, die Wahrheit darstellen, die materielle Unterstützung forcieren! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kriegshetzer am Werk

„Heute kommunistische Aggression in Angola – Morgen gegen Südafrika und Rhodesien" – unter diesen Parolen fordert eine Initiative **„Internationale Angola-Solidarität"** (IIA) *„freiheitlich denkende Bürger"* und die *„freie Wirtschaft"* auf, für *„die Freiheit Angolas"* zu spenden („Extra-Dienst", 24.2.76).

Unterzeichnet ist dieses Schweinspapier u. a. von Kai-Uwe von Hassel, Eugen Gerstenmaier, Heinrich Windelen (alle CDU), Otto Freiherr von Fircks (SS, heute CDU), Otto von Habsburg, Ludek Pachmann (Vorzeige-Emigrant der CDU), Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin), Kurt Ziesel (Deutschlandstiftung), William S. Schlamm (Zeitbühne), Dr. Lothar Bossle (CDU-Wirtschaftsrat), sowie einer Reihe von Vertriebenenorganisationen, der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus" usw. usf.

Mit ihrer Hetze machen diese Spitzendemagogen des BRD-Imperialismus unmißverständlich klar, daß nach dem fast vollständigen Sieg der MPLA und deren Anerkennung durch die SPD/FDP-Regierung nach wie vor die Faschistenregimes in Südafrika und Rhodesien die Hauptstütze der Imperialisten bei der Unterdrückung der Völker Afrikas darstellen. Zugleich soll anscheinend dazu übergegangen werden, ganz offen für die proimperialistischen Kräfte in Angola – FNLA und UNITA – zu sammeln.

Aber wahrscheinlich wird nicht einmal d i e s gewisse „Linke" davon abhalten, FNLA und UNITA als „Befreiungsbewegungen" anzupreisen und Sympathie mit ihrem „Kampf gegen die sozialimperialistischen Besatzer" zu bekunden! ●

BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch

Die staatliche Förderung der imperialistischen Expansion

Um den westdeutschen Kapitalexport ins Ausland zu unterstützen, tritt, neben den Monopolen auch der Staat selbst in Aktion. Als „Sachverwalter" der BRD-Imperialisten hat er ein umfangreiches Instrumentarium entwickelt, um die Expansion der Konzerne zu ermutigen, zu fördern und abzusichern. Dazu zählen sowohl günstige „Rahmenbedingungen", die er in politischen Verhandlungen mit anderen Ländern für den Kapitalexport schafft, wie auch direkte finanzielle und organisatorische Unterstützung der Einzelkapitalisten.

Als Schwerpunkt der Förderungsmaßnahmen – die jährlich mehrere hundert Millionen DM betragen – lassen sich dabei zwei Zielrichtungen deutlich erkennen: Zum einen werden Investitionen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern gefördert, zum anderen – und dies vor allem – erfahren Investitionen zur Rohstoff- und Energieabsicherung des BRD-Imperialismus eine besondere Förderung. Bei diesen „volkswirtschaftlich besonders erwünschenswerten Investitionsprojekten" („Nachrichten f. Außenhandel", 12.12.74), geht es darum, die Zufuhr des BRD-Imperialismus mit Rohstoffen und Energie, die heute noch wesentlich über längerfristige Lieferverträge läuft, durch Inbesitznahme e i g e n e r Quellen abzudecken.

Im folgenden soll ein Überblick über die wesentlichsten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für die BRD-Monopole auf diesem Sektor gegeben werden.

Anläßlich der einmütigen Verabschiedung des „Entwicklungsländer-Steuergesetzes" (ELStG) am 14.11.74 nannten alle Fraktionen in einer Bundestagsresolution als Ziel des neuen Gesetzes

- die generelle Förderung von Investitionen im Ausland,
- die besondere Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, die vor allem
- der Sicherung der Rohstoffversorgung der Bundesrepublik dienen sollen („Handelsblatt" vom 15.11.74).

Vorgesehen ist, bei Investitionen in den 25 am stärksten unterentwickelten Staaten steuerf r e i e, gewinnmindernde Rücklagen bis zu 100% der Anlage zuzulassen. Das bedeutet, daß auf diesen Teil des Profits keinerlei Steuer bezahlt zu werden braucht!

Unter anderem fallen hierunter die rohstoffreichen Länder Guinea

Unter anderem fallen hierunter die rohstoffreichen Länder Guinea (Bauxitbeteiligung der „Vereinigte Aluminium-Werke AG") und Botswana (Nickel- und Kupferlieferant für die „Metallgesellschaft").

Für eine zweite Ländergruppe, die bereits einen bescheidenen wirtschaftlichen Entwicklungsstand erreicht hat, werden entsprechende Rücklagen bis zu 40% der Investitionen gewährt. Die wichtigsten Staaten dieser Kategorie sind die für die westdeutsche Rohstoffwirtschaft entscheidenden Länder Algerien (Öl, Erdgas), Brasilien (Zinn, Chrom, Mangan, Eisen), Griechenland (Bauxit, Nickel, Baryt), Türkei (Chrom, Magnesit), Irak, Iran, Kuweit und Lybien (Öl) und Spanien (Blei, Zink, Kupfer), um nur die wichtigsten aufzuzählen („Welt" vom 15.11.74; BGR: Regionale Verteilung der Weltbergbauproduktion, Hannover 1975).

Der durch diese Regelung entstehende Steuerausfall wird auf 220 bis 300 Mio. DM jährlich veranschlagt („Welt", 15.11.74).

Eine weitere Möglichkeit der Kapitalisten besteht in der sogenannten **„Vermeidung der Doppelbesteuerung"**: Zwar müssen formal alle aus dem Ausland in die BRD übertragenen Profite versteuert werden, tatsächlich aber werden alle bereits im Ausland gezahlten Abgaben von der westdeutschen Steuerschuld einfach abgezogen.

Darüber hinaus ist es gang und gäbe, daß „pro-westliche" Entwicklungsländer ausländische Kapitalisten mit weitgehenden Steuerbefreiungen zur Ausplünderung des Landes einladen. Diese Vorgehensweise wird von der Bundesregierung als „sehr förderungswürdig" eingestuft. Wenn ein Kapitalist diese – praktisch unbelasteten – Gewinne nämlich in die BRD transferiert, kann er gegenüber seinem Finanzamt völlig legal so tun, als hätte er im Ausland bereits Steuern gezahlt und kann diesen „fiktiven" Betrag von seiner Steuerschuld abziehen (§ 19 a Abs. 3, KStG).

Weiter besteht immer dann, wenn aus „volkswirtschaftlichen Gründen" dem Kapitalisten eine Steuerermäßigung spendiert werden soll, eine gesetzliche Grundlage, die auf Auslandsprofite entfallende westdeutsche Steuer ganz oder zum Teil zu erlassen oder mit einem Pauschalbetrag von lediglich 25% abzugelten (§ 34 c Abs. 3 EStG und § 19 a KStG).

Der Normalsteuersatz auf einbehaltene Gewinne liegt ansonsten bei 51%!

Auch einen „Verlustrücktrag" – jetzt für die Grenzen innerhalb der BRD eingeführt – gibt es seit längerem für die Monopole. Für mögliche zukünftige (!) Verluste kann eine steuerfreie Rücklage gebildet werden, die gleichzeitig die laufenden Gewinne (optisch in der Bilanz) – und damit abermals die zu zahlende Steuerschuld der Monopole – verkleinert.

Wenn man nur diese vier angesprochenen Steuerhilfen rechnet (es gibt tatsächlich noch weitaus mehr), so ist die Summe der jährlichen direkten Steuergeschenke an die Konzerne mit mindestens 500 Mio. DM sicher nicht zu hoch geschätzt.

Finanzierungshilfen

Über die Steuerhilfe[illegible] wird

Finanzierungshilfen

Über die Steuerhilfe[illegible] wird den Monopolen m[illegible] [illegible]inanzspritzen die A[illegible]sinvestition speziell im R[illegible]stoff- und Energiebereich schmackhaft gemacht.

Gerade im **Erdöl- und Erdgasbereich** ist die BRD heute international noch ein Zwerg. Um hier möglichst rasch Abhilfe zu schaffen, haben die westdeutschen Imperialisten mit maßgeblicher Beteiligung des Staates die „Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH" (DEMINEX) aus dem Boden gestampft. Die Stoßrichtung ist klar. Es geht darum, *„der deutschen Mineralölwirtschaft wenigstens etwas* (!) *von jenem Terrain zurückzugewinnen, das sie als Folge zweier Weltkriege verloren hatte"* („Süddeutsche Zeitung" vom 3.1.76).

1969 hatten zunächst acht westdeutsche Energiekonzerne die DEMINEX gegründet, die im gemeinsamen Namen Energiesuche und -förderung betreiben sollte. Über die VEBA mischte der Staat von vornherein kräftig mit. Trotz massiver finanzieller Unterstützung durch den Bund war der Konzern den Imperialisten aber immer noch zu wenig schlagkräftig. So wurden 1975 die kleineren Teilhaber ausgebootet. Nach der Fusion VEBA und Gelsenberg hält diese Gruppe nunmehr 54% des Kapitals, der RWE-Konzern und Wintershall/BASF jeweils 18,5% und die Saarbergbau schließlich neun Prozent.

Für den Zeitraum 1969 bis 1977 wurden der DEMINEX insgesamt 575 Mio. DM für Erdöl- und Erdgasprojekte zur Verfügung gestellt. Für die Jahre 1975 bis 1978 ist ein DEMINEX-Anschlußprogramm von zusätzlich einer Milliarde DM vorgesehen. Hinzu kommt eine Verpflichtungsermächtigung von 650 Mio. DM, falls die Mittel immer noch nicht ausreichen sollten. Die immense Bedeutung, die die Imperialisten der Energiesicherung beimessen, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß für die Suche von Energiequellen und die Beteiligung an Vorkommen staatliche Darlehen bis zu 75% der Investitionssumme gewährt werden (Zinsen: fünf Prozent). Scheitert ein solches Projekt, dann werden bis zu 30% der Kosten aus Steuergeldern als nicht rückzahlbarer Zuschuß spendiert. So wurden 1973 für dieses Förderungsprogramm rund 38 Mio. DM ausgegeben, 1974 bereits 72 Mio. und für 1975 sah der Bundeshaushalt stolze 400 Mio. DM vor! (Bundeshaushaltsgesetz 1975, Seite 976).

Eine ähnliche Förderungseinrichtung gibt es seit 1970 für die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen. Danach können durch das Bundeswirtschaftsministerium zinslose, bedingt rückzahlbare Zuschüsse für die Vorerkundung, den Erwerb von Bergbaurechten, die Durchführung von Untersuchungsarbeiten einer potentiellen Lagerstätte und für Wirtschaftlichkeitsstudien gewährt werden (Bundesanzeiger vom 10.11.70).

Bedingte Rückzahlbarkeit bedeutet, daß im Falle des Mißerfolgs der Staat 50% der Kosten trägt, wenn dagegen eine Erz-Lagerstätte entdeckt wurde, steht dem privaten Unternehmen die volle Nutzung der Grube zu, der Zuschuß des Staates wird in ein langfristiges zinsloses Darlehen umgewandelt. 1973 wurden westdeutschen Bergbaukonzernen insgesamt 9,6 Mio. DM an Zuschüssen gewährt, 1974 mit 21 Mio. mehr als das Doppelte. Der Haushaltsansatz 1975 belief sich auf 24 Mio. DM (Bundeshaushaltsgesetz, S. 977).

Zu nennen sind schließlich als weitere „Finanzierungshilfen":

- Mittel aus dem **ERP-Fonds**, die seit 1961 auch als zinsgünstige Bundeskredite für westdeutsche Investitionen in Entwicklungsländern zur Verfügung stehen. Jährlich macht der Staat im Rahmen dieses Förderungsprogramms bis zu 25 Mio. DM locker, bis 1975 insgesamt rund eine Viertelmilliarde (vgl. Beilage z. Bundesanzeiger, 16/75,S.8) – Detaillierte Angaben über Kredithilfen nach dem **„Allgemeinen Kriegsfolgengesetz"** von 1957 und dem **„Reperationsschädengesetz"** von 1969 (!) liegen nicht vor.



Der BRD-Kanzler zusammen mit Vertretern des Großkapitals (Bayer-Chef Grünewald und Salzgitter-Boß Birnbaum) auf Geschäftsreise

Allein für das erste Gesetz wurden bis 1967 mehr als 57 Mio. DM aus Darlehen an Kapitlaisten vergeben, deren Auslandsanlagen durch Kriegsfolgen *„in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erheblich behindert sind"* (Golz: Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern).

Das neue Gesetz soll bis 1974 alle die Privatkapitalisten abgefunden haben, die während des Krieges ihrer Auslandsvermögen „beraubt" worden sind (vgl. Handbuch der Entwicklungshilfe). Zwar ist über die Höhe gezahlter Summen nichts bekannt, **politisch bedeutsamer ist jedoch, mit welcher Offenheit der westdeutsche Staat auch hier in die Rechtsnachfolge des (Hitler-) Faschismus eintritt und sich 24 Jahre nach Kriegsende bereits wieder stark genug fühlt, den schon damals für den Faschismus verantwortlicher Bourgeois „Reperationen" anzudienen!**

Neben den bisher dargestellten und vornehmlich rohstofforientierten Förderungsinstrumenten ist besonders die Tätigkeit der **Deutschen Entwicklungs Gesellschaft** (DEG) hervorzuheben (s.a. AK 73). Mit einem Grundkapital von 500 Mio. DM voll im Besitz des Bundes fördert die DEG durch Finanzierungshilfen und Kredite zu attraktiven Konditionen (8,5% Zinsen, Laufzeit 8-12 Jahre) den Kapitalexport in Entwicklungsländer. Darüberhinaus beteiligt sie sich, ohne den Privatkonzernen in die Geschäftsführung hineinzureden, auch direkt am Firmenkapital. **Insgesamt mobilisierte die DEG auf diese Weise bis Ende 1975 mit einem eigenen Finanzierungsbeitrag von 312 Mio. DM (allein 1974 56 Mio.; 1975 90 Mio.)** eine Gesamtinvestitionssumme von ca. 1,9 Mrd. DM. Wenn man bedenkt, daß dies etwa 1/5 aller westdeutschen Investitionen in Entwicklungsländern sind, wird die überragende Bedeutung der DEG für die Expansionspläne des BRD-Imperialismus augenfällig. (vgl. Welt, v. 18.2.76).

Schwerpunkt der DEG-Tätigkeit ist Afrika mit 45 % der Investitionen, gefolgt von Asien mit 27 % und Lateinamerika mit knapp 20 %.

Den Schwerpunkt legt die DEG bei ihren Investitionen (knapp 30 %) in sog. „Entwicklungsbanken", die, gewissermaßen als erste „Stützpunkte", dazu beitragen sollen, die jeweiligen Märkte und Länder für die BRD-Konzerne zu „erschließen". *„Die DEG beteiligt sich an der Finanzierung lokaler Entwicklungsbanken vor allem in solchen Entwicklungsländern, die bisher aufgrund des niedrigen Entwicklungsstandes und zu enger Märkte von deutschen Unternehmen unbeachtet blieben oder schwer zugänglich waren."* Hierdurch *„ist die DEG in der Lage, lokale Märkte zu beobachten, Investitionsmöglichkeiten und Projektideen für potentielle deutsche Partner aufzuspüren (!).... und den deutschen Partnern zusätzliche Beratung zu bieten"* (S. 19). Die staatliche DEG spielt also in vielen Fällen die Rolle eines Wegbereiters des BRD-Imperialismus in der „3.Welt". Bemerkenswert ist hierbei, daß es vor allem reaktionäre und faschistische Länder sind, in denen die DEG tätig wird:

- **Indonesien**: Druckerei gemeinsam mit dem Klett-Verlag und der Busche-Druckereigesellschaft. Beteiligung der DEG 1,43 Mio. DM,; Finazierungsbeitrag der DEG für ein Arzneimittelprojekt der Firma Nattermann & Cie. in Höhe von 4 Mio. DM.
- **Israel**: 0,3 Mio. DM der DEG für eine Textilfabrik der Möve-Werk KG.
- **Brasilien**: Gemeinsam mit drei westdeutschen Firmen beteiligt sich die DEG mit 4 Mio. DM an einer Werkzeugmaschinenfabrik, die den gesamten Lateinamerikanischen Raum beliefern soll. Die Liste ließe sich beliebig verlängern! Welche Auswirkung diese massiv „sozial-liberal"- geförderte Expansion für die westdeutsche Arbeiterklasse hat, sei an einem letzten Zitat aus dem „Geschäftsbericht" belegt: Es gelte *„das wachsende Marktpotential der Entwicklungsländer unternehmerisch zu erschließen. (...) Klassische Branchen (in der BRD) schrumpfen unter dem Wettbewerbsdruck der Niedriglohn-Länder (!), ohne daß ein Ende dieses Prozesses abzusehen wäre" (S.11).*

Diese direkten „Unterstützungen" für ein höheres Auslandsengagement der „kapitalschwachen deutschen Wirtschaft" werden flankiert durch die Schaffung möglichst günstiger Rahmenbedinungen für den Kapitalexport.

Ungleiche Verträge sollen Ausbeutung sichern

Bis Mitte 1975 hatte die BRD-Regierung mit insgesamt 35 Entwicklungsländern sog. „Investitionsförderungsverträge" abgeschlossen. Diese Abkommen sind ein Paradebeispiel für ungleiche Verträge.

Auf dem Papier steht zwar jeweils in Artikel 1: *„Jede Vetragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragsparteien nach Möglichkeit fördern und die Kapitlanalgen (...) zulassen."* In Wirklichkeit haben aber Entwicklungsländer wie Pakistan, Sambia, Indien etc., deren Bruttosozialprodukt pro Kopf allenfalls wenige hundert Mark im Jahr erreicht (BRD: 10.000 DM) gar keine Chance, die ihnen „großzügig" eingeräumten „Rechte" in Anspruch zu nehmen. So profitieren einseitig die Imperialisten von der verbrieften Öffnung des Landes für ihr Kapital, der Garantie des Gewinntransfers, dem Verbot der Enteignung usw. usf....

Der Staat trägt das Risiko

Hinter dem Titel „Bundesgarantien für Kapitalanlagen im Ausland" verbirgt sich ein engmaschiges Netz, das den westdeutschen Kapitalisten im Ausland bei allen Unbilden vor einem allzu tiefen wirtschaftlichen Sturz bewahrt. Unter der Federführung der „Deutsche Revisions- und Treuhand AG Treuarbeit" in Hamburg sind versichert:

- Verstaatlichung, Enteignung sowie enteignungsgleiche Eingriffe;
- Krieg, Revolution oder „Aufruhr"
- Zahlungsverbote und
- Unmöglichkeit der Konvertierung oder des Transfers.

Wird die volle Verfügungsgewalt des Kapitalisten über seine Investitionen in einem der vier Punkte eingeschränkt, so wird er aus Bundesmitteln abgefunden. Gegen eine geringe Prämie (0,8 % der Versicherungssumme jährlich) trägt „Im Falle des Falles" der Staat 95% der verlorenen Investitionen, Die bis Ende 1974 übernommenen Garantieverpflichtungen des Bundes beliefen sich auf 4,125 Mrd.DM (Beilage Bundesanzeiger, a.a.O.,S.7).

Staatliche „Informationshilfen"

Staatliche „Informationshilfen"

Zu den allgemeinen Rahmenbedingungen, die dem Kapitalexporteur das Leben leicht machen, zählen letztlich auch die staatlichen Informationshilfen. So unterhält die BRD mit der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA), der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) Institutionen, die mit Jahresetats von mehreren Millionen u.a. mit der Beobachtung der internationalen Märkte und Rohstoffquellen betraut sind. Beispielsweise besitzt die BGR in Entwicklungsländern, die für die Erzversorgung Westdeutschlands wichtig sind – Brasilien, Peru u.a. – sog. geologische Dienste, bei denen alle Informationen über Lagerstättenfunde, einschlägige Gesetze und Verordnungen sowie sonstige Detailkenntnisse über das Land zentralisiert werden. Dieser reichhaltige Fundus steht westdeutschen Konzernen gratis oder gegen eine geringe Gebühr zur Verfügung. Darüberhinaus besitzen die Informationsdienste meist einen heißen Draht zu Behörden und Kapitalisten im Ausland und können so für den westdeutschen Imperialismus wichtige Mittlerfunktion bei Projektanbahnung erfüllen.

Zählt man einmal alle Förderungsmittel zusammen, so beläuft sich allein die direkte Unterstützung von Direktinvestitionen des BRD-Imperialismus locker auf mehr als 1 Mrd. DM jährlich! Ein ansehnlicher Betrag! bedenkt man, daß der Kapitalexport seit 1970 jährlich zwischen 2,8 und5,6 Mrd. DM lag.

Noch nicht einmal berücksichtigt sind hierbei die indirekten Hilfen sowie die Maßnahmen zur Förderung des Warenexports, die offizielle „Entwicklungshilfe" usw. die gleichfalls die weltweite Expansion der BRD-monopole festigen und verbreitern.

Hierüber werden wir in den folgenden Ausgaben des ARBEITERKAMPF berichten. ●

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

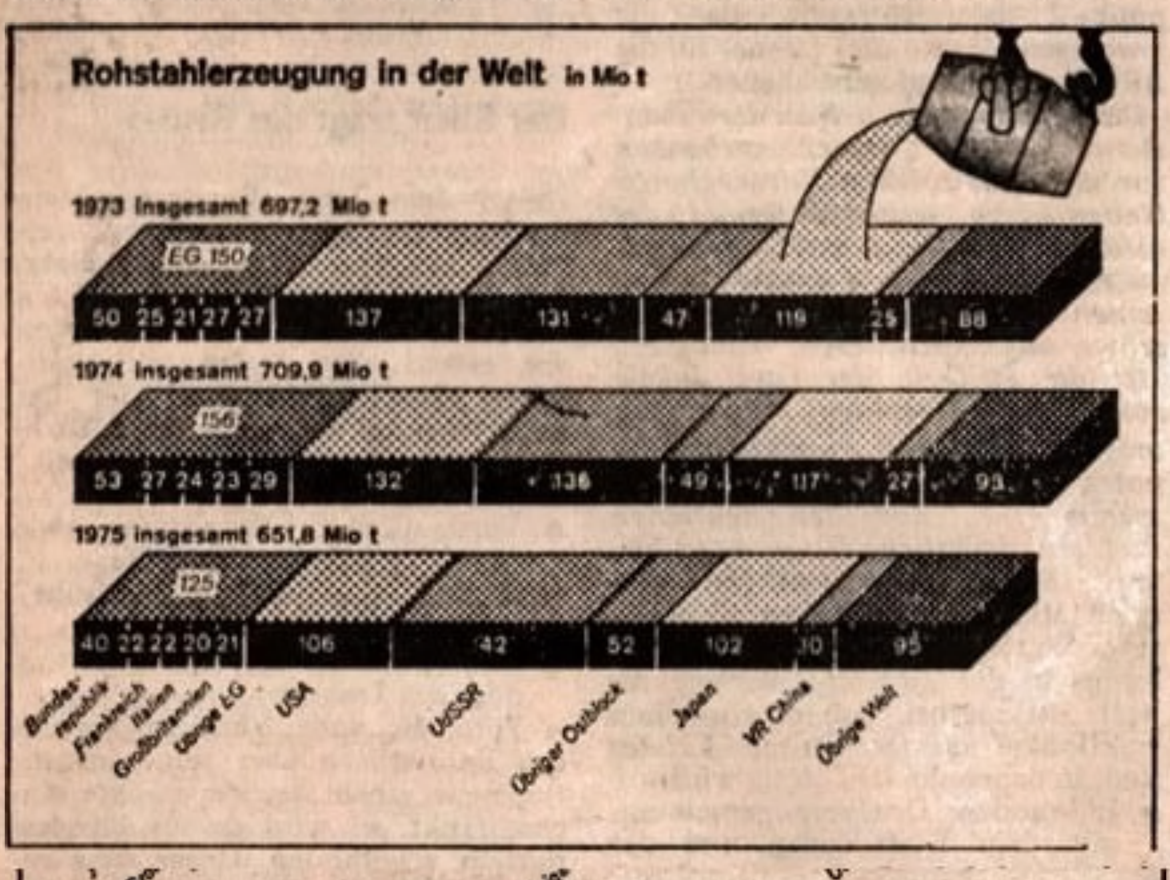
Ein westeuropäischer Stahlgigant entsteht

In der westeuropäischen Stahlindustrie, *„die zu den klassischen Kartell-Branchen zählt"* („FAZ", 10.2.76), nimmt die Herausbildung eines riesigen Stahlmonopols unter westdeutscher Vorherrschaft immer deutlichere Konturen an.

Am 31.1.76 trafen sich die Vertreter der führenden Stahlmonopole der BRD, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, um einen westeuropäischen Zusammenschluß ihrer Konzerne einzuleiten. Das Treffen wurde mit der vorläufigen Gründung einer „Internationalen Wirtschaftsvereinigung" beendet, die die Interessen ihrer Mitglieder nach außen *„und vor allem gegenüber der Europäischen Kommission, aber auch gegenüber den anderen Stahlorganisationen der Gemeinschaft vertreten"* soll („FAZ").

ländische Stahlunternehmen, die den BRD-Markt belieferten (nach J. Huffschmid, Politik des Kapitals, S. 78 f.).

Wie Huffschmid schreibt, war das unmittelbare Ergebnis dieses Zusammenschlusses, daß *„am deutschen Stahlmarkt nicht* (damals – d.Red.) *zwölf unabhängige Unternehmen miteinander im Wettbewerb stehen, sondern ein einziger monolithischer Superkonzern dominiert, der seine Macht gegen Konkurrenten wie Geschäftspartner gleichermaßen einsetzt."* Diese enge Zusammenarbeit der einzelnen Konzerne wurde 1971 durch den Abschluß der Rationalisierungsverträge weiter vertieft. Hierin einigten sich die Konzerne auf eine gemeinsame Politik in der Rohstoffversorgung, der Verfrachtung (Transport), der Forschung und Entwicklung neuer Produktionstechniken.



Die dominierende Rolle in diesem vorerst noch nicht kapitalmäßigen Zusammenschluß spielen schon heute die westdeutschen Kapitalisten: Die beteiligten BRD-Stahlkonzerne beherrschen allein etwa 40% (1975: 40 Mio. Tonnen) der gesamten westeuropäischen Stahlproduktion. Demgegenüber nehmen sich die Anteile der übrigen beteiligten Konzerne vergleichsweise bescheiden aus:

- Belgien hat mit 11,6 Mio. to Jahresproduktion den zweitgrößten Anteil;
- Die Niederlande bringen 4,8 Mio. to in den Stahlpakt mit ein; (Handelsblatt, 27.1.76)

Insgesamt verschmelzen hier Rohstahlkapazitäten in der Höhe von 60 Mill. t Jahresproduktion.

Die beherrschende Rolle der BRD-Monopole in dem neuen Zusammenschluß kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie einen der zwei ‚Geschäftsführenden Vorstände' stellt, während der zweite die restlichen Konzerne vertritt.

Dieser Blockwird aufgrund seiner Größenordnung den westeuropäischen Markt eindeutig dominieren und beherrschen können, denn die staatlichen Großkonzerne Frankreichs, Englands und Italiens produzierennur z u s a m m e n genommen ebensoviel. Wie aus einer ersten Erklärung hervorgeht, soll sich die „Wirtschaftsvereinigung" u.a. mit Energie- und Rohstoffproblemen befassen und an der Bewältigung der westeuropäischen Energiepolitik mitwirken. Darüberhinaus soll sie *„den Informationsaustausch über Produktion, Beschäftigung und Marktdaten. zwischen den Mitgliedern fördern"* (Handelsblatt, 4.2.76).

Was hier zunächst noch etwas verschämt mit „Informationsaustausch" umschrieben wird, ist in Wirklichkeit ein K a r t e l l, in dem die beteiligten Monopole den Markt unter sich aufteilen, bestimmte Quoten festlegen, die Preise erhöhen usw. Der wichtigste Punkt bei der Gründung der „Wirtschaftsvereinigung" dürfte allerdings in der Absicht der Konzerne liegen, untereinander Rationalisierungsverträge abzuschließen (Welt, 4.2.76).

Um zu zeigen, in welche Richtung diese Rationalisierungsverträge zielen, erinnterte die bürgerliche Presse in diesem Zusammenhang des öfteren daran, daß auch in Westdeutschland dar Entstehen einiger weniger Riesenstahlkonzerne über diesen Weg lief. Im Jahre 1967 schlossen sich die westdeutschen Stahlkonzerne zu vier sog. „Walzstahlkontoren" zusammen, in denen der gesamte Verkauf zusammengefaßt wurde und die Produkte zu einem einheitlichen Preis verkauft wurden. Dieses Kartell führte bereits nach kurzer Zeit zu einer drastischen Erhöhung der Stahlpreise und zu einem koordinierten Vorgehen der westdeutschen Konzerne gegen aus-

Darüberhinaus wurden Investitionen der einzelnen Konzerne aufeinander abgestimmt, um Doppel- bzw. Fehlinvestitionen zu vermeiden. Das im Montanvertrag verankerte Verbot von Produktionsquoten wurde umgangen, indem die Produktionsprogramme auf die einzelnen Konzerne verteilt wurden, *„wobei sich jeder Partner auf bestimmte Abmessungen und Qualitäten konzentrierte"* (FAZ 10.2.76).

Wenn auch hier kein kapitalmässiger Zusammenschluß vorlag, so handelten die beteiligten Konzerne zumindest gegenüber den Konkurrenten und den Stahlabnehmern wie e i n einziges Monopol. Hinzu kommt, daß derartige „Kooperationen" in der Regel als Vorstufe zu einer engen Kapitalverflechtung angesehen werden müssen.

An dieser Entwicklung der westdeutschen Konzerne wird deutlich, welche Ziele nunmehr mit der neugegründeten multinationalen „Wirtschaftsvereinigung" verfolgt werden. So vermutet auch die „FAZ", daß hier ein *„Kristallisationspunkt für das Wiedererstehen internationaler Kartelle"* geschaffen werden soll (10.2.76).

Das großkapitalistische „Handelsblatt" sieht in dem neuen Zusammenschluß *„ einen weiteren Schritt nach vorn in Europa"* (5.2.75). Das ist in der Tat zutreffend. Wenn bis auf den heutigen Tag in dem neuen Kartell noch die französischen, englischen und italienischen (staatlichen) Stahlkonzerne fehlen, so liegt das vor allem daran, daß die Verflechtung der westdeutschen Stahlindustrie mit der der Benelux-Länder bereits am weitesten fortgeschritten ist.: Luxemburgs Arbed-Konzern gehört die Hälfte des größten Saar-Stahlkonzerns (Röchling-Burbach), der niederländische Konzern Hoogovens ist mit dem zweitgrößten westdeutschen Stahlerzeuger (Hoesch) im Estel-Konzern vereint. Allerdings nur über einen Zusammenschluß auch der übrigen wichtigsten und größten westeuropäischen Stahlkonzerne kann es den EG-Imperialisten gelingen, die momentane Vormachtstellung der US- und japanischen Monopole auf dem Weltmarkt zu brechen. Mit 106 bzw. 102 Mio. Tonnen Jahresproduktion (gesamte EG: 125 Mio. Tonnen) beherrschen beide je ein Sechstel der Weltproduktion. Sollten sich die von den Kapitalisten anvisierten Pläne in die Tat umsetzen lassen und sollten sogar noch andere EG-Stahlkonzerne an dem neuen Kartell beteiligt werden, dann ist ein entschiedener Schritt nach vorn beim Aufbau eines Europas der Monopole gemacht. ●

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

Industrie bekommt Exporterleichterungen

Auf Wunsch der Industrie hat die Bundesregierung in einem „interministeriellen Ausschuß" mehreren Erleichterungen für den Export von Waren zugestimmt.

Im vergangenen Jahr, das dem imperialistischen System eine allgemeine Wirtschaftskrise bescherte, gingen die westdeutschen Exporte zurück. Real soll die Zahl der ins Ausland verkauften Waren um zehn Prozent gesunken sein („HB", 10.2.76). Wenn man die Exporte zu den Preisen von 1975 nimmt, ist der Rückgang weniger krass. Dazu war das Jahr 1974 ein absolutes Rekordjahr für den Export. Mit 50 Mrd. DM Überschuß in der Handelsbilanz mit dem Ausland konnte die Industrie jubilieren.

Allerdings ist der Rückgang 1975 der höchste seit dem Ende des 2. Weltkrieges.

Die BRD ist mit einem Exportvolumen von 90 Mrd. Dollar nach den USA die zweitgrößte Handelsnation der Welt. Naturgemäß wird die westdeutsche Industrie, die mit einem Exportanteil von mehr als 20% sehr stark auf den Warenexport orientiert ist, durch einen Rückgang des Welthandels besonders getroffen.

Für den erhofften Wirtschaftsaufschwung des Jahres 1976 kommt dem Export eine Schlüsselstellung zu. Allerdings ist der internationale Konkurrenzkampf schärfer geworden und die BRD-Monopole verlangen Exporthilfen, um sich durchsetzen zu können. Die Bundesregierung handelte unverzüglich. Unter dem Motto, *„die Exportinstrumente werden geschliffen"* wurde das *„außenwirtschaftliche Förderinstrumentarium"* verbessert. Der Betrag, den die exportierenden Firmen als Selbstbehalt bei der staatlichen Ausfuhrkreditversicherung hinterlegen müssen wurde gesenkt. Davon profitieren vor allem Konzerne, die ganze Industrieanlagen exportieren.

Ebenfalls sollen Exporte, die keine Investitionsgüter sind, nur noch einen Selbstbehalt hinterlegen, wenn die gesamte Exportmenge versichert wird.

Die Exportversicherung soll für die Länder abgeschafft werden, die keine „politischen Risiken" darstellen, z.B. für die EG-Länder, die USA und andere „westliche Industrienationen".

Als entscheidende Maßnahme soll das wirtschaftliche Risiko der Konzerne auf Kosten der staatlichen Versicherung – damit auf Kosten der Steuerzahler – entlastet werden. Zahlt in der Zukunft ein Käufer im Ausland nicht, springt nach neun Monaten die staatliche Versicherung ein und übernimmt die Kosten („Handelsblatt", 9.2.76). ●

Rentenklau geplant

Das Kölner Unternehmerinstitut („Institut der deutschen Wirtschaft") hat gefordert, durch Anbindung der Rentenanpassung an die Entwicklung der Nettoverdienste der Arbeiter und Angestellten (bisher an die Bruttoverdienste) riesige Milliardenbeträge bei der Rentenversicherung einzusparen.

Ein Alternativvorschlag aus dem bürgerlichen Lager dazu wäre, die Rentenanpassung um ein halbes Jahr zu verschieben, was den gesetzlichen Vorschriften widersprechen würde. Auf alle Fälle ist geplant, bei den Renten zu streichen, und dies, obwohl jede vierte Rente unter 300 DM liegt, mehr als die Hälfte der Renten unter 600 DM und die Renten insgesamt unter 50% des vorherigen Lohnes liegen. Außerdem sind die Rentner von den Preissteigerungen besonders stark betroffen und die Renten folgen der Lohnentwicklung eh um drei Jahre hinterher („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.2.76 und „Unsere Zeit", 6.2.76).

Bundesminister Arendt hat in der Bundestagsdebatte über den Rentenbericht der Bundesregierung bestritten, daß eine Erhöhung der Rentenbeiträge geplant sei, aber andererseits erklärt, daß er Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen oder zur Senkung der Ausgaben (also Rentenkürzung) nicht *„völlig ausschließt"*, was also doch klar zeigt, wo hier die Reise hingehen soll. Nur konkret verraten will die Regierung ihre Pläne noch nicht – vor der Bundestagswahl ...

Pakistans Ministerpräsident

1975 – Neues Rekordjahr der Pleiten

Im Krisenjahr '75 gingen in der BRD 9.195 Firmen pleite. Damit ist das Jahr '75, mit einem Anstieg der Konkurse um 19,1% gegenüber 1974, das neue Rekordjahr der Pleiten. Am härtesten betroffen sind die Wirtschaftszweige der Bauindustrie mit 1.589 Konkursen (+ 15%), der weiterverarbeitenden Industrie mit 1.865 Konkursen (+ 16,8%) und das Dienstleistungsgewerbe mit 1.597 Konkursen (+ 30,4%).

Bei 2/3 aller Verfahren wurde die Eröffnung abgelehnt, da die vorhandene Vermögensmasse nicht einmal die Kosten für das Verfahren gedeckt hätte! Die Schweinerei dabei ist, daß deshalb viele Kollegen wohl heute noch auf ihren rückständigen Lohn warten!

(Alle Angaben, Zitate aus „SZ", 16.2.76, „FAZ", 16.2.76).

Pakistans Ministerpräsident Bhutto in Bonn

Mitte Februar besuchte der pakistanische Ministerpräsident Ali Bhutto die Bundesrepublik. Dabei ging es einmal um die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Pakistan möchte mehr „Wirtschaftshilfe", da sich die wirtschaftliche Lage des Landes in der letzten Zeit um einiges verschlechtert hat. Preissteigerung für seine Rohstoffe hat es nicht durchsetzen können, ist aber den Preissteigerungen der imperialistischen Länder (und der Ölpreise) voll ausgesetzt. Auch der Import (z.B. aus der BRD) ist gestiegen, während der Export keine so hohen Zuwachsraten aufweist. Die Bundesregierung möchte bei dem Besuch vor allem erreichen, daß der Kapitalexport in diesem Land noch freizügiger wird.

Weiter ist Pakistan an Waffen aus der BRD interessiert. Von der bürgerlichen Presse (z.B. „Handelsblatt" und „FAZ" vom 18.2.76) wird der Regierung auch eindringlich geraten, dem nachzugeben, was natürlich im wesentlichen außenpolitische Gründe hat. Denn Pakistan stand dem imperialistischen Lager bisher immer näher als Indien, arbeitet im CENTO-Pakt mit den USA zusammen und hat weiter gute Beziehungen zu den arabischen Ländern.

239.400 Arbeitslosen die Unterstützung gestrichen!

Im letzten Jahr sperrte das Arbeitsamt in 239.400 Fällen, Kolleginnen und Kollegen das Arbeitslosengeld. Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 1.074.200 im Jahr '75, also fast jedem vierten Arbeitslosen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 64,9%!

Über 44.200 Kollegen wurde das Arbeitslosengeld gesperrt, weil sie, wie immer demagogisch behauptet wird, aus ungerechtfertigten Gründen die ihnen „angebotene" Arbeit abgelehnt haben. Das bedeutet einen Anstieg von 101%!

(Alle Angaben aus „Süddeutsche Zeitung", 16.2.76).

Jugend- und Kinderarbeitsschutz gelockert!

Die CDU/ CSU-regierten Länder wollen mit einem Gesetzesantrag über den Bundesrat die durch das Jugendarbeitsschutzgesetz verbotene Sonntagsarbeit für Jugendliche in Gaststätten wieder einführen. Die schwarzbraune Union setzt sich dafür ein, daß in einem Bereich,wo die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse sowieso schon zu den schlechtesten gehören, und wo so gut wie keine gewerkschaftliche Kontrolle besteht, die Jugendlichen- auch Kinder- noch maßloser ausgebeutet werden können. Warum die Gastwirte ein Interesse an der Sonntagsarbeit für Jugendliche haben, zeigt ein Fall aus München (nach „Stern" Nr.9, Febr.76). Hier entließ ein Gastwirt sechs Erwachsene, um zwei sechzehnjährige Mädchen und einen zwölfjährigen Jungen als Kellner und Koch einzustellen- die Mädchen für je 300DM, das Kind für ein kostenloses Mittagessen! Dieser Junge mußte sogar der Polizei auffallen, als er nachts um 2 Uhr von der Arbeit nach Hause radelte.

Ein anderer Bereich, wo die Kinderarbeit, auch nach dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz, grundsätzlich erlaubt ist, ist die Landwirtschaft. Bei Werbeveranstaltungen wurde sie ausdrücklich gestattet, ebenso beim Zeitungsaustragen (für Kinder ab 13 Jahre), was noch nicht einmal nach dem alten Gesetz von 1960 der Fall war.

- In der Landwirtschaft wurden schon 1974 3.200 Arbeitsunfälle von Kindern unter 16 Jaren gemeldet, davon 17 tödliche (darunter waren 7 Opfer noch keine 10 Jahre alt!).
- Unter den Zeitungsausträgern gab es 76 Kinderunfälle, davon einen tödlichen. (Diese Zahl liegt wahrscheinlich erheblich unter der tatsächlichen Unfallrate, denn die wenigsten Kinder sind versichert.)

1973 stellten die Gewerbeaufsichtsämter 34.742 Gesetzesübertretungen fest, darunter 682 Verstöße gegen das Verbot der Kinderarbeit. Aber nur in 78 Fällen wurden gerichtliche Stafen verhängt. *„Die Gerichte werten Straftaten und Ordnungswidrichkeiten gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz fast durchgängig noch als Kavaliersdelikte"*, monierte selbst der Hamburger DGB. Jetzt gestattet das neue Jugendarbeitschutzgesetz als typische „Reform"sogar die Akkordarbeit für Jugendliche.

SPD/ FDP und CDU/ CSU setzen sich beide für eine Lockerung des Schutzes der Kinder- und Jugendarbeit ein. Angesichts der kriminellen Bedingungen, die schon heute bestehen, liegt es auf der Hand, wie die Zukunft vieler Arbeiterkinder aussehen wird. Die gleichen Herren treten zynisch für den „Schutz des ungeborenen Lebens" ein, aber den Schutz des geborenen Lebens treten sie mit Füßen. ●

Eine Erzieher- Genossin
KB- Gruppe Hamburg



METALL

Warnstreiks dauern an!

In den letzten beiden Wochen ging die Welle der Warnstreiks weiter, verlagerte sich aber von Baden-Württemberg nach Norddeutschland. An den Streiks beteiligten sich über 30.000 Kollegen.

Bei diesen Streiks ging es darum, die Kapitalisten zu zwingen, überhaupt irgendein Angebot zu machen. Die Streiks dauerten bis zu einer Stunde, teils wurde ziemlich geschlossen gestreikt, teils nur von einigen Abteilungen. Die folgende Übersicht ist sicherlich unvollständig.

Freitag, 13.2.:

In **Baden-Württemberg** streikten 1.300 Kollegen in Markgröningen und in Fellbach bei Stuttgart, außerdem die Enzinger-Union-Werke in Worms (600).

In **Nordrhein-Westpfahlen** (NRW) streikten die Maschinenfabrik Bekkermann, Solingen und die Düsseldorfer Waggonfabrik.

In **Hamburg** streikten MAN (1.700) und AEG-Telefunken.

In **Lübeck** streikten einige Hundert Kollegen der Dräger-Werke.

Montag, 16.2.:

In **Bremen-Unterweser** streikten die Kollegen der Varian-MAT, Bremen Vahr (150), die Seebeckwerft, Hapag-Lloyd-Werft, Siegholt-Werft und Motorenwerke in Bremerhaven (300) und die Mützelfeld-Werft in Cuxhaven.

(300) und die Mützelfeld-Werft in Cuxhaven.

In **NRW** streikten 200 Kollegen aus Singen und Kronprinz AG (1.000) und Krupp-Ardelt (380) in Solingen.

In **Hamburg** streikten Demag-Conz (400), Rheinstahl-Eggers-Kehrhahn, Valvo-Langenhorn und Siemens-Rothenburgsort.

Dienstag, 17.2.:

In **Bremen** streikten Hanomag-Henschel (4.000), VFW-Fokker (1.000), Varian-MAT Bremen-Woltmershausen (100), Lloyd-Dynamowerke, Klein, Schanzlin & Becker (150) und eine Abteilung der Kranbaufirma Kock.

In **NRW** streikten die Essener Eisenwerke.

In **Hessen** streikten Buderus (500) und die Eisenwerke Herborn (750).

In **Hamburg** streikten HDW-Ross (800) und HDW-Reiherstieg.

Mittwoch, 18.2.:

In **NRW** streikten 300 Kollegen der Thyssen-Schraubenwerke, Essen.

In **Hessen** streikten die Kasseler Rheinstahl-Transporttechnik-Werke Mittelfeld und Rothenditmold (3.500), Hanomag-Henschel (3.000) und AEG-Telefunken (1.000) in Kassel, 150 Kollegen der Robert Bosch GmbH in Darmstadt, die Burger Eisenwerke (500) und die Burger-Hütte (750).

Außerdem fand in Reutlingen eine IGM-Kundgebung mit 1.200 Kollegen statt.

Donnerstag, 19.2.:

In **Niedersachsen** streikten die Emdener Werften Rheinstahl-Nordsee-Werft, Schulte & Bruns und die Cassens-Werft (800).

In **NRW** streikten die Krupp-Metall- und Schmiedewerke, Essen (800).

In **Hamburg** streikten 250 Kollegen von Ortmann & Herbst.

Freitag, 20.2.:

In **Hessen** streikten 1.500 Kollegen der Kasseler VW-Werke.

Dienstag, 24.2.:

In **NRW** streikten die Kollegen der Krupp-Widia-AG, Essen (1.000).

In **Baden-Würtemberg** streikten 400 Kollegen der Vitra, Weil. Außerdem fand in Lörrach eine Kundgebung der IGM und des DGB statt mit 1.000 Kollegen.

Mittwoch, 25.2.:

In **Essen** legten rund 2.000 Arbeiter der Krupp-Stahlbauwerke die Arbeit nieder.

der Krupp-Stahlbauwerke die Arbeit nieder.

Metalltarifrunde

Erpresserisches „Angebot" von Gesamtmetall

Am vergangenen Wochenende bot Gesamtmetall nach Verhandlungen mit IGM- Vertretern auf „Vorstandsebene" eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4% an. Gleichzeitig ließ Gesamtmetall durchblicken, daß *„eine Erhöhung dieses Angebotes auf 5 bis 5,5% möglich "* sei, wenn *„die geltenden Tafifverträge über Urlaubsdauer, Urlaubsgeld und Teile des 13. Monatseinkommen"* verlängert werden („Hamburger Abendblatt",23.2. 76).

Gleichzeitig besteht Gesamtmetall auf zentralen Verhandlungen auf Vorstandsebene - insbesondere für den Fall des „besseren" Angebotes.

Angesichts der materiellen Lage der Arbeiter, der vergangenen enormen Preissteigerungen in sämtlichen Bereichen und der noch zu erwartenden Preis- und Steuererhöhungen (wie z.B. der gerade erst gelaufenen Erhöhung der Sozialversicherung) stellt das 4%- Angebot eine einzigartige Frechheit dar. Aber auch die in Aussicht gestellte „Verbesserung" des Angebotes auf 5 - 5,5% wäre nicht akzeptabel. Zum einen schließt es sämtliche Nebenforderungen pauschal mit ein (Urlaubsdauer und -geld),zum anderen hat es zur Vorraussetzung einen Tarifabschluß auf zentraler Ebene; womit die Arbeiterschaft demonstrativ ausgeschlossen wird.

Insgesamt nehmen die Herren von Gesamtmetall gerade in der Frage der Nebenforderungen eine noch schärfere Haltung ein. Zuerst weigerten sie sich überhaupt, über Nebenforderungen aus anderen Tarifverträgen zu verhandeln, dann kam es beispielsweise zu dem Angebot für die Urlaubsregelung: Bis 1980 (!) sollte der Urlaub um einen Tag verlängert werden.

IGM-Führung: Vorwärts wir weichen zurück!

Bereits in den Auseinandersetzungen darum, daß Gesamtmetall überhaupt ein Angebot auf den Tisch legt, kam es zu einer Welle spontaner Streiks in den verschiedenen Tarifbezirken. Bereits in diesen Streiks wurde deutlich, daß in den Betrieben eine Bereitschaft für ein kämpferisches Durchsetzen der Tarifforderungen besteht. Die Verhandlungsführer der IGM erklärten sofort wortradikal: *„Vom Betrieb kommt unser Verhandlungsauftrag, wir geben ihn dorthin zurück!"*

Bald darauf vereinbarten Gewerkschaftsführer und Gesamtmetall, am 21.2. in Köln Spitzengespräche zu führen (aus denen das besagte „Angebot" herauskam)! Eine weitere Mobilisierung der Belegschaften über Mitgliederversammlungen und Funktionärsversammlungen wurden dagegen nicht durchgeführt!

Heute wird schon das „Angebot" von Gesamtmetall als Erfolg gesehen. „Im Gewerkschaftslager wird es als kleiner Erfolg gewertet, daß die Arbeitgeber ihr Angebot auf den Tisch gelegt haben" („Presse- und Funknachrichten" der IGM, 24.2.).

Die angebotenen 4% werden als Grundlage für weitere regionale Verhandlungen angesehen, wenngleich *„Umfang und Struktur des Arbeitgeberangebots ... nicht geeignet seien, schnelle Lösungen des Tarifkonfliktes zu gewährleisten"* („FR", 25.2.).

Vor den zentralen Verhandlungen wurden die regionalen Verhandlungen für gescheitert erklärt - heute wird das provokatorische 4% „Angebot" dazu benutzt, wieder in die regionalen Verhandlungen einzusteigen. Spätestens heute wäre es jedoch an der Zeit, in den Betrieben eine Mobilisierung für kämpferische Aktionen durchzuführen. **Gesamtmetall hat eindeutig klargemacht, daß sie an eine Erfüllung der ursprünglichen Forderungen nicht denken - wie anders als durch Kampfaktionen sollen dann diese Forderungen noch durchgesetzt werden?**

So wie es aussieht, hat der IGM-Vorstand vor, weiter in den regionalen Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen. Voraussichtlich ein Ergebnis, daß in seiner Höhe weit unter der Ausgangsforderung liegt, daß aber - wie in den vergangenen Jahren - in den anderen Tarifbezirken übernommen wird. Es ist durchaus auch drin, daß noch in dem einen oder anderem Tarifbezirk begrenzte Streiks durchgeführt werden.

Gerade gegen diese völlig nutzlose „Nadelstichtaktik" sollte in den Betrieben Stellung genommen werden. Was jetzt ansteht, ist die Durchführung von Mitglieder- und Funktionärsversammlungen. Hier sollte diskutiert werden, wie der Kampf zu führen ist.

Für Hamburg z.B. steht die Durchführung einer Demonstration aller Metallarbeiter gegen die Rationalisierungs- und Lohnraubpolitik an, wofür schon zahlreiche Beschlüsse in den Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien gefaßt worden sind.

Metall- Komitee
KB- Gruppe Hamburg

Stahlwerk Neviges:

Belegschaft verteidigt Arbeitsplätze

Punkt 11 Uhr versammelten sich die 320 Kollegen des von der Schliessung bedrohten Stahlwerkes Neviges auf dem Fabrikhof zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Sie protestierten damit gegen die drohende Schließung. Schon am Tag zuvor hatten sie eine Demonstration zur Konzernleitung der Stahlwerke Bochum (SWB) organisiert. An den Vorstand gewandt, erklärte der BetriebsratsvorsitzendeBrockmann: „Sie haben gestern und heute einen kleinen Vorgeschmack von dem bekommen, wozu die um ihre Arbeitsplätze kämpfende Belegschaft fähig ist!"

Nach der Explosion: Kaum Konsequenzen

Noch immer laufen die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft zur vollständigen Aufklärung des Explosionsunglücks vom 9. Januar bei Blohm und Voss. Bisher wurden keine definitiven Ergebnisse vorgelegt.

Auch aus der Erkenntnis, daß zuviele Kollegen zur Zeit des Probelaufs im Maschinenraum waren, wurden bisher keine Konsequenzen gezogen. Obgleich der Staat bei der Durchsetzung von reaktionären Gesetzen und Erlassen (etwa bei der Behinderung der Verteidiger bei RAF-Prozessen) bewiesen hat, daß er in Windeseile handeln kann, gibt es noch keinerlei rechtsverbindliche Bestimmungen zum Schutze der Werftarbeiter vor ähnlichen Katastrophen.

Unterdessen wird bei B+V auf den letzten Schiffen der Maersk-Serie munter weitergeklotzt. Auf einem Schwesterschiff wird z.Z. wieder eine Kesselanlage ausprobiert. Zwar sind jetzt weniger Kollegen im Maschinenraum, doch handelt es sich hierbei um die gleiche Kesselkonstruktion wie auf der Anders Maersk. Bei solcher Menschenverachtung dieser sauberen Herren ist es nur eine Frage der Zeit, wann das nächste weitere „Unglück" ins Haus steht und weitere Kollegen ihr Leben verlieren.

B+V Arbeiterzelle

Auf einer Betriebsversammlung am 6. Januar kündigten die Gildemeister-Eigner des Hamburger Betriebes Heidenreich und Harbek die Entlassung von rund 250 Kollegen noch in diesem Jahr, sowie die Einführung von Kurzarbeit in mehreren Abteilungen an. Unüblicherweise schoß der örtliche IGM-Sekretär Engelmann noch während der Versammlung wortrakikal zurück und versprach den Kollegen die Durchführung einer Solidaritätsversammlung und sogar einer Demonstration „aller Hamburger Metaller", um „alle Arbeitsplätze bei H & H zu erhalten". Danach war erstmal einen Monat lang Ebbe - lediglich ein Flugblatt der IGM kam heraus. Schließlich lud die Gewerkschafts-Prominenz zu einer ganz besonders ‚exclusiven' „Solidaritätsversammlung" ein: nicht etwa Hamburger Metaller sollten dort ihre g e m e i n s a m e Solidarität mit den H & H-Arbeitern demonstrieren, sondern lediglich diese selbst, sowie Betriebsräte und VK-Leiter (!) aus anderen Betrieben waren ‚zugelassen'. Diese durften dann den abgehobenen Daten, Statistiken etc. des Hamburger Arbeitssenator Ernst Weiß lauschen, der, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, eigens dafür am Biertisch ausgeknobelt worden war ...

Nachdem bei den hochgestochenen Ausführungen des Herrn Weiß die Heidenreich-Arbeiter fast eingenickt waren, mühte sich anschließend das IGM-Vorstandsmitglied Arno Schwarting mittels radikalen Phrasen wieder etwas Dampf zu machen.

Nebst anderem präsentierte er den Kollegen statt k o n k r e t e r Vorschläge den ‚güld'nen' Spruch: „Wohlverhalten kann ein furchtbares Fiasko werden ..." - die Tarifpolitik der IGM war da wohl nicht mit einbezogen...

Immerhin waren zu dieser Versammlung 800 Kollegen gekommen, was als Erfolg zu werten ist.

Gegen Ende der Veranstaltung drückten noch mehrere Betriebe ihre Solidarität mit den Heidenreich-Arbeitern aus; u. a. wurde die sofortige Durchführung einer Demonstration und Kundgebung aller Barmbeker Metaller gefordert.

Felten & Guillaume:

„Werk Nippes darf nicht sterben!"

Diese Forderung untermauerte die Belegschaft des Land- und Seekabelwerkes des F&G-Konzerns in Köln-Nippes zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen mit einem Streik. Gleichzeitig beteiligte sich die gesamte Früh- und Tagesschicht des F&G-Werkes in Köln-Mühlheim an einem Solidaritätsstreik. Der Konzern befindet sich in Besitz der luxemburgischen ARBED und der holländischen Philips (je 35% der Aktien). Hintergrund für die geplante Schließung des Werkes ist die Bildung einer „Rationalisierungsgemeinschaft Starkstromkabel", zu der sich 16 Kabelhersteller im letzten Jahr zusammengeschlossen haben. Diese feine Gemeinschaft vereinbarte zum einen eine Aufteilung der unterschiedlichen Kabelprodukte untereinander, zum anderen aber auch, daß in den beteiligten Firmen die innere Arbeitsteilung verschärft durchgeführt wird. Zu diesem Zweck wurde am 1.1.75 eine F&G-Einheitsgesellschaft gegründet. Die Werke (in Nordenham, Braunschweig, Nürnberg, Herford sowie drei Werke in Köln) sollen einer gründlichen Neuordnung unterzogen werden. Das Werk Nippes soll dabei ganz geschlossen werden.

• • •

Auch in Braunschweig fürchten 125 F&G-Kollegen um ihre Arbeitsplätze. Am 20.2. organisierten sie in dem Motörenwerk eine spontane Betriebsversammlung. Sie verlangten Auskunft darüber, ob das Werk stillgelegt und nach Nordenham verlegt werden soll. Den Kollegen wurde aber lediglich mitgeteilt, daß die endgültige Entscheidung am 8. März in einer Aufsichtsratssitzung fallen soll.

Speyer: VFW-Arbeiter kämpfen weiter!

Mit einer Demonstration zum Werkstor setzten die Kollegen von VFW in Speyer ihren Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze fort. Damit „begrüßten" sie ihren „Landesvater", den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und CDU-Kanzler-Kandidaten Kohl. Aufgrund der grossen Unruhe in der Bevölkerung hatte er sich bemüßigt gefühlt, selbst vor Ort beschwichtigend auf die Arbeiter einzuwirken.

Und in der Tat, die Unruhe ist groß: In dem 40.000 Einwohner zählenden Städtchen beteiligten sich am 12. Dezember 5.000 Menschen an einer Demonstration zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Über die Hauptstraße sind Transparente gespannt: „Hände weg von den Arbeitsplätzen bei VFW!" DGB, Betriebsrat und sogar die Kirchen haben die Bevölkerung zur Bildung von Bürgerinitiativen und Solidaritäts-Ausschüssen aufgerufen.

Die VFW-Arbeiter sollen Opfer
gerinitiativen und Solidaritäts-Ausschüssen aufgerufen.

Die VFW-Arbeiter sollen Opfer des Großmachtstrebens des BRD-Imperialismus werden. Um bei laufenden und zukünftigen Gemeinschaftsprojekten der europäischen Rüstungskonzerne tonangebend zu werden, ließen die westdeutschen Konzerne Anfang des Jahres vom Bundestag den sog. „Grüner-Plan" (benannt nach dem Staatssekretär Grüner) verabschieden. Dieser sieht vor, daß die vier bedeutendsten Rüstungskonzerne zu einem Block zusammengefaßt werden. Die Produktion soll dann schwerpunktmäßig in Süddeutschland und im Raum Bremen/Hamburg konzentriert werden. Pech für die Speyerer Kollegen: sie liegen dazwischen ...

Doch die Kollegen haben den Kampf nicht aufgegeben: Bereits einmal konnten sie durch eine spontane Arbeitsniederlegung verhindern, daß Planungsfachleute mit der Demontage der Vorrichtungen für das MRCA-Kampfflugzeug beginnen konnten (s. AK 73).

Mittlerweile hat der Konzern die Entlassung der ersten 140 Arbeiter beim Arbeitsamt angemeldet. Weitere 800 Kündigungen sollen bis Jahresende folgen. Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt würde damit auf 10% ansteigen. In starkem Maße hängt der Erfolg der VFW-Kollegen davon ab, ob es ihnen gelingt, die Demontage von Produktionseinrichtungen von vornherein zu verhindern und dieses Faustpfand nicht aus der Hand zu geben. Die dazu notwendigen militanteren Kampfmaßnahmen würden allerdings mit einiger Sicherheit dazu führen, daß einige der momentanen „Bündnispartner" wie Kirchen, örtliche CDU und Einzelhandelsverband abspringen würden, die sich bisher mit Unterschriftensamm-

chen, örtliche CDU und Einzelhandelsverband abspringen würden, die sich bisher mit Unterschriftensamm-

lungen und Teilnahme an Demonstrationen an den Aktionen beteiligt haben.

Von diesen „Freunden" geht ohnehin kein guter Einfluß aus: sie fordern eine **Verstärkung der Rüstungsaufträge** und üben dabei demagogisch „Kritik" an der Bonner Regierung, um **Stimmen für die CDU** zu sammeln. Die VFW-Kollegen könnten sich bei schärferen Aktionen aber der Solidarität derjenigen Kollegen gewiß sein, die im vergangenen Jahr durch die Schließung des Salamander-Werks und der Wurstfabrik Ashland ihre Arbeitsplätze verloren hatten, wodurch die Arbeitslosenzahl in sieben Monaten von 1,9% auf 5,4% stieg. Diese Kollegen standen auch in den jüngsten Aktionen mit an der Spitze. ●



VFW-Kollegen „empfangen" den CDU-Vorsitzenden Kohl

CHEMIE

1975 konnte die chemische Industrie nicht wieder dieselben Superprofite wie 1974 (bis über 30%) einstreichen, dennoch hat beispielsweise die BASF 1975 ihren Umsatz gegenüber 1973 *„sowohl des Konzerns als auch der AG nennenswert erhöhen können"* („Süddeutsche Zeitung", 27.11.75). Für 1976 rechnet die *„Weltchemie mit spürbarer Belebung"* („Handelsblatt", 29.1.76). „Trendwende in der deutschen Chemieindustrie", meldete die „Neue Zürcher Zeitung" (26.1.76). Allgemein wird von Umsatzsteigerungen von über zehn Prozent gesprochen – auf dem US-Chemiemarkt werden gar 20 bis 50% höhere Umsätze erwartet. (Die westdeutschen Chemieriesen haben sich in den letzten Jahren sehr stark in den USA eingekauft.) Entsprechend werden seit Monaten die Chemie- und Farben-Aktien zu Höchstkursen notiert. Die Dividendenausschüttungen für 1975 bleiben die einträglichsten aller Branchen, zwischen 15 bis 20% (Schering)! Dieses Jahr will die Chemieindustrie ca. fünf Milliarden DM investieren – hauptsächlich in weitere Rationalisierungen: Bereits im vergangenen Jahr verloren ca. 12.000 Chemiearbeiter ihren Arbeitsplatz.

Im Rahmen der riesigen Investitionsprogramme der Chemie-Riesen plant die BASF Investitionen in Höhe von 250 Mio. DM in Brasilien. Die BASF hatte dort bereits 150 Mio. DM investiert.

Die Hoechst AG erweitert ihre Zentrale für Zentralamerika in Guatemala-City. Bereits heute produziert die Tochtergesellschaft Quimica Hoechst de Guatemala Arzneimittel für fünf zentralamerikanische Staaten. Die Produktion soll jetzt um Haar- und Körperpflegemittel erweitert werden.

Damit verlagern die Chemie-Riesen weitere Produktionsanlagen in Länder, die „billigen" Lohn garantieren und in denen das Streikrecht verboten ist. ●

Chemie-Tarifrunde '76:

Vertrauensleute auf niedrige Forderung eingestimmt

Bevor überhaupt in den Hamburger Chemiebetrieben die erste Diskussion in den Vertrauensleutekörpern über die diesjährige Tarifrunde gelaufen waren, lud der Hamburger Verwaltungsstellenvorstand am 24. Februar – „rechtzeitig" – zu einer Funktionärskonferenz ein, auf der den Vertrauensleuten und Betriebsräten eingebimst wurde, was dieses Jahr „drin" liegt und was nicht.

Obwohl – auch nach Aussage vom Hauptvorstandsmitglied Beck – es der chemischen Industrie (noch) besser geht als den Metall-Kapitalisten, sollen erstmal die Abschlüsse in diesem Bereich und der ÖTV abgewartet werden. Von der Situation der Arbeiter und Angestellten in der Chemie war im Referat von Beck mit keinem Wort die Rede, nicht von verschärfter Arbeitshetze, von Rationalisierungskündigungen, von Preissteigerungen auf allen Gebieten.

Kollegen, die auf diese Fragen in ihren Beiträgen zu sprechen kamen, wurden einfach abgekanzelt.

Welche Farce diese scheinbar demokratische Meinungsbildung der IG-Chemie-Vertrauensleute in Wahrheit ist, machte eine Kollegin der Norddeutschen Affinerie deutlich, die selbst Mitglied der Tarifkommission ist. Sie berichtete von einem Brief, den der Leiter der Tarifkommission, Edgar Engelmohr, an alle Mitglieder der Kommission geschickt hatte, in dem er die Kollegen warnte: Wer mehr als 8,5% fordere, der stehe nicht auf dem Boden der Tatsachen! Das heißt, daß erhöhte Arbeitsproduktivität, Senkung der „Lohnkosten" durch Kündigungen usw. nicht zu den Tatsachen dieser Tarifrunde gehören sollen, sondern einzig und allein die ungestörte Profitscheffelei der Kapitalisten. Diese Konferenz war weit weniger besucht, als in früheren Jahren (etwa 130 Teilnehmer).

Der Protest gegen die Sprüche vom Vorstandstisch war ebenfalls weit geringer als in früheren Jahren. Kein Wunder, ist doch einer großen Zahl von aktiven und kritischen Gewerkschaftsmitgliedern die Teilnahme an solchen Versammlungen per Gewerkschaftsausschluß unmöglich gemacht worden. **Im Organisationsbereich der Hamburger IG-Chemie sind in den letzten Jahren etwa 50 (in Worten: fünfzig) aktive Funktionäre als „linksradikale Gewerkschaftsfeinde" ausgeschlossen bzw. mit Funktionsverbot belegt worden.** ●

HDW/Kiel:

ENTLASSUNGEN ZURÜCKGENOMMEN!

Am 29.1. wurde von der HDW-Geschäftsleitung der zwei Wochen vorher rausgeschmissene Maschinenschlosserlehrling J.K. wieder eingestellt. Der Kollege hatte über eine einstweilige Verfügung seine Wiedereinstellung beantragt. Doch bevor es noch zum Arbeitsgerichtsprozeß kam, zogen die Werftbosse die Entlassung wieder zurück; allzu dilettantisch zusammengeschustert war die Rausschmißbegründung, so daß sich vermuten läßt, daß auf einen Hinweis des Arbeitsgerichtes bzw. der Industrie- und Handelskammer hin, die HDW-Kapitalisten es vorzogen, den Rausschmiß zurückzuziehen:

- So hatte der Kollege überhaupt kein Kündigungsschreiben bekommen.
- Vielmehr sah die Geschäftsleitung per Schreiben vom 9.1.76 das Ausbildungsverhältnis *„als im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst"*.
- Zwar hatte die Geschäftsleitung im September '75 gegenüber den Eltern von J.K. darauf gedrungen, das Lehrverhältnis „im gegenseitigen Einvernehmen" aufzulösen, wenn sich die schulischen Leistungen ihres Sohnes nicht bessern würden. Die Eltern sind aber zu keiner Zeit auf diesen Kuhhandel eingegangen.

Während der Betriebsrat durch den Mund von BR-Vorsitzenden Otto Böhm dem Kollegen am Tag seines Rausschmisses drohte, *„sieh zu, daß Du sofort von der Werft kommst, oder ich ruf die Werftleitung an"* (Gesagtes wurde von Böhm sofort in die Tat umgesetzt!), startete die Jugendvertretung bei Bekanntwerden des Rausschmisses eine umfangreiche Enthüllungsarbeit zu diesem Fall:

- Sowohl auf der JV-Sprechstunde als auch auf einer von 70 Kollegen besuchten Pausenversammlung in der Lehrwerkstatt wurde über die Entlassung des Kollegen diskutiert.
- Auf der gleichen Pausenversammlung wurde ohne Gegenstimme eine Protestresolution gegen den Entlassungsterror im Lehrlingsbereich verabschiedet, die dann vor den Werkstoren verteilt wurde.
- Und schließlich enthüllte ein Jugendvertreter auf der einige Tage später stattgefundenen Betriebsversammlung vor den älteren Kollegen diesen Fall.

Ist es der HDW-Ausbildungsleitung bislang meist noch gelungen, die Lehrlinge und ihre Eltern durch massive Einschüchterung von gerichtlichen Schritten abzuhalten, so zeigt dieses Beispiel, daß es auch anders geht. In Zukunft wird die HDW-JV versuchen, gegen jede Entlassung im Lehrlingsbereich gerichtliche Schritte anzustrengen und durch eine breite Enthüllungsarbeit die Kollegen gegen den Entlassungsterror mobilisieren. ●

HDW-Betriebszelle
KB/Gruppe Kiel

Betriebe

Betriebe

Temperol, Hamburg. Die Hamburger Lackfabrik Temperol wird stillgelegt. Zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung wurde ein Sozialplan vereinbart, der leider alles andere als sozial ist.

Die sechs Lehrlinge werden in dem Sozialplan überhaupt nicht erwähnt. Mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses besteht gleichzeitig die Möglichkeit, die Werkswohnungen zu kündigen. Dies ist bereits in einigen Fällen geschehen.

Der Sozialplan enthält außerdem eine drastische Verschlechterung der Abfindungsleistung für Kollegen, die 60 Jahre und älter sind.

Die Größe der zu versorgenden Familie der Kollegen oder die Anzahl der Kinder spielen bei dem Sozialplan überhaupt keine Rolle.

Außerdem versucht die Firma, alle unbequemen Kollegen so schnell wie möglich loszuwerden. So wurde der ehemalige Jugendvertreter fristlos gekündigt, und das nun schon zum dritten Mal!!! Die beiden vorherigen Kündigungen mußten von der Firma zurückgenommen werden.

* * *

Conti-Gummi, Hannover. Wir wir im letzten AK berichteten, wurden bei Conti-Gummi (Hannover) zwölf Kollegen fristlos entlassen, weil sie sich am Streik beteiligten. Aufgrund der Proteste hat der Conti-Vorstand neun der zwölf Entlassungen wieder zurückgenommen. Mit den restlichen drei will er ein Exempel statuieren.

Wenn auch der Streik zusammengebrochen ist, so ist „Ruhe" noch immer nicht geschaffen: Die Abteilung Auto 2 im Werk Vahrenwald hat z.B. vor ca. einer Woche in ultimativer Form gefordert, den entlassenen Streiksprecher aus ihrer Abteilung wieder einzustellen, worauf der Vorstand jedoch mit weiteren Entlassungen drohte.

Am Montag wurde ein Brief der drei jetzt noch Entlassenen bekannt, in dem diese die Einberufung einer Vertrauensleute-Versammlung verlangen, auf der folgender Beschluß gefaßt werden soll: *Mit diesen drei Entlassungen will der Vorstand stellvertretend uns alle treffen. Die bisherigen Proteste der gewerkschaftlichen Organe reichen offenbar nicht aus, der Erfolg der von der IG Chemie eingereichten Klage beim Arbeitsgericht ist mehr als ungewiß. Deshalb wenden sich die Vertrauensleute über die IG Chemie an die hannoversche Öffentlichkeit, und zwar in Form einer Plakataktion, auf der der Vorstand angeklagt und die Forderung nach Rücknahme aller Entlassungen erhoben wird.*

Dieser Brief wurde von verschiedenen Abteilungen im Werk Vahrenfeld einstimmig gebilligt und an die Vertrauenskörperleitung weitergeleitet.

Zwischenzeitlich sind verschiedene Protestaktionen an Schulen, Berufsschulen und an der technischen Universität durchgeführt worden. Die VK-Leitung der hannoverschen Conti-Werke hat einen Solidaritätsfond eingerichtet.

* * *

Schering AG, Westberlin/Bergkamen. Dieser Konzern erzielte selbst 1975 ein Umsatzplus von mehr als 50 Mio. DM. Insbesondere das Exportgeschäft konnte um zehn Prozent gesteigert werden. Trotzdem kam es im vergangenen Jahr wiederholt zu Kurzarbeit – ausschließlich aus Rationalisierungsgründen – in den Werken Feucht und Bergkamen. Insgesamt verringerte die Schering AG – trotz Umsatzsteigerungen! – die Zahl ihrer Arbeiter und Angestellten um mehr als 200 auf rund 9.800. Für die Aktionäre hat die Schering angekündigt, daß sie erneut 20% Dividende ausschütten will.

* * *

Severa, Hamburg. Bei der Severa Hamburg (Teil des gewerkschaftseigenen co-op-Konzerns) fanden im Februar '76 Vertrauensleutewahlen der IG Chemie statt. Dabei stellte sich, für viele Kollegen sicherlich überraschend, heraus, daß der Werksleiter des Betriebes (der die Funktion eines Kapitalisten in diesem gewerkschaftseigenen Betrieb hat und sich auch entsprechend gebärdet), Nowak, Mitglied der IG Chemie ist und damit als Wähler an den Vertrauensleutewahlen teilnahm. Auf der einen Seite ist Nowak als Werksleiter für die miserablen Arbeitsbedingungen bei Severa verantwortlich (Lärm in der Produktion, fehlende Pausenräume, Mehrarbeit durch Rationalisierungen). Es soll Bemühungen geben, gegen Nowak einen Ausschlußantrag aus der IG Chemie wegen arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens zu stellen.

* * *

Noblee & Thörl, Hamburg. Am 29.1. trat der Henkel-Konzern an Noblee & Thörl (N&T) heran, die Belegschaft um fünf bis zehn Prozent zu reduzieren.

Der Henkel-Konzern entließ im letzten Jahr bereits 434 Arbeiter und Angestellte in der BRD, verlagerte große Teile der Produktion ins Ausland und stellte dort 691 Arbeiter ein!

Gleichzeitig erhöhte sich die Henkelfamilie ihren „Lohn" um 50% auf neun Mio. DM!!

* * *

Aluminium Oxid Stade (AOS). Die AOS, an der Reynolds und VAW beteiligt sind, will im Stader Raum weitere 450 Mio. DM für die Erweiterung ihrer Anlagen investieren. Für die Bevölkerung wird die Erweiterung eine unerträgliche Belastung darstellen.

Neben der enormen Lärmbelästigung durch die AOS fällt bei der Aluminiumoxid-Produktion gefährlicher Rotschlamm an. Die Bezirksregierung lehnt es ab, Umweltauflagen der AOS zu erteilen, *„da es sich hier nur um eine Erweiterung einer bestehenden Anlage handelt"* (!). Es liegt nicht an uns, daß dieser „Begründung" die Logik fehlt.

* * *

E. Merck, Darmstadt. Obwohl Merck den Umsatz seiner Gruppe sogar im letzten Jahr steigern konnte und für 1976 eine „erfreuliche Belebung" („Frankfurter Allgemeine Zeitung") festzustellen ist, sollen bis zum Jahresende 640 Kollegen entlassen werden!

* * *

Glaswerke Rosenthal, Bad Soden. Wegen „schlechter Auftragslage" sollen 50 der insgesamt 180 Kollegen bei den Glaswerken Rosenthal in Bad Soden in den nächsten Monaten entlassen werden. Bereits im letzten Jahr hat die gesamte Belegschaft kurzgearbeitet. Dabei erzielte Rosenthal 1975 im Glasbereich ein Umsatzplus von sechs Prozent! Einem Teil der 50 Entlassenen sollten andere Arbeitsplätze im Rosenthal-Konzern angeboten werden. Der rechte Betriebsrat des Zweigwerks in Bad Soden handelte mit den Kapitalisten einen „Sozialplan" aus, dessen dort enthaltene Abfindungsbeträge *„unter denen liegen, die ein Arbeits-*

gericht zugesprochen hätte" („FR", 18.2.76). So soll ein Kollege nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit lächerliche 1.000 DM (!) „Abfindung" erhalten. Man sieht, daß eben auch in der Öffentlichkeit als „sozial" bekannte Kapitalisten wie SPD-Spitzenfunktionär Phillip Rosenthal die üblichen Rationalisierungsmethoden gegen die Arbeiter anwenden.

• • •

Hoechst, Bobingen. Im letzten AK berichteten wir, daß die Jugendvertreterin im Hoechst-Werk Bobingen, die von den Kapitalisten gekündigt wurde, per Gerichtsbeschluß wieder eingestellt wurde. Das stimmt leider nicht. Das Urteil im Kündigungsschutzprozeß steht noch aus. Richtig ist, daß die Kollegin es geschafft hat, per Einstweiliger Verfügung an den Sitzungen der Jugendvertretung und des Betriebsrats teilzunehmen.

• • •

Alphalint, Westfalen. Bei Alphalint (Westfälische Zellstoff AG) gab es letztes Jahr reichlich Kurzarbeit. Angeblicher Grund: Auftragsrückgang. Interessant ist dabei, wenn man die tatsächlichen Profite dagegen hält: Der Umsatz 1975 ist genauso hoch wie der von 1973. Die Aktionäre gewährten sich 1975 eine Dividende von 30% (!), die Vorstandsgehälter wurden um 28% und die Aufsichtsratsgelder um 84.000 DM auf 300.000 DM erhöht. Selten gibt ein Kapitalist so offen zu, wie er sich auf Kosten der Kollegen bereichert.

• • •

Villeroy & Boch, Mettlach. Trotz der angeblich am stärksten von der Krise geschüttelten Bauindustrie, konnte Villeroy & Boch, deren Haupterzeugnisse Baukeramiken sind, 1975 nahezu den gleichen Umsatz wie 1974 erzielen (560 Mio. gegenüber 565 Mio. DM). Der Profit ist sogar der gleiche geblieben, da durch Kurzarbeit und Abbau der Belegschaft mehr aus dieser herausgeschunden wurde. Die Belegschaft wurde von 10.760 auf 9.680 verringert. Die Produktionsstätte Grono (Schweiz) mit 60 Kollegen wurde ganz geschlossen.

• • •

Norddeutsche Affinerie, Hamburg.
Die Norddeutsche Affinerie baut zusammen mit der chilenischen (!) staatlichen Kupfergesellschaft Coldel-
Die Norddeutsche Affinerie baut zusammen mit der chilenischen (!) staatlichen Kupfergesellschaft Coldelco sowie mit den Hüttenwerken Kaysers AG in Emmerich eine Gießdrahtfabrik. Unterstützt wird diese Zusammenarbeit zwischen westdeutschen Kapitalisten und chilenischen Faschisten mit einer Bürgschaft der Nordrhein-Westfälischen Landesregierung (SPD!).

• • •

Beiersdorf AG, Hamburg. Drei rechte IG-Chemie-Mitglieder kandidierten zu den letzten Betriebsräte-Wahlen auf der „unabhängigen" Spalterliste der gleichnamigen CDU-Betriebsgruppe (die allerdings ihre Parteizugehörigkeit wohlweislich den Kollegen verschweigt). Die CDU-Liste erhielt vier BR-Plätze.

Daraufhin wurden die drei von der IG Chemie ausgeschlossen, um das Gesicht zu wahren, da zehn linke gewerkschaftsoppositionelle Kollegen ebenfalls anläßlich der Wahlen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Die „Unabhängigen" führten nun vor der 17. Zivilkammer des Landgerichts Hannover einen Prozeß gegen die IG Chemie um Rücknahme des Gewerkschaftsausschlusses. Das Urteil: Der Gewerkschaftsausschluß ist ungültig!

Die Begründung: „ **‚Die Kläger hätten zwar formal gegen die Gewerkschaftssatzung verstoßen, doch sei ihnen nicht zuzumuten gewesen, mit Verfassungsfeinden auf einer Liste zu kandidieren',** *betonte Rechtsanwalt Höhndorf in der Verhandlung".*

Damit ist das Gericht der Argumentation der Rechten gefolgt, die nicht auf der IG Chemie-Liste kandidieren „konnten", da zwei Kandidaten Mitglieder in der DKP seien!

Ein Sprecher der IG Chemie erklärte, *„daß nicht nach Parteizugehörigkeit gefragt würde, so daß auch mal DKP-Mitglieder auf eine Liste rutschen könnten. Sie würden aber sofort aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, wenn sie sich im Sinne der DKP betätigen"* („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 18.2.76).

Mit diesem Richterspruch hat die bürgerliche Klassenjustiz ihre „Rechts"normen („verfassungsfeindlich") dem innerverbandlichen Recht der Gewerkschaften („gewerkschaftsschädigend" aufoktoyiert und es den Gewerkschaftsorganen auch prinzipiell unmöglich gemacht, sich gegen rechte Gewerkschaftsfeinde zu wehren, die ihr spalterisches Treiben prinzipiell mit einer „linken Unterwanderung" o.ä. der Gewerkschaftsgremien zu begründen suchen. Der Richterspruch öffnet zwangsweise einer rechtsradikalen Unterwanderung der DGB-Gewerkschaften die Türen. – Die Erklärungen der IG-Chemie-Führer dazu zeigen deutlich, daß sie nicht nur nicht gegen diesen Richterspruch anzugehen gedenken, sondern ihn obendrein noch zum willkommenen Anlaß einer Hetze und Einschüchterung der Linken – in diesem Fall der DKP – benutzen.

Bleibt nachzutragen, daß im Beiersdorf-BR ohnehin die IG-Chemie-Betriebsräte und ihre Freunde von der „unabhängigen" CDU-Liste bestens zusammenarbeiten, und zwar auf der Grundlage der Interessen der Kapitalisten. Gemeinsamer und erklärter „Feind" aller dieser Betriebsräte – die DKPler eingeschlossen – sind die beiden linken oppositionellen Betriebsrätinnen von der Gruppe „Alternative".

• • •

Enka-Glanzstoff. Unter den 850 Arbeitern, die dieses Jahr bei Enka-Glanzstoff entlassen werden sollen, stehen 110 türkische und griechische Arbeiter an erster Stelle auf der Abschußliste. Inzwischen hat Enka vom Arbeitsamt Unterstützung für seine geplanten Maßnahmen erhalten. Das Arbeitsamt verweigerte den Kollegen die weitere Zahlung von Kurzarbeitergeld, da „eine spätere Ankurbelung der Produktion nicht abzusehen ist".

• • •

Hoechst, Hamburg. Am 17.2.76 fand die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung der Kollegen des Hoechst Werk Hamburg statt. Diese Versammlung war, wie berichtet, auf Initiative der ausgeschlossenen oppositionellen Hoechst-Kollegen per Unterschriftensammlung zustandegekommen. Die Kollegen hatten eine Versammlung aller Belegschaftsmitglieder gefordert, worauf die Gewerkschaftsführung nicht eingegangen ist. Die oppositionellen Kollegen hatten dann die Teilnahme an der Mitgliederversammlung gefordert, sind aber von der Gewerkschaftsführung rausgeschmissen worden.

Die Gewerkschaftsführung orien-
tierte auf der Versammlung, später auch auf der Betriebsversammlung, darauf. die Verhandlungsergebnis-
tierte auf der Versammlung, später auch auf der Betriebsversammlung, darauf, die Verhandlungsergebnisse des Betriebsrates in Zusammenhang mit den Entlassungen hochzujubeln. Sie konnte sich nicht ganz durchsetzen, da eine Reihe von fortschrittlichen Produktionsarbeitern den Betriebsrat wegen seiner arbeiterfeindlichen Haltung kritisierten.

Auf der Betriebsversammlung am 23.2. berichtete der Betriebsrat, daß er nunmehr 26 Entlassungen zugestimmt habe, die zum 30.6. bzw. zum 31.12.76 wirksam werden. Weitere mindestens 20 Kollegen werden in andere Hoechst-Werke im Rhein/Main-Gebiet versetzt. Ursprünglich sollten 88 Kollegen „freigesetzt" werden. Dies wird voraussichtlich auch geschehen, denn die Werksleitung behält natürlich ihren Einstellungsstopp bei und hofft auf die sogenannte „natürlich Fluktuation". Außerdem sind mindestens zwölf Kollegen vorzeitig in Rente geschickt worden. Den zur Entlassung anstehenden Kollegen wird der Weg in die Arbeitslosigkeit mit einem Sozialplan „versüßt". So waren auf der Betriebsversammlung auch alle Vertreter der Werksleitung, Gewerkschaftsführung und des Betriebsrats bemüht, diesen Sozialplan schmackhaft zu machen, so daß sich ein Kollege zu der Feststellung veranlaßt sah, *„man muß den Eindruck gewinnen, es kann einem Arbeitnehmer nichts besseres passieren, als jetzt entlassen zu werden".* ●

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Extremistenerlaß gegen „Sozialistisches Büro" (SB)?

In einem Artikel von M. Menzel in der „Gewerkschaftlichen Rundschau", dem Funktionärsorgan der IG Chemie, wird unter der Überschrift *„einig, einig, einig"* der Versuch unternommen, die Extremistenbeschlüsse nun auch auf das „Sozialistische Büro" (SB) auszudehnen. Das SB war bisher davon verschont und war auch stets bemüht, sich deutlich – oft genug auch demagogisch – von den sogenannten „K-Gruppen" abzugrenzen. Mit „K-Gruppen" bezeichneten SPD-Funktionäre und ... die SB-Führer alle Gruppen der revolutionären Linken, deren Mitglieder alle automatisch unter die Ausschlußbestimmungen der DGB-Gewerkschaften fallen.

Es ist typisch, daß die IG-Chemie auch hier wieder den Vorreiter spielt. Nicht weniger verlogen als sonst auch, versucht Menzel die Politik des SB, das gerade in der Gewerkschaftsarbeit am linken Rand der SPD arbeitet, in denselben „RGO"-Topf zu werfen, in dem – nach Meinung der DGB-Demagogen – ohnehin alle Linken sind:

„Da sie (das SB – die Red.) *Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvorstände für Arbeiterverräter halten, betreiben sie dieses Geschäft einig mit anderen linksextremistischen Randgruppen ... Einig sind sie sich mit allen, die wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen wurden, ganz gleich warum ... Jetzt betätigen sie sich als konspirativer RGO-Verschnitt, einig im Versuch, die Gewerkschaftseinheit zu spalten".*

Der Artikel der IG-Chemie-Führer ist als deutliche – vielleicht letzte? – Warnung an das SB zu verstehen, jeden Versuch einer halbwegs klassenbewußten Politik im Betrieb und Gewerkschaft tunlichst zu unterlassen und sich künftig noch stärker von der revolutionären Linken abzugrenzen. Man darf gespannt sein, ob das SB hierauf einsteigt und wenn ja, ob seine Mitglieder und Sympathisanten einen solchen geforderten Rechtskurs mitmachen? ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Colgate, Hamburg:

Zweite Kündigung für linke Betriebsrätin

Die Betriebsrätin Anna W. muß raus! Das war die Zielsetzung der Colgate-Kapitalisten und ihrer Vertreter im Betriebsrat seit den Wahlen im Mai 75.

So gaben sie sich auch nicht mit dem Urteil des Arbeitsgerichtes zufrieden, das die erste fristlose Kündigung für unwirksam erklärte und die Kapitalisten dazu verurteilte, sie wieder an ihren Arbeitsplatz zu lassen. Sie erwirkten eine Aussetzung des Urteils und gingen in die Revision.

Die Kapitalisten gaben sich auch nicht mit einer einstweiligen Verfügung zufrieden, die der linken Betriebsrätin wenigstens die Wahrnehmung ihrer Funktion (Teilnahme an den Betriebsratssitzungen) gestattete. Als der Widerspruch Colgate's gegen die einstweilige Verfügung abgelehnt wurde, kündigten sie erneut fristlos.

„Man wolle" – so der Personalchef der Colgate-Kapitalisten vor Gericht – „absolut nichts mehr mit Frau W. zu tun haben."

Offensichtliche Lügen der Betriebsrats-Mehrheit

Um ihren Anspruch durchsetzen zu können, scheuten sich die rechten Betriebsräte (DAG und IG-Chemie) nicht, ganz öffentlich mit den Kapitalisten gemeinsame Sache zu machen. Sie ließen den Personalleiter vor Gericht für alle gemeinsam spre-
chen. Sie ließen den Personalleiter vor Gericht für alle gemeinsam spre-
chen, also auch Stellungnahmen der Betriebsrats-Mehrheit abgeben und hatten es noch nicht einmal nötig, selber in die Auseinandersetzung einzugreifen. Sie saßen beim Prozeß ganz ruhig hinten auf der Zuschauerbank.

Hatten sie doch auch der Geschäftsleitung in diesem Prozeß schon einen Liebesdienst erweisen:

Als zur weiteren Begründung, w a r u m denn die Betriebsrätin auf gar keinen Fall einen Fuß in den Betrieb setzen dürfe, ihnen nichts mehr einfiel, ließen sie ganz frech behaupten, der B e t r i e b s r a t selbst habe ja beim Kapitalisten darum gebeten, der Kollegin nach § 104 zu kündigen. (– der Schweineparagraph 104 BVG gibt dem Betriebsrat das Recht vom Arbeitgeber die Entfernung „betriebsstörender" Arbeitnehmer zu verlangen – d. Red.)

Es ist allein schon ein Skandal, daß ein Betriebsrat irgendwo auf die Idee kommt, diesen Paragraphen gegen Kollegen anwenden zu wollen. Besonders brisant aber wird die Sache bei Colgate dadurch, daß die Behauptung, der Betriebsrat habe einen derartigen Beschluß gefaßt, erstunken und erlogen ist. Die Versicherung des Betriebsratsvorsitzenden dem Gericht gegenüber – daß zu einer bestimmten Zeit ein solcher Antrag des Betriebsrates vorgelegen habe – ist ein glatter Meineid! Das läßt sich – peinlich für diese Herrschaften – sogar belegen.

Und zur besonderen Untermauerung ihrer Forderung präsentierte der Kapitalistenvertreter dem Gericht dann noch eine glatte Drohung: Mehrere Betriebsratsmitglieder hätten ihm gegenüber geäußert, wenn die linke Betriebsrätin wiederkäme, würden sie sogleich die Arbeit niederlegen. Schön wär's!

Es half alles nichts – der Widerspruch von Kapitalisten und rechten Betriebsräten wurde vom Gericht abgelehnt, die Betriebsrätin Anna W. sollte bis zur endgültigen Entscheidung vorm Landesarbeitsgericht an Betriebsratssitzungen teilnehmen dürfen.

Was nun ?

Was nun ?

Nachdem vier Wochen lang keine Betriebsratssitzung stattgefunden hatte, u. a. weil angeblich nichts zu besprechen war, wurde jetzt auf einmal gleich am nächsten Morgen (25.2.76) der Betriebsrat zusammengerufen. Und das hatte seine Gründe: einer der ersten Tagesordnungspunkte war nämlich eine erneute fristlose Kündigung der Betriebsrätin Anna W.!

Und – da sie ja jetzt auch nicht mehr Mitglied des Betriebes sei, könne sie dann auch nicht an der anberaumten Betriebsratssitzung teilnehmen. So teilte es ihr der Betriebsratsvorsitzende Abe am Werktor mit – er verschwieg auch nicht, daß die Betriebsrats-Mehrheit dem zugestimmt hatte.

Als Kündigungsbegründung wurde die letzte Ausgabe des „Informationsblattes für die Kollegen bei CP", der Betriebsratszeitung der „Liste Frauen" herangezogen.

Kollegen einer Abteilung hatten über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Forderungen berichtet – was die drei Betriebsrätinnen in einem Artikel zusammengefaßt hatten.

Statt aber den Klagen der Kollegen nachzugehen (enormer Staub bei der Arbeit, ungenügender Schutz und gefährliche Stoffe) stritten die Kapitalisten generell alles ab.
– von keinem der verwendeten Stoffe ginge angeblich eine gesundheitliche Gefährdung aus, obwohl die wichtigsten Stoffe offiziell in der Liste der „gefährlichen chemischen Stoffe" stehen;
– die Geschäftsleitung habe alle Maßnahmen zum Schutze der Kollegen getroffen, obwohl diese nach einer Woche noch immer nicht wußten, mit welchen Chemikalien sie überhaupt arbeiten.

Ganz offensichtlich – Rechtsbruch

Damit die ganze miese Geschichte sich auch reibungslos und vor allem ohne „Öffentlichkeit" abspielte, scheuten sich die rechten Betriebsräte nicht, frech einen offensichtlichen Rechtsbruch zu begehen! Ein Betriebsratsmitglied – nämlich
eine weitere Kollegin der Liste Frau-
Ein Betriebsratsmitglied – nämlich
eine weitere Kollegin der Liste Frauen – wurde zu dem entscheidenden Tagesordnungspunkt erst gar nicht eingeladen. Mit der sch(w)einheiligen Begründung, man wolle in einer Sache entscheiden, die sie selbst beträfe, durfte sie erst erscheinen als alles gelaufen war. Man hatte ihr wegen der Zeitung ebenfalls eine Verwarnung verpaßt – jedoch gleich die Kündigung der Betriebsrätin Anna W. ohne sie über die Bühne gezogen.

Die beiden Kolleginnen werden sicher dagegen rechtliche Maßnahmen ergreifen und einer derartigen Schweinerei, Verlogenheit und Ungerechtigkeit der rechten Betriebsräte öffentlich antworten. ●

Betriebszelle Colgate/
KB Gruppe Hamburg

Texaco:

Spaltung des Betriebsrats gescheitert

Nach der Betriebsratswahl bei der Texaco im November 1974 startete die Gewerkschaft HBV ein Wahlanfechtungsverfahren. Als Begründung gab sie an, der Betriebsrat bestehe in dieser Zusammensetzung nicht zu Recht, es müßten in diesem Betriebsbereich 4 einzelne Betriebsräte gebildet werden, und zwar einmal wegen der unterschiedlichen Rechtsformen der einzelnen Konzernteile, zum anderen wegen der weiten Entfernung des Wilhelmsburger Betriebsteils zur Hauptverwaltung. Die Läger – auch in Wilhelmsburg angesiedelt – hätten dann ebenfalls einen eigenen Betriebsrat zu bilden. Das Ziel war die Zerschlagung des einheitlichen, durch den Einfluß der oppositionellen Gruppe in wesentlichen Fragen fortschrittlichen Betriebsrates zu zerschlagen und sich selbst einen gewissen Einfluß zu erschleichen. HBV regiert einen der beiden Gesamtbetriebsräte bei Texaco und stellt den Konzernbetriebsratsvorsitzenden, hat aber in der Hamburger Hauptverwaltung und im Wilhelmsburger Werk keinen Einfluß. Die Zerschlagung hätte bedeutet, daß der Vertrieb aus diesem Bereich herauskristallisiert und dem HBV-Gesamtbetriebsrat angegliedert worden wäre. Die IG Chemie unterstützte das Verfahren, weil sie durch die Abtrennung Wilhelmsburgs erhoffte, diesen Betrieb dem Einfluß der Linken zu entziehen.

Die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsgruppe Hauptverwaltung/Wilhelmsburg, die nach der Betriebsratswahl sechs der 15 Betriebsratssitze belegte, entfaltete einen Kampf gegen die Zerschlagungsabsichten. Unter anderem setzte sie eine Abstimmung auf der Betriebsversammlung durch. Bis auf wenige Leute aus der Personalabteilung, stimmten die anwesenden Kollegen geschlossen für den einheitlichen Betriebsrat.

Dieses Votum ließ der Mehrheit des Betriebsrates keine Wahl; sie beschloß eine Beteiligung des Betriebsrates im Gerichtsverfahren gegen HBV und IG Chemie. Der Kapitalist hielt sich aus dem Verfahren heraus und überließ den Gewerkschaftsführern die inzwischen undankbare Aufgabe.

HBV verlor den Prozeß in erster und zweiter Instanz. Am 28. Jan. 1976 entschied das Landesarbeitsgericht Hamburg rechtskräftig zugunsten des Hamburger Betriebsrates. Der Hamburger Betriebsrat – so das LAG – vertrete zwar Betriebe zweier rechtlich selbständiger Unternehmen; diese Betriebe müßten aber einen einheitlichen Betriebsrat wählen, weil andernfalls eine sachdienliche Arbeit nicht möglich sei. Das LAG schloß einen Gang zum Bundesarbeitsgericht aus.

Die HBV-Führung war bemüht, sich gegenüber den Kollegen aus der Affäre zu ziehen, indem sie behauptete, den ganzen Prozeß nur deshalb in Gang gesetzt zu haben, um eine „generelle Klärung der Frage" zu erreichen – ohne besondere Absichten, versteht sich. Sie entlarfte dann allerdings selbst diese Lüge. Waren in Hamburg noch 10 Kilometer zwischen der Hauptverwaltung und Wilhelmsburg eine schier unüberwindbare Strecke, verlangte sie jetzt bei der Geschäftsleitung einen einheitlichen Betriebsrat für die Vertriebsstellen Hamburg, Hannover, Braunschweig und Bielefeld.

Bei dieser idiotischen Konstellation würde ein HBV-Freigestellten-Posten im Vertriebs-Betriebsrat für diesen Karrieristenhaufen abfallen, der offenbar ausschließlich auf persönlichen Vorteil orentiert ist und deswegen jedes Manöver fährt.

HBV-Sekretär Czerny darauf angesprochen, konterte: *„Das ist etwas ganz anderes. Unter Umständen sind 40, 100 oder 120 Kilometer leichter zu überwinden als 10 oder 20."* Das ist Gewerkschaftsführerlogik. ●

Betriebszelle
Texaco HV/Wilhelmsburg
KG/ Gruppe Hamburg

DRUCK

Peute Druck GmbH, Hamburg: Fortschrittliche Betriebsrätin gefeuert

In der Peute Druck GmbH, ehem. Coop Druckerei, hat sich die Geschäftsleitung einen besonders üblen Trick einfallen lassen, um eine fortschrittliche Betriebsrätin loszuwerden.

Innerhalb von 10 Tagen legten sie dem Betriebsrat drei Anträge auf außerordentliche Kündigung – wegen „Gefährdung des Betriebsfriedens" vor. Dabei stützen sie sich auf neun Kollegen aus der Abteilung der Betriebsrätin. Diese Neun haben einen Beschwerdebrief gegen die Betriebsrätin W. unterschrieben. In dem Brief wird ihr vorgeworfen, sie hätte sich *„in der durch die Hochwasserkatastrophe verursachte(n) Zwangssituation"* *„unkollegial"* verhalten. Sie sind „ ... *der Meinung, daß der Arbeitsablauf in unserer Abteilung durch die zu häufige Abwesenheit von der Maschine und durch unkollegiales Verhalten erheblich gestört ist.*" Sie forderten ihre Versetzung in eine andere Abteilung.

Mit diesem Schreiben wollte die Geschäftsleitung die Kollegin unter Druck setzen und forderte sie zur „freiwilligen" Kündigung auf. Die Betriebsrätin weigerte sich natürlich, worauf die Geschäftsleitung ihr verbot, mit den Kollegen zu sprechen, und die Betriebsrätin wurde erstmal zwangsweise beurlaubt.

Nach einer Woche legte die Geschäftsleitung einen weiteren Trumpf in dieser Schmierenkomödie vor: In zwei Schreiben erklärten fünf Abteilungsleiter (!!) und vier Maschinen- bzw. Schichtführer, daß sie sich weigern werden, mit der Kollegin zusammenzuarbeiten. Die Geschäftsleitung will damit begründen, daß es für die Kollegin W. überhaupt keine Arbeit mehr gibt.

In den Schreiben wird besonders die Tatsache angeprangert, daß sich die Betriebsrätin immer um die Arbeitsplatzsituation der Kollegen gekümmert hat und die Kollegen in ihrer Kritik an der Arbeitshetze und den schlechten Arbeitsbedingungen unterstützt hat.

Die Kollegin wies in einer persönlichen Erklärung darauf hin, daß der

Die Kollegin wies in einer persönlichen Erklärung darauf hin, daß der

Kern ihrer Betriebsratstätigkeit tatsächlich die Aufdeckung der Mißstände im Betrieb und die konsequente Unterstützung der Kollegen ist.

Der Grund dafür, daß es der Geschäftsleitung gelungen ist, einen Teil der Kollegen gegen die fortschrittliche Betriebsrätin aufzuhetzen, liegt u.a. in der Angst um den eigenen Arbeitsplatz. In verschiedenen Abteilungen wird Kurzarbeit durchgeführt, weitere Entlassungen stehen bevor (vor einigen Jahren arbeiteten in der Peute (damals noch coop Druck GmbH noch 400 Kollegen, heute sind es unter 200). Die Betriebsrätin W. war der Geschäftsleitung wegen ihrer hartnäckigen Haltung bei den Massenentlassungen im Frühjahr '75 und den damaligen Sozialplanverhandlungen schon lange ein Dorn im Auge. Weitere Gründe dafür, daß Kollegen von der Geschäftsleitung aufgehetzt werden konnten, liegt an der besonderen Situation in der Druckerei und daran, daß die Frauen in dieser Abteilung als Hilfsarbeiterinnen wie Untergebene behandelt werden und den Druckern die Dreckarbeiten machen müssen.

Reaktion von Betriebsrat und Gewerkschaft

Der Betriebsrat drückte sich anfangs um eine Stellungnahme und forderte die Versetzung der Kollegin. Als dann die Schreiben der Abteilungsleiter bzw. Schichtführer vorlagen, stimmt der Betriebsrat mehrheitlich in einer geheimen (!) Abstimmung der Kündigung zu.

Die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier zeigte sich mit der Kollegin solidarisch und war empört über das Verhalten des Betriebsrates. In einer Resolution forderten die Delegierten den Betriebsrat und die Kollegen, die sich geweigert hatten, mit W. zusammenzuarbeiten (alles übrigens Gewerkschaftsmitglieder, teilweise auch Funktionäre) auf, alles zu tun, damit die Kollegin wieder in den Betrieb kommt. Der Gewerkschaftsvorstand versuchte, die Solidarität zu spalten, indem Metzinger den Delegierten vorwarf, sie seien nicht in der Lage, die Hintergründe zu erkennen (aha!!) und das wäre alles reine Gefühlsduselei. Nun, 90 Delegierte (bei drei Gegenstimmen) waren da anderer Meinung!

Letzte Meldung: Die Kollegin hat mittlerweile Kündigungsschutzklage eingereicht. Sie gewann auch eine einstweilige Verfügung auf soforti-

mittlerweile Kündigungsschutzklage eingereicht. Sie gewann auch eine einstweilige Verfügung auf soforti-

ge Wiedereinstellung, die von der Geschäftsleitung sofort durch Hausverbot rückgängig gemacht wurde. Der nächste Gerichtstermin findet am Dienstag, den 16.3. um 13 Uhr im Arbeitsgericht, Max-Brauer-Allee, Zimmer 138, statt.

●

Eine Genossin der Bezirksorganisation Harburg/Wilhelmsburg

Druckkapitalisten auf dem Weg zu Druckimperialisten

„Ebensowenig wie Rationalisierungen etwa gegen die eigenen Beschäftigten ... gerichtet sind, können Pläne zur Schaffung eines großen Druckereiringes außerhalb der deutschen Grenzen n'cht prinzipiell abgelehnt werden ..." („Der Polygraph", 5.2.76). Dies ist der erste Hinweis darauf, daß die Druckkapitalisten nicht dabei stehenbleiben, vom mittelständischen Industriezweig zur volldurchrationalisierten Monopolindustrie aufzusteigen, sondern sie wollen am imperialistischen Wettstreit mitmischen. Erstes Projekt ist eine Tiefdruckerei in der Freihandelszone des internationalen Flughafens Shannon an der Westküste Mittelirlands, deren Kapitalzeichnung am 31. Mai 1976 abgeschlossen ist und das innerhalb von zwei Jahren errichtet sein soll. Die erste Anlaufstufe erfordert einen Kapitalaufwand von 10,8 Millionen DM, wovon die irische Industrieansiedlungsbehörde 3 Mill. DM als nicht zurückzahlbaren Zuschuß bewilligt. Weitere Vergünstigungen: bis 1990 Gewinnsteuerfreiheit auf alle zu exportierenden Güter, d.h. nach Konzeption der „Eurodruck Ireland Rotogravure" (so heißt das Projekt) fast die gesamte Produktion. Besonderer Anreiz für die Druckimperialisten ist das irische Lohnniveau, derzeit 43 % des BRD-Niveaus. Initiator ist der Kapitalist Manfred Hamann, Mitinhaber eines Gebrauchtdruckmaschinen-Handelsunternehmens mit Vertrieb in alle Welt.

Projektant ist die Firma „Print & Management International", deren Gründer Werner Eder und Siegfried Grommek unter anderem maßgeblich an der Planung und Errichtung der modernsten und rentabelsten Tiefdruckerei Amerikas, der „Meredith Burda Inc.", Lynchburg, USA, beteiligt waren. Für Hamann ist das Irland-Projekt der Prüfstein für eine Kette weiterer grafischer Spezialbetriebe in europäischen Randregionen. (alle Informationen aus „Der Polygraph", 5.2.76).

●

Druckkomitee KB / Gruppe Hamburg

„Wenn im April die 6 % dazukommen"

Diese Äußerung rutschte dem Hamburger DruPa Sekretär Schuhmacher im Verlauf einer Diskussion in einem Hamburger Kleinbetrieb heraus. Zur gleichen Zeit, wo für diese Vögel die Sache längst gelaufen ist, der Lohnraubabschluß praktisch schon unter Dach und Fach ist, führen sie im Zentralorgan die großen Scheingefechte mit den Kapitalisten. Ein tarifpolitisches Stillhalten der Gewerkschaften wäre *„eine Politik der bewußten oder resignativen Anpassung"* (DruPa Führer Mahlein im Zentralorgan der DruPa 16.2.76). Und eine weitere Charakterisierung der DruPa-Politik: Wenn die Unternehmer„ schon heute dafür eintreten, daß die Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate bleiben sollen, so ist das nur eine Bestätigung dafür, daß sie ein Stillhalten von gewerkschaftlicher Seite für ein weiteres Vorpreschen ausnutzen werden."

Das beste Beispiel dafür ist die Ankündigung des Vizepräsidenten der Druckkapitalisten Gerold Mack, zukünftig verstärkt Tariferhöhungen anzurechnen und nicht auszuzahlen: *„Wir kämpfen mit dem Rücken an der Wand um die Erhaltung der Arbeitsplätze und der Betriebe... Es ist künftig einfach nicht mehr möglich, Reallohnsteigerungen, die sich als Nebenleistungen aus manteltariflichen und ähnlichen Vereinbarungen ergeben, zu ignorieren. Sie müssen bei der Lohnfindung in voller Höhe Anrechnung finden.*"

Letzte Meldung: Die große Tarifkommission der IG Druck und Papier legte am 25.2.76 die diesjährige Tarifforderung auf 9% fest.

●

Druck-Kommitee KB/Gruppe Hamburg

„Westfalendruck": 6-Tage-Woche geplant

Der Geschäftsführer des Presseriesen „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", Günter Grothkamp, plant für die Arbeiter der Druckerei „Westfalendruck" die Einführung der 6-Tage-Woche. Unter Hinweis auf die fast totale Abhängigkeit der Druckerei von „WAZ"-Aufträgen fügte sich der Betriebsrat diesem ungeheuerlichen Angriff auf diese wichtige soziale Errungenschaft der Arbeiterbewegung und stimmte zu. Eine von der IG Druck und Papier beantragte Anordnung zur Untersagung der 6-Tage-Woche lehnte das Arbeitsgericht ab. Den „Westfalendruck"-Kapitalisten wurde auferlegt, bis zum 2.3.76 den Beweis zu erbringen, daß ein *„dringendes Betriebserfordernis für den sozialpolitischen Rückschritt vorliege"* („Frankfurter Rundschau", 21.2.76). Dies dürfte ihnen unter Hinweis auf die „WAZ"-Abhängigkeit nicht schwerfallen.

Für die Kollegen würde ein Erfolg des Kapitalisten nicht nur ein Schritt zurück zur frühkapitalistischen Ausbeutung, sondern voraussichtlich auch den Rausschmiß von 60-70 Kollegen bedeuten.

●

Druck-Kommitee KB/Gruppe Hamburg

Die reaktionäre Presse sahnt ab:

Eine unerfreuliche Tendenz hin zu reaktionären Zeitschriften schlägt sich in deren Auflagenzahlen nieder. 1975 erreichte das "Goldene Blatt" eine Auflage von 512.300 (+10.000), "Neue Welt" 670.100 (+126.000). Ebenfalls ein kräftiges Plus erzielten die Fernsehzeitschriften mit einem Zuwachs von bis zu 231.000 („Hör Zu"). Hinzu kommt die Auflagensteigerung der „Bild" um 250.000 auf 4,3 Millionen Exemplare („Frankfurter Rundschau", 26.1.76 und „Süddeutsche Zeitung", 26.1.76).

●

Druckkommitee KB/Gruppe Hamburg

Oldenburg: Politische Entlassung wegen Fahrpreisdemonstration

Nach den Oldenburger Fahrpreisdemonstrationen im Januar wurde der Genosse R.W. aus dem Druckbetrieb Essich & Co. entlassen. R.W., aktiver Gewerkschafter in der IG Druck und Papier, hatte für die Veröffentlichungen des vom KBW initiierten Fahrpreiskomitees presserechtlich verantwortlich gezeichnet. Die Entlassung wurde ausdrücklich mit seiner Rolle bei den Fahrpreisaktionen begründet, bei denen es zu brutalen Polizeieinsätzen kam.

●

KB/Gruppe Oldenburg

Heinrich Bauer Verlag, Hamburg: „Gepflogenheiten des Hauses"

„Möglichst wenig Arbeitskräfte in den (zweifelhaften) Genuß des Sozialplans kommen lassen", das ist die Devise der Bauer-Kapitalisten anläßlich der anstehenden Massenentlassungen. (Bauer zieht von Hamburg nach Köln, 400 Arbeitsplätze sind gefährdet.)

So wurde fünf Kolleginnen, die sich bereits im Rentenalter befinden, von Personalchef Kupka in mehreren Gesprächen nahegelegt, im „gegenseitigen Einvernehmen" aus dem Betrieb auszuscheiden. Die Kolleginnen erhoben Einspruch. Reaktion der Personalleitung: *„Nicht nur der Inhalt, sondern auch die Ausdrucksweise ihres Schreibens ... wirkt auf uns sehr befremdend und entspricht keinesfalls den Gepflogenheiten unseres Hauses ... Wenn Sie nunmehr Ihr gegebenes Versprechen als unrichtig hinstellen, so müssen wir daraus schließen, daß Sie ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit haben ... es liegt in unserem Vorhaben, Ihnen zu gegebener Zeit die fristgemäße Kündigung auszusprechen.*"

Eine andere Gepflogenheit des Hauses ist es, neue Kollegen nur auf Zeitverträge einzustellen, ansonsten würden sie ja vielleicht auch noch ein paar Mark aus dem Sozialplan beanspruchen können.

●

Druckkomitee KB / Gruppe Hamburg

Die beiden mittelhessischen Tageszeitungen „Gießener Anzeiger" (Gesamtauflage mit anderen hessischen Blättern 63.000) und „Wetzlarer Neue Zeitung" (Gesamtauflage 57.000) haben eine Kooperation zunächst auf dem Anzeigensektor sowie der lokalen Berichterstattung beschlossen („Frankfurter Rundschau", 17.2.76). Gerüchte über die Gefährdung von 300 Arbeitsplätzen wurden wie üblich lautstark und in großen Anzeigen dementiert. Durch die Kooperation in Bedrängnis gebracht wird die bislang dritte Tageszeitung dieses Raumes, die „Gießener Allgemeine".

●

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

BAU

Raubbau auf Kosten der Bauarbeiter

Für die Kollegen am Bau brachte das Jahr 1976 große Verschlechterungen. Nachdem bereits im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit stetig anstieg, übertarifliche Leistungen gestrichen und dadurch Lohneinbußen bis zu 30% herauskamen, so daß iele Bauarbeiter heute am Existenzminimum angekommen sind, kam es Anfang des Jahres noch dicker.

Seit Januar ist eine neue Schlechtwettergeldtabelle in Kraft getreten, die gegenüber 1975 Kürzungen bis zu 3,72 DM pro Schlechtwetterstunde vorsieht. Das kommt so zustande:

- weggefallen ist die Schlechtwetterzulage von 30 Pfg./Stunde. Durch sie erhielten die Kollegen einen Ausgleich dafür, daß sie bei schlechtem Wetter Unkosten bei der Anfahrt und dem Aufenthalt auf der Baustelle oder in der Firma haben;
- wie das Arbeitslosengeld ist jetzt auch das Schlechtwettergeld statt in bisher zwei (verheiratet/unverheiratet) in fünf „Leistungsgruppen" eingeteilt.

Aus der nebenstehenden Tabelle wird deutlich, welche Auswirkungen die Neuregelung hat. Maurer verdienen also in Zukunft bei einem Facharbeiterlohn von 8,98 DM zwischen 0,40 und 1,47 DM pro Schlechtwetterstunde weniger! Im Akkord sogar zwischen 0,49 DM und 3,12 DM (Steuerklasse V) gegenüber 1975!

In einer gesamten Schlechtwetterperiode kommt ungefähr ein Monat Schlechtwettergeld zusammen. Im Akkord erhalten die Kollegen zukünftig etwa 200 DM weniger Schlechtwettergeld. Ein Baufacharbeiter im Stundenlohn erhält im Schlechtwettermonat jetzt ganze 665 DM!

Ergebnis dieser Regelung ist aber nicht nur eine weitere Lohnsenkung für die Bauarbeiter. Immer mehr Kollegen werden dazu gezwungen, immer länger auf Akkord zu arbeiten, weil sie sonst im Schlechtwettermonat nicht viel mehr als ihre Miete zahlen können.

Die neue Schlechtwettergeldregelung bedroht die Familien vieler Bauarbeiter in ihrer Existenz und ruiniert darüber hinaus noch die Gesundheit der Arbeiter.

Ein Hohn ist es in dieser Situation, wenn die Führung der IG Bau darauf hinarbeitet, einen „verantwortungsvollen" Lohnabschluß zustande zu bringen. Was damit gemeint ist, zeigt das Lob von Bundeskanzler Schmidt auf dem IG-Bau-Gewerkschaftstag vor fünf Monaten an die Gewerkschaftsführer: *„Ich danke Ihnen für die Besonnenheit und Kooperationsbereitschaft, die gerade ihre Gewerkschaft in dieser für uns alle schweren Zeit bewiesen hat".*

Wo jetzt verlautet, daß auch noch der Zeitraum für die Schlechtwettergeldzahlung zusammengestrichen werden soll, ist die Unruhe unter der Bauarbeitern sehr groß. Die nächste Zeit wird zeigen, ob es gelingt, der Widerstand gegen den Lohn- und Sozialabbau am Bau zu entwickeln

●

Nach dem Bericht eines Betriebsratskollegen am Bau

Ausschnitt aus der Schlechtwettergeldtabelle:

	Arbeitslohn	Schlechtwettergeld 1975		Schlechtwettergeld 1976				
		unverheiratet	verheiratet	Leistungsgruppen				
				A	B	C	D	E
Dachdeckerhilfsarb. bis 19 Jahre	6,86	3,69	3,95	3,32	3,59	3,60	2,96	2,72
Baufachwerker	8,39	4,35	4,61	3,96	4,23	4,25	3,32	3,00
Facharbeiter (Maurer, Zimmerer etc.)	8,98	4,62	4,89	4,22	4,50	4,52	3,42	3,12
Baufachwerker im Akkord (160%)	13,42	6,15	6,87	5,72	6,21	6,41	4,05	3,72
Facharbeiter im Akkord (160%)	14,37	6,38	7,35	6,05	6,57	6,86	4,23	3,89

Leistungsgruppe
A = Verheiratete und Unverheiratete Steuerkl. VI
B = Unverheiratete mit einem Kind
C = Verheiratet, Steuerkl. III
D = Verheiratet, Steuerkl. V
E = Für Arbeiter mit mehr als einer Steuerkarte

Tarifverhandlungen in der Bauwirtschaft: Nicht mehr als 4 %?

In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen in der Bauwirtschaft haben die Kapitalisten verlauten lassen, daß *„eine Lohnerhöhung von mehr als 4% einschließlich (!) aller sonstigen Nebenbelastungen, nicht zu vertreten wären"* („Frankfurter Allgemeine", 20.2.).

Die Gewerkschaft Bau-Steine-Erden hatte zunächst darauf verzichtet, konkrete Lohnforderungen zu stellen (!), jetzt verlangt sie einen „Kaufkraftausgleich" von 6,1%. Nachdem die IG Bau im letzen Jahr als erste abgeschlossen und das „Tarifsignal" für Lohnraubabschlüsse gegeben hatte,wollen sie diesmal den Abschluß in der Metallindustrie abwarten, um dann ähnlich abzuschließen.

Während den Baukapitalisten duch Investitionsprogramme Milliardenaufträge zugutekommen (allein durch das Förderungsprogramm im August 75 insg. 5,75 Mrd. DM!), wurden den Bauarbeitern durch das Haushaltsstrukturgesetz die Schlechtwettergeldzulage von 0,30 DM pro Stunde gestrichen. In den Tarifverhandlungen verlangt der Vorsitzende der Bau- Steine- Erden zusätzlich eine Aufstockung des 13. Monatsgehalts und einen Ausgleich für die gestrichene Schlechtwetterzulage, doch hat er bereits erklärt, daß er einen Ausgleich für die entstandenen Einkommensverluste nur „mittelfristig" für möglich hält ... („Handelsblatt",22.1.)

Ein Lohnraubabschluß steht in der Bauwirtschaft an. Die Baukapitalisten wollen diese Branche weiter auf Kosten der Kollegen „gesundschrumpfen".

Durch massenhafte Pleiten besonders mittlerer Unternehmen und durch umfangreiche Rationalisierungen sind in den letzten 3 Jahren über ein Drittel der Beschäftigten entlassen worden, 325.000 seit Mitte 73! Ende 1975 gab es 130.000 Arbeitslose und 18.000 Kurzarbeiter, („Handelsblatt", 22.1.) die anderen sind in anderen Branchen untergekommen, meist unter wesentlich schlechteren Bedingungen (Niedrigere Löhne etc.). •

Wohnungskomission
KB/ Gruppe Hamburg

GEW, Westberlin: Satzungsauseinandersetzungen gehen weiter

In Westberlin war es dem Bundesvorstand im Herbst des vergangenen Jahres nur durch massive Erpressung gelungen, die Mitglieder zu einer Unterwerfung unter die Bundessatzung zu bewegen. Wie in Hamburg hatte er mit Ausschluß des Landesverbandes aus dem DGB gedroht, falls dieser nicht den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zustimmt.

Nach zweimaligem Versuch war von den Deligierten der Landesvertreterversammlung schließlich die "Abhängigkeitsklausel" (Anerkennung aller Beschlüsse der Bundesorganisation durch den Landesverband) beschlossen worden. Doch damit nicht genug, der Hauptvorstand erließ ein *„lex Berlin"*, nach dem reaktionäre Mitglieder, denen die Politik des Landesverbands nicht gefällt, das Recht erhalten, sich als „bundesunmittelbare" Mitglieder neben dem Landesverband in der GEW zu organisieren. Eines der Hauptanliegen solcher Mitglieder ist laut Satzung die aktive Unterstützung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

In dieser Situation klagten im vergangen Jahr vier Kollegen auf Ungültig-Erklärung der vollzogenen Unterwerfung des Landesverbands unter die Satzung der GEW-Bund. Im Februar bekamen die Kollegen Recht: das Gericht stellte fest, daß mit der Übernahme der Bundessatzung durch den Landesverband Berlin dieser praktisch sich selbst aufgelöst hat. Laut damals noch bestehender Satzung des Landesverbands kann eine Auflösung jedoch nur mit einer 3/4 Mehrheit vollzogen werden und nicht, wie geschehen, mit 2/3 der Stimmen.

Das zeigt nocheinmal, daß der Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und die Anerkennung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse von den GEW-Führern nur mit Manipulationen, Tricks, Erpressung und anderen Methoden durchgesetzt werden konnten, die sich sogar außerhalb bürgerlicher Rechtsmaßstäbe bewegen. •

GEW-Hamburg
Hauptvorstand schließt elf Mitglieder aus

Am 21.2. beschloß der Hauptvorstand der GEW-Bund den Ausschluß von elf Hamburger GEW-Mitgliedern. Dies tat er, obwohl das höchste Organ des Hamburger Landesverbandes und eine in Hamburg für Ausschlußverfahren eingerichtete „Fünfer-Kommission" ausdrücklich gegen den Ausschluß waren.

Den Kollegen waren „Vergehen" gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB vorgeworfen worden, die aber unter eine von Hamburg beschlossene „Amnestie" fallen würden. Gemäß eines Beschlusses der Landesvertreterversammlung Hamburg (angeblich von Frister gebilligt) darf bei Ausschlüssen kein Material verwendet werden, das vor dem 22. Mai 1975 fällt.

Dieser Beschluß war im Dezember des vergangenen Jahres vom jetzigen Landesvorsitzende Lemke als Bonbon verkauft worden, um eine Mehrheit für die Anerkennung der Bundessatzung durch den Hamburger Landesverband zu erreichen (die Bundessatzung ermächtigt den Hauptvorstand zur Praktizierung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse).

Schon damals hatten wir vor den „Zusagen" der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gewarnt und dazu aufgefordert, gewerkschaftliche Rechte nicht zugunsten unverbindlicher „Versprechen" aus der Hand zu geben. •

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Numerus Clausus — Marke GEW

Im vergangenen Sommer hat die GEW zentral für die Bundesrepublik in Frankfurt ein *„Sekretariat Arbeitslose Lehrer (SAL)"* eingerichtet, *„um arbeitssuchende Junglehrer zu betreuen"*, wie es hieß. Die Einrichtung dieses Sekretariats war damals das Ergebnis des ständigen Zurückweichens der GEW-Führer gegenüber der staatlichen „Sparpolitik". Anfang des Jahres hatte man noch lauthals die Einstellung aller Lehrer verlangt mit dem Hinweis auf den bestehenden Lehrermangel und die zunehmende Benachteiligung der Schüler. Als die ersten Nicht-Einstellungen bekannt wurden, drohte man mit gerichtlichen Schritten, da ein Recht auf Ausbildung bestehe.

Wenige Monate später war hiervon keine Rede mehr. Der „angedrohte" Prozeß fand natürlich nie statt. Im August 75, als wiederum hunderte von Lehrern nicht übernommen wurden, erschien die Forderung nach Einstellung aller Lehrer nur noch am Rande. Stattdessen rückte jetzt die Forderung nach sozialer Absicherung arbeitsloser Leher in den Vordergrund (vom KBW „inspiriert"?).

In diesem Zusammenhang wurde von der GEW das SAL eingerichtet, um „konkrete Hilfe" für die betroffenen Lehrer anzubieten. Von den betroffenen Schülern war schon keine Rede mehr. Das SAL war damit von Anfang nichts anderes als das Feigenblatt der GEW-Führer für ihre fehlende Bereitschaft zum Kampf gegen die „Sparpolitik" des Staates im Bildungsbereich.

Die jetzt bekannt gewordenen Tatsachen über dieses Sekretariat kann man allerdings nur noch als Verhöhnung der arbeitslosen Lehrer bezeichnen:

Bisher haben sich erst 80 arbeitslose Lehrer an die Frankfurter „Hilfsstelle" gewandt (von gegenwärtig ca. 5.000 in der BRD). Nur zehn Lehrern (!) konnte „geholfen" werden, denn:

„Das Sekretariat kann ohnehin keine Stellen vermitteln, sondern nur ‚technische Hilfestellung' leisten" (Angaben nach „Kieler Nachrichten", 4.2.76).

Der absolute Hammer ist jedoch: **In die SAL-Liste werden überhaupt nur arbeitslose Lehrer aufgenommen, die ihr Examen mit mindesten der Note 2 bestanden haben!**

Kein Wunder, daß sich viele arbeitslose Kollegen für diese famose gewerkschaftliche „Solidarität" bedanken. •

VH-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

GEW-Göttingen
Hauptvorstand will zwölf studentische Mitglieder ausschließen

Der GEW-Hauptvorstand hat gegen zwölf studentische Mitglieder in Göttingen ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Als „Begründung" wird die Kandidatur zu den Studenten- und Fachschaftsratswahlen im Januar 1975 für die „Liste Demokratischer Kampf" (auf der auch Mitglieder des KHB, der Sympathisantenorganisation des KB, kandidiert haben) bzw. für die „Rote Liste" (KBW) angegeben.

Die Herren Gewerkschaftsführer machen sich nicht einmal mehr die Mühe, den zwölf Kollegen konkretes „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" vorzuwerfen (zum Teil haben die Betroffenen gar nicht aktiv in der GEW gearbeitet). Als Ausschlußgrund wird allein die politische Arbeit a u ß e r h a l b der GEW angegeben.

Wie in der GEW inzwischen gängige Praxis soll das Ausschlußverfahren hinter verschlossenen Türen abgewickelt werden; mit keinem Wort werden die Mitglieder der GEW informiert, mit keinem Wort wird bekanntgegeben, wer die Ausschlüsse beantragt hat, wer den Hauptvorstand über die Kandidatur und die politische Arbeit der zwölf Kollegen informiert hat. Offensichtlich ist getreu der Weisung von Frister nach dem Kölner Kongreß ein gewerkschaftsinternes Spitzelnetz aufgebaut worden, das an den Hauptvorstand „Beweismaterial" und Namenslisten linker und kommunistischer Kollegen liefert (sicher in enger Zusammenarbeit mit „bewährten" staatlichen Institutionen).

Bisher ist auch vom Kreisvorstand Göttingen nicht zu erfahren, wer die Informationen an den Hauptvorstand geliefert und das Ausschlußverfahren in Gang gebracht hat.

Die betroffenen Kollegen haben sich mit einer Erklärung an die Mitglieder der GEW und anderer Gewerkschaften und an die Öffentlichkeit gewandt, um gegen den Ausschlußterror des Hauptvorstandes zu protestieren und eine gemeinsame Front aller Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften aufzubauen. In einer Sitzung der GEW-Studentengruppe ist die Erklärung diskutiert und verabschiedet und als gemeinsame Stellungnahme der zwölf Kollegen und der GEW-Studentengruppe dem Hauptvorstand zugeleitet worden. Der AStA der Universität (Juso/ Liste Demokratischer Kampf) hat sich solidarisch erklärt und den Protest der Kollegen veröffentlicht. •

KB/Gruppe Göttingen

Revers schon bei Eintritt

Seit einigen Wochen verfügt die GEW Schleswig-Holstein über neue Beitrittsformulare. Gegenüber den alten hat sich Form, Farbe usw. nicht verändert, jedoch hat man am unteren Rand einen interessanten Satz hinzugefügt: *„Mit der Unterschrift erkenne ich die Satzung der GEW an und erkläre, daß ich keiner Organisation angehöre, deren Mitgliedschaft mit der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft unvereinbar ist."*

Ein Revers schon beim Eintritt in die Gewerkschaft! So soll jedes neue Mitglied von vornherein auf die Linie der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie verpflichtet werden.

Wer sich weigert, den Revers zu unterschreiben, kann eben nicht Gewerkschaftsmitglied werden. Außerdem sollen die Kollegen eingeschüchtert werden, die mit kommunistischen oder anderen oppositionellen Gewerkschaftern zusammenarbeiten. •

PH-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Anm. der Red.: Dieses Verfahren ist keine schleswig-holsteinische „Spezialität", sondern wird in der gesamten GEW durchgezogen.

GEW-Hamburg
Rechte Spalterliste bei den Personalratswahlen

Im AK 73 berichteten wir darüber, daß eine Versammlung der in der GEW organisierten Volks- und Realschullehrer es abgelehnt hatte, die langjährige Personalratsvorsitzende Ursula Koppe wieder auf Platz 1 der GEW-Liste zu setzen. Grund dafür war die kollegenfeindliche Politik von Koppe und der übergroßen Mehrheit der bisherigen GEW-Personalratsmitglieder. Die Fachgruppenversammlung am 29.1. war nach diesem Eklat unterbrochen worden, um in fieberhaften Verhandlungen doch noch eine „Kompromißliste" zwischen den Rechten um Koppe und linken Sozialdemokraten zustande zu bringen.

Daraus wurde nicht viel. Koppe und ihr Anhang stellten unverschämte Bedingungen: die Liste müsse „sauber" sein, d.h. es darf auf ihr keine Mitglieder der DKP oder noch „extremerer" Gruppen geben, und zweitens sollten die sicheren Listenplätze weitgehend der rechten Mafia vorbehalten bleiben.

Bei Nichterfüllung dieser Bedingungen drohte Koppe mit der Aufstellung einer Spalterliste für die Personalratswahlen.

Das brachte die linken Sozialdemokraten ganz schön ins Schwitzen. Sie sind gegen eine Konfrontation mit den Rechten und möchten lieber „Einheit" mit diesen demonstrieren, angeblich, um auch für reaktionäre Lehrer „wählbar" zu sein.

Sie waren daher nicht abgeneigt, der Koppe-Gruppe entgegenzukommen: Koppe wurde erneut (gegen das ausdrückliche Votum der Fachgruppe!) Listenplatz eins angeboten!

Da Koppe aber auf „Alles oder nichts" bestand, kam es zu keinem Kompromiß. Am 18.2. entschied die Fachgruppe Volks- und Realschullehrer endgültig über die Personalratswahlliste. Auf ihr sind nun nur noch drei der alten Personalräte (Koppe konnte also auch kein geschlossenes Vorgehen der Rechten erreichen!), auf Platz 9 das bekannte DKP-Mitglied Peter Gohl (weiß Gott kein Linker!) und im übrigen – weitgehend sozialdemokratisches Mittelmaß.

Diese mittlerweile vom Landesvorstand gebilligte Liste bedeutet, daß Koppe und ihr Anhang mit großer Wahrscheinlichkeit eine eigene Liste aufmachen und damit einen Wahlerfolg der GEW zu verhindern suchen werden.

Die Fachgruppe Volks- und Realschullehrer hat dazu bereits am 18.2. beschlossen, daß eine derartige Umgehung des Mitgliederwillens gewerkschaftsschädigend und ein Ausschlußgrund sei. •

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Versicherungen:

Am 25.2.76 beschloß die Mehrheit der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen in Hamburg einen einheitlichen Betrag von DM 200,- zu fordern.

Schon eine vom Fachgruppenvorstand Versicherungen durchgeführte Fragebogenaktion ergab, daß 43% für einen Festbetrag stimmten, 38 % für eine Prozent- und Sockelforderung und nur 19% für eine reine Prozentforderung.

Doch selbst diese eindeutige Entscheidung der Kollegen veranlaßte den Fachgruppenvorstand nicht zu einer entsprechenden Empfehlung. Die Mehrheit dieses Gremiums beschloß der Versammlung die Forderung von 3,5% plus DM 90,- vorzulegen.

Begründet wurde diese Forderung damit, daß man der „Solidarität aller Arbeitnehmer Rechnung tragen" müsse. Und gerade die „höher Verdienenden" seien durch die Festbetragsforderung arg benachteiligt.

Doch dieser Solidaritätsbegriff ließ sich diesmal nicht durchsetzen. Alle Betriebsgruppen, außer den Vertrauensleuten der gewerkschaftseigenen Vofü-Gesellschaften (!) und der Betriebsgruppe Deutscher Ring forderten Festbeträge zwischen 170 und 250 Mark.

Die Mehrheit war für einen Festbetrag und diese Entscheidung wurde mit Applaus und Hurra-Rufen begleitet.

In weiteren Abstimmungen zur Höhe setzte sich der Betrag von DM 200,- durch. Auch hier wurde dem Gedanken an eine Konjunkturpolitische Forderung entgegengetreten. Alle Forderungen der DGB-Gewerkschaften, ob IG Metall oder ÖTV reichen nicht aus, überhaupt die Teuerung wieder aufzuholen.

Als Zusatzforderung wurden beschlossen:

- Verlängerung des Urlaubs
- Verbesserung des Rationalisierungsschutzabkommens
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um einheitlich DM 110,-.

Es ist allerdings damit zu rechnen, daß nicht einmal die Hamburger Vertreter in der Tarifkommission den Festbetrag von DM 200,- kämpferisch verteidigen werden. Die Mehrheit dieser „Vertreter" schwört auf die Solidarität mit den höher Verdienenden.

* * *

Obwohl das Versicherungsgeschäft nach wir vor blüht, sind in der westdeutschen Versicherungswirtschaft von 1974 bis 1975 6.000 Angestellte eingespart worden. Das erste Mal seit dem Kriege sind die Beschäftigtenzahlen rückläufig (minus 3%!).

Von 1950 bis 1967 stieg die Gesamtbeschäftigtenzahl von 53.000 auf 175.000 (pro Jahr ein plus von 7,3%). Seit 1968 verlangsamte sich der Zuwachs. Zwischen 1968 und 1974 kam es bei einem Plus von 2,4% (= 29.000 Arbeitnehmer) zu 204.000 Angestellten. 1974 selber betrug der Zuwachs allerdings nur mehr 0,6%.

Die Kurzinformation des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen Deutschlands vom 13.2. 76 rechnet damit, daß es nicht bei der Gesamtzahl 1975 von 198.000 bleiben wird:

Der Personalbestand dürfte weiter zurückgehen.

Die Rationalisierungen schlagen immer stärker durch trotz zunehmenden Arbeitsunfalls.

* * *

CDU-Generalsekretär Biedenkopf hat die „Sozialausschüsse" beauftragt, für den bevorstehenden Wahlkampf Betriebszeitungen herauszubringen. Bei der Hamburg Mannheimer Versicherung (HM) in Hamburg wurde dies in die Tat umgesetzt. Hier gaben die CDU-„Sozialausschüsse" den „Igel" heraus. In diesem Flugblatt stellten sie bestimmte Auswirkungen des Leistungsprinzips für ältere Arbeiter dar, just wie es der unterzeichnende Herr Fiedler, Abteilungsleiter im Rechnungsbüro auf einem Seminar für Führungskräfte vom Kapitalisten gelernt hatte. Prompt erhielt Fied-

Forts. Seite 16

Forts. von S. 15

ler einen „Verweis" vom Vorstand. Dies wurde allen Kollegen der Firma schriftlich vom Kapitalisten mitgeteilt, damit auch jeder merkte, was für ein „Kämpfer" der CDU-Fiedler ist.

• • •

Wie schon im AK 72 berichtet, ist ein Mitglied des Betriebsgruppenvorstandes der HBV-Betriebsgruppe Iduna in Hamburg vom Sekretär Krause als „Supra-Kommunist" und „Schwein" bezeichnet worden. Auf Grund einer Beschwerde beim Hauptvorstand rang sich Krause zu einer schriftlichen Entschuldigung durch. Der Herr Gewerkschaftsführer *„war an diesem Tage mit verschiedenen komplizierten Rechtsfragen befaßt, so daß diese unangemessenen Formulierungen"* (Zitat aus Schreiben vom 13.2.76) gefallen sind.

Abgesehen davon, daß die von ihm „betreuten" Kollegen täglich sich trotz Arbeitshetze nicht zu solchen Pöbeleien hinreißen lassen, soll mit dieser Ausrede doch nur eins verschleiert werden: Der Haß des antikomunistischen Gewerkschaftsekretärs gegen jede eigenständige Gewerkschaftsarbeit. Eine wirkliche Entschuldigung wäre es, wenn er garantieren würde, daß in Zukunft fortschrittliche Gewerkschafter nicht mehr mit Ausschlüssen, Beschimpfungen und Polizeieinsätzen zu rechnen hätten.

• • •

Am 16.2. erklärte das Arbeitsgericht Hamburg die Kündigung von drei Mitgliedern der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe für unwirksam. Damit waren alle Kündigungen von ursprünglich sieben gegen die Betriebsgruppe aufgehoben.

Der Kapitalist hatte in seiner letzten Begründung für die Kündigung dargelegt, das die BG k e i n e gewerkschaftliche Arbeit mache , da sich ja die Gewerkschaftsführer öffentlich (von ihrer eigenen) BG distanziert hatten.

letzten Begründung für die Kündigung dargelegt, das die BG k e i n e gewerkschaftliche Arbeit mache , da sich ja die Gewerkschaftsführer öffentlich (von ihrer eigenen) BG distanziert hatten.

Die BG sei durch den KB beherrscht („Beweis": Fotokopien aus dem AK und der KB-Branchenzeitung u.ä.) und betriebe *„im Stile linker Gruppen Wühlarbeit und Verunsicherung der Arbeitnehmer"*. Das geltende Recht könne deshalb nicht auf diese BG angewandt werden.

Weiterhin warf der Kapitalist der BG vor, öffentlich gegen Kündigungen zu Felde gezogen zu sein.

Im Reklamestil wurde dargelegt, wie hervorragend die Arbeits- und Sozialbedingungen bei der Iduna seien.

Als „objektive Beweisfülle" gegen die Kollegen legte der Kapitalist zehn Seiten Personalakte vor.

Die erste Instanz schloß sich dem Urteil der Kapitalisten nicht an, die jetzt ihr Heil in der nächsten suchen.

Die Iduna-Kapitalisten hielten sich allerdings nicht an das für die Kollegen positive Urteil: Sie erteilten den Kollegen Hausverbot. Begründet wurde dieser Coup damit, daß das Hamburger Arbeitsgericht zwar die Kündigungen zurückgewiesen hatte, aber nicht ausdrücklich einen Weiterbeschäftigungsanspruch feststellte.

Die betroffenen Kollegen werden weiter prozessieren müssen. Bei der Iduna-Belegschaft stößt dieses Vorgehen der Kapitalisten inzwischen auf immergrößeres Erstaunen und Empörung.

Handel

In der Fachgruppe Groß- und Aussenhandel der Gewerkschaft HBV in Hamburg fand am 25.2. eine Mitgliederversammlung statt.

Nachdem Landesbezirksleiter Schiel von der HBV die Forderung der Kollegen von 135 DM bis 200 DM Festbetrag selbstherrlich in mickrige 8 % umgewandelt hatte, sah es für die Rechten bei der Wahl des neuen Fachgruppenvorstands entsprechend schwarz aus.

Sechs linke Kollegen wurden von den Kollegen gewählt, die gemeinsam auf der Grundlage einer Plattform kandidiert hatten und zusätzlich auch noch ein weiterer Kollege der sich spontan an diese Plattform anschloß. In der Plattform wird gefordert, daß der Vorstand die Beschlüsse von Mitgliederversammlungen durchzuführen habe, mehr Versammlungen und Arbeitskreise initiiert werden, die Kollegen in die Tarifauseinandersetzungen aktiv eingezogen werden und breit zum 1. Mai mobilisiert wird!

Zusätzlich wurde gefordert, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse abzuschaffen.

Damit haben die Kollegen der Fachgruppe bereits unangenehme Erfahrungen gemacht: Als bei den vorletzten Wahlen ebenfalls eine Gruppe Linker in den Vorstand mit ganz ähnlichen Forderungen gewählt wurde, wurden diese sehr schnell nach entsprechenden Aktivitäten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

• • •

Seit dem 31.12.75 sind in Nordrhein-Westfalen die Lohn- und Gehaltstarife im Einzelhandel gekündigt.

Am 13.1.76 fand in Düsseldorf die erste Verhandlungsrunde statt.

Die HBV fordert eine lineare Erhöhung um 8,5%.

Am 22.1.76 machten die Kapitalisten das provokatorische „Angebot", die Gehälter und Löhne um 4% zu erhöhen.

Die Verhandlungen sind zunächst gescheitert. Kampfaktionen sind nicht vorgesehen – (nach „Ausblick", Februar 1976).

In Baden-Württemberg sind die Lohn- und Gehaltstarife im Einzelhandel zum 29.2.76 gekündigt. Die Große Tarifkommission der HBV beschloß am 15.1.76 DM 135,- für alle zu fordern. Die Vergütungen der Auszubildenden sollen um DM 70,- erhöht werden.

• • •

In der Zeit von 1962 bis 1975 hat sich die Zahl der Einzelhandelsbetriebe um rund 100.000 oder 22% auf 345.000 verringert. Es ist klar, daß nicht hunderttausend Großbetriebe geschlossen worden sind. Betroffen sind die kleineren und mittleren Unternehmer. Dies wird daran deutlich, daß sich der Marktanteil der Großunternehmen in der gleichen Zeit von 26% auf 47% erhöht hat, zu Lasten der kleinen Unternehmen.

Profitiert von diesem Verdrängungsprozeß haben neben den Kaufhäusern, die ihren Anteil in der Zeit von 1968 bis 1975 von 7,9% auf 9,2% vergrößerten, vor allem die SB-Warenhäuser (6,4% auf 10,2%) und die Lebensmittelfilialbetriebe (2% auf 6,1%).

Aus diesen kurzen Angaben wird schon deutlich, daß die Konkurenz im Einzelhandel sehr hart ist, und wohl gegenwärtig keine Parallele in anderen Branchen hat.

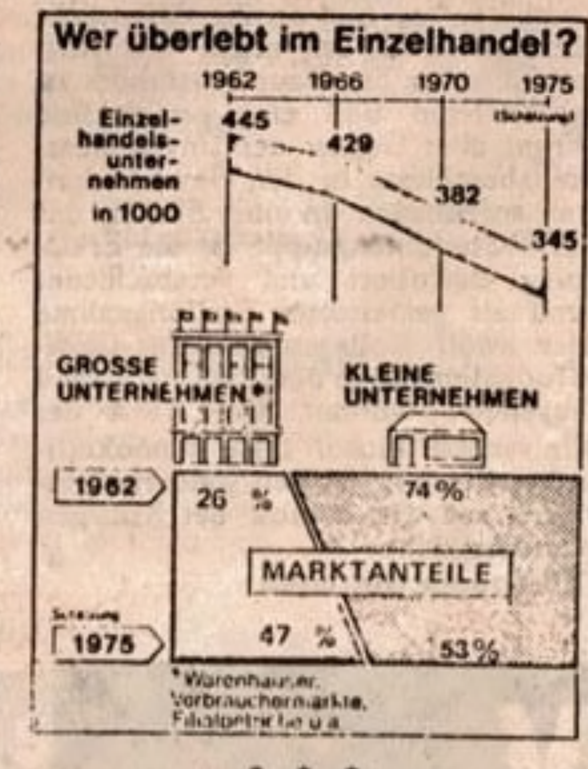
Nach den „Gesetzen" der Marktwirtschaft müßten nun eigentlich alle

schon deutlich, daß die Konkurenz im Einzelhandel sehr hart ist, und wohl gegenwärtig keine Parallele in anderen Branchen hat.

Nach den „Gesetzen" der Marktwirtschaft müßten nun eigentlich alle

Haushalte von diesem Konkurrenzkampf profitieren, da die Preise ja sinken müßten. Aber das Gegenteil ist der Fall: Gerade bei Lebensmitteln sind in den vergangenen Jahren enorme Preissteigerungen eingetreten.

Dies ist ein direktes Ergebnis der zunehmenden Konzentration auf immer weniger Betriebe, die sich den Markt aufteilen und trotz (bzw. wegen!) Pleiten von Kleinbetrieben glänzende Geschäfte machen – auf Kosten der Bevölkerung.



• • •

Unter der Überschrift „Entschärfter Jugendarbeitsschutz" meldet die „Lebensmittelzeitung" vom 30.1.76 den Handelskapitalisten folgenden Erfolg: *„Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, das am 1. Mai 1976 in Kraft treten soll, wird für den Handel keine besonderen Schwierigkeiten bringen. Die beiden Zähne, die dem Handel Ärger bereiten konnten, wurden im Laufe des anderthalbjährigen Gesetzgebungsverfahrens schmerzlos gezogen. Es ging dabei vor allem um die Bestimmungen über die Samstagsarbeit, die von einer Muß- in eine Soll-Vorschrift umgewandelt wurden und damit für die Praxis kein Problem mehr darstellen und das Verbot von Regelungen über Verkaufsprämien, das jetzt eindeutig auf Akkord-Arbeit abgestellt ist. Auch die Strafbestimmungen wurden modifiziert ..."* Ein Kommentar zu dieser neuen SPD-„Reform" erübrigt sich.

• • •

Was in hessischen Kaufhäusern anläßlich einer Überprüfungsaktion der „gesetzlichen Vorschriften zum Schutz der Beschäftigten und der Kunden vor Brandgefahren" an den Tag kam, nannte selbst Sozialminister Dr. Horst Schmidt „bedenkliche Sorglosigkeit".

- In 725 Warenhäusern und Geschäften wurden 1.500 Fälle brandschutztechnischer Mängel festgestellt,
- In über 800 Fällen waren Flucht- und Rettungswege verstellt,
- Die Gänge waren durch zusätzliche Verkaufsstände und Tische eingeengt;
- Treppen waren wegen lagernder Ware kaum benutzbar,
- Notausgänge waren durch Waren verstellt;
- In über 400 Fällen fehlten Feuerlöscher bzw. waren mangelhaft;
- In 250 Fällen fehlten Hinweisschilder auf Notausgänge oder eine ausreichende Notbeleuchtung.

(nach „Frankfurter Rundschau" vom 4.2.76). Wieder einmal ein Beispiel dafür, daß die Kapitalisten für ihren Profit alles – für die Sicherheiten von Beschäftigten und Kunden jedoch nichts tun.

Banken

Bereits Ende Januar 1976 hatte die DAG (fast gleichstarke Organisation neben der HBV im Bankenbereich) eine Anhebung der Tarifgehälter ab 1. März 1976 um 7,5% gefordert, was bei dieser Standesorganisation nicht anders zu erwarten war.

Am 17.2.76 trat in Düsseldorf die Große Tarifkommission der Gewerkschaft HBV zusammen, um die Forderungen für die diesjährige Tarifrunde aufzustellen.

Entgegen den Aufträgen einiger Tarifkommissionsmitglieder, vor allem aus Großstädten wie Hamburg, Berlin, München, Essen, Köln und Frankfurt (die Hamburger Kollegen forderten z.B. DM 175,- für alle oder einen Sockel von DM 80,- plus 5%), konnten die hauptamtlichen Gewerkschaftsführer auch dieses Jahr „ihre Forderungen" mit der Mehrheit der Tarifkommission durchbringen. Gefordert wird nunmehr eine Erhöhung der Endgehälter in den einzelnen tariflichen Vergütungsgruppen um 6,9 bis 7,9 Prozent. Daneben soll die Reform der Gehaltstarife im Bankgewerbe fortgesetzt werden. Die Vergütungen für Auszubildende sollen um 50,- bis 60,- DM im Monat angehoben werden (aus „ Presse-Information der Gewerkschaft HBV" vom 18.2.).

Noch im „Ausblick" vom Februar 76 (Mitgliedsblatt der HBV) klopfte G. Volkmar, der Leiter der Hauptfachabteilung Banken große Sprüche, wie: " . . *,daß eine aktive Tarifpolitik, die sich an den begründeten Forderungen der Angestellten und Arbeiter ausrichtet, konsequent fortzusetzen ist."*

Zwar wird immerhin der Wegfall der untersten Tarifgruppe (1) gefordert, nachdem dort sowieso kaum noch jemand eingegliedert ist, ansonsten ist der Lohnraubbeschluß vor Beginn der Tarifrunde perfekt. Die Forderung der Gewerkschaft geht kaum über den Abschluß von 6,5% im letzten Jahr hinaus.

• • •

Der Generaldirektor der Stadtsparkasse Hannover, Willy Fascher, ist fristlos entlassen worden, da er gegen die Satzung der Sparkasse und gegen das Kreditwesengesetz verstoßen hatte.

Mit der hannoverschen Bauträgergesellschaft IMAC, der die Sparkasse gleichzeitig Kredite gewährte, soll er hochdotierte Beraterverträge abgeschlossen haben, und im Zusammenhang mit diesen Kreditgeschäften Provisionen von 400.000 Mark angenommen haben.

Zugleich war Fascher Aufsichtsratsvorsitzender der IMAC.

Den Neubau der Sparkassenhauptverwaltung – ein 115 Millionen-Projekt – hatte er zudem einer IMAC-Tochter zugeschoben, und als diese letzten Herbst in Konkurs ging, einer weiteren Gesellschaft, an der wiederum ein IMAC Aktionär beteiligt ist.

Das Geld hat Fascher inzwischen aus der Schußlinie gebracht: Auf seinen inzwischen gesperrten Konten waren keine nennenswerten Beträge mehr vorhanden (nach „Frankfurter Rundschau" vom 20.2.76). Da werden kleine Bankräuber wegen einer Beute von 20.000 oder 30.000 Mark vom MEK gejagd und erschossen, und solche „sauberen Herren" (abgesehen davon, daß Fascher sicher seinen gutbezahlten Aufsichtsposten behalten wird) klagen sogar noch vor den Arbeitsgerichten!

Genossenschaften

Nach zweijähriger Sendepause zeichnet sich in der Fachgruppe Genossenschaften in Hamburg eine mögliche Wende ab.

Zwar nahmen nur 39 von 900 stimmberechtigten Kollegen teil, allerdings forderte die Mehrheit Mitgliederversammlungen zur Vorbereitung des 1. Mai und des Gewerkschaftstages im Herbst, woran sich allerdings der Vorstand nach neueren HBV-Richtlinien keineswegs halten muß.

Auch der Fachgruppenvorstand wurde teilweise neubesetzt. Der alteingesessene G.Hachmann,gleichzeitig Konzernbetriebsratsvorsitzender bei der Coop Zentrale AG und seit neuestem auch Aufsichtsrat, konnte nur noch mit Mühe überhaupt in den Vorstand rutschen. •

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

ÖTV

Kampf dem Lohnraub im Öffentlichen Dienst

Am 16.2. begannen in Stuttgart die Tarifverhandlungen über die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Am 17.2. begannen dann auch die Verhandlungen für 180 000 Eisenbahner und für rund 1,5 Millionen Beamte, Richter und Soldaten.

Von seiten der DGB-Gerwerkschaften wurde ein einheitlicher Betrag von 135,-DM für alle gefordert, während die DAG mit 7 % die zu ihrem Verein passende Spalterforderung aufstellte. Der Deutsche Beamtenbund fordert 5%, sowie die Zahlung eines Sockelbetrages von 30,-DM für Ledige und 50,-DM für Verheiratete. Die erste Verhandlung wurde jedoch bereits nach wenigen Stunden ohne Ergebnis auf den 4. und 5. März verlegt.

Von Seiten des Staates lag kein Verhandlungsangebot vor!

Innenminister Maihofer als Arbeitgebervertreter bezeichnete die DGB-Forderung als „leistungsfeindlich" und „nivellierend" (gleichmacherisch); sie sei nicht mehr familiengerecht, *„sie bringe den Ledigen unverhältnismäßig viel mehr als dem Familienvater mit Kindern"* („FR", 17.2.76).

SPD-Finanzminister Apel hält die Forderung für „nicht akzeptabel". Gleichzeitig wurde die Forderung von 135,-DM natürlich als „völlig überhöht" bezeichnet.

Dieser – Jahr für Jahr wiederkehrende – Theaterdonner der Bundesregierung soll zum einen wohl über die durchaus anderslautenden Kommentare vor einigen Wochen hinwegtäuschen (als die Regierung mit „Wohlgefallen ... die Verzichtstrategie der Gewerkschaften" sah und sogar nicht mit Anerkennung sparte – zitiert nach „Spiegel" 53/75) und zum anderen wollen die Staatsvertreter natürlich mit ihrer Propaganda auf die von ihnen festgelegte „Lohnleitlinie" orientieren (bei vier Prozent !).

Wir haben bereits in AK 72 darauf hingewiesen, daß die Führer der ÖTV (wie auch die Vorstände der anderen an diesem Tarifkonflikt beteiligten Gewerkschaften) keineswegs an der Forderung nach 135 DM festzuhalten beabsichtigen – und dies nicht einmal verheimlichen!

Wenngleich sich die fortschrittlichen und aktiven Mitglieder mit ihren Ansichten zur Tarifpolitik auch

Gewerkschaften) keineswegs an der Forderung nach 135 DM festzuhalten beabsichtigen – und dies nicht einmal verheimlichen!

Wenngleich sich die fortschrittlichen und aktiven Mitglieder mit ihren Ansichten zur Tarifpolitik auch

diesmal noch nicht durchsetzen konnten (auf zahlreichen Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen wurden weitergehende Forderungen verabschiedet – zwischen 150 und 180 DM für alle) so ist klar, daß jetzt dafür eingetreten und gefordert werden muß, daß bei 135 DM abgeschlossen wird. Über eine weitergehende Forderung wird ja nicht verhandelt.

Die Gewerkschaftsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes werden sich darauf einstellen müssen, daß die Gewerkschaftsführer zu jedem Schacher bereit sind und versuchen werden, auch einen „Abschluß in Prozenten" als „Erfolg" zu verkaufen (eine Andeutung in dieser Richtung machte bereits ÖTV-Sprecher Wöhrl, lt. „Frankfurter Rundschau", vom 17.2.76).

Resolutionen, Anträge und entsprechende Beschlüsse an die ÖTV-Führung, sowie auch einheitliche Demonstrationen aller im Öffentlichen Dienst Beschäftigten – wie in einzelnen Bereichen gefordert – können geeignete Mittel sein, die Forderungen der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck zu bringen und die Kampffront gegen die „Krisenpolitik" des bürgerlichen Staates einen Schritt voranzubringen. •

ÖTV-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Mieser Tarifabschluß und neue Lohngruppen

Der zwischen ÖTV und Zentralverband Deutscher Seehafenbetriebe für 30 000 Hafenarbeiter abgeschlossene Lohntarif führte zu dem traurigen Ergebnis von 5,4 bis 6 % Erhöhung je nach Lohngruppe.

Lediglich der ÖTV-Sekretär Rumpel, wertete das Ergebniss als „hoch"... Gleichzeitig wurde der zur Verhandlung anstehende Rahmentarif, für den die Hafenarbeiter im wesentlichen eine verbesserte Urlaubs- und Arbeitszeitregelung gefordert hatten, um ein Jahr verlängert!

Zusätzlich wurde mit zweijähriger Laufzeit ein völlig neuer sogenannter „Eingruppierungsvertrag" mit acht Lohngruppen geschaffen, dem die Hafenarbeiter je nach ihrer „überwiegend ausgeführten Tätigkeit" zugeordnet werden. Dieser „Eingruppierungsvertrag", der die alte Regelung mit einem Grundlohn und sich darauf aufbauende 4 Zulagen für Winsch und Decksleute (6,5%), Facharbeiter (13%), 2. Vizen (25%) und 1.Vizen (35%) (Vize=Vorarbeiter) ablöst, sieht folgende neue Lohnstruktur vor:

Lohngruppe	Stundenlohn
1. Aushilfsarbeiter	DM 8,40
2 Hafenarbeiter im 1. Beschäftigungsjahr	DM 8,83
3. Hafenarbeiter ab 2. Beschäftigungsjahr	DM 9,36
4. Hafenarbeiter mit Facharbeiterprüfung	DM 9,96
5. Winsch - und Decksleute	DM 9,96
6. Funktioner (13% Gruppppe)	DM 10,56
7. 2. Steuervizen	DM 11,64
8. 1.Steuervizen	DM 12,56

Eine große Anzahl der Hafenarbeiter ist aufgrund ihrer finanziellen Belastung und besonders nach diesem kläglichen Abschluss nach wie vor auf Doppelschichten angewiesen. Dies liegt auch im Interesse der Hafenkapitalisten, bewältigen sie so Mehrarbeit mit ihren festen Leuten. Dieser Situation bewußt, einigten sich Unternehmensverband und ÖTV-Tarifkomission darauf, die Schichtzulage für Doppelschichten nicht zu erhöhen!

Vorreiter dieses spalterischen Lohngefüges ist die SPD-gelenkte, stadteigene Hamburger Hafen und Lagerhaus Aktiengesellschaft (HHLA), die schon vor diesem Abschluss 12 Lohngruppen besaß, wovon 11 tariflich abgesichert waren. Hieraus sind jetzt 18 Lohngruppen geworden!

Bei näherer Betrachtung gibt es jetzt Schwimmkranwächter ohne und mit Kaiarbeiterlohn, Pförtner ohne und mit Kaiarbeiterlohn – nicht zu vergessen die unterschiedlichen Lohngruppen für Kaiarbeiter untereinander, für Kranverladebrücken- und Containerbrückenführer, Schwimmkranführer und solche die sich über den normalen Schwimmkranführer herausheben.

So richtig schlimm wird es dann bei den Handwerkern. Für Handwerker gibt es jetzt 3 Lohngruppen, die sich jeweils aufgrund irgendwelcher ungenannter Funtkionen voneinander unterscheiden. Ebenso gibt es jetzt „normale" Handwerkervorarbeiter und solche, die das Antreiben anscheinend besonders gut beherrschen.

Hier ist der Spaltung Tür und Tor geöffnet. Wenn es zusätzlich üblich wird, für fast jede Lohngruppe eine eigene prozentuale Lohnerhöhung auszuhandeln, dann führt bald jede eigene Lohngruppe ihren eigenen Tarifkampf.

Das muß verhindert werden! •

HHLA-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin

Angriff auf gewerkschaftliche Öffentlichkeit im Klinikum Steglitz

Seit etwa einem halben Jahr wird von der Gewerkschaftsführung im Klinikum Steglitz versucht, aus der ÖTV ausgeschlossene KBWler nicht nur von Abstimmungen der Betriebsgruppe auszuschließen, sondern ihnen sogar das Gastrecht zu verweigern. Letzteres scheiterte immer wieder am Widerstand eines großen Teils der Betriebsgruppe (BG).

Deshalb hat der rechte Gewerkschaftsführer Ehmke am 16.12.75 ein Papier vorgelegt zum Thema *„Aufgaben und Organisation der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit"*, das eindeutig klar macht, daß es nicht nur um den Ausschluß von KBWlern geht (Die inzwischen nicht mehr an den Vertrauensleutesitzungen teilnehmen dürfen).

Bisher war es im Klinikum Steglitz möglich, eine *breite gewerkschaftliche Öffentlichkeit* herzustellen, außerdem konnten auf BG-Versammlungen auch Nicht-Mitglieder teilnehmen. Der Vertrauensleutekörper des Klinikums Steglitz hatte u.a.eine Resolution gegen die BVG-Tariferhöhung verabschiedet, außerdem sprach sich die BG eindeutig gegen die Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich aus.

Das alles soll nun nicht mehr möglich sein. Das Ehmke - Papier spricht sich eindeutig gegen eine Betriebsöffentlichkeit von Gewerkschaftssitzungen aus. Auf öffentlichen Veranstaltungen (erstaunlich, daß Ehmke diese noch nicht rausgestrichen hat!) *„können keine Beschlüsse gefaßt werden."*

Die BG-Versammlung hat nur noch die Aufgabe
a) die Mitglieder der BG über bestimmte Themen zu informieren,
b) im Einzelfall zu zentralen Fragen den Beschlüssen der VL-Versammlung besonderen Nachdruck zu verleihen,
c) die Meinungsbildung der VL-Versammlung zu fördern."

Ansonsten bereitet der BG-Vorstand (VL-Leitung) *„die VL-Versammlungen und BG-Versammlungen vor und ist für die Druchführung der Beschlüsse verantwortlich. Er kontrolliert...die Tätigkeit der Arbeitskreise und Projektgruppen,...benennt Kandidaten für überbetriebliche Gewerkschaftsgremien...*

Die Sitzungen des BG-Vorstandes sind öffentlich für alle gewählten VL (nicht für alle ÖTV-Mitglieder!) *Über BG-Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen beschließt die VL-Versammlung."* Und eine weitere Verschärfung der Kontrolle der gewerkschaftlichen Arbeit: Arbeits-

Über BG-Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen beschließt die VL-Versammlung." Und eine weitere Verschärfung der Kontrolle der gewerkschaftlichen Arbeit: Arbeits-

kreise und Projektgruppen müssen jeweils zur Hälfte aus gewählten VL bestehen!

Ziel dieses Angriffs ist offensichtlich, die noch vorhandene lebendige Gewerkschaftsdiskussion im Klinikum Steglitz völlig auszuschalten und Kritiker der offiziellen Gewerkschaftspolitik auf „Linie" zu bringen. Ziemlich schnell regte sich Protest gegen Ehmkes Papier. In der „Schlagader" (Zeitung der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter = GOG) wurde eine Gegenresolution veröffentlicht, die auf Anhieb über 60 Kollegen unterzeichneten.

Bisher konnte auf den BG-Sitzungen und VL-Versammlungen verhindert werden, daß das Ehmke-Papier abgestimmt wurde. Es wurde beschlossen, daß das Papier zuerst in den Bereichen diskutiert wird. Ende Januar wurde ein alternativer Vorschlag für die Diskussion in den Bereichen vorgelegt. Danach *„bilden die Beschlüsse der Bereichsversammlungen die Grundlage für die Entscheidungen der übrigen Gewerkschaftsorgane im Betrieb...die Bereichsversammlungen sind öffentlic'i für alle Kollegen des entsprechenden Bereichs!"* Ebenso sind die Mitgliederversammlungen betriebsöffentlich, sowie die VL-Versammlungen. Für die Wahl des Gesamtpersonalrats sowie die Entscheidung über die BG-Ordnung ist die Mitgliederversammlung das oberste beschlußfassende Organ. Im Gegensatz zum Ehmke-Papier wird hier auch eindeutig eine Rechenschaftspflicht des Vorstandes festgelegt und auf die gewerkschaftlichen Aufgaben eingegangen (z.B. „Informationen über Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen, 1. Mai, Berufsverbot u.a. m").

Auf den jetzt dazu stattfindenden Bereichsversammlungen wollen die fortschrittlichen Kollegen dieses Papier verabschieden.

Allerdings stehen die Chancen dazu nicht allzu gut, da aller Wahrscheinlichkeit nach zu erwarten ist, daß sich die SEW wieder einmal mehr auf die Seite der Gewerkschaftsführer stellt, und damit Ehmke einen starken Rückhalt hat. Außerdem geht es nicht nur darum, Ehmkes Angriff abzuwehren, denn Ehmkes Papier ist nur eine Umformulierung der „Leitsätze für Vertrauensleute in der ÖTV", die schon seit einem Jahr in den meisten Teilen der ÖTV durchgezogen sind.

Gesundheitsgruppe
KB/Westberlin

seit einem Jahr in den meisten Teilen der ÖTV durchgezogen sind.

Gesundheitsgruppe
KB/Westberlin

URBAN-Krankenhaus Westberlin

60 von rund 180 Ärzten des Kreuzberger Urban-Krankenhauses wandten sich Mitte Februar gegen die Entlassung eines „KPD" Kollegen (U.Scherler) in einer öffentlichen Stellungnahme, die im „Tagesspiegel" und der „Mogenpost" veröffentlicht wurde. Darin heißt es, *„...Drei weitere Assistenzärzte sind aus politischen Gründen von Disziplinierungsmaßnahmen bedroht. Vom Bezirksamt Kreuzberg wird das aktive Eintreten für die KPD, besonders im Zusammenhang mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im März 1975 als Begründung angegeben."* (aus:„Stellungnahme der Assistenzärzte des städt. Krankenhauses Am Urban")

Die Assistenzärzte fordern:

„1. Rücknahme der Entlassung des Kollegen Scherler.
2. Einstellung des weiteren DDO-Verfahrens (Verfahren nach der Berliner Dienst- und Disziplinarordnung) gegen die Kollegen Schweichel, Küchen und Holstiege, wie auf der Personalversammlung am 4.12.75 bei nur 12 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen gefordert wurde.
3. Beendigung der Bespitzelung.
4. Keine disziplinarischen Maßnahmen mehr gegen Kollegen, die mit demokratischen Mitteln (z.B. Teilnahme an Veranstaltungen, Demonstrationen usw.) ihre politische Meinung äußern." (aus:„Stellungnahme...")

Gesundheitsgruppe
KB/Westberlin

Kiel: Protest gegen Entlassung eines Sozialarbeiters

Etwa 100 Bewohner des Kieler Obdachlosenlagers Solomit, Mitglieder der „Initiative Kieler Wohnlager" und Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik demonstrierten am 16. Februar gegen die Entlassung des Sozialarbeiters Hans Ising aus dem Lager Solomit.

Seit einiger Zeit protestieren die Bewohner des Lagers gegen ihre Behandlung, gegen völlig unzureichende Wohnungen und die Isolierung der Bewohner von der übrigen Bevölkerung. Ising unterstützte die Proteste der Obdachlosen. Wie sein Vorgänger - Pastor Thiel - soll auch er jetzt mit Entlassung dafür bezahlen. Die Forderungen der Lagerbewohner lauten:

- Rücknahme der Entlassung des Sozialarbeiters Hans Ising!
- Zusammenarbeit Isings mit Obdachlosen und ehemals Obdachlosen!
- Löst Solomit auf!

Zur Unterstützung dieser Forderungen bereiten Sozialpädagogikstudenten eine Solomit-Veranstaltung vor.

Zur Unterstützung dieser Forderungen bereiten Sozialpädagogikstudenten eine Solomit-Veranstaltung vor.

Ein Kieler Genosse

Ministerpräsidenten fordern: Gastarbeiter raus

Im Zuge der weitersteigenden Arbeitslosigkeit (Ende Januar 76 1,351 Mio.) geht es den ausländischen Kollegen immer direkter an den Kragen. Auf Betreiben des Altnazis Filbinger kamen die Ministerpräsidenten zu dem gemeinsamen Beschluß, *„daß im Hinblick auf den Mangel an Arbeitsplätzen auf eine Anpassung der Ausländerbeschäftigung hingewirkt werden soll."* Die Länderarbeitsminister sollen dazu ein Konzept vorlegen.

Wurden die ausländischen Kollegen zu Zeiten des „Wirtschaftswunders" noch zu Scharen als „konjunkturelle Eingreifreserve" in die BRD geholt, haben heute bereits die Frauen als „stille Reserve" ihren Platz eingenommen.

Mit übelstem Chauvinismus wird bereits heute der Nährboden für den zu erwartenden „Ministerpräsidentenbeschluß" geschaffen. So wird vorgerechnet, daß die Ausländer *„immer größere soziale Folgelasten mit sich bringen"* und *„der volkswirtschaftliche Nutzen aus der Ausländerbeschäftigung nicht mehr positiv ist."* **Des weiteres wird versucht uns weiszumachen, daß die Ausländer den westdeutschen Arbeitern die Arbeitsplätze streitig machen oder gar an der hohen Arbeitslosigkeit die Schuld tragen.**

Besonders zynisch ist eine von Filbinger aufgestellte Milchmädchenrechnung: Von den in der BRD ca. zwei Mio. beschäftigten Ausländern genießen 1,2 Mio. besonderen Schutz (Kollegen aus der EG, Kollegen, die mit Westdeutschen verheiratet sind usw.). *„Bleibt ein Rest von 800.000 bis 900.000. Das ist, bei den gegenwärtig 1,3 Mio. Arbeitslosen eine außerordentlich interessante Zahl."* Die unbegehrten Arbeitsplätze sollen nicht mehr den Ausländern überlassen werden. „... Machen wir sie für unsere jungen Leute frei, die sonst auf der Straße liegen müßten." **Hier wird versucht, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Zum einen die Ausländer so bequem wie möglich loszuwerden und zum anderen die arbeitslosen Jugendlichen in die freiwerdende Lücke zu stecken.** Die „Sparschweine" hätten das Problem der Jugendarbeitslosigkeit beiseite und obendrein die Berufsausbildung mit eingespart. (Alle bisher genannten Zahlen und Zitate aus „Spiegel" vom 23.2.76).

und obendrein die Berufsausbildung mit eingespart. (Alle bisher genannten Zahlen und Zitate aus „Spiegel" vom 23.2.76).

Die Entwicklung des letzten Jahres zeigt, daß der Rausschmiß der ausländischen Kollegen mit Riesenschritten vorangeht. So nahm die Zahl der beschäftigten Ausländer von Juni 1974 bis Juni 1975 bereits um 260.400 (11,2 %) ab. Im gleichen Zeitraum war besonders auffällig der Rückgang im Baugewerbe mit 19,7 % und im bearbeitenden Gewerbe mit 14,1 %. Die Zahl der westdeutschen Kollegen ging parallel dazu lediglich um 2,4 % zurück (aus „Presseinformationen" der Bundesanstalt für Arbeit).

Desweiteren waren im Januar 76 ca. 7 % (ca. 150.000) Ausländer arbeitslos. Im Vergleich dazu ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote 5,9 %. Bei den arbeitslosen Ausländern, die ein Jahr und länger arbeitslos sind, ist der Anteil mit 3 % erheblich niedriger als bei den deutschen Arbeitslosen mit knapp 8 %. (Zahlen aus „Zeitschriftenspiegel" der Bundesanstalt für Arbeit). Das liegt daran, weil ausländische Kollegen nach Ablauf ihres Anspruchs auf Arbeitslosengeld, der längstens ein Jahr dauert, ihre Arbeitserlaubnis nicht verlängert bekommen. Somit bedeutet die Arbeitslosigkeit für die meisten Ausländer die Vorstufe zur Ausweisung.

In 43.700 Fällen wurde 1975 bereits die Verlängerung der Arbeitserlaubnis von den Arbeitsämtern verweigert. In 740 Fällen wurde sogar die laufende Arbeitserlaubnis entzogen. („Frankfurter Rundschau" vom 21.2.75).

Der Rückgang der Ausländerzahlen zeigt, mit welchem Erfolg die ausländischen Kollegen bereits heute abgeschoben werden. Anwerbestopp, Ausländerstopp zur „regionalen Steuerung des Arbeitsmarktes", Rotationsprinzip, sowie der geplante Ministerpräsidentenbeschluß sollen juristisch ein perfektioniertes System schaffen. Durch dieses Konzept werden die Ausländer weiter entrechtet und der Grundlage ihrer Existenzsicherung beraubt. Jeder Ausländer muß das gleiche Recht wie jeder andere auf seinen Arbeitsplatz genießen. Nicht die ausländischen Kollegen, sondern die Kapitalisten rauben uns die Arbeitsplätze.

IKAH – Arbeitsgruppe „Arbeitslosen-

IKAH – Arbeitsgruppe „Arbeitslosen-Info"

Schleswig-Holstein:

CDU heuchelt Sorge um die Behinderten

Im November '75 lud die CDU-Landesregierung, vertreten durch Frau Annemarie Schuster und einen Referenten, alle mobilen Krankengymnastinnen (machen Hausbehandlungen in den Landbezirken) zu einem Kaffeeklatsch ein. Es sollte ein *„Gespräch über die Sorgen und Probleme der mobilen Krankengymnastinnen"* stattfinden.

Wir wollen hier nur einige, besonders auffällige Demagogien, besonders von dem Referenten, wiedergeben.

„Meldepflicht für Behinderte, ein unakzeptabler Eingriff in die Intimsphäre der Eltern" (CDU)

Zunächst einige Fakten vorausgeschickt:

Es gibt in der BRD keine offiziellen Zahlenangaben über das Ausmaß von Behinderungen.

1973 nannte Ernst Klee (Behindertenreport, Fischer Verlag) die Zahl von 6,4 Mio. Behinderten (Lernbehinderte ausgenommen), das war schon damals mehr als ein Zehntel der Bevölkerung!

Es drängt sich der Eindruck auf, daß exakte Unterlagen auch gar nicht erwünscht scheinen, denn warum sonst hat man es bei der Volksbefragung 1970 unterlassen, gleich nach den Behinderungen mitzufragen, obgleich diese Zusatzfragen gefordert worden waren.

Dementsprechend gibt es für Behinderte auch keine Meldepflicht. Das würde nämlich bedeuten, daß der Staat allen Behinderten selbst, oder stellvertretend ihren Eltern, die ihnen gesetzlich zustehenden Hilfen (z.B. Pflegegeld) auch tatsäch zukommen lassen müßte. Außerdem müßte ein Vielfaches an Geld investiert werden, um entsprechende Vorschulkindergärten und Schulen zu bauen und entsprechende Arbeitsstellen zu schaffen.

Die CDU ist da allerdings anderer Meinung. Laut Referent müsse das „Elternrecht" vorrangig gesehen werden.

Wo bleibt da das Recht der Behinderten bzw. die Verpflichtung des Staats ihm gegenüber?! Stattdessen lamentierte der Referent, man wolle doch nicht *„nach den Freuden der Schwangerschaft* (!) *mit den Gewaltverhältnissen des Staates in die Familie einbrechen"*.

In rosigen Farben schilderte der CDU-Referent, Herr Oetjens, die *„Rehabilitationskette"*, die ein Behinderter durch die staatlichen Institutionen sozusagen automatisch durchlaufen würde: Erst das Sondertagesheim, dann die Sonderschule, anschließend die optimale Berufsausbildung.

Zu den Sondertagesheimen: Nach dem „Behindertenführer 1975" gibt es in Schleswig-Holstein **zwei** Sondertagesheime! Ebenso gibt es **zwei** (!) **Sonderschulen**, in Flensburg einige Sonderklassen und ein Internat in Raisdorf. In diesem Internat gibt es laut Aussage einer anwesenden Krankengymnastin zwar 60 Betten, aber nur 30 Schulplätze, d.h.: 30 Betten stehen leer! Es ist nicht anzunehmen, daß der CDU-Referent diese Information nur aus Unwissenheit abstritt ...

Erwähnenswert ist noch, daß ein Behinderter innerhalb dieser Sonderschulen nur bis zum Hauptschulabschluß gelangen kann.

Zur Berufsausbildung: In ganz Schleswig-Holstein gibt es, man höre und staune, **ein** Berufsbildungswerk, in dem die Möglichkeit einer Vollausbildung für Behinderte mit **Hauptschulabschluß** in handwerklichen, kaufmännischen und verwaltungstechnischen Berufen gegeben wird.

Auf den Einwand einer Krankengymnastin hin, die aus ihren eigenen Erfahrungen berichtete, daß schon Rollstuhlfahrer zum größten Teil dort abgelehnt werden, antwortete der Referent: **Schwerer Behinderte sollten schon deshalb nicht ausgebildet werden, weil sie ja später dann sowieso nur qualifizierte Arbeitslose wären.** Daraus könne dann eine „emotionale Überdehnung" (wörtlich!) entstehen, wodurch der Behinderte dann eventuell in den „Freitod getrieben werden könne".

Das ist also die Perspektive, die die CDU der Mehrheit der Behinderten in Schleswig-Holstein zu bieten hat: Sie sollen „realistisch" erkennen, daß kein Platz für sie da ist, daß niemand sie brauchen kann...

Arbeitsgruppe
„Lage der Behinderten"



Lübeck (Moislingen und Bunte Kuh): Kein Kinderarzt für 30.000 Einwohner

Am 1. Februar 76 hat der letzte Kinderarzt aus dem Lübecker Stadtteil Bunte Kuh - Dr. Ruge - das Weite gesucht. Damit gibt es für zwei benachbarte Stadtteile Moisling und Bunte Kuh mit über 30.000 Einwohnern keinen Kinderarzt mehr! Die Eltern sind gezwungen, mit ihren Kindern in die Innenstadt (7km entfernt) zu fahren, bzw. die Kinder werden im Krankheitsfall nicht fachgerecht behandelt.

Denn Moisling und Bunte Kuh liegen am Stadtrand, die Familien wurden im Rahmen der „Stadtsanierung" in diese Betonsilos vertrieben; heute wohnen hier mehr als 10% der Lübecker Bevölkerung. Es gibt zu wenig Kindergärten, Spielplätze, Schulen und eben Ärzte.

Sympatisanten des KB/
Gruppe Lübeck

Berufsverbote | **Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür** | **Klassenjustiz**

SPD:

Wieder mal Betrugs-manöver

Ein beispielloses Maß an Heuchelei zeigte der Hamburger Bürgermeister Klose (SPD) auf dem Landesparteitag der SPD am 21.2.76. Klose legte auf offener Bühne den Schafspelz an. Vor den „lieben Genossen" warnte er vor Gefahren der „übertriebenen" Anwendung des „Radikalenerlasses" und nahm insbesondere zum Vorbereitungsdienst für Lehrer und Juristen (Referendariat) Stellung. Dieser Vorbereitungsdienst wird im allgemeinen als „Beamter auf Widerruf" abgeleistet.

Bislang gab es auch in Hamburg – eine große Anzahl von Berufsverboten für Referendariatsbewerber. Diesen Kollegen wird damit die Beendigung ihrer Ausbildung unmöglich gemacht – praktisch erhalten sie also ein Ausbildungsverbot. Derartige Berufsverbote will Klose in Zukunft „verhindern". Hintergrund dieser „progressiven" Anwandlung Kloses: Nach einem mehrjährigen Prozeß hatte das Bundesverfassungsgericht jedem Bewerber zugestanden, seine Ausbildung im Öffentlichen Dienst auch zu beenden. (Obwohl diese Entscheidung bereits im Mai 1975 fiel, verhängte der Hamburger Senat noch im Februar '76 Ausbildungsverbote – so ernst nimmt die Behörde bürgerliche Gerichte!).

gericht jedem Bewerber zugestanden, seine Ausbildung im Öffentlichen Dienst auch zu beenden. (Obwohl diese Entscheidung bereits im Mai 1975 fiel, verhängte der Hamburger Senat noch im Februar '76 Ausbildungsverbote – so ernst nimmt die Behörde bürgerliche Gerichte!).

Zweitens ist Klose für eine **Verfeinerung der Gesinnungsüberprüfung.** Es hat sich gezeigt, daß allein mit den Angaben des Verfassungsschutzes nicht alle „Roten" ausfindig zu machen waren – es hapert noch an der ständigen politischen Kontrolle und ständigen Auswertung aller Äusserungen der zukünftigen Beamten. So beklagte Senator Eckström auf einer Pressekonferenz im Oktober '75, daß unter Hamburgs Lehrern gar 40 linksradikale Beamte auf Lebenszeit seien.

Klose schlug daher vor, die Überprüfung v o r durch eine w ä h r e n d des Referendariats zu ersetzen. „Vorteil": der Staat kann ein „Gesamtbild" des Bewerbers (Verhalten in allen Lebenslagen) gewinnen, kann Kontakte von „Verdächtigen" besser erkennen und vor allem auch noch die Vorgesetzten (Hauptseminarleiter usw.) auf ihre Fähigkeit zum Aufspüren von „Verfassungsfeinden" testen.

Fürwahr ein Musterbeispiel von SPD-„Reformen": ein Schritt in Richtung des totalen Überwachungsstaates. ●

Berufsverbote-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Westberlin:

Information der Öffentlichkeit verboten

Anfang Februar hat der Westberliner Senat einen Rückzieher in einem der umstrittensten Berufsverbotsfälle gemacht: Schulsenator Walter Rasch entschied, daß die Lehrerin Rotraut Brentzel doch Beamtin werden könne. Damit konnte der der FDP angehörige Senator sich gegenüber der CDU-Bezirksverwaltung als „liberal" profilieren. Die GEW hatte denn auch nichts Eiligeres zu tun, als alle in Westberlin vom Berufsverbot Betroffenen auf den FDP-Senator zu vertrösten.

Die Vorwürfe gegen R. B. waren wie üblich skandalös: 1969 soll sie einen „linksextremistischen Informationsdienst" bezogen haben (ein ungeniertes Einverständnis, daß ein Postgeheimnis in diesem Staat nicht existiert!), 1970 soll sie eine „linksgerichtete" Propagandaschrift verteilt haben, ferner war sie Mitglied der „Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft" sowie der „sozialistischen Assistenten-Zelle" an der Freien Universität. „Schlimmer" freilich noch war die Äußerung von Rotraut Brentzel in einem Anhörungsverfahren vor dem Bezirksamt, sie hielte ein Zusammengehen mit Kommunisten auf dem Weg zur Herbeiführung von Erneuerungen und Veränderungen für „*möglich*"!

Wie wenig der Staat mit der (vorläufigen?) Rücknahme des Berufsverbots gegen R. B. daran denkt, seinen Kurs zu ändern, geht aus zwei Tatsachen hervor: 1. hatte bereits das Arbeitsgericht in Westberlin am 19. Juni '75 entschieden, daß die „Zweifel" an der Verfassungstreue nicht ausreichend seien – die juristische Seite sah also schlecht aus für die Behörde. 2. Gleichzeitig mit der Einstellung von R. B. wurden gegen 29 ihrer Kollegen vom Beethovengymnasium in Steglitz Disziplinarverfahren eingeleitet.

„Zweifel" an der Verfassungstreue nicht ausreichend seien – die juristische Seite sah also schlecht aus für die Behörde. 2. Gleichzeitig mit der Einstellung von R. B. wurden gegen 29 ihrer Kollegen vom Beethovengymnasium in Steglitz Disziplinarver-

Diese 29 Kollegen hatten in einer Anzeige im „Tagesspiegel" vom 16. 12. 75 gegen ein Berufsverbot für ihre Kollegin protestiert. Die Kollegen schrieben, sie fürchteten, „*daß sich der öffentliche Dienst zu einem Staat im Staate entwickelt, aus dem nichts mehr von dort herrschender Verbitterung, Angst und Unsicherheit nach draußen dringt*".

Daß die Kollegen an die Öffentlichkeit gegangen waren, war für die Behörde untragbar. Die Disziplinarverfahren laufen daher a) wegen „*öffentlicher Äußerung in einer innerdienstlichen Angelegenheit*" und b) wegen des Inhalts der Äußerung. Demnach ist es verboten, gegen einen Maulkorb zu protestieren – und die Behörde kann jede Angelegenheit zu einer innerdienstlichen erklären und damit nach geltendem Beamtenrecht einen Maulkorb verhängen.

Der Vorwurf zum „Inhalt der Äußerung" ist besonders scharf, da er eine weitgehende Einschränkung des Begriffs „Öffentlichkeit" beinhaltet! Die Kollegen hatten in der Anzeige dagegen protestiert, daß durch das Verbot, sich zu „innerdienstlichen Angelegenheiten" zu äußern, eine öffentliche Kontrolle und Beurteilung solcher politischen Entscheidungen wie Berufsverbote unmöglich werde. Dazu die Behörde: dies sei unrichtig, da „*diesen Personen Rechtsmittel zur Verfügung stehen, die eine öffentliche Kontrolle der erwähnten Maßnahmen gewährleisten*".

Öffentlichkeit ist demnach der Gerichtssaal – aber eben nicht die Zeitung und der Versammlungssaal. (Nach Berichten der „Frankfurter Rundschau", 5.2.76 und des Westberliner „Extradienst", 13.2.76). ●

Berufsverbote-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Gerichtssaal aber eben nicht die Zeitung und der Versammlungssaal. (Nach Berichten der „Frankfurter Rundschau", 5.2.76 und des Westberliner „Extradienst", 13.2.76). ●

Berufsverbote-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Prozeß gegen Peter-Paul Zahl

Am 30. Januar begann der Revisionsprozeß gegen den linken Schriftsteller Peter-Paul Zahl vor einem Düsseldorfer Schwurgericht.

Peter-Paul Zahl war im Dezember 1972 nach einer Schießerei mit zwei Kripo-Beamten festgenommen worden, als er mit falschen Papieren einen Leihwagen zu mieten versuchte. Vor seiner Festnahme versuchte er zu flüchten, wobei er ungezielt auf die Bullen schoß, als diese das Feuer auf ihn eröffneten. Zahl und ein Bulle wurden bei der Schießerei verletzt.

Wegen dieses Vorfalls wurde Zahl, gegen den bis dahin nichts vorgelegen hatte, im Frühjahr 1974 zu vier Jahren Gefängnis wegen Widerstands und gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Der Staatsanwalt, der zwölf Jahre wegen „*zweifachen versuchten Mordes*" gefordert hatte, ging in die Revision, die inzwischen vom Bundesgerichtshof zugelassen wurde.

Peter-Paul Zahl sitzt seit seiner Festnahme 1972 in strenger Isolationshaft. Der Terror der Anstaltsleitung geht so weit, daß er z.B.

- nur 20 Bücher haben darf (obwohl er Schriftsteller ist!),
- diese Bücher täglich kontrolliert werden.

Als Begründung für diese Maßnahmen wurde die Weitergabe eines Buches an einen Mitgefangenen angegeben. Bücher, die sich mit der „RAF" befassen, wurden von der Anstaltsleitung beschlagnahmt, „*weil sie geeignet sind, die Ordnung der Anstalt zu gefährden*".

Bisher ist es Zahl wenigstens noch möglich gewesen, aus der Haft heraus Manuskripte an linke Verlage zu schicken, die auch teilweise veröffentlicht wurden. Dies wurde ihm jetzt auch noch untersagt. Im November wurde eine Sendung an den Trikont-Verlag beschlagnahmt. Sie enthielt eine Übersetzung eines russischen Manuskriptes aus dem Jahr 1929!

Peter-Paul Zahl trat aus Protest gegen diese Willkür in einen 13-tägigen Hungerstreik. Dadurch konnte er (vorläufig) die Aufhebung einiger Beschlagnahmungen und erweiterte Besuchsmöglichkeiten erreichen.

Der Prozeß, der in dem abhörsicheren „Guillaumesaal" des Düsseldorfer Schwurgerichts unter den üblichen „Sicherheitsvorkehrungen" (bewaffnete Bullen, Ausweiskontrolle der Besucher etc.) stattfindet, wird sich bis mindestens Ende März hinziehen.

Im März stehen bereits folgende Termine fest: 3., 5., 8., 10., 12. März, jeweils 9 Uhr, Oberlandesgericht, Caecilienallee, Saal 01. ●

Sofortige Freilassung von Raphael Kress!

1970 wurde dem jetzt 26-jährigen schen Szene handle". Nun haben

Sofortige Freilassung von Raphael Kress!

1970 wurde dem jetzt 26-jährigen Schlosser Raphael Kreß (verheiratet, eine zehnmonatige Tochter) der Paß gestohlen. Er meldete den Verlust sofort der Polizei und hatte den Vorfall schon lange vergessen, als am 11. September 1975 plötzlich zivile Bullen an seinem Arbeitsplatz bei der AEG-Kanis in Essen auftauchten und ihn vor den Augen seiner Kollegen spektakulär verhafteten. Der Grund war jener geklaute Reisepaß, den die Bullen bei der Festnahme von Ralf Reinders („Bewegung 2. Juni") gefunden hatten. Kreß wurde nach seinem gestohlenen Reisepaß gefragt und Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" vorgeworfen, weshalb, das sagte ihm allerdings keiner.

Kreß klärte den Sachverhalt aus seiner Sicht auf (damals waren allen Teilnehmern eines Karatekurses in einer Berliner Sporthalle sämtliche Ausweispapiere geklaut worden) und konnte dann auch das Polizeipräsidium verlassen. Am 10. Oktober wurde Kreß wieder in seinem Betrieb verhaftet. Diesmal lag ein Haftbefehl gegen ihn vor, ausgestellt von einem gewissen Richter Wummel aus Westberlin. Kreß wurde nach Westberlin ins Untersuchungsgefängnis gebracht und sitzt dort seit dem 13. Oktober in strenger Einzelhaft.

Die Haftgründe des Richter Wummel sind unglaublich:

1. Kreß habe 1970 nicht den Verlust eines Reisepasses, sondern nur eines Personalausweises gemeldet (was sich ohne weiteres als Protokollierungsfehler der Polizei nachweisen ließe),
2. Kreß habe bei der Meldestelle 1974 in Essen nicht erwähnt, daß er bereits einen Reisepaß besessen habe (Wummel weigert sich bis heute, einen Zeugen anzuhören, der das Gegenteil beweisen könnte!),
3. Kreß habe aller Wahrscheinlichkeit nach zu Ralf Reinders Kontakt gehabt (meint Wummel, dies wohl aus „göttlicher Einsicht", da dafür nicht der geringste Anhaltspunkt vorliegt).
4. Bei einer Durchsuchung der Kreßschen Wohnung habe man Notizen und Telefonnummern gefunden und es gehe aus ihnen „*klar hervor, daß es sich bei Raphael Kreß zumindest um einen sogenannten Sympathisanten der anarchistischen Szene handle*". Nun haben weder Richter noch Staatsanwalt erklärt, was nun tatsächlich in den Notizen stand, noch was sie unter „anarchistischer Szene" verstehen. Tatsache ist jedenfalls, daß Kreß hauptsächlich Namen seiner Gewerkschaftskollegen von der IG Metall in seinem Telefon-Verzeichnis hatte (ist das schon die „Szene", die Wummel meint?).

Die Untersuchungshaft wird darüber hinaus mit „Flucht- und Verdunkelungsgefahr" begründet, was genauso absurd ist wie die Haftgründe: Kreß hat einen festen Wohnsitz, ist verheiratet, hat ein zehnmonatiges Kind, hat aufgrund einer Kündigungsschutzklage seinen Arbeitsplatz vorläufig erhalten und er hat nach seiner ersten Verhaftung im September '75 keinerlei Anstalten zur „Flucht" gemacht.

Raphael Kreß sitzt seit nunmehr vier Monaten in strenger Einzelhaft, alle Haftprüfungstermine hat Richter Wummel bisher abschlägig entschieden. Er hat darüber hinaus verstärkte Kontrollen angeordnet, d.h. zu jeder Tag- und Nachtzeit kommen Beamte in seine Zelle, durchsuchen alle Gegenstände und unterziehen Kreß einer gründlichen Leibesvisitation. Ein Radio wurde Kreß u.a. mit der Begründung verwehrt, daß „*mit einem direkten Drahtanschluß vom Netz kommend eine elektrische Verbindung hergestellt werden*" könne.

Kreß darf nur Besuch von seiner Familie empfangen, was aufgrund des weiten Anfahrtweges aus Essen und der hohen Fahrtkosten nur sehr selten der Fall ist. Als einziger Nicht-Angehöriger durfte bislang der IG-Metall-Funktionär Heinz Brandt 20 Minuten unter Staatsschutzaufsicht mit Kreß sprechen. Dazu bedurfte es allerdings auch erst eines Gerichtsentscheids, da Wummel wegen möglicher „Verdunkelungsgefahr" auch Brandt nicht vorlassen wollte. Nach dem Besuch von Heinz Brandt in Moabit ist dieser so unglaublich klingende Fall erst breiter bekannt geworden. Was Raphael Kreß passiert ist, kann morgen schon jedem anderen passieren, wenn er in die Klauen bundesdeutscher Richter gerät, die sich auf „Terroristenjagd" spezialisiert haben ... ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Kiel:

Politische Entlassung eines Jugendheimleiters

Der stellvertretende Jugendheimleiter Manfred G. wurde gekündigt, da er seine Stellung im Jugendheim Suchsdorf dazu benutze, um die Jugendlichen einseitig zu indoktrinieren und sie gegen den Vorstand des Heims aufzuhetzen. Da auch die hauptamtliche Heimleiterin gekündigt hatte, soll nach dem Willen des Vorstandes das Jugendheim wegen fehlender Leitung geschlossen werden.

Zur Vorbereitung dieser politischen Entlassung wurden Spitzel ins Heim geschickt, darunter der HDW-Ingenieur Heiko Möller. Diese Spitzel fotografierten Wandzeitungen, besuchten politische Veranstaltungen und machten Stunk im Heim.

Ein Jugendlicher, der Möller wegen seiner Tätigkeit eine „körperliche Unterhaltung" anbot, erhielt darauf eine Anzeige wegen Nötigung.

Auch die Polizei „interessierte" sich für das Heim: ein Mädchen wurde auf die Polizeiwache vorgeladen und dort über den angezeigten Jugendlichen und den stellvertretenden Heimleiter ausgehorcht.

Bezeichnend für die Schnüffeleien ist auch folgender Vorfall: als ein Mädchen aus dem Jugendheim ins Krankenhaus eingeliefert wurde, wurde bei ihr – welch Verbrechen – ein Flugblatt der „Roten Garde" gefunden. Die hiervon benachrichtigte Polizei (!) informierte umgehend die Eltern.

Folge der Diffamierung der Arbeit im Jugendheim ist, daß eine Reihe von Eltern ihren Kindern verboten haben, ins Heim zu gehen. In Flugblättern, Resolutionen und Unterschriftensammlungen protestierten die Jugendlichen und eine Reihe von Suchsdorfern gegen die politische Entlassung.

Die „Aktionseinheit Neumünster" verfaßte eine Solidaritätsadresse. ●

Metallzelle KB/ Gruppe Kiel

Berufsverbot auch in der 2. Instanz

Das Berufsverbot gegen den Lübecker Arzt Norbert Bräutigam wurde am 19.2.76 vor dem Landesarbeitsgericht in Kiel bestätigt (vergl. AK 72). N. B. war dem Staatsapparat unliebsam aufgefallen, als er öffentlich Mißstände in der gesundheitlichen Versorgung kritisiert hatte.

Gleichzeitig machte das Land keinen Hehl daraus, daß außerdem der vorausgegangene Gewerkschaftsausschluß gegen ihn sowie Behauptungen von Gewerkschaftsführern und des Verfassungsschutzes Gründe für die Nichtweiterbeschäftigung sind. ●

Berufsverbote im nichtöffentlichen Dienst

Planmäßig wird darangegangen, immer weitere Bereiche in die Berufsverbote-Praxis einzubeziehen – letztlich mit dem Ziel, jede Beschäftigung im kapitalistischen System vom Bekenntnis zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung" abhängig zu machen.

Eine solche brutale Anwendung der Berufsverbote ist jetzt aus Neckargemünd (bei Heidelberg) bekannt geworden. Dort plant der Vorstand der p r i v a t e n Stiftung „Südwestdeutsches Rehabilitationszentrum" eine Satzungsänderung. Nach der neuen Satzung darf Mitarbeiter der Stiftung nur sein, wer „*das Grundgesetz beachtet und die allgemeinen Voraussetzungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erfüllt*". Nur wer diesen Kriterien genügt, soll in Zukunft die 500 schwer körperbehinderten Kinder betreuen dürfen.

Gegen diese Satzungsänderung und die damit verbundene Einführung des „Radikalenerlasses" protestieren drei Mitglieder des Betriebsrates der Stiftung, eine Lehrerin, ein Erzieher und ein Pfleger, in Flugblättern. Die Anwendung des „Radikalenerlasses" folgte auf dem Fuß: der geschäftsführende Vorstand der Stiftung entließ die drei Betriebsratsmitglieder mit Billigung der Betriebsratsmehrheit fristlos. Vorstandsvorsitzender Werner Boll begründete diese Schweinerei mit den Worten, es werden von keinem Mitarbeiter verlangt, daß er das Grundgesetz liebe, jedoch müsse er es beachten.

Offenbar steht diese „Beachtung" im Gegensatz zur Wahrnehmung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung!

Die Entlassenen wollen gegen die Kündigung klagen. (Nach „Frankfurter Rundschau", 5.2.76). ●

Berufsverbote-Kommission KB/ Gruppe Hamburg



MILITARISMUS



„Armbust" – für Häuserkampf?

Der BRD-Imperialismus hat seit mehreren Jahren auf dem Rüstungssektor einige Erfolge zu verzeichnen. Bei diesen Erfolgen hat der Rüstungskonzern MBB einen großen Anteil. Neben dem MRCA (ausführlicher Artikel über den MRCA siehe AK 54) werden von MBB auch die verschiedensten modernsten Panzerabwehrraketen gebaut („Cobra, Milan, Hot – sind Panzerschrott!" – Werbespruch bei MBB). Ein weiterer Versuch, auf dem internationalen Waffenmarkt vorzustoßen, ist die von MBB entwickelte *„Panzerabwehrwaffe aller Truppen: Armbust"*, die Ende 1975 *„in den USA dem amerikanischen Heer und dem Marinekorps vorgeführt"* wurde („MBB - aktuell", Januar '76). Diese neue Waffe zeichnet sich nach Angaben von „MBB - aktuell" *„durch eine geringe Abschußsignatur aus. D.h. beim Abschuß des Projektils werden weder Abschußblitz oder Abgasfeuer noch Rauch entwickelt! Der Abschußknall ist nur etwa einem Pistolenschuß (!) vergleichbar. Die Rückfeldsicherheit des Systems ermöglicht den Schuß auch aus geschlossenen Räumen. Das ist insbesondere für den Kampf aus Häusern (!!) erforderlich".*

Mit dieser „Armbust" wurde eine Waffe geschaffen, die die Voraussetzungen für den Häuserkampf bestens mitbringt. Bei der Nato gibt es schon Bürgerkriegstruppen, deren Elitesoldaten auch im Orts- und Häuserkampf ausgebildet werden! (siehe AK 74). ●

MBB-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Schikanen bei der Bundeswehr

Der jüngste Entwurf des Berichts des Wehrbeauftragten an das Parlament wirft ein Schlaglicht auf die „Innere Führung" in der Bundeswehr. So schreibt selbst „Die Welt" vom 13.2., 45% der von Soldaten 1975 an den Wehrbeauftragten gerichteten Beschwerden erwiesen sich als begründet. *„In zahlreichen Fällen wurde von Ausbildern der Bundeswehr gegen Grundrechte und Rechtsstaatsprinzipien verstoßen".* –

- Bei einer Anzugskontrolle, bei der in Badehose und Schlafanzug angetreten werden mußte, filmte der Zugführer, wie die Rekruten auf Befehl die Schlafanzughose herunterließen.
- Nachdem ein Soldat den Befehl, zum Friseur zu gehen, nicht befolgt hatte, schnitt ihm der Kompaniechef selbst die Haare.
- Ein Oberstleutnant befahl einem Gefreiten: *„Klettern Sie auf einen Baum und rufen Sie: Ich bin der größte Trottel der Bundeswehr".*
- Auf einem Unteroffiziers- und Fahnenjunkerlehrgang wurde eine „Gefangenschaftsübung" durchgeführt. Dabei wurden die Soldaten *„leider oft üblichen völkerrechtswidrigen Torturen"* ausgesetzt, z.B. übergoß man bei Übungsverhören die gefesselten Soldaten mit eiskaltem Wasser. Die Soldaten sollten *„an die Grenzen ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit herangeführt werden".*

Doch bei derartigen Berichten handelt es sich nur um die Spitze eines Eisberges, wo überhaupt Beschwerden eingingen. Ein gesamter Überblick wird vom Wehrbeauftragten Berkhan (SPD), der früher bezeichnenderweise als Staatssekretär im Kriegsministerium tätig war, natürlich nicht gegeben. So wurden von ihm die Fälle damit heruntergespielt, daß eben *„nicht bei allen Vorgesetzten die notwendige Qualität als Menschenführer"* vorhanden sei. Dem Kriegsministerium wurde bescheinigt, daß es *„alle möglichen Vorkehrungen getroffen"* habe, um eine Wiederholung solcher „Vorkommnisse" auszuschließen.

Ein Schmierentheater zur Beruhigung der Öffentlichkeit. ●

Wehrkunde-Tagung in München

Wehrkunde-Tagung in München

In München fand kürzlich die 13. „Wehrkunde-Tagung" statt, auf der wie alljährlich führende Nato-Militärs (so Nato-Oberbefehlshaber General Haig) und politische Prominenz imperialistischer Regierungen und Parteien (so CDU-Schatten-Kriegsminister Wörner und Abgeordnete aus allen Nato-Ländern) zusammentrafen.

Angesichts des „Angola-Schocks" wurde allgemein zu einer schärferen Gangart aufgefordert.

Sehr eindeutig erklärte General Haig, daß eine *„kommunistische Beteiligung an der Regierungsmacht in Italien oder Frankreich schwerwiegende Folgen für das Nato-Bündnis hätte".* Aus diesem Grund wurde *„empfohlen, das neue Regime in Spanien zu unterstützen, soweit es möglich ist".* (US-Admiral Middendorf in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23.2.76) Zu Italien meinte der Marinechef, daß es *„an den Flanken keine armen Verwandten geben dürfe. Die zunehmenden Erfolge marxistischer Parteien in einigen Ländern seien eine Herausforderung an die Führungsqualität der Regierungen in den übrigen Ländern".*

Der CDU-Politiker Narjes forderte zu offener Erpressungspolitik gegenüber der Sowjetunion auf: Weizenlieferungen und Lieferungen von technischem „know how" müßten vom zukünftigen Wohlverhalten der Sowjetunion abhängig gemacht werden. CDU-Wörner stellte erläuternd fest, daß die Nato durch *„Vergrößerung des amerikanischen Engagements"* und durch *„hinzugekommene Abstufungsmöglichkeiten im taktischen und strategischen Nuklearbereich ... noch flexibler"* geworden sei, d.h. auch ungenierter solche Drohungen aussprechen kann.

Diesen schärferen Tönen werden die Imperialisten zusehends entsprechende Taten folgen lassen. ●

Nazi-Untergrund in der Bundeswehr zu Hause

Zur Zeit findet in Düsseldorf ein Prozeß gegen Führer neonazistischer Kampfgruppen statt. Dabei zeigt sich sehr deutlich die Zusammenarbeit dieser Nazis mit der Bundeswehr. Diese Kampfgruppen mit Namen wie „Großdeutschland", „Adolf Hitler" u.ä. und nach militärischem Muster organisiert, rekrutieren ihre meisten Mitglieder aus der Bundeswehr (vor allem Fallschirmjäger) und aus alten „Kameraden" von der Waffen-SS. Dies bekannte vor Gericht freimütig das ehemalige NPD-Mitglied und jetzige Frey-Anhänger Gädicke.

Die meisten Angeklagten sind in der Bundeswehr tätig oder haben enge Verbindungen dorthin. B. Grett, ehemaliger Kreisvorsitzender der NPD in Ingolstadt und für die militärische Ausbildung in der „Kampfgruppe" verantwortlich, wurde sogar noch nach der Fertigstellung der Anklageschrift befördert und zum Verwalter der Waffenkammer ernannt, deren Inhalt er für seine faschistischen Ziele ja gut gebrauchen kann. Sein Kommentar hierzu: *„Das zeigt, daß mir meine Vorgesetzten nach wie vor vertrauen".* Natürlich wissen seine Vorgesetzten über seine NPD-Tätigkeit Bescheid.

Richter ist in diesem Prozeß ein alter Bataillonskommandeur der NS-Wehrmacht. Die Urteile werden auch danach ausfallen (nach „tat", 13.2. 76). ●

6 Monate auf Bewährung für Notwehr

Zu sechs Monaten Freiheitsstrafe, *„die nur mit größtem Bedenken"* gegen 600 DM Geldbuße zur Bewährung ausgesetzt wurden, wurde der Gefreite der Reserve S. vom Münchener Richter Frost verknackt. Grund: Er hatte dem Unteroffizier vom Dienst *„wie im Reflex"* einen Schlag auf die Nase versetzt, nachdem (!) dieser ihn mit einem Handkantenschlag an den Hals vom Betreten des UvD-Zimmers abhalten wollte.

Richter Frost, Oberleutnant der Reserve und selbst fünf Jahre bei der Bundeswehr, hatte *„keinerlei Verständnis"* für den Angeklagten. Er erhöhte die vom Staatsanwalt geforderte Strafe um einen Monat wegen *„Gehorsamsverweigerung, tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Körperverletzung".* Beim Militär muß der Gehorsam eben notfalls bis in den Tod gehen. (Angaben nach „Süddeutsche Zeitung" vom 13.2.76) ●

Neue Waffensysteme für Luftwaffe gefordert

Die Planungsabteilung des Luftwaffen-Führungsstabes hat jüngst mit neuen Forderungen aufgewartet. Angesichts der angeblich *„gestiegenen und veränderten Bedrohung durch den potentiellen Gegner"* soll weiter aufgerüstet werden.

Als zunächst anzuschaffende Waffensysteme werden verbesserte „Hawk"- und neu entwickelte SAM-D-Flugabwehrraketen, ein fliegendes „Frühwarn- und Kontrollsystem" (AWACS) sowie ferngelenkte oder automatisch getriebene unbemannte Kampfflugzeuge gefordert („SZ", 9.2.76).

Bei der Modernisierung der Flugabwehr geht es darum, das „Hawk"-Tieffliegerabwehrsystem nach oben und das „Nike"-Abwehrsystem für größere und mittlere Höhen nach unten zu erweitern. Die SAM-D stellt eine Neuentwicklung dar, die aus fünf mit je vier Raketen versehenen Abschußplattformen besteht

nach unten zu erweitern. Die SAM-D stellt eine Neuentwicklung dar, die aus fünf mit je vier Raketen versehenen Abschußplattformen besteht

und sehr mobil ist.

Das fliegende, in einer Boeing 707 untergebrachte, Überwachungssystem AWACS ist in der Lage, eine lückenlose Luft-, Boden- und Überwasserkontrolle im Umkreis von 400 km herzustellen; die AWACS kann auch die vom Erdboden schwer auszumachenden Tiefflieger erfassen. Dieses neue System hat inzwischen innerhalb der militärischen Führung die höchste Priorität erhalten. Ein einziges Flugzeug dieser Art, von dem für Westeuropa 25 Stück gefordert werden, kostet 200 Mio. DM (!) und soll zusammen mit den anderen Nato-Ländern beschafft werden. Allerdings wären auch dann die Kosten für die BRD so hoch, *„daß sie in einem eigenen (!) Verteidigungshaushalt finanziert werden müßten"* („SZ").

Da die technische Entwicklung unbemannter Kampfflugzeuge noch nicht ausgereift ist, liegen hier noch keine konkreten Anschaffungspläne der Luftwaffen-Generäle vor. Aber auch die übrigen aufgezählten Waffensysteme werden die Bevölkerung mehrere hundert Millionen DM kosten. ●

Kampfeinsatz über Straflager erprobt

Über dem Straflager Groß-Esspe im Emsland warfen zwei Düsenjäger der Bundeswehr aus 500 Metern Höhe Foto-Bomben ab (lt. „Morgenpost" vom 9.2.76). Diese Bomben sollen auch nachts Kampfplätze taghell ausleuchten. Allein die dabei umherfliegenden Metallsplitter sind lebensgefährlich.

Die Angelegenheit wurde als „Panne" heruntergespielt, Verantwortliche gibt es angeblich nicht. ●

Weitere Schikanen gegen Kriegsdienstverweigerer

Immer wieder werden Kriegsdienstverweigerer zur Bundeswehr einberufen, bis der Betroffene seine Anerkennung endgültig vor Gericht durchgefochten hat. Die „Antimilitarismus-Information" (1/76) meldete, daß ein Kreiswehrersatzamt jüngst die Einziehung eines Kriegsdienstverweigerers damit rechtfertigte, daß *„kein Ersatz zur Verfügung"* stünde. Laut der neuen Verfügung werden nur dann noch nicht „anerkannte" Kriegsdienstverweigerer nicht eingezogen, *„wenn es die Wehrersatzlage zuläßt".*

Diese Regelung wurde vielfach damit angepriesen, daß jetzt keine Kriegsdienstverweigerer eingezogen würden. Diese neueste Schikane der Bundeswehr zeigt, daß Kriegsdienstverweigerer nur so lange ihre Rechte besitzen, wie kein Bedarf bei der Bundeswehr besteht. ●

Nazi-Aufmarsch in Hamburg

Ohne Berichterstattung in der bürgerlichen Presse, ohne Protest durch die demokratische Öffentlichkeit, aber (mangels Information) auch ohne die geringste Behinderung und Gegenaktion durch die Hamburger Linke (einschließlich KB) fand am 17. und 18. Januar in Hamburg eine Zusammenrottung von ca. 200 alten und jungen, militant ausgerichteten Faschisten statt. In aller Öffentlichkeit konnten sie am Sonnabend zur 105-Jahr-Feier des „Deutschen Reiches" in Marschkolonnen, mit Schaftstiefeln, Tarnjacken, Sturmriemen, Odalsrunen, Hakenkreuzabzeichen usw., durch St. Pauli ziehen. Am Bismarck-Denkmal wurde eine Kundgebung im faschistischen Stil abgezogen. Am Sonntag zog die versammelte Bande durch die Innenstadt zum Congreß-Centrum (wo übrigens vor kurzem die „Freiheit-für-Heß"-Kampagne eine Großveranstaltung durchführte!), wo eine Saalveranstaltung stattfand. Der Faschistenaufmarsch war öffentlich angekündigt worden. Polizei und Justiz hielten es allerdings nicht für nötig, einzuschreiten.

Veranstalter des Aufmarsches war eine „Aktion 2000", die sich als Sammlungsbewegung für faschistische Gruppen „der jungen Generation" versteht. So hatten zur „Reichsgründungsfeier" u.a. die NPD, der „Bund Volkstreuer Jugend" und die „Wiking-Jugend" mobilisiert. Vorsitzender der „Aktion" ist Heiko Oetker aus Norderstedt, einschlägig bekannt als Mitglied des NPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein und Funktionär der „Wiking-Jugend". Als Hauptredner trat der Altnazi und Wiking-„Jugend" (?)-Führer Nahrath auf, der bekannte, daß er „die Freude hatte, als Hitlerjunge zu dienen." Von ihm wurde das „große Sozialistengesetz" Bismarcks als Vorbild für den heutigen Kampf gegen Sozialisten und Kommunisten (Sozialdemokraten eingeschlossen) gelobt. Bei der nicht-öffentlichen, für die Presse gesperrten Saalveranstaltung trat Emil Maier-Dorn auf. Vor der Tür wurden revanchistische und faschistische Schriften verkauft, drinnen sprach Maier-Dorn: Das Grundgesetz sei sowieso aufgezwungen, Gleichheit und Freiheit seien die dümmsten Begriffe, die die Menschen erfunden haben! Willy Brandt sei „der größte Zuhälter der Russen". Hitler dagegen sei ein „grosser Politiker" gewesen. Maier-Dorn weiß , wovon er spricht: 1930 in die NSDAP eingetreten, SA-Führer, vielfacher NS-Funktionär, machte er



Forts. Seite 20

Forts. von S. 19

nach '45 Neonazi-Karriere als DRP, später NPD-Prominenter...

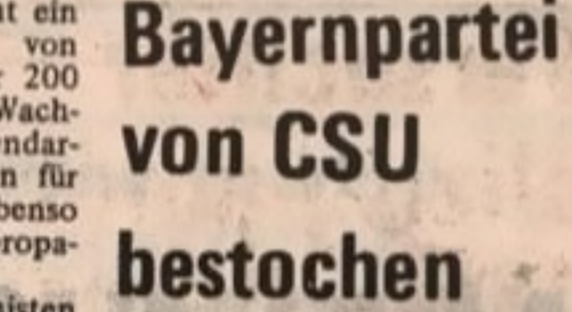
Nur der ausführlichen Berichterstattung der Zeitschrift „Fabrik" (herausgegeben vom Veranstaltungszentrum „Fabrik" in Hamburg-Altona) ist es zu verdanken, daß diese provokatorischen Umtriebe überhaupt bekannt wurden. Anders als die „Fabrik" wird man aber nicht annehmen dürfen, das *„Ausmaß an Dummheit und Engstirnigkeit"* der Faschisten und ihrer Gedankenwelt von ‚damals' sei so groß, *„daß es eigentlich schon gar nicht mehr gefährlich ist"*.

Die „Fabrik" selbst hat erst im vorigen Jahr den Überfall einer faschistischen Schlägerbande erlebt, die eine Musikveranstaltung zusammengeknüppelt hat.

Es rührt sich hier auch nicht ein „unbelehrbarer" Haufen von „damals". Der größte Teil der 200 Faschisten waren Jugendliche. Wachsende und andauernde Jugendarbeitslosigkeit bilden den Boden für faschistische Schlägerbanden ebenso wie für faschistische Massenpropaganda.

Der Kampf gegen die Faschisten muß sich auf die Wachsamkeit aller Demokraten stützen und bemüht sein, breit über solche Umtriebe aufzuklären, um so eine breite antifaschistische Kampffront entwickeln zu können. Dafür gibt es positive Beispiele: Etwa Flensburg, wo es gelang, den „Reichstag" der Roeder-Faschisten im Mai 75 durch Mobilisierung zahlreicher Antifaschisten zu verhindern. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Bayernpartei von CSU bestochen

Einen neuen Beweis für die völlige Verfaultheit des bürgerlichen Parlamentarismus und die Moral seiner „Volksvertreter" wurde Anfang Februar bekannt: Mit 90.000 DM soll die CSU die Bayernpartei im Bundestagswahlkampf 1972 geschmiert haben, damit sie auf eine eigene Kandidatur verzichte und die Wahlempfehlung für die CSU abgebe. Unklar ist noch, wer damals für die CSU die Verhandlungen geführt hat („FR", 18.2.1976).

Finanziert wurde dieses Manöver durch die „Bayrische Staatsbürgerliche Vereinigung e.V.", einen der zahlreichen Vereine, über die die Gelder der Kapitalisten an die ihnen genehmen Politiker fließen. Vorsitzender dieses Vereins ist Professor Rolf Rodenstock, Mitglied im „Wirtschaftsrat der CDU e.V.", selbst Kapitalist (Rodenstock, Kodak, Gerling-Konzern, Esso usw.), Präsident des Landesverbandes der bayrischen Industrie und Vorsitzender des Deutschen Industrie-Institutes.

Die Enthüllung dieser Wahlmanipulation zum jetzigen Zeitpunkt durch den Vorsitzenden des Landesausschusses der Bayernpartei, Volkholz, ist zu sehen auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen innerhalb der Bayernpartei.

So galt die Bayernpartei unter ihrem Vorsitzenden Sponheimer, der bei allen Vorbereitungstreffen der „Aktion Vierte Partei" (AVP) mit dabei war, lange Zeit als „bayrischer Landesverband" der AVP, zumal sie im Oktober 75 auf ihrem Parteitag beschlossen hatte, den Bundestagswahlkampf 76 gemeinsam mit der AVP zu führen („FR", 18.2.76).

Sponheimer war auch schon 1972 Vorsitzender des Landesausschusses gewesen, der den Beschluß faßte, die CSU zu unterstützen. ●

CDU/CSU ist § 88 a noch nicht scharf genug

Das Maulkorbgesetz, das Mitte Januar einstimmig vom Bundestag verabschiedet worden war, ist jetzt im Bundesrat abgelehnt worden. Nach Ansicht von CDU/CSU soll die Befürwortung von Gewalt nicht nur dann strafbar sein, wenn sie sich gegen die BRD richtet.

Die CDU/CSU will ein noch weiter gefaßtes Maulkorbgesetz, das jede Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt. Außerdem soll „verfassungswidrige Propaganda für verbotene Parteien und Organisationen" unter Strafe gestellt werden. Dies bezieht sich eindeutig auf das KPD-Verbot, das nach dem Willen der mehrheit des Bundesrates wieder voll zum Tragen kommen soll.

Weitere Veränderungsforderungen von CDU/CSU sind:

– Das Versammlungsrecht soll dahingehend verschärft werden, daß jede Veranstaltung und Demonstration, die nicht mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" verträglich ist, von vornherein verboten wird.

– Bestraft werden soll auch, wer sich aus einer Demonstration, die von der Polizei als „gewalttätig" erklärt wird, nicht sofort entfernt. Wird man auf einer so gekennzeichneten Demonstration festgenommen, dann soll man in Zukunft nicht nur wegen „Widerstand", sondern auch noch als „Gewalttäter" angeklagt werden.

Über diese Verschärfungen wird in den nächsten Wochen der Vermittlungsausschuß des Bundesrats beraten. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Veranstaltung gegen § 88a in Hamburg

Am 25.2. fand im Hamburger Kaisersaal eine Veranstaltung zum Maulkorbparagraphen 88a statt. Die im wesentlichen von Hamburger Spontis getragene Veranstaltung von 200 Leuten wurde politisch im wesentlichen durch den Beitrag des Stuttgarter Rechtsanwalts Claus Croissant bestimmt. In einem längeren Referat kennzeichnete er die Entwicklung in der BRD mit dem Begriff „Neuer Faschismus". Er ging jedoch fast ausschließlich von den Erfahrungen der Linken und den üblen Praktiken in den Staatsschutzprozessen aus. Während er die vorantreibende Rolle der SPD in der Faschisierung ausführlich beschrieb, verlor er über die Rolle der offenen Reaktionäre und Faschisten kein Wort. Bemerkenswert war die Offenheit, mit der Croissant die schwierige Situation der Linken benannte.

Zur politischen Arbeit in dieser Situation konnten weder Croissant, noch die Hamburger Genossin, die anschließend sprach, etwas Richtungsweisendes sagen. Es hatte den Anschein, daß Ratlosigkeit bei den Spontis die vorherrschende Tendenz ist. Entsprechend lahmarschig war auch das Verhalten der Besucher der Veranstaltung, denen die politischen Ausführungen z.T. auch schon bald langweilig wurden.

Croissants abschließender Aufruf zu einer ernsthafteren Zusammenarbeit der Linken muß jedoch begrüßt werden. Es ist nur zu hoffen, daß dies sich auch in einer größeren Bereitschaft bei den Spontis zur Auseinandersetzung mit kommunistischen Positionen ausdrückt. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Die westeuropäische Reaktion trifft sich in

Sponheimer war auch schon 1972 Vorsitzender des Landesausschusses gewesen, der den Beschluß faßte, die CSU zu unterstützen. ●

Die westeuropäische Reaktion trifft sich in Nürnberg!

Mit F. J. Strauß, dem „Unbestechlichen", dem belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans und der reaktionären Margaret Thatcher aus England als Starredner will die Junge Union Bayern am 18./19. Juni dieses Jahres in Nürnberg einen reaktionären „Europa Kongreß" abhalten. Weiterhin werden Jugenddelegationen aller (!) christlichen und konservativen Parteien aus den Ländern der EG erwartet. Unter den Prominenten werden sich auch der Faschist Otto von Habsburg und CDU/CSU Fraktionsführer Carstens befinden.

Mit dieser „Europa Show" verfolgen die Junge Union, und ihre Ziehmutter, die CSU, zweifelsohne eine breitere Verankerung ihres Ziels: „Weltmacht Großdeutschland" in der Bevölkerung. Nach den Worten des stellvertretenden JU-Landesvorsitzenden Gerhard Friedrich soll dieser Kongreß *„zum einen helfen, die konservativen Parteien zu einem Block gegen den europäischen Sozialismus zusammenzuschweißen, und zum anderen der Bevölkerung klarmachen, daß es sich auch für die BRD lohnt, für ein vereinigtes Europa zu kämpfen."*

„Auch für Deutschland geht es um mehr, als nur Zahlmeister der EG zu sein."

Deshalb allein sei *„Aufklärung der Bürger schon notwendig."* Kein Wunder, daß dieser Kongreß, dessen Ziel eindeutig in Richtung eines stramm rechts stehenden Europas unter Führung der BRD, versteht sich, geht, sich auch ein treffendes Hauptthema gegeben hat: **„UNION ALS WEGBEREITER"!**

In der Tat, diese Leute und ihr Kongreß sind die Wegbereiter einer reaktionären Großmachtpolitik für das sie sich „Deutschland" als Führungsmacht auserwählt haben.

Zur Propagierung diese Kongresses sind zehntausende Plakate, eine Tageszeitung der JU in drei Sprachen und eine Sonderausgabe des „Bayernkuriers" vorgesehen.

Gegen diese Hetzveranstaltung wird es mit Sicherheit eine sozialistische Gegendemonstration geben ... ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten

NS-Kampfgruppe „verurteilt"

Im Prozeß gegen neun Mitglieder einer „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland" (vgl. AK 73) wurde das Urteil gesprochen: Zwei wurden gleich ganz freigesprochen, zwei Bundeswehroffiziere (!) erhielten Geldstrafen, der Rest Gefängnis von sechs Monaten aufwärts, der „Rädelsführer" als Höchststrafe gar ein Jahr ... , das durch die U-Haft bereits als abgesessen gilt. Für die über ein Jahr hinausgehende Haftzeit wird er obendrein „Schadenersatz" erhalten. Zur Erinnerung: Die NSKG war für die Wiederzulassung der NSDAP eingetreten, hatte die Errichtung von KZ s und die „Endlösung der Judenfrage" geplant und besaß ein ganzes Waffenlager: Handgranaten, Gewehre, Pistolen, reichlich Munition!

Ende 75 scherte die Bayernpartei jedoch aus der AVP aus, die daraufhin unter Günther Leyk, Mitbegründer der NPD in Bayern und Vorsitzender einer „Republikanischen Partei", aus der Taufe gehoben wurde.

Ein wesentlicher Grund für dieses Ausscheren soll gewesen sein, daß die AVP der Bayernpartei gewisse von ihr zur Abgrenzung gegen die CSU geforderte Sonderrechte nicht zugestand („Süddeutsche Zeitung", 10./11.1.76).

Ludwig Volkholz, der jetzt die alten Geschäfte mit der CSU enthüllte, versucht nun offenbar, die Bayernpartei auf ein Bündnis mit der CDU zu orientieren, sozusagen als CDU-Landesverband in Bayern. In dieser Angelegenheit habe er schon mit Biedenkopf gesprochen („SZ", 10./11.1.76). Ganz ausgestanden scheint diese Geschichte allerdings nicht: Gegen Volkholz ist von dem damaligen Verhandlungsführer der Bayernpartei, Lallinger, ein Parteiausschlußverfahren beantragt worden („FR", 24.2.76).

Bisher schweigt die CSU zu diesen Enthüllungen, wohl auch in der Überlegung, die ganze Sache nicht allzu „heiß" werden zu lassen.

Wir sind gespannt, was da noch alles an schmutziger Wäsche gewaschen werden wird. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Baden-Württemberg — Vorreiter bei neuen Hausdurchsuchungsgesetzen?

Im baden-württembergischen Landtag ist von der CDU-Mehrheit gegen die Stimmen der SPD/FDP-Opposition ein neues Polizeigesetz verabschiedet worden. Die wesentlichen Punkte sind:

– Hausdurchsuchungen dürfen künftig ohne richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl vorgenommen werden.

– Aus „polizeitaktischen" Gründen können „Kontrollbereiche" geschaffen werden, innerhalb derer auch Durchsuchungen von abgestellten Fahrzeugen vorgenommen werden können.

Abzuwarten bleibt, wieweit dieses Gesetz zum weiteren Ausbau des Polizeistaates auch in anderen Bundesländern Schule machen wird. ●

Todesschuß „im Namen des Volkes"

Dem „Deutschen Richterbund", einer reaktionären Vereinigung von 80 % aller bundesdeutscher Richter und Staatsanwälte, ist der vom Bundesinnenministerium vorgelegte Gesetzentwurf zur Legitimation der Todesschußpraktiken der Polizei nicht scharf genug.

Nach diesem Gesetzentwurf soll nicht nur ein Angriff auf das L e b e n eines anderen den Todesschuß berechtigen, sondern bereits ein Angriff auf „L e i b und Leben". Nach Ansicht des „Richterbundes" schränkt jedoch selbst dieser Gesetzentwurf das Recht des Beamten auf „Notwehr" und „Nothilfe" in unangebrachter Weise ein und könnte leicht *„zu späteren Vorhaltungen gegen den Beamten führen"* („FR" vom 7.2.76). Deshalb möchte der Richterbund, daß der gezielte Todesschuß bereits zugelassen wird, wenn er als „**gebotenes Mittel**" erscheint, während er nach dem bisherigen Gesetzentwurf nur erlaubt sein soll, wenn er als „**e i n z i g e s Mittel**" erscheint. ●

Strauß als Aufkleber

In der Springer-Zeitung „Die Welt" konnte man am 25.2.76 nebenstehende Anzeige „bewundern".

Nach CSU-Freundeskreisen soll jetzt mit F.J. Strauß auf Autoaufklebern der Boden für die reaktionäre CSU-Politik bundesweit gelegt werden. Der Bundestagswahlkampf hat bereits begonnen.

Wir sollten unsere Straßen von solchen Aufklebern freihalten. ●



A 1642 an WELT-Verlag, 43 Essen, Postfach 38.

Handel mit NS-„Dokumenten" treibt neue Blüten

Im Rahmen der Nazi-Nostalgie bietet die Marburger Autographenhandlung J.A. Staargardt in ihrem „Lagerkatalog 608" folgende faschistische „Dokumente" an:

- 16.000 DM soll das eigenhändige Konzept von Hitlers Schlußrede auf dem Nürnberger Parteitag kosten.
- Ein zweiseitiges Schreiben von Rudolf Heß als „Stellvertreter des Führers" aus dem Jahre 1931 wird für 3.600 DM angeboten.
- Die am Tage der Machtübernahme Hitlers ausgestellte Ernennungsurkunde für den Ministerialrat Dr. Hans Heinrich Lammers zum Staatssekretär in der Reichskanzlei mit den Unterschriften Hindenburgs und Hitlers soll 3.000 DM kosten.

Die Faschisten werden sicherlich mit Freude festgestellt haben, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" für diese faschistischen „Dokumente" kostenlos die Werbung übernommen hat. Im Feuilleton der „FAZ" vom 11.2.76, wird hierfür in Form eines Artikels, mit entsprechender Kommentierung (z.B. „zu den herausragenden Stücken des 608. Lagerkatalogs ...") geworben. ●

KB/Gruppe Mölln

Nazi-Propaganda in Bundeswehr-Räumen geplant!

Am 6. März ist in den Räumen der Bundeswehr-Standortkommandantur Hamburg eine HIAG-Propagandaveranstaltung zum Thema „Otto Skorzeny" geplant. Dies meldete die „UZ" (26.2.) unter Berufung auf ein internes Rundschreiben des „Luftwaffenring e.V.", Hamburg, dessen „Kameraden" von der HIAG eingeladen wurden.

Was tut sich hier? Die HIAG' Verband ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger, ist eine der größten Nachfolgeorganisationen der SS, der Kerntrupp der Nazi-Schlächter. Aufgrund breiter Proteste scheiterte ihr Versuch, im Mai '75 (zum Jahrestag der Niederschlagung des Faschismus in Deutschland!) eine Großveranstaltung im Hamburger Congreß-Centrum abzuziehen. Mit veränderter Taktik, d.h. zunächst kleineren, weniger auffälligen Veranstaltungen will die HIAG nunmehr offensichtlich den Boden für die Zukunft vorbereiten.

Der vorgesehene HIAG-Redner ist Oberst a.D. Walter Dahl – ein ständiger Teilnehmer an Rechtsaußen-Treffen mit NPD, Ex-SS'lern, Nazi-Militärs usw. Spektakulär war seine Rolle beim Begräbnis des „Helden" internationaler Faschistenkreise, Otto Skorzeny, im Juli 75. Dahl, nach Ansicht des Faschistenblattes „National-Zeitung" *„einer der größten noch lebenden Kriegshelden"* („National-Zeitung", 25.7.75), hatte Skorzenys Urne – angeblich im Auftrag der faschistischen spanischen Regierung ! – von Madrid nach Wien gebracht.

Skorzeny ist eine Haupt-Gallionsfigur der Nazi-Bewunderer. Berüchtigt wegen Sondereinsätzen (z.B. die Befreiung Mussolinis), Partisanenbekämpfung usw., setzte sich der SS-Standartenführer in richtiger Einschätzung der Lage nach Kriegsende nach Spanien ab, von wo er erheblichen Anteil am Wiederaufbau internationaler Faschistenkontakte hatte (vgl. AK 66).

Offenbar sind solche Leute nach dem Geschmack der Bundeswehr! ●

Bewaffnete Faschisten in Hannover

Am 20.2. verteilten NPD/JN (Jugendorganisation der NPD)-Faschisten in Hannover ihre antikommunistischen Hetzzeitungen „Deutsche Stimme" (Monatszeitung der NPD) und „Studentenanzeiger".

Als wir die Faschisten aufforderten zu verschwinden, zog einer plötzlich eine Pistole und bedrohte uns damit. (Es stellte sich erst später heraus, daß es eine durchgeladene Gaspistole war).

Wir gaben den Faschisten zu verstehen, daß wir uns durch diese Provokation nicht einschüchtern lassen. Einem Faschisten fielen dabei seine Zeitungen herunter. Plötzlich erschienen 6-7 Bullen auf Motorrädern und ein Streifenwagen. Dem Faschisten nahmen sie nur die Waffe weg, stellten seine Personalien fest und ließen ihn dann weiterverteilen. Einen Genossen hingegen nahmen sie mit zur Wache, wo seine Personalien per Computer überprüft wurden. Erst als sie feststellen mußten, daß gegen ihn nichts vorlag, ließen sie ihn laufen.

Man stelle sich nur mal vor, ein Kommunist würde auf offener Straße einen Menschen mit einer Waffe bedrohen. Eine neue antikommunistische Hetzkampagne wäre wohl das wenigste, was die Bourgeoisie daraus machen würde! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Prozeß gegen Nazi-Roeder

Prozeß gegen Nazi-Roeder

In Darmstadt lief im Februar ein Prozeß gegen Rechtsanwalt (noch immer!) Roeder an – Hitler-Verehrer, Gründer der nazistischen „Deutschen Bürgerinitiative", Freund von Th. Christophersen (Verfasser der antisemitischen Hetzschrift „Auschwitz-Lüge"). Roeder war angeklagt wegen Störung des öffentlichen Friedens und Mißachtung der Menschenwürde. Er hatte im Vorwort zur „Auschwitz-Lüge" u.a. vom **„Märchen mit den sechs Millionen vergasten Juden"** geschrieben. Roeder wurde gestattet, ohne daß das Gericht eingegriffen hätte und zur Ergötzung des den Saal füllenden Roeder-Freundeskreises, seinen bekannten Unverschämtheiten neue hinzuzufügen.

Was sich durch den Prozeßverlauf bereits andeutete, trat schließlich tatsächlich ein: Am 23. Februar wurde das „Urteil" gefällt – sieben Monate **„auf Bewährung"**! Noch im Gericht sangen Roeder und Kumpanen: „Schießt auf die Vaterlandsverräter, nieder mit der Judentyrannei" („FR", 25.2.76).

Nach den skandalösen Urteilen im Eckart-Prozeß und im Prozeß gegen die NSKG (vgl. Artikel in diesem AK) hat nun also zum drittenmal innerhalb kürzester Zeit ein BRD-Gericht gezeigt, was von d i e s e r Seite im antifaschistischen Kampf zu erwarten ist: Nichts! Aber bekanntlich gibt es ja nicht nur e i n e Seite ... ●

„Versuchter Polizistenmord" – mit der Kamera ?!

Brutale Prügeleinsätze der Polizei und drei Festnahmen auf einer Demonstration des vom KBW ins Leben gerufenen „Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen" in Oldenburg im Januar hatten eine spontane Demonstration zum I. Polizeirevier und eine Kundgebung dort für die sofortige Freilassung der Festgenommenen zur Folge.

Dabei wurde ein Teilnehmer, der den gemeinen Prügeleinsatz einiger Bullen gegen einen KBW'ler fotographieren wollte, gleich mit festgenommen: „Erkennungsdienstliche Behandlung" und Beschlagnahme seines Filmes!

Wie wir hörten, läuft gegen ihn jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen „unerlaubten Fotographierens" und wegen „v e r s u c h t e n P o l i z i s t e n m o r d e s" ! (Er wollte anscheinend mit der Kamera einen Polizisten erschlagen?! ...)

Hier werden in makabrer Weise die Tatsachen auf den Kopf gestellt: Derjenige, der die brutale Festnahme eines Demonstranten mit der Kamera festhalten will, wird ebenfalls festgenommen, er wird wie ein „Krimineller" behandelt, der Film – das Dokument! – wird beschlagnahmt; und: Er wird beschuldigt, seinerseits die Ermordung eines Polizisten versucht zu haben! ...

Klassenjustiz der BRD 1976! ●

KB/Gruppe Oldenburg

Bullen-Terror an der Grenze

Der niederländische Rechtsanwalt und Dozent für Strafrecht, Pieter Bakker-Schut (Verteidiger von Ronald Augustin, der in der BRD als angeblicher Terrorist in Haft ist) wurde am 11.2.76 zusammen mit dem holländischen Jurastudenten Ger Mols an der Grenze zur BRD vom „Grenzschutz" festgenommen. Die beiden Holländer wurden mit Pistolen bedroht, abgetastet, danach in Arrestzellen gesteckt und man forderte sie auf, sich nackt auszuziehen. Die beiden weigerten sich, die Zellen wurden abgeschlossen und ihr PKW durchsucht. Auch die Unterlagen des Verteidigers wurden „durchsucht". Der Rat der Juristischen Fakultät der Universität Utrecht schrieb dazu an die BRD-Botschaft in Den Haag: „Ein solches Vorgehen kann keine andere Funktion haben, als eine weitere Einschüchterung und Kriminalisierung von jedem, der die tatsächliche und rechtliche Entwicklung der Bundesrepublik öffentlich kritisiert".

Die westdeutsche Botschaft antwortete, daß das Verhalten der Grenzschutzbeamten vor allem darauf zurückzuführen sei, daß der Begleiter des Rechtsanwaltes einem „Terroristen" namens Vogel auffallend ähnlich sehe – um Ausreden nie verlegen!

(Informationen aus „Informationsdienst" Nr. 112)

Naziverbrecher begünstigt? Staatsanwalt vor Gericht!

Am 16.2.76 stand in Kiel der Staatsanwalt Harald B. vor Gericht: wegen Strafvereitelung und Verwahrungsbruch im Amt. Folgendes war geschehen: am 31. Oktober 1974 wurden bei einer Hausdurchsuchung bei B. 14 volle Akten, 42 amtliche Schriftstücke, die niemals aktenkundig wurden, d.h., die allein der jetzt angeklagte Staatsanwalt kannte, sowie zahlreiche Terminhandakten gefunden. Sämtliche Akten waren „unbearbeitet". Die gefundenen Schriftstücke reichen zurück bis in das Jahr 1971! Unter anderem der Antrag

den. Sämtliche Akten waren „unbearbeitet". Die gefundenen Schriftstücke reichen zurück bis in das Jahr 1971! Unter anderem der Antrag

eines Untersuchungshäftlings auf Haftentlassung vom März 74! Der Antrag wurde bis heute nicht beantwortet!

Der ganze Fall gewinnt an Brisanz, wenn man weiß, daß Harald B. seit 1966 (!) in Kiel mitwerantwortlich für die Bearbeitung von NS-Verbrechen ist!!

Noch im Jahr 1973, als seine Vorgesetzten allmählich aufmerksam wurden , behauptete B. auf Anfrage des Oberstaatsanwaltes, es gäbe bei ihm keine unbearbeiteten Akten! Bei dieser dreisten Lüge kann schon nicht mehr von „unbearbeiteten Akten" gesprochen werden, sondern von unterschlagenen Akten! Es wirft zudem ein bezeichnendes Licht auf die Justiz, daß B. trotz seiner Unterschlagungen bis zum Februar 1976 bei der Staatsanwaltschaft Lübeck tätig war!

Ebenso bezeichnend ist die schon mehr als gönnerhafte Behandlung dieses Falles vor der Justiz und in der bürgerlichen Presse. Als Begründung für die Unterschlagungen wird widerspruchslos die mehr als kuriose Begründung des Angeklagten akzeptiert: eheliche Spannungen und Belastung duch den Bau eines Eigenheimes (!!!) (nach „Kieler Nachrichten" -KN-vom 17.2.76).

Der vorsitzende Richter Günther Reiche zeigte ebenfalls Verständnis:

(nach „Kieler Nachrichten" -KN-vom 17.2.76).
Der vorsitzende Richter Günther Reiche zeigte ebenfalls Verständnis:

„Man könnte sich vorstellen, daß Sie zeitweilig (!) die Eingänge ohne Ansehen des Inhaltes einfach in die Tasche gepackt haben."- *„Ja"*, stimmte Harald B. mit verlegenen Lachen zu, *„es muß wohl zeitweilig so gewesen sein" (KN*, 17.2.76).

Die Vermutung, daß hier ein Gesinnungsgenosse von angeschuldigten Altnazis unbequeme Akten verschwinden ließ, liegt nahe. Die Tatsache, daß bisher kein Wort über den Inhalt der unterschlagenen Akten bekannt gegeben wurde, zeigt offensichtlich, daß hier weiter verschleiert und verschwiegen werden soll, welche wahren Beweggründe der Staatsanwalt für seine Unterschlagungen hatte. ●

Antifa-Kommission
KB-Gruppe/ Kiel

Zu einigen Leserbriefen

Zu dem Artikel „Faschistenkneipen in Hamburg" (ARBEITERKAMPF 74, S. 23) sind mehrere Leserbriefe gekommen, in denen Empörung zum Ausdruck gebracht wurde, daß in dem Artikel eine der Faschistenkneipen zugleich als „Schwulentreff" gekennzeichnet worden war.

In einem der Leserbriefe heißt es beispielsweise *„Hier wird versucht, 'schwul' und faschistisch in einen Topf zu werfen"* und es ist ferner von *üblem Vorgehen"* die Rede, das *„sehr stark an bürgerliche Methoden der Minderheitenhetze erinnert".* – Ganz offensichtlich ist es lächerlich, einem Genossen vorzuwerfen, er wolle absichtlich (!!!) Homosexuelle (Schwule) und Faschisten in einen Topf werfen. Jedoch wird gerade dies in mehreren Leserbriefen mehr oder weniger unterstellt, wobei die obigen Zitate noch nicht einmal die unsachlichsten sind.

Nichts liegt uns natürlich ferner als diese Absicht, wobei einzuräumen ist, daß die nicht näher erläuterte Verbindung „Schwulentreff" und „Faschistenkneipe" falsche Assoziationen tatsächlich nahelegt und angesichts der allgemeinen Diskriminierung Homosexueller in dieser Form hätte vermieden werden sollen.

Tatsächlich ist die Kneipe „Götterstuben" (Hamburg St. Georg) ein faschistischer Strichjungentreff. Das hat nichts zu tun mit einer Gleichsetzung von Schwulen und Faschisten oder auch nur ihrer Annäherung (im Ge**genteil ist sicher die Mehrheit der Schwulen aufgrund ihrer besonderen Unterdrückung eher liberal oder auch sozialistisch; es gibt organisierte linke Schwulengruppen, insbesondere in Westberlin).** Es ist aber andererseits auch keine v ö l l i g zufällige Verbindung, sondern man muß wohl davon ausgehen, daß ein kleiner T e i l der Schwulen – gerade durch die Umstände, unter denen die nichtbourgeoisen Schwulen zu leben gezwungen sind – auch in eine kriminell-faschistoide „Subkultur" gedrängt wird, wie sie z.B. in den „Götterstuben" anzutreffen ist.

In einigen der Leserbriefe und Kritiken wird der Vorwurf erhoben: Das war nun die erste Stellungnahme des AK zum Problem der Homosexualität – und dann sowas!...

Dazu ist zu sagen, daß wir (abge-

Das war nun die erste Stellungnahme des AK zum Problem der Homosexualität – und dann sowas!...
Dazu ist zu sagen, daß wir (abge-

sehen von einem Artikelvorschlag über linke Schwulengruppen in Westberlin vor ca. zwei Jahren) e r s t m a l s für den letzten AK zwei Artikel zu diesem Thema bekommen haben, die uns aber beide zu speziell und daher als Einstieg ungeeignet erschienen. Wir haben den betreffenden Genossen vorgeschlagen, mit Artikeln zu beginnen, in denen zunächst einmal über die Unterdrükkung und Diskriminierungen berichtet wird, denen nicht-bourgeoise Homosexuelle heute tagtäglich ausgesetzt sind, über ihre Probleme z.B. bei der Wohnungssuche, beim Zusammenleben mit einem Partner, in der Freizeit usw. ●

AK-Redaktion und
Antifa-Kommission

Keine Gerichtsverhandlung gegen NS-Verbrecher Ehlers

Gegen den ehemaligen Schleswiger Verwaltungsrichter und früheren Leiter der NS - Sicherheitspolizei in Belgien und Nordfrankreich, Ernst Boje Ehlers, wird eine Anklage wegen Beihilfe zum Mord an deportierten Juden nicht erhoben werden. Dies hat die Erste Große Strafkammer des Landgerichts in Flensburg beschlossen (FAZ, 14.2.).

Die von Ehlers in den Jahren 1941 bis '43 geführte Dienststelle - er hatte zuletzt den Rang eines SS - Obersturmbannführers - deportierte 26.000 Juden. Nach '45 machte er schnell wieder Karriere. 1953 wurde er Verwaltungsrichter in Schleswig. Nach der Einleitung der Ermittlungen 1962 (und die liefen 14 Jahre!) wurde Ehlers vorläufig suspendiert, bei voller Weiterbezahlung seiner Bezüge. Im Jahr 1974 wurde er dann in den Ruhestand versetzt und dies wahrscheinlich nur deshalb, weil im selben Jahr belgische Antifaschisten seine Wohnung „besetzten" ,um gegen die Prozeßverschleppung zu protestieren. 1976 werden die Ermittlungen eingestellt, mit der lächerlichen Begründung: Man könne Ehlers nichts nachweisen; und weiter: „... *Eichmann habe ihn (Ehlers) überzeugend dargelegt, die Juden sollten aus kriegswirtschäftlichen Gründen zur Arbeit (!) eingesetzt werden."*

Das Gericht fügt hinzu, *„Eichmann habe nachgewiesenermaßen auch andere ranghohe Angehörige der SS über das den Juden bevorstehende Schicksal (!) getäuscht"* (FAZ, 14.2.)

Diese Begründung bedeutet einen Freifahrtsschein für alle Kriegsverbrecher. Denn nach dieser Logik kann jeder NS-Verbrecher behaupten, er sei von seinem Vorgesetzten getäuscht worden, und konsequenterweise sind alle von Hitler getäuscht worden, und da der nicht mehr lebt, kann keiner mehr bestraft werden! ●

KB/ Gruppe Mölln

Vor 30 Jahren: Kriegsverbrecher in Nürnberg vor Gericht

Noch gut im Gedächtnis ist die Kampagne der faschistischen Hilfsgemeinschaft "Freiheit für Rudolf Heß" Ende 1975. Auf der Großveranstaltung dieser Organisation war Karl Dönitz (Großadmiral und Hitler's Nachfolger bei Kriegsende) umjubelter Ehrengast. Gleichzeitig veröffentlichte die „Welt" die Memoiren von Albert Speer, Hitlers Rüstungsminister. Heß, Dönitz, Speer sind die letzten lebenden jener 22 Kriegsverbrecher, die vor genau 30 Jahren in Nürnberg vor Gericht standen.

Das damals gefällte Urteil öffnete den Stützen der Nazi-Herrschaft den Weg in Spitzenpositionen der BRD, entlastete die Kapitalisten von der Verantwortung für die faschistische Diktatur und bereitete den Boden für die heute ablaufende Kampagne zugunsten der Kriegsverbrecher.

Der Nürnberger Gerichtshof und seine Angeklagten

Der Internationale Gerichtshof bestand aus je einem Vertreter der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs. Es herrschte also eine deutliche Mehrheit der imperialistischen Staaten, die das Urteil auch eindeutig bestimmten. Deutsche Antifaschisten waren nicht zugelassen, um über die NS-Führer mit zu Gericht zu sitzen. Anklagepunkte des „Hauptkriegsverbrecherprozesses" waren Verbrechen gegen den Frieden, d.h. Vorbereitung und Führung eines Angriffkrieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dabei waren ausdrücklich von der Anklage ausgenommen Verbrechen, die vor 1939 in den deutschen KZ s und durch den übrigen Nazi-Terror verübt worden waren, d.h. keiner der Führer des deutschen Faschismus hat sich für diese Verbrechen verantworten müssen!

Angeklagt waren in diesem Prozeß die Spitzen der deutschen Regierung und der NSDAP sowie der Wehrmachtsführung. Das Verfahren gegenüber Gustav Krupp, der als Vertreter der deutschen Kapitalisten angeklagt werden sollte, wurde abgetrennt, weil dieser Kriegsverbrecher angeblich „verhandlungsunfähig" war. Hitler, Göbbels und Himmler – drei der übelsten Nazi-Bestien – hatten sich der Anklage durch Selbstmord entzogen.

Tricks der Winkeladvokaten

Die mit der Verteidigung der Kriegsverbrecher beauftragten Winkeladvokaten versuchten von Anfang an, die Rechtmäßigkeit des Verfahrens zu bestreiten. Nach dem bürgerlichen Rechtsgrundsatz „Nulla poena sine lege" („Keine Strafe ohne Gesetz") argumentierten sie, daß die den Kriegsverbrechern zur Last gelegten Verbrechen zum Zeitpunkt, wo sie verübt wurden, in Deutschland nicht unter Strafe standen. Das Verfahren würde auf nachträglich erlassenen Gesetzen beruhen, was unzulässig sei. Diese Argumentation zog damals noch nicht, wurden dann aber in den folgenden 30 Jahren in der BRD oft von Faschisten herangezogen. Gleichzeitig wurde argumentiert, die braunen Bestien seien keine Verbrecher, sondern Kriegsgefangene!

Nazi-Führer werden hingerichtet ...

Am 30. September 1946 wurde das Urteil verkündet. Zum Tode verurteilt wurden Göring, Ribbentrop (Hitlers Außenminister), Kaltenbrunner (der Chef des NS-Reichssicherheitshauptamtes), Rosenberg (NS-Chefideologe und Minister für besetzte Gebiete), Frick (Innenminister Hitlers), Streicher (antisemitischer Oberhetzer), Frank (Generalgouverneur in Polen), Sauckel (Generalbevollmächtigter für die Zwangsarbeit), Seyß-Inquart (Generalgouverneur für Österreich) und Martin Bormann, Hitlers Privatsekretär. Am Galgen endeten darüber hinaus Keitel und Jodl, die Führer der faschistischen Wehrmacht. Diese Banditen hatte den „Fehler" gemacht, sich nicht rechtzeitig um ein gutes Verhältnis zu den Imperialisten zu kümmern. Deshalb kannten die Vertreter der USA, Frankreichs und Großbritanniens kein Nachsehen.

... doch Imperialisten-freunde kommen glimpflich davon

Diejenigen Angeklagten, die demgegenüber gute Kontake zu den USA und den anderen imperialistischen Staaten gepflegt hatten, kamen glimpflicher davon:

- Hjalmar Schacht, der als Wirtschaftsminister und „Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft" die deutsche Rüstung vorangetrieben hatte, wurde freigesprochen. Sein Vorteil gegenüber den anderen Angeklagten: Er war Vertreter der Dresdner Bank, eng liiert mit den US-Banken.

Ähnlich glimpflich wurde Franz von Papen behandelt, von 1930 bis 1933 „graue Eminenz" hinter dem Reichspräsidenten Hindenburg. Dabei hatte er gezeigt, daß er entschiedener Kämpfer für die Interessen der ausländischen Imperialisten war. So fiel es nicht weiter ins Gewicht, daß dieser Verbrecher Hitlers erster Vizekanzler war und später in Österreich die Verschwörung gegen die Republik leitete.

Mit von Papen und Schacht wurden die beiden Männer freigesprochen, die sich vor 1933 am entschiedensten für die Betrauung Hitlers mit der Kanzlerschaft eingesetzt hatten. Ungeschoren blieben sie für den Terror der Nazi-Regierung, für KZ s und Kriegsvorbereitungen.

Ebenfalls glimpflich davon kam Constantin von Neurath, Hitlers erster Außenminister, der glänzende Verbindungen zu allen ausländischen Regierungen aus seiner Zeit vor 1933 hatte. Er wurde zu 15 Jahren verknackt, die er nicht einmal abzusitzen braucht.

Walter Funk bekam den Lohn dafür, daß er als einer der fähigsten Wirtschaftsjournalisten Deutschlands einstmals entschieden für in- und ausländischen Imperialismus eingetreten war. Obwohl als Hitlers Wirtschaftsminister ab 1938 mit Zwangsarbeit, KZ-Arbeit und Ausplünderung anderer Völker glänzend vertraut, behielt er seinen Kopf – lebenslänglich Zuchthaus – 1957 wurde er entlassen.

Dönitz, Speer, Heß – billig davongekommen

Ähnlich zuvorkommend wurden die heute noch lebenden Kriegsverbrecher behandelt.

Karl Dönitz wurde mit zehn Jahren Haft bedacht. Obwohl er als Oberbefehlshaber der Marine verantwortlich war für den U-Boot-Krieg, der tausenden von Zivilisten das Leben kostete, obwohl er die Tötung Schiffbrüchiger befohlen bzw. geduldet hatte! Dönitz hatte nämlich einen entscheidenden Pluspunkt gesammelt – er hatte Ende des Krieges versucht, die Westalliierten für den gemeinsamen Zug gegen die UdSSR zu gewinnen.

Albert Speer wurde seine „Naivität" zu Gute gehalten sowie vor allem sein Versuch, Hitlers Befehl zu sabotieren, den anrückenden Siegertruppen nur „verbrannte Erde" zu hinterlassen. Quittung für seine Tätigkeit als Rüstungsminister: 20 Jahre Haft. Gerade bei der Veröffentlichung von Speers Memoiren wurde immer wieder angepriesen, daß dieser Bandit ja in alles „hineingeschlittert" sei und versucht habe, Hitlers „Wahnsinn" zu bremsen. In Wahrheit hatte er zunächst aus unterdrückten Völkern, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen das letzte rausgepreßt, um die faschistische Rüstungsproduktion immer weiter zu steigern. Nur hatte er rechtzeitig erkannt, daß der Krieg verloren war.

Das empörendste Urteil allerdings wurde gegen Rudolf Heß gefällt. Heß war:

- Hitlers Stellvertreter und engster Vertrauter,
- mit Himmler Schöpfer der SS und Gestapo,
- er unterschrieb die Nürnberger Rassengesetze gegen die Juden,
- er erteilte Befehle für Kriegsverbrechen in Polen.

Heß' Pluspunkt: Er war – wahrscheinlich in Hitlers Auftrag – 1941 nach England geflogen, um zu erkunden, ob ein Friedensschluß und ein gemeinsames Vorgehen gegen die UdSSR möglich sei. Das mußte honoriert werde: Massenmörder Heß wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

General Nikitchenko, der Richter der UdSSR faßte die Empörung aller Antifaschisten über dieses Strafmaß zusammen:

„Es unterliegt also keinem Zweifel, daß Heß neben den anderen Hauptkriegsverbrechern für die Begehung von Verbrechen gegen die Humanität schuldig ist. Mit Rücksicht darauf, daß Heß der drittwichtiste politische Führer im Hitler-Deutschland war, daß er eine entscheidende Rolle bei der Begehung der Verbrechen des Nazi-Regimes spielte, halte ich als einzig richtiges Strafmaß für ihn die Todesstrafe".

Hitlers Generalstab – Ein Knabenchor?

Gleichzeitig mit den skandalösen Urteilen erklärte die imperialistische Mehrheit im Gericht, das Oberkommando der NS-Wehrmacht und der Generalstab, der verantwortlich war für die Begehung unzähliger Kriegsverbrechen, sei keine „verbrecherische Organisation".

Diese Entscheidung wurde gefällt in Hinblick auf eine mögliche Wiederbewaffnung Deutschlands bzw. der Westzonen, die ja ab 1951 einsetzte. Sie erleichterte die Übernahme der ehemaligen Generalstäbler Hitlers in die Führung der westdeutschen Bundeswehr ungemein. Und tatsächlich waren Speidel, Foertsch, Trettner, de Maiziere, die ersten Gernalinspekteure der Bundeswehr, Panitzki und Moll, Inspekteure des Heeres, Kielmannsegg, erster BRD-Nato-General und v. Baudissin, der Erfinder der „inneren Führung", unter Anleitung der Kriegsverbrecher Keitel und Jodl im faschistischen Generalstab „ausgebildet" worden.

Nürnberger Prozeß – Startschuß für noch größere „Komödien"

Der Nürnberger Prozeß hatte zwar einige Nazi-Bestien ihrer gerechten Strafe zugeführt. Andererseits machten die Richter der USA, Großbritanniens und Frankreichs deutlich, daß jeder Nazi-Verbrecher, der sich mit ihnen gutgestellt hatte, jeder angeklagte Kapitalist (wie Schacht), auf ihre Milde hoffen konnte. In den „Nachfolgeprozessen" gegen führende Kapitalisten (Flick, I.G. Farben und Krupp) führte das zu wahren Justiz-Kapriolen, um diesen Banditen den Hals aus der Schlinge zu ziehen.

Das Urteil gab den Startschuß für die Integration unzähliger Blutrichter, SS-Ärzte, KZ-Baumeister (H.Lübcke) in den neuentstehenden westdeutschen Staat.

Die neuen Faschisten ziehen heute immer häufiger zu den Gräbern hingerichteter Nazi-Bestien und machen diese zu „Märtyrern". In regelmäßigen Abständen wird beschrieben, wie „brutal" die Banditen hingerichtet worden seien und im gleichen Atemzug „Freiheit für Rudolf Heß" gefordert.

Verankern wir demgegenüber unter allen Antifaschisten: Die Nürnberger Urteile waren zu glimpflich – der nächste „Nürnberger Prozeß" wird gerechter! ●

Genosse des SSB/Hamburg





Nachrichten aus Schule und Hochschule

Marburg: 16 Studenten vom Ausschluß bedroht

Nach dem erfolgreichen Kampf der fortschrittlichen Marburger Studenten gegen die Amtsenthebung ihres AStA wurden 16 Kommilitonen vom Uni-Präsident Zingel wegen Hausfriedensbruch, Nötigung usw. angezeigt. Sie hatten sich in Lehrveranstaltungen für die Durchsetzung des von der Vollversammlung beschlossenen Streiks eingesetzt.

Damit wird das Ordnungsrecht exemplarisch angewandt und die Aktionen sollen kriminalisiert werden. Außerdem beantragte Zingel eine „Einstweilige Verfügung" gegen den MSB, dem damit untersagt werden soll, in Lehrveranstaltungen auch gegen den Willen des Professors politische Diskussionen zu führen (FR,21.1.).

Damit wird dem HRG vorgegriffen, wonach allein die Professoren über den Inhalt der Lehrveranstaltungen zu bestimmen haben, ohne Rücksicht auf den Willen der Mehrheit der Studenten.

Gegen die Anzeigen wurde vom AStA (getragen von MSB und SHB) eine Unterschriftenaktion durchgeführt. 2050 Studenten beteiligten sich daran, was allerdings gegenüber den 6000, die seinerzeit für den Streik gestimmt hatten, ein Rückschritt ist.

Das mag mit einem Rückgang der Mobilisierung zusammenhängen, ist aber auch Ausdruck der Tatsache, daß viele fortschrittliche Studenten der unerhörten „Wirksamkeit" der abgedroschenen MSB-Unterschriftenkampagne keinen Glauben mehr schenken. ●

Göttingen: Juso-KHB-AStA gebildet

Nachdem bei den diesjährigen Wahlen zum Studentenrat (SR, Vertretungsorgan der Studenten) die bisherige AStA-Koalition (Juso-LHV-MSB) stark verloren hatte und über keine Mehrheit mehr verfügte, wurde jetzt mit Unterstützung des LHV ein Juso-KHB-Minderheiten-AStA gebildet. Der KHB ist die mit dem KB sympathisierende Studentenorganisation, der starke Gewinne zu verzeichnen hatte (siehe AK 73).

Der MSB hatte sich selbst aus den Verhandlungen herauskatapultiert, da er darauf beharrte, das alte Juso-MSB-Aktionsprogramm zur Grundlage eines neuen AStA zu machen. Bemerkenswert an dieser Koalition ist, daß sich die Jusos bereitgefunden haben, gemeinsam mit Kommunisten einen AStA zu bilden. Dies allerdings nur unter der Vorraussetzung, daß sie eine 2 : 1 Mehrheit für alle Entscheidungen im AStA erhielten, was dem Abschneiden der beiden Gruppen bei den SR-Wahlen entspricht. ●

Urteile im Kieler Studentenprozeß

Am 6.2. 76 ging vor dem Kieler Amtsgericht der Prozeß gegen vier Kieler Studenten zu Ende. Die Urteile: drei Studenten erhielten Geldstrafen von 375 DM wegen Hausfriedensbruch, dem vierten wurde zusätzlich Nötigung „nachgewiesen". Strafe: 600 DM.

Den Hintergrund dieses Prozesses bildete eine im Wintersemester 74/75 boykottierte Chemie-Klausur, deren Bestehen die Vorraussetzung sein sollte für die Teilnahme an einem Chemischen Praktikum. Da diese Klausur weder fachlich noch rechtlich zu vertreten war (sie war in keiner Studienordnung verankert), erregte sie schon seit mehreren Semestern den Protest der Studenten.

Die Professoren nun wollten die Studenten, die auch die mehrmals angebotenen Nachklausur nicht geschrieben hatten, vom Praktikum ausschließen. Bei Beginn des Praktikums versuchten sie dann diese Studenten als „Störer", „Fachfremde" usw. rauszuschmeißen. Vorsorglich hatten sie einen fotografierenden Assisstenten postiert, dem jedoch die Kamera abgenommen und später ohne Film zurückgegeben wurde.

Die Staatsanwaltschaft bastelte daraus eine Klage wegen Hausfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung und Körperverletzung! Das Gericht mußte zwar anerkennen, daß die Klausur ebenso wie die Aussperrung vom Praktikum rechtswidrig war (!!) aber die Studenten hätten ihr Recht eben nicht wahrnehmen dürfen.

Doch wie meinte der ehemalige Rektor der Kieler Uni, Hattenhauer (SPD), bereits 1973 goldrichtig: *„Wir sind heute – im Gegensatz zu 1969 – (?) in der glücklichen Lage, daß wir auf die Unterstützung der Justiz in unseren politischen Problemen rechnen können. Wir sind dankbar dafür, daß wir diese Unterstützung wirksam erfahren haben"* (aus der Rede zu den Universitätstagen 1973). ●

Uni-Einheit
KB/Gruppe Kiel

Kassel: Schüler-Warnstreik

Am Dienstag, den 17.2.76, protestierten 700 Schüler der Kasseler Herderschule gegen die zum 1.8.76 geplante Schließung ihres Tagesheims. In einem 45-minütigen Warnstreik brachten die Schüler ihren Protest zum Ausdruck. Auf einer Kundgebung auf dem Schulhof wurde ein unbefristeter Streik für den Fall angedroht, daß das Tagesheim geschlossen wird.

In dem Tagesheim können die Schüler ihre Freizeit verbringen (z.B. Freistunden, wenn sie außerhalb Kassels wohnen und auf Bahn oder Bus warten müssen). Zur Freizeitbeschäftigung stehen eine Bibliothek, Tonstudio, Fernsehen usw. zur Verfügung. Daneben gibt es im Tagesheim warmes Mittagessen, wovon 25% der Schüler Gebrauch machen. Hausaufgaben können unter Betreuung von Lehrern gemacht werden.

Da die Herderschule in eine Oberstufenschule umgestellt werden soll, das Tagesheim aber nur für Klassen 5 - 9 als Schulversuch anerkannt wird, will der Kultusminister es nun schliessen.

Durch die Schließung des Tagesheims würden auch zwei Lehrer von der Herderschule versetzt werden.

Durch den Warnstreik der Herderschüler setzt sich der Protest der Kasseler Eltern und Schüler gegen die Ausbildungssituation fort. Im November 75 demonstrierten ca. 2.000 gegen Berufsverbote und Lehrerarbeitslosigkeit. Im Januar 76 demonstrierten 1.500. Neue Aktionen stehen bereits bevor. Am 6.3. führt der hessische Kultusminister Krollmann in Kassel eine öffentliche Sprechstunde durch. Auf Initiative des Elternbeirates der Gesamtschule Waldau wird eine Demonstration zu dieser Sprechstunde veranstaltet, wo dann zum Abschluß mit Krollmann diskutiert werden soll. 15 Schulelternbeiräte unterstützen diese Aktion. Auch von Berufsschulen haben sich Schülervertreter angeschlossen. Am 14. Februar trafen sich 800 Eltern, Schüler und Lehrer der Gesamtschule Waldau, um über die Situation an ihrer Schule zu diskutieren.

In einer Resolution fordern sie, eine Klassenstärke von höchstens 25 Schülern, zusätzliche Förderungsangebote für Schüler mit Lernschwierigkeiten und die Einstellung aller vorhandenen Lehrer, um den 25%igen Stundenausfall abzubauen.



Warnstreik der Schüler an der Herderschule in Kassel (17. 2. 76) ●

Kiel: Behinderung des AK-Verkaufs zurückgewiesen

Seit einiger Zeit versuchten Bewohner des Studentenwohnheims „Paul-Anschütz-Heim" den Verkauf des ARBEITERKAMPF s zu verhindern. Ebenso wurden regelmäßig die Postfächer von eingelegten Flugblättern „gesäubert". Zur Begründung wurde angeblicher „Lärm" auf den Fluren angeführt, der durch den Verkauf verursacht würde.

Eine daraufhin einberufene Heimvollversammlung verurteilte diese Angriffe auf die freie politische Betätigung und wandte sich in einer Resolution gegen jede Form, *„die Politik aus den Studentenwohnheimen herauszuhalten"*. Dadurch würde man sich *„objektiv zu Handlangern der Kultusbürokratie machen"*, die mit Hilfe des Maulkorberlasses Büchertisch- und Wandzeitungsverbote an der Uni schon teilweise durchgesetzt hat und dies auch für die Heime fordert. ●

Gießener AStA zu 7.800 DM Strafe verurteilt

„Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat gegen den aus Jungsozialisten und Liberalen gebildeten AStA der Gießener Universität Geldstrafen in Höhe von 7.800,- DM verhängt, weil dieser in Erklärungen den Begriff „Berufsverbot" benutzt hat. Dieser Begriff, so befand das Gericht, sei ein politischer und keine bloße Tatsachenfeststellung. Der AStA als Organ der gesamten Studentenschaft aber dürfe sich nicht allgemein politisch äußern.

Die Klage hatte wiedereinmal der ‚Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)' angestrengt" (Westberliner "Extradienst", ED 20.2.76). ●

Studentenparlamentswahlen an der Heidelberger Uni / Die Reaktion abgeblitzt / Niederlage der Kommunistischen Hochschulgruppe (KBW)

Bei den Studentenparlamentswahlen für das Sommersemester 1976 an der Universität Heidelberg hat die Linke Liste einen großen Erfolg errungen: Sie stellte sich erstmals zur Wahl und wurde auf Anhieb beinahe die stärkste Fraktion (von den Jusos trennen sie ganze vier Stimmen !). Die Ergebnisse (in Klammern die Ergebnisse des Vorjahres) bei einer Wahlbeteiligung von 27 % (24,6 %):

	absolut		%	
Jusos	1134	(1210)	25	(28)
MSB	197	(352)	4	(8,4)
ADH	662	(746)	14,6	(17,8)
RCDS	364	(269)	8	(6,4)
Rote Liste	957	(1520)	21	(36)
Linke Liste	1130	(–)	25	(–)
ADE (KSV)	71	(77)	1,5	(1,7)

Damit wurde den Reaktionären eine deutliche Abfuhr erteilt - allen voran dem Universitätsrektor Niederländer, der erstmals durch Eingriffe in die Parlamentswahlen (Koppelung von Rückmeldung und Wahl) die „schweigende Mehrheit" der Studenten rechts mobilisieren wollte, um die vielbeschworene „Tendenzwende" einzuleiten. Bekannt geworden war Niederländer durch seinen Maulkorberlaß sowie konsequente Anwendung des neuen § 88 a StGB (Maulkorbgesetz) bei der Zuteilung von Hörsälen der Uni für politische Veranstaltungen. Für die rechten Studentenvertreter (ADH und RCDS) hat es trotzdem lediglich eine interne Verschiebung gegeben.

Die Linke Liste, der eigentliche Gewinner dieser Wahl, setzt sich aus Institutsgruppen, Spontis, dem SB sowie SHB (Nachfolgeorganisation des verbotenen SDS) zusammen. Ihre Existenz verdankt die LiLi u.a. der falschen Politik der KHG, die durch ihre „bürokratische Bevormundung" der Institutsgruppen und ihr äusserst schematisches „Kampfprogramm", das einen Höhepunkt der Entpolitisierung einer ehemals fortschrittlichen Studentenorganisation darstellt, eine einheitliche Liste aller linken Studenten unmöglich machte. Demgegenüber stellte sich die LiLi die zentrale Aufgabe, überhaupt erst wieder die Bedingungen für eine breite Debatte darüber zu schaffen, was heute die Aufgaben fortschrittlicher Polititk an der Hochschule sind, und durch welche konkreten Schritte diese Aufgaben durchzusetzen sind. Eine Entscheidung über die Zusammensetzung des künftigen ASTA ist aufgrund dieses Wahlergebnisses allerdings noch nicht gefallen.

Die Tatsache, daß die durch die Politik der KHG frustrierten fortschrittlichen Studenten ihre Stimme nicht den Jusos, die auch hier eine Politik der Bindung an die SPD betrieben haben, sondern der reorganisierten Linken gegeben haben, läßt die allgemeine Feststellung zu, daß auch heute eine fortschrittliche Studentenbewegung noch existiert. Dem KBW allerdings schwimmen an der Hochschule zusehends die Felle davon. ●

Ein Heidelberger Genosse des KB

Lichtblicke für konsequente Linke

„. . . die letzte Hochburg der sogenannten K-Gruppen und der ‚Roten Zellen' " in Kiel gestürzt – frohlockte die „Frankfurter Rundschau" am 3.2.76 auf ihrer Titelseite. Der Trend führe insgesamt weg von den Linken und hin zur sozialdemokratischen „Realpolitik" (Juso-Hochschulgruppen) als Ausdruck des *„politischen Anpassungsprozesses, den die Handhabung des Radikalenerlasses mit sich brachte"*. Anhand ausgewählter Wahlergebnisse versucht die „FR", ihre „These" zu belegen – auch wenn sie am Beispiel der Uni Göttingen *„erhebliche Einbußen* (der Jusos – Anm. AK) *zugunsten kommunistischer Gruppen"* eingestehen muß.

Springers „Welt" erhoffte gar einen Schwenk der Mehrheit der Studenten ins christlich reaktionäre Lager. Sie stützte sich dabei auf Angaben des RCDS, 16 Asten mit 200.000 Studenten (ein Viertel der Gesamtstudentenzahl) zu beherrschen.

Erheblich vorsichtiger schätzt dagegen der Hamburger Wissenschaftssenator Biallas die Situation ein („FR", 19.2.). Er registriert, daß die Politik der „gemäßigten Hochschulgruppen" stärker an Glaubwürdigkeit verliert, und befürchtet eine wachsende Radikalität und Militanz der Studenten. *(„Kommen jetzt wieder die heißen Sommer?")*

Biallas' Befürchtungen werden durch Wahlergebnisse wie z.B. aus Bremen (HfSS), Flensburg (PH), Göttingen (Uni), Hamburg, Heidelberg, Hildesheim (FHS) und Freiburg bestätigt. Hier gab es Verschiebungen nach links: Stagnation und z.T. empfindliche Verluste bei Jusos und MSB/SHB, schwere Rückschläge für den KBW, aber erhebliche Stimmengewinne für Gruppen, die mit dem KB sympathisieren und andere Listen, die für eine Politik der Aktionseinheit eintreten (Spontis).

Reaktion: Vergeblich auf „Tendenzwende" spekuliert

Rechtssozialdemokratische und offen reaktionäre Gruppierungen (SLH-Sozialliberaler Hochschulbund; ADH- Aktion Demokratische Hochschule; LHV- Liberaler Hochschulverband; RCDS u.a.) können trotz massivem Propaganda-Rummel (Veranstaltungen mit Bundestags- und Parteienprominenz) und Wahlhilfe durch die Unibürokratien über Aufrufe und Änderungen von Wahlordnungen (Heidelberg, Mainz) bundesweit keinerlei relevanten Vormarsch verzeichnen. Leichten Stimmengewinnen (um 1-2 Studentenparlaments-Sitze) – stehen entsprechende Wählerverluste an anderen Unis gegenüber.

So wird auch der Jubel des RCDS über seinen Wahlsieg in Paderborn (Pädagogische Hochschule) mit vergleichsweise geringen Studentenzahlen dadurch getrübt, da er an der Kölner Uni (23.000 Stud.) den ASTA an eine Koalition von Jusos und Unabhängigen abgeben mußte. Insgesamt haben sich damit die Erwartungen der Bourgeoisie, durch immer stärkere Repression und Einschüchterungsversuche angepaßte und reaktionäre Studenten zu bekommen, nicht erfüllt.

Jusos: Linke Phrasen – Rechte Politik

Die Juso-Hochschulgruppen sind bundesweit angetreten, um den von der SPD verstoßenen SHB zu zerschlagen und die sozialdemokratischen Studenten wieder stärker an die SPD zu binden – gerade auch im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen. Dabei geht es ihnen insbesondere um die Eroberung des vds (Vereinigte Deutsche Studentenschaften). In diesem Sinne können die Jusos auf eine ganze Reihe von Erfolgen zurückblicken: In Münster, der ehemaligen Hochburg und Gründungsstadt des SHB haben die Jusos ihre linkeren Brüder fast ganz verdrängt. Die erstmalige Kandidatur der Jusos in Hamburg kostete den SHB 6 SP-Sitze und 4 Überläufer, deren SP-Sitze den Jusos zugute kommen. Freilich sind die Juso-Erfolge „auf Anhieb" nur das Einsacken von Stimmen, die dem mit dem MSB koalierenden SHB bisher lediglich mangels einer anderen sozialdemokratischen Alternative zugekommen waren.

Doch die Zeit kontinuierlicher Stimmengewinne ist an einigen Universitäten auch für die Jusos vorbei: Ein Teil ihrer Stimmen verlieren sie nach rechts (Paderborn). Insbesondere in Göttingen (aber auch anderswo) haben sie jedoch zweifellos auch Stimmen nach links verloren, sobald sich die linken Phrasen als SPD- und Regierungspropaganda erwiesen.

MSB: Quittung für Unvereinbarkeitspolitik

Die Wahlergebnisse für den MSB zeigen eine überwiegend stagnierende bis abfallende Tendenz. Mußte er schon vor einigen Semestern den ASTA in Köln und Bonn an den RCDS abtreten, so traf ihn der Verlust seiner dominierenden Rolle im vds wirklich hart. Aber daß er in seiner Hamburger Hochburg eine eindeutige Schlappe gegenüber der „Liste Demokratischer Kampf" (LDK) hinnehmen mußte, ist dem MSB bis heute wohl unverständlich. Hatte er sich doch mit einem Anti-KB-Tribunal (siehe AK 74) etc. so viel „Mühe" gegeben.

Um seine Abwärtstendenz zu vertuschen, registriert der MSB „Erfolge" der „gewerkschaftlich orientierten" Gruppen, wobei er die Jusos munter mitzählt. Dabei schaufelt er mit an seinem eigenen Grab, sind diese doch gerade in Opposition zum MSB und SHB angetreten.

Der lange Marsch durch unzählige Gremien, der die Kämpfe der demokratischen Studentenbewegung um keinen Schritt vorwärts gebracht hat; der ewige Kreislauf von Aktionstagen/Sternmärschen/Sackhüpfen für Bafög usw. reißt die fortschrittlichen Studenten nicht mehr hoch. Umso verbissener behauptet der MSB, daß seine Linie einzig und allein imstande sei, den Studenten eine Orientierung zu geben.

Umso mehr verschärfen die Revis auch ihren „Kampf gegen die Maoisten".

KBW: Erdrutsch!

In AK 74 berichteten wir von den dummdreisten Lügen und Sprüchen des KBW zum Wahlausgang in Hamburg: Die Studenten hätten zwar LDK gewählt, aber der eigentliche Ruhm gelte der SSG (Studentengruppe des Hamburger KBW), weil sie ja das richtige Kampfprogramm der Studenten in der Tasche hätte (... „richtig" übrigens, weil es „gut" ist!). Mit lächerlichen Taschenspielertricks, Verdrehungen und Lügen versucht sich der KBW auch in der Auswertung der bundesweiten SP-Wahlergebnisse an den für ihn bitteren Tatsachen vorbeizumogeln („KVZ", 6/76): So erwähnt er zwar die Wahlniederlage in Göttingen, streicht aber gleichzeitig als entscheidenden Schritt nach vorn heraus, daß er bei den Fachschaftsratswahlen an zwei (fast drei!) Bereichen (von 27!!) gewonnen hätte. Über Braunschweig berichtet die "KVZ" von dem Wahlerfolg der Basisgruppe (von 2 auf 10 Sitzen gestiegen), verschweigt aber, daß dieser Sieg wesentlich an den Stimmen des KBW zehrte (von bisher 9 auf 5 Sitze gesunken).

Über Heidelberg (!) erwähnt die „KVZ" (8/76) kurz angebunden, der KBW habe ein Drittel seiner Stimmen verloren. Kein weiterer Kommentar! (Die Heidelberger Uni ist bzw. war ja bekanntlich stets das eigentliche Zentrum des KBW-„Masseneinflusses"). Von einer Untersuchung der Ursachen für die rasante Talfahrt des KBW gerade an seinen ehemaligen Hochburgen kann überhaupt keine Rede sein. Stellte er z.B. bisher den Kieler ASTA, so erhielt er bei dieser Wahl nicht einen SP-Sitz (Jusos: 11 Sitze; die rechten „Studenten für das GG": 10 Sitze). Das Kieler Wahlergebnis (die Sitzverteilung spiegelt wegen des undemokratischen Wahlsystems in Kiel nicht die Stimmenanteile wider) ist allerdings kein Ausdruck eines Rechtsruckes oder das Verdienst der Jusos. Entscheidend ist, daß die politischen Kräfte links vom KBW es nicht verstanden haben, das Abwirtschaften des KBW zu erkennen und aktiv in die Auseinandersetzungen und Wahlen einzugreifen. Dies müssen wir selbstkritisch feststellen. Denn: Gerade an den Universitäten, wo sich neue Kräfte links vom KBW (LDK, Basisgruppen u.a.) zur Wahl stellten, mußte er massive Stimmenverluste hinnehmen (Göttingen, Bremen, Heidelberg u.a.), bzw. verkommt er - wie in Hamburg - zur Bedeutungslosigkeit.

Im Kommen: Liste Demokratischer Kampf

Für den KB und die mit ihm sympathisierenden Studentenorganisationen (SSB, KHB) brachten die Wahlen ein in diesem Ausmaß nicht erwartetes gutes Abschneiden. Wir hatten uns darum bemüht, im Bündnis mit linken Fachschaftsräten, Initiativen etc. Kandidatenlisten aufzustellen (LDK), und dabei vor allem die Aktionseinheit aller fortschrittlichen Studenten gegen die Repression propagiert. Wie stark diese Forderung unter den linken Studenten vorhanden ist, zeigt u.E. auch der überraschende Sieg der „Linken Liste" in Heidelberg, die sich in dieser Hinsicht deutlich von der Parteiladenpolitik des KBW absetzte.

Das heißt, daß die Initiierung linker Aktionseinheiten als Alternative zu den abwirtschaftenden MSB und KBW verstärkt und vor allem an weiteren Universitäten fortgesetzt werden muß. Die an vielen Universitäten in Einzelbereichen (z.B. Fachschaftsarbeit) aktiven Gruppen und Genossen, die sich aber an den scheinbar „großen Einfluß" von MSB oder KBW „gewöhnt" haben, müssen in diesem Sinn „an die Front". Ferner ist es notwendig, daß die unterschiedlichen linken Gruppierungen, die jetzt den KBW „abzulösen" beginnen, miteinander in Diskussion treten, um zu einem gemeinsamen Vorgehen (z.B. zu den vds-Aktivitäten) zu kommen. ●

Arbeitsgruppe Studenten, KB Gruppe Hamburg

Wyhl - über 10.000 kamen zum Jahrestag

Über 10.000 Atomkraftwerksgegner, zum Teil aus der ganzen Bundesrepublik, aus Holland, Frankreich und der Schweiz nahmen am Sonntag (22.2.) an einer Großkundgebung in Wyhl teil.Genau 369 Tage war es her, daß tausende Menschen das Baugelände für das geplante Atomkraftwerk in Wyhl zum zweiten Mal besetzten, von dem sie vier Tage vorher mit brutaler Polizeigewalt vertrieben worden waren.

In den Redebeiträgen einzelner Sprecher der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen wurde kritisch auf die am 31. Januar in Offenburg ausgehandelte Vereinbarung zwischen der „Kernkraftwerk Süd GmbH." (KWS, Bauherr in Wyhl), der Landesregierung und den Bürgerinitiativen eingegangen.

In dieser Vereinbarung wurde zwar erreicht, daß die Strafanträge gegen die Besetzer und die Schadensersatzforderungen zurückgezogen werden. Um die „Zweifel der Bevölkerung des Kaiserstuhls" zu beseitigen, sollen bis 1. November zur Frage der klimatologischen Folgen des Kühlturmbetriebs, des Grundwassers und der radio–ökologischen Umweltbelastung neue zusätzliche Gutachten erstellt werden und bis dahin keine Baumaßnahmen stattfinden. Eine Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk soll erst nach Abschluß des Verwaltungsgerichtsurteils in erster Instanz erteilt werden (verschiedene Gemeinden und Einzelpersonen haben gegen das Atomkraftwerk Verwaltungsklage erhoben). Falls die Verwaltungsgerichte die Baugenehmigung wieder aufheben sollten, will die KWS die bis dahin erstellten Gebäude wieder abbrechen.

Weiter heißt es, daß eine ungehemmte Industrialisierung am Oberrhein verhindert werden soll. Aber: die Landesregierung und die KWS gehen weiter arrogant davon aus, daß Wyhl gebaut wird und nur noch einige „Bedenken" der Bevölkerung am Kaiserstuhl im Interesse der „Befriedung" der Region auszuräumen sind.

Die Bürgerinitiativen müssen sich verpflichten, jede „gesetzwidrige Handlung und ihre Unterstützung gegen die Landesregierung und KWS" abzulehnen und sich aktiv für die Durchführung dieser Vereinbarung einzusetzen.

Gerade dieser Punkt stößt bei der Bevölkerung auf heftige Kritik. Er wird als Versuch gesehen, die Bevölkerung in die Illegalität zu drängen. Die Gutachter werden in einer Protokollnotiz zur Vereinbarung namentlich genannt. Keiner weiß allerdings genau, auf welcher Seite diese „neutralen" Gutachter eigentlich stehen. Falls abweichende Ergebnisse vorliegen, soll dann weiterverhandelt werden, bis die Landesregierung die Bedenken ausgeräumt sieht. Wieder soll also die Landesregierung das letzte Wort haben.

Landesregierung und KWS haben überraschend schnell und freudig der Vereinbarung endgültig zugestimmt. Der CDU-Landesregierung geht es in dieser entscheidenden Situation vor den Landtagswahlen am 4. April darum, den Konflikt vorläufig zu entschärfen, ihn wieder in „legale" Bahnen zu lenken und auf die Gutachter– und Gerichtsebene zurückzuverlegen. Verschiedene Bürgerinitiativen haben die Vereinbarung auf den überall stattfindenden Versammlungen bereits mit großer Mehrheit in dieser Form abgelehnt, so Oberrotweil, Nimburg, Wyhl und Nordweil. Weisweil hat mit Vorbehalt zugestimmt. Am Freitag wird auf einer Delegiertenversammlung aller Bürgerinitiativen–Vertreter endgültig über die Annahme oder Ablehnung der Vereinbarung entschieden werden. Vermutlich wird es auf die Forderung nach einer Verbesserung der Vereinbarung hinauslaufen.



Der Wille, das Atomkraftwerk zu verhindern, ist ungebrochen. „Wir wollen kein verzögertes KKW, sondern überhaupt keines !", meinte ein Redner auf der Kundgebung. ●

Freiburger Genossen

Gefangenenselbstmorde aus Protest gegen Knastelend



Die Gefangenen Heinz-Detlef Krieger und Hans Rohrmoser wurden am 16.2. tot in ihren Zellen(in der Hamburg-Fuhlsbütteler Anstalt II) aufgefunden. Sie hatten sich erhängt, um dadurch auf die menschenunwürdigen Zustände im Knast aufmerksam zu machen und um längst überfällige Verbesserungen für alle Strafgefangenen zu erreichen. Vor ihrem „Frei"-tod hatten sie Briefe an Presse, Rundfunk und Fernsehen geschickt, wodurch dieser Vorfall überhaupt erst publik wurde.

Die Ursache für die Selbstmorde liegt in den Zuständen im Knast

In zwei Briefen protestierten Krieger und Rohrmoser gegen die schikanösen Behandlungen, die den Gefangenen Tag für Tag widerfahren, und sie stellten Forderungen nach einem menschenwürdigen Strafvollzug. Unter anderem wandten sie sich gegen die absolute Entrechtung und Bevormundung, stupideste Arbeiten (Tütenkleben etc.) bei lächerlicher Arbeitsentlohnung und ohne jegliche Sozialversicherung, willkürliche Hausstrafen, willkürliche Anordnung von Urlaubssperren. Jegliches Privatleben wird durch Briefkontrollen und Besuchsüberwachung aufgehoben, Freizeitmöglichkeiten sind kaum vorhanden, das Essen miserabel. Die Gefangenen sind reaktionären und sadistischen Aufsehern ausgeliefert, von deren Wohlwollen die Zuteilung von Arbeiten, Freistunden usw. abhängt.

Gegen diese Situation protestierten die beiden Häftlinge in ihren Abschiedsbriefen und stellten entsprechende Forderungen wie Abschaffung stupider Arbeiten, tarifliche Bezahlung, ärztliche und psychologische Betreuung der Gefangenen durch geeignetes Personal. Sie forderten, die Gefangenen auf die Zeit nach der Freilassung vorzubereiten, d.h. daß sie die Möglichkeit haben müssen, mehr und unkontrollierten Besuch zu empfangen, Urlaub zu bekommen und sich schulisch und beruflich weiterbilden zu können.

Außerdem sollten die besonders üblen Aufseher abgelöst werden (siehe Abschrift des 2. Briefes von Krieger und Rohrmoser).

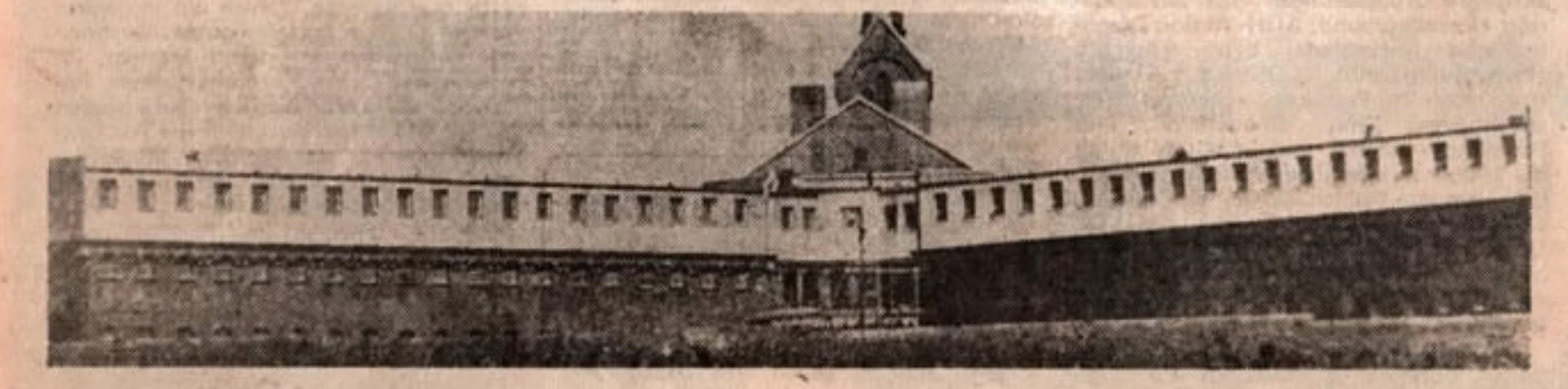
Der klar formulierte Protest und die Forderungen der beiden Gefangenen wurden von der bürgerlichen Presse nur kurz erwähnt. Vollständig abgedruckt wurde keiner der Briefe. Stattdessen spekulierte der Lumpenjournalismus, daß die beiden Gefangenen sich unter LSD-Einfluß umgebracht hätten oder gar von ihren Mitgefangenen dazu gezwungen worden wären. Den Gipfel an Demagogie schoß dabei wie üblich die Springer-Presse ab: Nicht die Unterdrükkung im Knast sei die Ursache, sondern der „humane" Strafvollzug (!), der es möglich macht, daß Drogen in die Haftanstalt kommen. Konsequenz für „Bild" und Co. kann dann nur sein, die Haftbedingungen noch weiter zu verschärfen.

„Beruhigung der erregten Insassen"

Nach dem Bekanntwerden der Selbstmorde rief der „liberale" Anstaltsleiter, der Psychologe Dr. Stark, die übrigen 500 Häftlinge in der Kapelle zusammen und versuchte sie – bisher erfolgreich – zur „Besonnenheit" zu bewegen. Die Linie des Anstaltsleiters ist dabei, Kritiken und Beschwerden als Gefährdung „seines" liberalen Strafvollzugs hinzustellen.

Die Behördenvertreter, die zu einem weiteren Gespräch mit den Gefangenen kamen, bemühten sich, „den notwendigerweise und verständlicherweise erregten Gefangenen klarzumachen", daß eben kein Geld und nicht genügend Beamte da seien und deshalb die Behörde auch keine Versprechungen machen könne.

Der Presse wurden Gespräche mit den Gefangenen untersagt: sie könnten sich – so Justizsenator Klug – zu Äußerungen hinreißen lassen, die ihnen nachher leidtun (!). Klug und Stark, die sich selbst gern als liberale Strafvollzugsreformer hinstellen, befürchteten, daß in „Santa Fu" eine ähnliche Häftlingsrevolte ausbricht wie 1972. Damals erreichten die Gefangenen – 50 von ihnen waren mit Transparenten, auf denen ihre Forderungen standen, und einem Kanister Benzin auf das Dach der Strafanstalt gestiegen – die Ablösung der reaktionären Anstaltsleitung und eine Lokkerung der Haftbedingungen (mehr Umschluß, bessere Besuchsmöglichkeiten und die Einrichtung einer Gefangenenvertretung). Diese minimale „Liberalisierung" war CDU und Springer-Presse von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie forderten jetzt auch lautstark die Ablösung von Stark und Klug und die Beendigung des „liberalen" Strafvollzugs.



Gefängnisskandale ohne Ende

Krieger und Rohrmoser sind nicht die ersten Opfer des Hamburger Strafvollzugs. Allein in den letzten vier Jahren sind sechs Fälle b e k a n n t geworden, in denen Gefangene in Hamburger Strafanstalten zu Tode kamen. Die bekanntesten Fälle sind die Fälle Haase und Silversmith. Ernst Haase starb in der „Glocke", nachdem er von Wärtern geprügelt worden war und nackt auf die Pritsche geschnallt wurde, an zu großer Hitzeeinwirkung.

Mitten im Sommer hatten die Wärter die Heizung in der Glocke voll aufgedreht!

Silversmith wurde ebenfalls brutal geprügelt, bevor er am 23.9.1972 in der berüchtigten „Glocke" starb. Schuldige gab es natürlich nicht, die Wärter verrichten teilweise noch heute ihren Dienst.

Der Tod der Gefangenen Krieger und Rohrmoser wirft ein Licht auf die menschenunwürdigen Zustände in den Gefängnissen und auf die Verzweiflung der Gefangenen.

Eine Gruppe von Gefangenen schrieb am 17.2. in einer Erklärung: *„In den meisten von uns gärt es, erzeugen die lebenfeindlichen Verhältnisse H a ß. ... Ist das wirklich der einzige Ausweg, den Haß gegen uns selbst zu richten? Wenn es wirklich nicht anders geht, dann müssen wir die Frage stellen: Muß uns unser Leben weniger Wert sein, als das derer, die uns peinigen, drangsalieren?"* ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe) und Komitee Öffentlicher Dienst

Nachrichten aus dem Knast

Lübeck: Drei Wochen lang wurde von den Behörden der „Selbst"mord von der Gefangenen Beate Fander verschwiegen, die sich am 23.1. in der Justizvollzugsanstalt Lübeck-Lauerhof erhängt hatte.

Beate Fander war als Drogenabhängige am 16.1. mit starken Abstinenzerscheinungen eingeliefert worden. Die Inhaftierung sollte eine Art „Sicherheitsvorkehrung" sein, um einen Rückfall auszuschließen! Ihre ständigen Bitten, ins Lazarett eingeliefert zu werden, wurden mit Sprüchen wie „Nehmen Sie sich doch zusammen!" abgelehnt. Man gab ihr starke Psychopharmaka, die schon beim gesunden Menschen zu geistiger und körperlicher Lähmung führen und regelmäßig Anfälle und ohnmachtsähnliche Zustände hervorrufen. Sieben (!) Tage wurde sie so mit ihren Qualen alleingelassen, außer in den Freistunden war sie allein in einer Einzelzelle. Ihre Mitgefangenen beobachteten, wie sie sich in den Freistunden kaum auf den Beinen halten konnte und öfter erschöpft umfiel. Am 23.1. äußerte sie nochmal den Wunsch, verlegt zu werden, der wieder abgelehnt wurde. Am selben Tag erhängte sie sich. Anstaltsleitung und Behörden ließen sich drei Wochen Zeit, bis sie den Tod bekanntgaben. Hatten sie noch mehr zu vertuschen?

(Nach der Erklärung der Frauen, die in der JVA Lübeck inhaftiert sind. Zitiert im „Informationsdienst ...", Nr. 113, 21.2.76).

Zweibrücken: In der JVA Zweibrükken sind Manfred Grashof, Klaus Jünschke und Wolfgang Grundmann inhaftiert. Die drei sitzen in Isolationshaft, was ihren Gesundheitszustand schon gefährlich angegriffen hat. Haftverschonung bzw. -erleichterung wurde den Gefangenen bis heute nicht gewährt, obwohl sowohl die Rechtsanwälte als auch medizinische Gutachter ständig auf den besorgniserregenden Zustand der Gefangenen hingewiesen haben. Richter Stiefenhöfer, Vorsitzender am Landgericht Kaiserslautern, hat jetzt die Besuchserlaubnis für die drei Gefangenen noch weiter verschärft. Wer Grashof oder den anderen einen Besuch abstatten will, muß seine „Harmlosigkeit" beweisen. Besucher, die sich weigern, werden nicht mehr zu den Gefangenen vorgelassen.

Richter Stiefenhöfer hat die Lektion des Radikalenerlasses gut gelernt! ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Strafvollzugsgesetz verabschiedet

1. Das Entgelt, das die Gefangenen ab 1.1.77 zugesichert bekommen, beträgt 5% des Durchschnittsverdienstes in der Freiheit im vorvergangenen Jahr (das ist vielerorts nicht mehr als heute schon (!) gezahlt wird).
2. Die Gefangenen sind gegen Arbeitslosigkeit versichert, erhalten aber im „Ernstfall", der wohl für fast alle eintreten wird, nur 90% des üblichen Satzes.
3. Das alles kostet die Länder 44 Millionen und deshalb
4. wird die Kranken- und Rentenversicherung erst am St. Nimmerleinstag eingeführt.

(siehe dazu AK 72: die „Knastreform" bringt nichts Neues)

Knast ist Mord

Die Knastbedingungen lassen die Gefangenen zu Mitteln greifen, die für „Außenstehende" unvorstellbar sind.

Viele Gefangene können die Zustände nur ertragen, wenn sie ihre Verzweiflung versuchen mit Drogen oder hochprozentigem, scheußlichen Fusel (Alkohol) abzutöten. Zum Knastalltag gehört auch das „Schnippeln" und „Schlucken" der Gefangenen. Während das „Schnippeln", also das Pulsaderaufschneiden am Handgelenk oder in der Armbeuge auf Selbstmord ausgerichtet ist, wird das „Schlucken" mehr zur Durchsetzung von Hafterleichterungen eingesetzt. Geschluckt werden dabei zumeist scharfe metallene Gegenstände wie Messer, Gabeln, Rasierklingen oder kiloschwere Bleiklumpen, die nur operativ zu entfernen sind. Im Zentralkrankenhaus, dem UG angeschlossen, gibt es eine Schautafel, auf der eine Auswahl der einmal herausoperierten Gegenstände zu sehen ist. Daneben eine Tabelle der „Spitzenreiter" im „Schlucken". Der „Beste" hat über 50 mal geschluckt, folglich auch über 50 Magenoperationen hinter sich. Auch er hatte dabei häufig die sog. „Spinne" geschluckt: Zwei Drähte von ca. 10 cm Länge werden an den Spitzen messerscharf zugespitzt und mit einem Gummiband so verbunden, daß sie sich übereinander spreizen. Dann werden die Enden zueinander gebogen und mit Brotklumpen so präpariert, daß man sie schlucken kann. Im Magen löst sich das Brot auf und die Drähte spreizen sich durch den Druck des Gummis wieder auseinander. – Was für Zustände zu solchen Mitteln greifen lassen, läßt sich wirklich kaum nachfühlen.

Das ganze Gerede von „Resozialisierung" und „humanem Strafvollzug" entlarvt sich vor den tatsächlichen Zuständen als blanker Hohn. „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt" wird es sein Leben lang tun: In der BRD werden heute nach wie vor 90 % der entlassenen Häftlinge wieder straffällig. ●

Nach den Berichten ehemaliger Häftlinge.

Haftverschonung für Karl-Heinz Roth!



Der Gesundheitszustand von Karl-Heinz Roth (s. dazu Bericht in AK 74) hat sich nach einer Operation im Februar weiter verschlechtert. Trotzdem ist zum wiederholten Mal ein Antrag auf Haftverschonung abgelehnt worden. Begründung: Seinen Zustand hat er sich selbst zuzuschreiben, weil er bei seiner Verhaftung geschossen hat! Hier findet nicht nur eine Verurteilung ohne Prozeß statt, hier wird von der Klassenjustiz auch bewußt der Tod von Karl-Heinz Roth in Kauf genommen!

8. März – Internationaler Frauentag

Am 8. März ist der Internationale Frauentag. Er wird in allen Ländern von den fortschrittlichen Kräften als Kampftag für die Rechte und gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frau gefeiert.

Der 8. März hat eine lange Tradition.

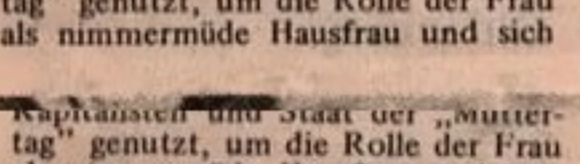
Seit 1900 trafen sich die Frauen der damals revolutionären Sozialdemokratie regelmäßig, um in Zusammenhang mit den Parteitagen Erfahrungen auszutauschen, die weitere Arbeit zu diskutieren und Anträge für den Parteitag zu besprechen.

1907 fand zum ersten Mal eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart statt. Dort wurde u.a. die Errichtung einer Zentralstelle für den internationalen Austausch von Informationen beschlossen. Clara Zetkin wurde zur Internationalen Sekretärin gewählt.

Auf der 2. internationalen Konferenz sozialistischer Frauen in Kopenhagen 1910 wurde auf Antrag der deutschen Genossinnen die Festlegung eines alljährlichen Internationalen Frauentages beschlossen. „*In Anknüpfung an aktuelle Forderungen des Proletariats, so des Frauenwahlrechts, sollte er revolutionärer Klassenvormarsch der proletarischen Frauen und Männer gegen die bürgerliche Gesellschaft sein*" (Clara Zetkin, Geschichte der proletarischen Frauenbewegung).

Auf der 2. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen 1921 in Moskau wurde beschlossen, den Internationalen Frauentag einheitlich am 8. März abzuhalten. An diesem Tage hatten 1917 in Petersburg die Arbeiterfrauen eine Riesendemonstration für Frieden und Freiheit durchgeführt. Durch sie ist die russische Revolution eingeleitet worden.

Während in den sozialistischen Ländern diese alte Tradition der Arbeiterklasse wach ist, wird in der BRD dieser Kampftag der Frauen verschwiegen. Stattdessen wird von Kapitalisten und Staat der „Muttertag" genutzt, um die Rolle der Frau als nimmermüde Hausfrau und sich



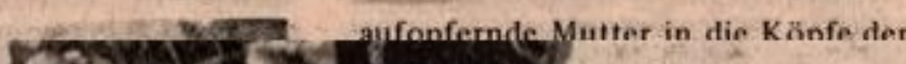
Kapitalisten und Staat der „Muttertag" genutzt, um die Rolle der Frau als nimmermüde Hausfrau und sich



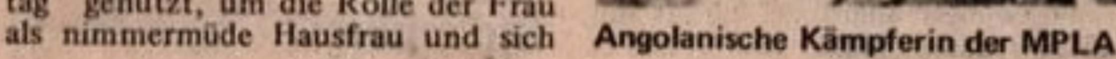
Saigon Giai Phong, Juli 1975: Sitzung des Betriebsrates in der Textilfabrik „Dacotex", in der mehrheitlich Frauen vertreten sind. Diese langjährigen Führerinnen im ökonomischen und politischen Kampf gegen die elenden Arbeitsbedingungen unter dem Thieu-Regime führen die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse nach der Revolution entschlossen fort.



Angolanische Kämpferin der MPLA



aufopfernde Mutter in die Köpfe der



Angolanische Kämpferin der MPLA



Saigon Giai Phong 1975: eine revolutionäre Arbeiterin bewacht den Eingang zu ihrem Arbeitsplatz, einer Fabrik.



aufopfernde Mutter in die Köpfe der Menschen zu hämmern.

In verschiedenen Ländern haben die Frauen große Erfolge im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein und gegen die doppelte Unterdrückung errungen.

Mit der Befreiung des südlichen Teils von Vietnam, an der viele Frauen selbst – und häufig auch mit der Waffe in der Hand – mitgewirkt haben, beginnt für sie eine gute Zukunft. Hunger, Folterung, Vergewaltigung, die Trennung von ihren Angehörigen, Arbeitslosigkeit und Prostitution haben ein Ende. Als gleichberechtigte Mitglieder wirken sie an dem Wiederaufbau des Landes mit. Es werden nicht nur öffentliche Einrichtungen geschaffen, die sie von der Hausarbeit entlasten, sondern es wird auch darauf hingewirkt, daß sich die Männer an der noch verbleibenden Hausarbeit beteiligen. Besonderer Wert wird auf die Ausbildung weiblicher Fachkräfte gelegt.

Ähnlich sieht die Zukunft für die Frauen in Mosambik aus, das am 26.6.75 seine Unabhängigkeit erklären konnte.

Die VR Angola ist in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung durch Imperialisten und Rassisten ein entscheidendes Stück vorangekommen. Daran haben die Genossinnen der MPLA und ihrer Frauenorganisation O.M.A. einen wesentlichen Anteil. Der größte Teil des Landes ist befreit. Die Frauen nahmen als Guerilla-Kämpferinnen an der Seite ihrer Genossen am Kampf teil, sie wirkten als Agitatorinnen, indem sie die Ziele der Revolution in den Dörfern erklärten, wirkten an der Erziehung – sie schreiben selbst Schulbücher – und der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung mit und beteiligten sich ebenso an der Produktion.

In Chile haben die Frauen noch unter der blutigen Diktatur zu leiden. In vielen Gegenden herrscht eine Arbeitslosigkeit von über 80%. Die Kinder können vor Schwäche oft nicht mehr das Bett verlassen und sterben nicht selten den Hungertod.

Auch die Frauen haben sich dem Widerstand gegen die Faschisten angeschlossen. Und Folter und KZ können sie nicht vom Kampf für ihre Befreiung abhalten. Diesen Frauen gilt unsere besondere Solidarität.

In der BRD haben die Frauen Rückschläge hinnehmen müssen. Davon ist wohl die Verabschiedung

der Neufassung des § 218 das herausragende Beispiel.
Die Kapitalisten bescherten den Frauen zum „Jahr der Frau" eine Ar-

gangen.
Es sind weitere Gruppen von arbeitenden Frauen, Hausfrauen, Schülerinnen und Studentinnen ent-

der Neufassung des § 218 das herausragende Beispiel.

Die Kapitalisten bescherten den Frauen zum „Jahr der Frau" eine Arbeitslosigkeit bisher unbekannten Ausmaßes. Schulabgängerinnen bekommen von Kapitalisten und Arbeitsamt zu hören, sie sollten doch lieber recht bald heiraten, statt eine Lehrstelle zu beanspruchen.

Als Begleitmusik dazu kippt die Presse täglich und kübelweise ihre reaktionäre Mutter- und Hausfrau-Ideologie auf die Frauen herunter. Immer häufiger wird „wissenschaftlich" erörtert, daß die Frauen von Natur aus die Dummen sind, mal liegt's am Y-Chromosom, mal am kleineren Gehirn, mal am Busen.

Aber etliche Frauen haben die Nase voll und machen Front gegen die reaktionären Angriffe. Im vergangenen Jahr sind die Frauen besonders im Zusammenhang mit dem Protest gegen das Abtreibungsverbot häufig gemeinsam auf die Straße gegangen.

Es sind weitere Gruppen von arbeitenden Frauen, Hausfrauen, Schülerinnen und Studentinnen entstanden, die trotz oder auch gerade wegen der zunehmenden Unterdrückung der Frau durch Kapitalisten, Staat, Ärzte, Justiz, Kirche und der zunehmenden Überfälle auf Frauenzentren den Kampf gegen die doppelte Unterdrückung aufgenommen haben.

Auch für uns gilt es, den 8. März als internationalen Kampftag der Frauen zu nutzen.

In diesem Jahr planen wir gemeinsam mit anderen Frauengruppen ein Fest in Hamburg. Neben einem unterhaltenden Teil besteht die Möglichkeit, daß wir untereinander unsere Erfahrungen und Vorstellungen vom Kampf gegen die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung diskutieren. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg





Frauen



Die Aktionseinheit gegen den § 218 stärken!

Arbeitstagung der ‚Aktion gegen das Abtreibungsverbot'

Am 8. Februar fand in Bielefeld eine Arbeitstagung der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" statt, zu der Mitgliedsgruppen aus 12 Städten Vertreter geschickt hatten.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie der Kampf gegen den § 218 jetzt fortzusetzen ist. Hierzu wurden konkrete Beschlüsse gefaßt.

Einstimmig wurde beschlossen, eine gemeinsame Zeitung zu machen, die regelmäßig erscheinen soll. Diesen Schritt zu einer breiteren Öffentlichkeitsarbeit haben wir besonders unterstützt und begrüßt.

Ein weiteres Ergebnis war die Bildung eines Koordinationsausschusses mit je einem Vertreter der arbeitenden Gruppen. Der Ausschuß soll als arbeitsfähiges Gremium in der Lage sein, kurzfristig Beschlüsse zu fassen, Aktionen zu koordinieren, Kongresse oder Arbeitstagungen vorzubereiten etc. Zu seinen Aufgaben wird es sicher auch gehören müssen, den Zusammenhalt der „Aktion..." zu fördern und zu entwickeln.

Als aktuelle Aufgabe hat der Ausschuß die Entwicklung eines Konzepts für die geplante Zeitung bekommen.

Ein weiterer wichtiger Beschluß betrifft die Prinzipien der Aktionseinheit. Es wurde beschlossen, daß die „Aktion..." sich für Aktionseinheiten Bedingungen weder stellen läßt noch selber stellt. Konkreter Anlaß war folgender: In Bielefeld, wo die „Aktion..." u.a. mit den „Falken" und der DKP eine Aktionseinheit eingegangen war, hatten diese plötzlich verlangt, keine Zeitungen während der Demonstration zu verkaufen. Die „Aktion..." hatte sich zunächst gezwungen gesehen, sich unter Protest dieser Forderung zu unterwerfen. – Das soll zukünftig n i c h t mehr geschehen!

Die hier dargestellten Ergebnisse waren nicht gerade im Selbstlauf zustande gekommen. Grundlage für die Schwierigkeiten, besonders in Bezug auf den Beschluß, regelmäßig eine Zeitung herauszugeben, ist eine noch mangelnde gemeinsame politische Basis und eine Resignation, die Teile der „Aktion..." erfaßt hat.

Schärfster Ausdruck dieser Resignation war die Haltung zweier Gruppen, die meinten, die „Aktion..." habe nach der 3. Lesung ihre Aufgabe erfüllt! Sie sähen für sich keine Arbeitsmöglichkeiten am Ort mehr und wollten sich daher auflösen bzw. haben sich schon aufgelöst (Köln, Dortmund).

Eine ähnlich resignative Haltung wurde in der Vorstellung deutlich, sich auf Selbsthilfe beschränken zu wollen, wie es von mehreren Gruppen vertreten wurde. Wir sind der Ansicht, daß der Aufbau der Selbsthilfe zwar notwendig ist. Jedoch bedeutet die B e s c h r ä n k u n g auf Selbsthilfe, sich mit dem bestehenden Abtreibungsverbot zu arrangieren.

Die „Aktion..." hat dazu in ihrem letzten Info einen Leserbrief veröffentlicht, in dem es dazu unserer Ansicht nach richtig heißt: *„....Aber stürzt die Selbsthilfe den Paragraphen? ... Wir kämpfen doch nicht für unsere – für die in der Frauenbewegang organisierten Frauen – Befreiung, sondern für die a l l e r Frauen. Aber selbst wenn man uns nicht verfolgen würde, könnten wir in Selbsthilfegruppen mehr als hunderttausende Abtreibungen pro Jahr durchführen? Kostenlos und schonend? Nein, wir müssen unser Recht auf legale und kostenlose Abtreibung für uns und alle Frauen durchsetzen, indem wir mehr als Selbsthilfe machen..."*.

Bereits vor der Arbeitstagung waren innerhalb der „Aktion..." drei Alternativen formuliert worden:

1. **Die „Aktion..." hat ihre Aufgabe erfüllt, sie soll aufgelöst werden.**
2. **Die „Aktion..." soll ihre Aufgaben und ihre Plattform auf den Kampf gegen die besondere Unterdrükkung der Frau i n s g e s a m t erweitern.**
3. **Die „Aktion..." soll ihre Plattform beibehalten und den Kampf gegen den § 218 weiterführen.**

Bis auf die oben erwähnten zwei Gruppen waren sich alle darin einig, daß die „Aktion..." weiter wichtige Aufgaben hat und somit weiter bestehen muß. Die Teilnehmer der Tagung einigten sich darauf, die Plattform nicht zu erweitern.

Wir wiesen allerdings darauf hin, daß der Kampf gegen den § 218 – eben weil es ein langfristiger Kampf ist – nur dann „am Leben zu erhalten" ist, wenn er mit dem Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau und dem Kampf der Arbeiterklasse insgesamt verbunden wird. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Polizeiüberfall auf Frauenzentrum in Westberlin

Im ARBEITERKAMPF berichteten wir über Polizeiüberfälle auf Frauenzentren in Frankfurt und Bremen.

Der „ID" meldete in seiner Ausgabe vom 31.1.76, daß bereits am 18. Dezember 75 das Frauenzentrum Westberlin von zwölf Männern des „Staatsschutz" durchsucht wurde:

Unter dem Vorwand, eine Anarchistin zu suchen, wurden sämtliche Namen der anwesenden Frauen – und das waren offensichtlich eine ganze Menge, die dorthin gekommen waren, um entweder zu diskutieren, Post zu beantworten, sich zu informieren, zur Schwangerschaftsberatung u.ä. – aufgeschrieben.

Kommentar der Bullen: „Wir wollen wissen, wer hier ein- und ausgeht". Sie sahen die Karteien der Schwangerschaftsberatung durch und behaupteten frech: „Keine Angst, wir kommen nicht wegen § 218".

Die Texte der Plakate an den Wänden wurden aufgeschrieben und ein Grundriß vom Frauenzentrum angefertigt. Frauen, die keinen Ausweis dabei hatten, wurden zum Polizeipräsidium geschleppt, und dort wurde der vergebliche Versuch gemacht, sie zu „verhören". ●

„Frauen, die abtreiben, gehören ins Arbeitslager!"

Die reaktionäre Ärzteschaft ist besonders an der Aufrechterhaltung des § 218 interessiert, sind die illegalen Abtreibungen doch eine einträgliche Gewinnquelle für sie. Die Frauenärzte machen in der Regel Front gegen die geringste Liberalisierung dieses Paragraphen und demütigen die Frauen, die in ihre Praxis kommen. Eine Befragung bei Flensburger Frauenärzten über ihre Haltung zur Abtreibung gab Aufschluß über die frauen- und sexualfeindliche Einstellung dieser Leute.

So meinte ein gewisser Dr. Biegel: *„Alle Frauen, die mit Transparenten gegen den § 218 auf die Straße gehen, sind beschränkt. Die müßte man alle ins Arbeitslager stecken!"*

Die Frauenärztin Dr. Linning meinte: *„Es sollte noch schwieriger gemacht werden abzutreiben. Der § 218 ist noch zu liberal! ... Was Gott geschenkt hat, soll man nicht nehmen"*. Und auf die Frage, was denn eine Frau machen soll, die in der Ausbildung steht und kein Kind haben will: *„Zu meiner Zeit sind wir nicht während der Ausbildung mit einem Mann ins Bett gegangen. Wenn eine Frau keine Kinder haben möchte, dann braucht sie ja nicht mit einem Mann ins Bett zu gehen"*.

Die meisten der befragten Ärzte sind nicht nur gegen das Recht der Frauen, selbst zu bestimmen, ob und wann sie Kinder haben wollen. Sie sind auch gegen Verhütungsmittel auf Krankenschein usw. So verglich ein Frauenarzt den Geschlechtsverkehr mit dem Autofahren, *„bei dem man ja auch auf eigene Kosten Sicherheitsvorkehrungen zu treffen habe ... Ungewollte Schwangerschaften sind immer ein Resultat erhöhter Risikobereitschaft, deren Folgen die Allgemeinheit nicht zu tragen hat"*.

In einem waren sich die befragten Frauenärzte einig: Schuld haben in jedem Fall die Frauen, wenn sie abtreiben wollen. Dabei legte besagte Dr. Linning einen besonderen Zynismus an den Tag: *„Eine Frau kann sich ja sterilisieren lassen."* Auf den Einwand, daß sie dann drei Kinder gehabt haben muß: *„Dann kriegt sie eben drei Kinder, und dann kann sie sich ja sterilisieren lassen"*.

Dr. Först, Berater bei der Flensburger Ärztekommission für legale Abtreibungen prahlte stolz: *„Wenn 'mal eine Frau zu mir kommt, was bei mir selten der Fall ist, tut es ihr nachher leid"*. Und wenn Frauen abtreiben wollen, dann – so dieser Arzt – natürlich, weil sie „nur" an sich denken: *„Oft sind es egoistische Gründe wie Auto, Lebensstandard, wenn Frauen abtreiben wollen ... Wer die Pille vergißt, muß die Folgen tragen, denn den Geschlechtsverkehr vergißt sie ja schließlich auch nicht"*.

Frauenarzt Dr. Weber: *„Nach dem Karlsruher Urteil läßt die Justiz den Frauen und Ärzten einen großen Spielraum, da die Frauen 13 Tage nach der Empfängnis mit dem Embryo machen können, was sie wollen"*.

Der „Witz" ist nur, daß man nach 13 Tagen noch nicht feststellen kann, ob man schwanger ist. Was Frauen im Raum Flensburg erwartet, die abtreiben wollen, ist somit klar. Selbst Frauen, die legale Abtreibungen bewilligt kriegen, müssen sich in den Krankenhäusern auf Schikane einstellen. Denn schon zur 1. Lesung der Fristenlösung im Bundestag ergab eine Umfrage der Zeitung „Flensborg Avis" (Zeitung für die dänische Minderheit): Außer dem Eckernförder Krankenhaus würde sich kein Krankenhaus im gesamten Landesteil Schleswig zur Abtreibung verpflichtet fühlen! ●

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

Oldenburg: Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren gegen §218-Gegner

gegen §218-Gegner

In der Nacht vom 22. auf den 23. Januar wurden (laut „Nord-West-Zeitung" vom 5.2.76) zwei Frauen und ein Mann – angeblich – „beim Plakatkleben" festgenommen.

Als nächster Schritt wurden dann Ende Januar p o l i z e i l i c h e H a u s d u r c h s u c h u n g e n gegen diese drei Mitarbeiter des „Komitee gegen den § 218" (KBW) gerichtlich angeordnet, bei deren Durchführung eine Schreibmaschine als „Beute" beschlagnahmt wurde.

Jetzt ermittelt die S t a a t s a n w a l t s c h a f t bereits gegen die § 218-Gegner:

„Sie werden verdächtigt, Plakate und Flugblätter verbreitet und eventuell sogar entworfen zu haben, auf denen mißbräuchlich die angeblichen Unterschriften des SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Polkehn und des CDU-Bundestagskandidaten Werner Broll verwendet worden sind" („NWZ"). (Polkehn und Broll „unterzeichneten" hier ein fiktives „Geständnis", daß „sie auf der Seite des Kapitals stünden, dem Wille des Volkes nicht verpflichtet seien und sich deshalb für die Beibehaltung des § 218 einsetzen wollten"!)

Diese Burschen erstatteten daraufhin Strafanzeige. ●

KB/Gruppe Oldenburg

KBW: Es wird weitergelogen

Lügen sind das Mittel derjenigen, denen es an Argumenten fehlt. Daher ist es kein Wunder, daß dieses Mittel beim KBW ganz besonders strapaziert wird.

So versucht der KBW jetzt z.B., uns als B e f ü r w o r t e r einer „Fristenregelung" des § 218 hinzustellen, wobei er offensichtlich davon ausgeht, daß es innerhalb und außerhalb des KBW genug uninformierte Menschen geben wird, die ihm diesen Blödsinn abkaufen.

In AK 74 zitierten wir aus einem Oldenburger KBW-Flugblatt, in dem uns die Position unterschoben wurde, man müsse im Kampf gegen den § 218 „jetzt kleine Schritte machen und für die Fristenregelung eintreten". Zu dieser eindeutigen Lüge schrieben wir: *„Wer bietet mehr?"*...

Inzwischen liegen weitere Berichte und Flugblätter vor, die beweisen, daß hier nicht eine vielleicht schlecht informierte KBW-Gruppe „aus der Provinz" am Werk war, sondern daß g e n e r e l l beim KBW und seinen „Komitees" auf dieser Wellenlänge gelogen wird:

– In einem Flugblatt des Hamburger „Komitees" vom 5.2. hieß es, der KB sei „der rechte Flügel" der „Aktion gegen das Abreibungsverbot" und er verteidige die „Fristenregelung" als „eine weitgehende Liberalisierung". Die erste Behauptung wird mit keinem Wort belegt, ist also eine bewußte Diffamierung; die zweite Behauptung ist ebenso gelogen.

– In Westberlin behauptete der KBW, der KB sei ein „Vertreter der Fristenregelung" und er würde es unterstützen, daß Frauen in den Knast kommen, wenn sie nach dem 3. Monat abtreiben (nach ROTFRONT-STADT, 11.2.76).

Der KBW hat es immerhin fertig gebracht, daß in Bezug auf seine Lügen bei vielen Linken schon ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist: Man erwartet vom KBW gar nichts anderes mehr und ist kaum noch empört.

Welche verlumpte Mentalität aber hinter den Lügen des KBW steht, demonstriert schlagend ein gewisser f. in der „KVZ" vom 19.2.76. Er gerät ins Entzücken über die bürgerliche Propaganda, die nachträglich mit ihren Märchen den 2. Weltkrieg noch gewinnen will, und schreibt: **„Es ist eine Lüge, der man den Respekt (!), den man (???) unwillkürlich vor Frechheit (!) hat, nicht versagen kann"** (S. 11).

Ein Lügner zollt dem anderen Beifall und „Respekt". Die KBW-Schreiber, selbst sozusagen erst Lehrlinge im Geschäft, können den Meistern ihres Fachs die Achtung „nicht versagen".

Wir meinen allerdings, daß Lügen und Frechheit, von der bürgerlichen Presse, vom KBW oder sonstwem, nicht „Respekt" verdienen, sondern die Verachtung und den geschlossenen Widerstand aller Kommunisten und Demokraten! ●

Richtigstellung

Im AK 74 waren bei der Meldung über eine 218-Demonstration in Kiel aufgrund von Übermittlungs- und Schreibfehlern verschiedene Unrichtigkeiten enthalten. Hier die berichtigte Meldung:

In Kiel demonstrierten am 12.2. etwa 140 Menschen gegen den § 218. Aufgerufen hatte zu dieser Demonstration eine Aktionseinheit von KB, CISNU/ Ortsgruppe Kiel, Spartacusbund und GIM.

Gleichzeitig fand eine Kundgebung des KBW statt, der es abgelehnt hatte, sich an der Aktionseinheit zu beteiligen. Für diese Kundgebung interessierten sich 30 - 40 Menschen. ●

Den Kampf gegen den § 218 weiterführen!

Aus Anlaß der 2. und 3. Lesung der „Neufassung" des § 218 am 12. Februar fanden in mehreren Städten Kundgebungen und Demonstrationen statt (die mit Abstand größte in Hamburg mit 2.300 Teilnehmern).

Zum Jahrestag des Bundesverfassungsgerichtsurteils (25.2.) führten einige Gruppen der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot", verschiedene Frauengruppen und örtliche KB-Gruppen abermals Aktionen – Flugblätter, Agitationstische und Filmabende – durch.

Der KBW und die von ihm beeinflußten „§ 218-Komitees" hatten durch ein bewußt spalterisches Vorgehen eine Aktionseinheit unmöglich gemacht und „ihren" Aktionstag auf den 21. Februar verlegt. (Siehe hierzu auch die Auseinandersetzung im AK 74 und die Broschüre „Wie der KBW der Bewegung gegen den § 218 schadet".)

Der Spaltungsvorwurf gegenüber dem KBW bezieht sich vor allem auf zwei Punkte:

1. Der KBW legte willkürlich den Demonstrationstag auf den 21.2. bundesweit fest;
2. wollte er die Befürworter der Fristenregelung pauschal ausschließen.

Teile der „Aktion ..." und auch einige KB-Gruppen, wie z.B. in Frankfurt, beteiligten sich trotzdem an Demonstrationen am 21.2., weil sie davon ausgingen, daß sie alleine oder zu einem früheren Zeitpunkt nicht genügend Menschen mobilisieren könnten.

Was ist am 21.2. tatsächlich gelaufen?

Nach den eigenen Angaben des KBW fanden in etwa 100 Städten Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Selbst wenn man den Angaben des KBW Glauben schenken sollte, so haben nur in ganzen sieben Städten Demonstrationen mit mehr als 300 Menschen stattgefunden. Für eine e i n z i g e Stadt werden mehr als 1.000 Demonstranten genannt nämlich für Bremen.

Daß zumindest die Angabe zu Bremen maßlos übertrieben ist, zeigt die Zählung unserer Genossen, die nicht mehr als 600 Demonstranten ausmachen konnten.

Bei dieser Fälschung handelt es sich nicht um einen Einzelfall, denn auch die angegebene Demonstrantenzahl von Hamburg (lt. „KVZ" 600 Teilnehmer) zeigt, daß offenbar nach alter KBW-Manier nicht die Personen, sondern die Beine gezählt wurden. (Genossen unserer Organisation haben 300 bis 400 Menschen gezählt.)

Zu solchen Fälschermethoden muß greifen, wer dauernd von einer „*breiten Volksbewegung*" und „*grossen Massen*" schwafelt und sich mit solchen Phrasen zufrieden gibt, „ ... *daß die Massen die Aufrechterhaltung des § 218 nicht hinnehmen werden*" („KVZ" Nr. 8).

Während der KBW behauptet, daß „... *der Zusammenschluß der Massen* (!) *im Kampf gegen diesen Klassenparagraphen ... das ganze letzte Jahr Fortschritte gemacht* (hat)" sprechen die Zahlen deutlich gegen diese Behauptung.

Vergleichen wir die Zahlen in einigen Städten mit denen von vor einem Jahr, anläßlich des Bundesverfassungsgerichts-Urteils! So waren es damals in Göttingen 1.200 Menschen, aber nur 300 (lt. „KVZ") an diesem 21. Februar. In Hannover im vorigen Jahr 800 Menschen, an diesem 21. Februar nur 200. In Karlsruhe damals 2.000, diemal 70. In Kassel damals 1.700, diesmal nur 100. In einer Millionenstadt wie München bestand am 21.2. die „Volksbewegung" des KBW aus sage und schreibe 80 Demonstraten! In einer Arbeiterstadt wie Mannheim, wo der KBW seit seiner Gründung „arbeitet", brachte der KBW 150 Menschen auf die Beine (Angaben jeweils nach „KVZ" bzw. für letztes Jahr nach AK 57).

Als Beispiel sei auch erwähnt, daß der KBW in Aachen, wo er sich in einem Flugblatt brüstete, 6.000 Unterschriften gesammelt zu haben, nur 80 Leute zur Demonstration mobilisieren konnte. Hier zeigt sich nicht nur das groteske Mißverhältnis zwischen der Zahl der Unterschriften und der Breite der realen Bewegung gegen den § 218, sondern es verdichten sich auch die Zweifel, ob beim Zählen der Unterschriften alles mit rechten Dingen zugegangen ist!

Unserer Meinung nach äußert sich in der Negativbilanz des 21.2. nicht nur ein Nachlassen der spontanen Empörung, sondern wir sehen das auch als Ergebnis der vom KBW betriebenen Politik zum § 218.

Monatelang hatte der KBW seine Mitglieder und Sympathisanten mit Unterschriftenlisten herumgeschickt und hatte ihnen weiszumachen versucht, daß diese Unterschriften mit einer „Massenbewegung" identisch seien. Heute, wo diese Thesen allzu offensichtlich einem Vergleich mit der Wirklichkeit nicht mehr standhalten, versucht sich der KBW am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen, indem er die nichtexistierende Massenbewegung durch „breite Aufrufe" von „*zahlreichen Betriebsräten und Personalräten, Vertrauensleuten, Lehrern, Hochschullehrern, Ärzten und Juristen*" (KBW Bremen) hervorzaubert. Diese fehlende „Zustimmung der Massen" für die exklusiven Forderungen des KBW (Volksentscheid etc.) versucht er, mit Behauptungen wie dieser zu überspielen: „*Immer wieder blieben hunderte von Menschen auf den Gehsteigen stehen und hörten aufmerksam zu*". Oder: „*Obwohl sie* (die Demonstrationen) *oft klein waren, bei den Massen haben sie große Aufmerksamkeit und Zustimmung gefunden*".

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß im Gegensatz zur schönfärberischen Berichterstattung in der „KVZ" über die jüngste Kampagne gegen den § 218 die Bewegung nicht breiter geworden ist, sondern sich in Teilen Perspektivlosigkeit und Resignation breit gemacht haben. Richtig ist, daß der Einfluß des KBW in der Front der §218-Gegner sich rückläufig entwickelt – was eine positive Tenden ist, weil er keinerlei konkrete Perspektive anzubieten hat, außer dem Schnack: „*Die Forderunen des Volkes sind erst erledigt, wenn sie erfüllt sind!*", wobei er seinen „Volksentscheid" dummdreist als „Forderung des Volkes" deklariert.

Die Gegner des § 218 müssen heute weiterhin festhalten an der grundsätzlichen Forderung nach Abschaffung des § 218 und vollständiger Legalisierung der Abtreibung, Abtreibung auf Krankenschein! Für die Entwicklung besserer, unschädlicherer und bequemerer Verhütungsmittel ist eine weitere Forderung. Verstärkt wird es notwendig sein, Solidaritätskampagnen mit allen von dem § 218 betroffenen Frauen, Männern und Ärzten zu führen. Selbsthilfe zu organisieren wird eine weitere Aufgabe sein.

Die Propagierung dieser Forderungen werden wir nicht nur in unseren Publikationen betreiben, sondern auch auf geeigneten Demonstrationen und Veranstaltungen (wie z.B. zum 1. Mai, Jahrestag etc.). Darüber hinaus werden wir den Kampf sowohl gegen die repressive Anwendung des Paragraphen führen, wie auch für die besonderen Belange der werktätigen Frauen, und uns bemühen, hier eine breite, dauerhafte Kampffront aufzubauen. •

Bochum: Demonstration gegen § 218

„Zur Feier" des Jahrestages des Urteils des Bundesverfassungsgerichts machte die Frauengruppe Bochum einen Aktionszug. Mit Transparenten, Sprechchören und Liedern zogen ca. 70 Frauen und Männer durch die Bochumer Innenstadt. Der Aktionszug propagierte die Abtreibungs- und Verhütungsberatung im Bochumer Frauenladen. Aber im Mittelpunkt stand, daß Hollandfahrten nur eine Notlösung sein können und daß der Kampf für die Abschaffung des § 218 und das Selbstbestimmungsrecht der Frau geführt werden muß.

Am Abend fand eine Diskussionsveranstaltung der Bochumer Sympathisanten des Kommunistischen Bundes zum gleichen Thema statt. Getragen wurde die Veranstaltung von Genossinnen und Sympathisantinnen der Arbeitsgruppe Frauen des KB. Die Frauengruppe Bochum hielt einen eigenen Beitrag zur bisherigen Form der Selbsthilfe und wie sie weiterentwickelt werden muß.

Die meisten Anwesenden waren sich einig darüber, daß man auch in der BRD versuchen müsse, Formen der Selbsthilfe aufzubauen und deren Schutz durch breite Enthüllungsarbeit und Solidaritätskampagnen zu organisieren.

Von den ca. 60 Anwesenden wurden 186 DM für den Abtreibungsfond der Frauengruppe Bochum gesammelt. •

Eine Bochumer KB-Genossin

Narrenfreiheit für klerikale Dunkelmänner

...scheint es nicht nur in der VR Polen (vergl. AK 72), sondern auch noch in der DDR zu geben. So sprach sich die katholische Pastoralsynode der DDR am 29./30.11.75 gegen das Recht der Frauen auf Abtreibung aus. (In der DDR ist der Schwangerschaftsabbruch bis zum dritten Monat seit drei Jahren straffrei; von 1965-72 galt ein Indikationsmodell). Die Katholiken müßten „*auch weiterhin Ehrfurcht vor dem Leben*" haben und „*in der heutigen Zeit dem Sog* (!!?) *zum Schwangerschaftsabbruch widerstehen*". Als reine Demagogie erweisen sich die Beschlüsse der katholischen Pastoralsynode angesichts der Tatsache, daß die Schwangerschaftsabbrüche in der DDR seit der Legalisierung erheblich zurückgegangen sind. •

Gegen die Diskriminierung lesbischer Frauen

Zum Thema „Zwangsadoptionen" wurde in AK 72 von einem Fall in den USA berichtet, wo einer geschiedenen lesbischen Frau das Sorgerecht über ihr Kind abgesprochen wurde. Dies ist nun allerdings kein Einzelfall, sondern in den USA ein gängiges Mittel zur staatlichen „Bestrafung" der weiblichen Homosexualität.

Während normalerweise eine geschiedene Frau das unangefochtene Recht auf ihre Kinder zugesprochen bekommt, werden sie einer Lesbierin bei der Scheidung mit Gewalt weggenommen. In einer amerikanischen Studie über Scheidung und Kindersorgerechtfälle wird aufgezeigt, daß in jedem Fall, wo die geschiedene Frau eine Lesbierin war, sie das Sorgerecht für ihre Kinder verlor.

Im Interesse und zum „Schutz" der Kinder, versteht sich! Verzichtet ein Ex-Ehemann nun aus irgendwelchen Gründen auf die Vormundschaft über seine Kinder, so wird diese der Mutter gewöhnlich nur mit der Auflage übertragen, daß die Kinder ihren lesbischen Freundinnen nicht „ausgesetzt" werden dürfen!!

In den USA ist Homosexualität dem Gesetz nach durchweg strafbar. Wenngleich die Strafgesetze auch fast nie Frauen gegenüber angewandt werden, gibt es doch darüber hinaus unzählige Formen der gesellschaftlichen und sozialen Diskriminierung, durch die lesbische Frauen zu einer geächteten Minderheit abgestempelt werden.

Lesbierinnen werden (auch in der BRD) dreifach unterdrückt – als Arbeitskraft, als Frau und als Homosexuelle. Die Unterdrückung, der alle Frauen ausgesetzt sind, trifft sie noch um ein Vielfaches stärker.

Während Frauen im Beruf generell unterprivilegiert sind und niedriger bezahlt werden als Männer, muß eine lesbische Frau zusätzlich damit rechnen, von ihrem Arbeitsplatz gefeuert zu werden, wenn ihr Schwulsein bekannt wird, wobei sie zivilrechtlich in diesem Fall keinerlei Schutz genießt.

Die Abhängigkeit von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit ist zudem bei einer Lesbierin besonders groß, da sie sich bei Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht auf einen Ehemann stützen kann. So ist sie ständig gezwungen, sich vor ihrer Umwelt zu verleugnen und der Öffentlichkeit Theater vorzuspielen.

Eine besondere Diskriminierung geht darüber hinaus natürlich von Ärzten, Kirche und Rechtsprechung aus. So läßt sich z.B. an Gerichtsurteilen nachweisen, daß Lesbierinnen in den meisten Fällen härter bestraft werden als „normale" Frauen.

Gegen die Diskriminierung der Homosexualität! •

Einige homosexuelle Genossinnen und Genossen des KB/Gruppe Hamburg

DKP zum § 218:

Starke Worte – wenig Taten

Zur Verabschiedung des § 218 im Bundestag meldete sich auch mal wieder die DKP zu Wort.

„**DKP: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen**", heißt es in der „UZ" vom 13. Februar. Zitiert werden dann „*Millionen Stimmen*" aus Betrieben, Gewerkschaften, demokratischen Verbänden und – natürlich – der DKP. 10.000 Unterschriften hat die DKP dem Bundestag überreicht, über 700 Persönlichkeiten wandten sich schriftlich an das Parlament. Alles zur Durchsetzung der Fristenregelung und mit der Feststellung, daß diese „*verfassungsgemäß*" sei und die „*Indikationsregelung dem Grundgesetz widerspreche*" („UZ", 16.2.).

Das Makabre an der „verfassungstreuen" Orientierung der DKP ist, daß sie diese nach wie vor „wortradikal" vertritt, obwohl gerade auf diesem „verfassungsmäßigen" Wege alle Versuche, den § 218 abzuschaffen oder zu reformieren, gescheitert sind. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind die Grenzen, innerhalb derer eine Abtreibung erlaubt ist, eng gezogen. Und danach ist selbst die jetzt verabschiedete Indikationenregelung hart an der Grenze der „Verfassungsmäßigkeit"!

Demgegenüber trotzig auf der „Verfassungsmäßigkeit" der Fristenregelung zu beharren, kann kein Weg zur Beseitigung des § 218 sein.

Aktionen gegen den § 218 hat die DKP denn auch schon längst aufgegeben: Sowohl im November zur zweiten Lesung des Paragraphen, als auch zu dessen Verabschiedung und zum Jahrestag des Verfassungsgerichtsurteils war von Protestaktionen der DKP nichts zu spüren!

Widersprüchliches zur Fristenregelung

Die DKP tritt für die Fristenregelung ein, wie sie die SPD/FDP in ihrem 1974 verabschiedeten Gesetz einführen wollte.

Die Fristenregelung ist nur eine begrenzte Freigabe der Abtreibung. Sie stellt nach wie vor viele Fälle von Abtreibung unter Strafe und befreit die Frauen vor allem nicht von den unwürdigen Bedingungen, unter denen Abtreibungen vorgenommen werden.

Das Gegenteil behauptet die DKP: „*War damit*" (gemeint ist die Verabschiedung der Fristenregelung im Bundestag 1974 – die Red.) „*doch endlich Schluß mit den Engelmachern, den Kurpfuschern, aber auch gewissenlosen Ärzten, die sich ihre Leistung oft genug mit hohen Summen bezahlen ließen und zudem noch die Frauen nötigten, mit ihnen zu schlafen, ehe sie tätig wurden. Wie viele Frauen sind durch die Illegalität der Abtreibung in Lebensgefahr gebracht worden, wie viele mußten sich entwürdigender Behandlung aussetzen,*" (Marianne Konze, Frauenreferentin im Parteivorstand der DKP in „Für die Befreiung der Frau", Verlag „Marxist. Blätter").

In der Tat, so ist die Situation der Frauen, die abtreiben wollen. Daran hätte aber auch die Fristenregelung nichts Entscheidendes geändert. Zu dieser Erkenntnis kommt sogar die „UZ" vom 11.2. am Fall Österreich. Dort ist 1975 der alte §144 gefallen zugunsten der Fristenregelung – laut „UZ" ist damit „*eine der ältesten Forderungen der proletarischen Frauenbewegung ... durchgesetzt*". Zwei Absätze später heißt es: „*Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben jedoch gezeigt, daß in der Durchführung des Gesetzes über die Fristenregelung erhebliche Mängel bestehen*". Und diese sind:

- Weigerung der meisten Kliniken, Abtreibungen vorzunehmen
- Existenz von Privatkliniken, die zu hohen Preisen Abtreibungen vornehmen.

Die „UZ" stellt fest, daß „*sich trotz Fristenregelung bittere Tragödien abspielen*".

Dies hindert die DKP jedoch keineswegs, an anderer Stelle – wie z.B. oben zitiert – die Fristenregelung als Antwort auf alle Mißstände und als das Paradies auf Erden für die Frauen anzupreisen. Es hat die DKP nicht einmal gehindert, in einem Flugblatt des Parteivorstands im Dezember den westdeutschen Frauen lobend das Beispiel Österreichs zu empfehlen, wo „diese menschliche Regelung" (die Fristenregelung!!) schon verwirklicht sei.

Es ist offensichtlich, daß die DKP zum Problem von Millionen Frauen nicht bloß so gut wie gar nicht an Aktivitäten unternimmt, sondern daß sie zudem die Frauen zu verarschen versucht. Hier kann man sehr gut sehen, wie sich diese Partei t a t s ä c h l i c h zu den brennenden Problemen der werktätigen Menschen verhält, während sie gleichzeitig gigantische Anstrengungen vor allem in ihre Pressefeste u.ä. steckt, von denen sie sind anscheinend mehr „pub'city" verspricht als vom Kampf gegen den § 218.

Ein Witz am Rande: Während einer Veranstaltung in Hamburg sagte der DKP-Funktionär Gerns zur Frage, wie denn die DKP die Fristenregelung jetzt durchsetzen will: Da müßte man halt einen Volksentscheid machen. Und zu den jubelnden KBWlern gewendet: „*Das ist keine Erfindung von euch, das steht schon in unseren Thesen!*" ... Einen Glückwunsch an den KBW zu diesem Verbündeten! •

Für die ersatzlose Streichung der Leichtlohngruppen!

In einer Schlichtungsverhandlung wurde zwischen der IG- Metall und den Arbeitgebern in Hamburg vereinbart, ab 1. Januar 1977 die „Leichtlohngruppe 2" um 2% von 80 auf 82% des Facharbeitererecklohns zu erhöhen! Diese „Einigung" ist eine Verhöhnung der Frauen und ihrer berechtigten Forderung nach völliger Abschaffung der Leichtlohngruppen. Zwar gibt es offiziell keine Frauenlohngruppen mehr, aber in der Metallindustrie sind über 60% der Frauen in der sogenannten Leichtlohngruppe 2 gegenüber 0,5% Männern. 1955 hat das Bundesarbeitsgericht eine Klausel des Tarifvertrages für ungültig erklärt, nach der die Frau - damals schon- 80% der Männerlöhne erhalten sollte. Die Begründung des Urteils stützte sich auf den „Gleichheitsgrundsatz", der in der Verfassung festgelegt ist. Um die „armen" Kapitalisten nicht einer zu großen finanziellen Belastung auszusetzen, wurden die Leichtlohngruppen als ÜBERGANG vereinbart. Nach 12 Jahren nun sind aus den 80% ganze 82% geworden!

Die Benachteiligung der Frauen wird durch die prozentualen Lohnabschlüsse jedes Jahr weiter verschärft. Zum einen werden die Prozente auf den Tariflohn gerechnet, obwohl durch betriebliche Zulagen der tatsächliche Lohn in der Regel um 30% höher liegt. Zum zweiten berechnen sich die Prozente auf den Facharbeitereckloh (Lohngruppe 6). Insgesamt kommt dabei heraus, daß für die meisten Frauen jede Mark Tariferhöhung nur 80 Pfennige wert ist!

Außer vielen schönen Worten ist bislang von seiten der Gewerkschaftsführung wenig zur Unterstützung des Kampfes der Frauen getan worden.

Nachdem die „Leichtlohngruppe 1" anfang dieses Jahres in Verhandlungen abgeschafft wurde, von denen die meisten Kollegen bis heute nichts wissen, fand auch zu den jetzigen „zähen" Bemühungen um eine prozentuale Angleichung der „Leichtlohngruppe 2" wenig Information und keinerlei Mobilisierung statt. Ein Antrag des Frauenausschusses Hamburg in dieser Richtung wurde auf der Funktionärsversammlung mit fadenscheinigen Begründungen erst gar nicht zur Abstimmung zugelassen.

Die Kapitalisten von Valvo und Montblanc haben bei den Verhandlungen mit Entlassungen gedroht, falls „ihre" Frauen höher eingestuft würden! Solchen Einschüchterungsversuchen entgegenzutreten ist unbedingt Aufgabe der Gewerkschaften. •

Eine Metall- Genossin

„Bis daß der Tod Euch scheidet ..."

„Reform" des Eherechts 2. Teil

Wie nicht anders zu erwarten, hat die CDU/CSU Ende Januar d.J. ihre Stimmenmehrheit im Bundesrat dazu ausgenutzt, dem Gesetz zum Ehe- und Familienrecht die Zustimmung zu versagen und den Vermittlungsausschuß angerufen, was ein Inkrafttreten dieses „Reformwerkes" vor 1978 nicht erwarten läßt. Die Opposition gegen das neue Ehe- und Familienrecht zielt darauf ab, es in einzelnen Punkten, wie z.B. die Einführung einer „Härteklausel", die Scheidungen u.a. per Gesetz verbieten kann, noch reaktionärer auszubauen. Insgesamt sind sich alle Parteien darüber einig, Scheidungen zu erschweren und die „heilige" Familie verstärkt zu propagieren. (s. dazu auch ARBEITERKAMPF Nr. 73, 1. Teil).

Unterhaltszahlungen und Versorgungsausgleich...

Fortschritt für die Frauen? Nach bisherigem Scheidungsrecht ist der Punkt der Unterhaltszahlung verbunden mit dem Urteil des Gerichts über „Schuld" bzw. „Unschuld" der geschiedenen Eheleute. Da dieses Kriterium beim „Zerrüttungsprinzip" wegfällt, soll folgende Regelung eintreten:

- Wer nach der Scheidung die Kinder weiterversorgt und erzieht (§ 1571),
- wer zu alt oder zu krank ist, um nach der Scheidung zu arbeiten (§ 1572, 1573),

hat den Anspruch, vom bisherigen Ehemann/Frau „unterhalten" zu werden. Ferner muß der finanziell besser Gestellte auch für einen eventuellen „Übergangsunterhalt" aufkommen, wenn der bisherige Ehepartner trotz intensiver Bemühungen nicht gleich Arbeit finden sollte (also wohl in der Regel die Frau).

Dieser Unterhaltsanspruch gilt ferner auch, wenn jemand seine wegen der Heirat abgebrochene Lehre weiter fortsetzen will, gilt auch für die Zeit der ein- bzw. dreijährigen Trennung, die das Zerrüttungsprinzip beiden Eheleuten auferlegt (§ 1361, 1362) und hat selbst den Vorrang vor einer neu geschlossenen Ehe!

Bis auf die Einschränkung, daß die Ehe von sehr kurzer Dauer war oder die Scheidung mutwillig durch z.B. „verbrecherisches" Verhalten herbeigeführt wurde, kommt für einen Ehepartner eine enorme finanzielle Belastung während und nach der Scheidung auf ihn zu.

Eine ähnliche Entwicklung wird es beim „Versorgungsausgleich" geben, der besagt, daß sämtliche in der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften fifty-fifty unter den Eheleuten aufgeteilt werden. Da die Frauen in der Regel weniger verdienen als die Männer, bekommt die Frau dann die Hälfte des „Mehrbetrages" von ihrem Mann bzw. die bisher nicht berufstätige Hausfrau bekommt so die Hälfte des Rentenanspruches zugesprochen. Laut „Hamburger Abendblatt" soll das ein mehr von 20 % bei den Frauen und ein minus von 20 % bei den Männern ausmachen. Diese Regelung wurde hochgejubelt damit, daß *„dadurch erstmals ein Rentenanspruch auch für die nicht berufstätige Ehefrau"* erreicht würde („Frankfurter Rundschau" v. 16.9.75).

Die Tatsache, daß dieser „Versorgungsausgleich" zu Minirenten für beide führen wird, wurde lakonisch abgetan, daß bisher immer nur einer zum Sozialamt mußte, nun gehen halt beide.... Wahrlich sehr „gleichberechtigt".

Auch der Trick mit den „Nachzahlungen", die jedermann tätigen kann, sollte ihm die Rente zu niedrig erscheinen, ist ziemlich mies. Für DM 100,– mehr Rente müssen DM 16.000,– „nachgezahlt" werden, was für die Arbeiterklasse total unmöglich ist.

Geregelt werden sollen all diese Fragen bei der neu zu schaffenden Institution eines „Familienrichters", der für Ehe-, Ehescheidungs- und Scheidungsfolgesachen verantwortlich ist. Scheidungen sind zukünftig unmöglich, wo nicht gleich der gesamte Komplex von A - Z geregelt wird.

Das „Zerrüttungsprinzip" mit der auferlegten Trennungszeit, der Versorgungsausgleich sowie die Regelung der Unterhaltszahlungen sind einzig dazu angetan, Scheidungen zu erschweren. Den Eheleuten soll es anscheinend so schwer wie möglich gemacht werden, gerade auch in finanzieller Hinsicht, eine gescheiterte Ehe zu lösen. Zwar ist eine Besserstellung gerade der Frauen zu begrüßen, jedoch läßt sich der kapitalistische Staat dies nichts kosten, sondern bittet einen der bisherigen Eheleute zur Kasse. Dies mit mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung zu verwechseln, wie es u.a. auch die „Welt der Arbeit" des DGB propagiert, ist ein Trugschluß oder Demagogie.

Gerade die zu erkämpfende Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern verlangt es, sie nicht auch noch nach der Scheidung von seinen Finanzen abhängig zu machen, sondern daß dieser Staat gerade den Frauen durch entsprechende Unterstützung ermöglicht, eine Lehre aufzunehmen, zu arbeiten. die Kinder unterzubringen (in der Regel werden sie nämlich nach wie vor bei der Mutter bleiben) usw.

Aber – wie gehabt – werden nur wieder „Reformen" produziert, die den bürgerlichen Staat k e i n Geld kosten und die außerdem die reaktionäre Familien-Ideologie hochhalten. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Höhere Prozeßkosten für Ehescheidungen



Ab September haben sich die Scheidungskosten drastisch erhöht. Wurde bisher eine Scheidung als „nichtvermögensrechtliche" Auseinandersetzung behandelt, mit einem Streitwert von DM 3.000,–, so soll jetzt „das in drei Monaten erzielte Nettoeinkommen der Eheleute" herhalten, mindestens jedoch DM 4.000,–. Nach Berechnungen, die u.a. der „Spiegel" durchgeführt hat, dürfte eine Scheidung dann ca. DM 2.200,– kosten, während es nach der alten Regelung „nur" DM 1.167,– im Durchschnitt waren.



US-Gewerkschaftsführer: moderne Raubritter der Arbeiterbewegung

Am 30. Juli 1975 verschwand James R. Hoffa spurlos. Hoffa war ehemaliger Führer der „Teamsters" (Internationale Brüderschaft der Fuhrleute, Chauffeure, Lagerhausarbeiter und Helfer), der größten Einzelgewerkschaft in den USA mit 2,2 Mio. Mitgliedern. In dieser Einzelgewerkschaft (sie ist nicht Mitglied im AFL-CIO-Dachverband) kann darüber hinaus jeder lohnabhängige Amerikaner Mitglied werden. Diejenigen, die nicht freiwillig beitreten wollen, und damit den Einfluß der „Teamster"-Führer zu schwächen drohen, werden oft mit Gewalt zur „Mitgliedschaft" gezwungen.

Beispiel: Die kalifornischen Rebensammler und Zitronenpflücker haben begonnen, sich eine eigene Gewerkschaft aufzubauen, die „United Farm Workers" (Vereinigte Landarbeiter). Gegen diese Konkurrenz setzten die „Teamster"-Führer Schlägertrupps ein, die auch mit Schußwaffen (!) die Landarbeiter terrorisierten und sie so in die „Teamster-Gewerkschaft" zwingen wollten.

Insgesamt ähnelt die Geschäftspolitik und die Zusammensetzung der Hierarchie der „Teamsters" einem Gangstersyndikat. Örtliche „Teamsterbosse" vor allem in Detroit und Chicago, sind zugleich bekannt als Mafia-Größen.

Der Vorgänger von James Hoffa als Präsident der „Teamsters" hieß Dave Beck. Er hatte diesen Posten von 1932 bis 1957 inne. D. Beck mußte 1957 aufgrund seiner Verurteilung wegen Bestechung, Erpressung und Gewaltanwendung zurücktreten aber selbstverständlich gewährte ihm die „Teamster-Hierarchie eine fürstliche Jahrespension. Bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus. Dazu der Bericht eines Untersuchungsausschusses des US-Senats Ende der 50iger Jahre: *„Ein Vorstrafenregister ist die Vorbedingung für das Fortkommen in der Teamster-Gewerkschaft"* (lt. „Welt", 7.8.75)

Korrupte Gewerkschaftsführer gehen über Leichen

James Hoffa war brutal und machtgierig genug, alle Konkurrenten um die Führung dieser „Gewerkschaft" auszuschalten. Seine Karriere nahm ihren Ausgang in seinem Ortsverband Detroit 299, wo er sich seine Gang zusammenholte. Bereits Ende der 30iger Jahre wurde Hoffa (geb. 1913) ein führender Tarifunterhändler und erlangte hierüber soviel Geld und Macht (Schmiergelder der Kapitalisten, womit er sich dann eine „Hausmacht" kaufte), daß er 1941 zum Vizepräsidenten der „Teamsters" aufsteigen konnte.

In der westdeutschen Presse wird zur Rehabilitierung korrupter US-Gewerkschaftsführer immer gern die rührende Story erzählt, sie würden „ihrer Art entsprechend" ebenso energisch und brutal den Kapitalisten enorme Lohnerhöhungen abknöpfen und seien eben gerade deshalb alles in allem sehr beliebt bei den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern.

Ab und zu setzen die Teamster-Führer zweistellige Lohnerhöhungen durch, indem sie den betreffenden Kapitalisten damit „drohen", ihnen Ärger zu machen (z.B. die Reifen von LKWs zu zerstechen, Transportgüter zu zerstören u.ä.). Der Clou ist, daß der Kapitalist einwilligt, aber neben der Lohnerhöhung den „Teamster"-Bossen saftige Schmiergelder zahlt, wofür diese als Gegenleistung dem Kapitalisten erlauben, die Ausbeutung der Arbeiter wie nur irgend möglich zu intensivieren. (Daher gibt es in den USA praktisch keine tariflichen Vereinbarungen zum Arbeitsschutz oder zur Gesundheitsfürsorge.)

Arbeiter, die ohne Genehmigung der Bosse streiken, machen dann zwangsläufig eine schlechte Bekanntschaft mit den „Teamster"-Bossen!

Eine Opposition gegen amerikanische Gewerkschaftsbosse endet oft so wie im bekannt gewordenen Fall von Joseph Yablonski. Yablonski wehrte sich gegen die Korruption in der US-Bergarbeiter-„Gewerkschaft" und kandidierte für den Vorsitz in dieser „Gewerkschaft" gegen den Boß Tony Boyle. Daraufhin wurde Yablonski mit Frau und Tochter am 31.12.69 erschossen. Erst im September '75 wurde Boyle inzwischen 73jährig zu dreimal lebenslänglich verurteilt. Zitiert sei da noch einmal Hoffa: *„Es ist einfach, einen Berufskiller zu finden"*, für etwa 2000 Dollar („FR", 28.8.75). Die *„fanatische Anhängerschaft"* („SZ" 7.8.75) Hoffas, entspringt sie seiner Beliebtheit oder nicht vielmehr der Angst der Arbeiter vor Hoffas Skrupellosigkeit?

Die Beitragskasse: liebstes Kind von Hoffa

„Teamster"-Mitgliedern werden außer ihrem Beitrag noch 88 Dollar (220 DM!) im Monat vom Lohn für den „Pensionsfonds" der „Teamster"-Gewerkschaft" abgezogen. Dieser Pensionsfonds umfaßt mittlerweile ein Vermögen von knapp zwei Mrd. Dollar, und darüber verfügt a l l e i n die „Teamster"-Spitze. Dies erklärt natürlich auch die internen Rangeleien und Schießereien um die Führungspositionen.

Will ein „Teamster"-Mitglied Geld aus diesem Fonds (per Statut könnte es bis zu 550 Dollar = 1300 DM/Monat erhalten) muß das Mitglied über eingezahlte Beiträge Rechenschaft ablegen, und nicht etwa die „Teamster"-Führung. Der Clou ist, daß die Firmen die 88 Dollar/Monat vom Lohn der Arbeiter abziehen und überweisen. Im amerikanischen Transportgeschäft sind aber Firmenpleiten an der Tagesordnung, wobei es dann nach einigen Jahren nicht mehr möglich ist, irgendwelche Überweisungsquittungen etc. der Firmen aufzutreiben. Kurz gesagt: amerikanische Werktätige bezahlen Unsummen, sehen oft aber bei ihrer Pensionierung keinen Pfennig. Die letzte Rechnungslegung über den „Pensionsfonds" gab es am 29.2.72 (nach „Handelsblatt" -HB-, 9.9.75) aufgrund einer Klage (!) eines „Gewerkschafts"-mitgliedes.

Wo bleibt das Geld der Arbeiter? Folgende Gehälter gewähren sich die ersten Drei der „Teamster"-Hierarchie offiziell (inoffiziell natürlich weitaus mehr):

1. James R. Hoffa: nach vorsichtigen Schätzungen 500.000 Dollar/Jahr plus Spesen
2. Frank Fitzsimmons: 250.000 Dollar/Jahr plus Spesen
3. „Tony Pro" Provenzano (gilt als ein Mafia-Boß von Detroit) 96.000 Dollar/Jahr plus Spesen

(alle Angaben nach „HB", 9.9.75).

Ansonsten wird das Vermögen des „Pensionsfonds" verschoben in Spekulationsobjekte, an denen sich die Freunde von Hoffa und Fitzsimmons dumm und dösig verdienen.

Scheinprojekte wie die folgenden, bekannt gewordenen dienen nur dazu, Schmier- und Bestechungsgelder als Darlehen getarnt zu verschieben. Dabei sollen die mit Mitgliedsgeldern finanzierten Projekte natürlich bankrott gehen:

Bei Gaylord Products Inc., New Mexico, investierten „Teamster"-Bosse 6 Mio. Dollar, davon gingen 1,4 Mio. Dollar in die Taschen von sieben „Gewerkschafts"funktionären und ihren Freunden. Der hierzu abgehaltene Prozeß im April 1975 flog auf, da der Hauptbelastungszeuge nach guter „Teamster"-Tradition kurzerhand ermordet wurde.

Penasquitos Landerschließungsprojekt: 116,7 Mio. Dollar „angelegt" — Hoffas Freund Schenker ist mit 20 % beteiligt.

Unter dem Titel „Valley Die Cast Corporation" erhielt „Big Mike" Polizzi, ebenfalls Mafia-Boß aus Detroit, ein Darlehen von 1,2 Mio. Dollar von den „Teamster"-Bossen.

Seit 20 Jahren „ermittelt" der FBI gegen Hoffa. Dieser stand gut zwei Dutzend Mal vor dem Kadi, wurde jedoch jedesmal „mangels Beweise" freigesprochen. 1962 kam Hoffa abermals vor den Kadi, da er 1 Mio. Dollar Schmiergelder von Kapitalisten erpreßt (?) hatte. Auch diesmal lautete das Urteil auf Freispruch, da Hoffa zwei Geschworene bestochen hatte. Diese Bestechung flog aber 1964 auf und Hoffa wurde daraufhin zu acht Jahren Gefängnis veurteilt. Kurz darauf konnte er noch einmal wegen Postbetrugs (z.B. Anzapfen von Telefonleitungen) Veruntreuung, Bestechung u.ä. verknackt werden. Er bekam noch 13 Jahre.

Fitzsimmons kontra Hoffa: Zwei Gangster raufen sich um die Macht

Fitzsimmons kontra Hoffa: Zwei Gangster raufen sich um die Macht

Doch schon 1971 entließ Nixon, damaliger US-Präsident, Hoffa auf freien Fuß unter der Bedingung, daß er sich bis 1980 aus allen „Gewerkschafts"funktionen heraushalte. Bezeichnend für Hoffas Haftbedingungen ist, daß er die ganze Zeit über aus dem Knast heraus die „Teamsters" leitete. Erst kurz vor Nixons „Gnadenakt" übertrug er seinem damaligen Spezi und Vizepräsidenten der „Teamsters", Frank Fitzsimmons, die Führungsposition. Als Gegenleistung verpflichteten sich die „Teamsters"-Bosse dazu, daß die „Gewerkschafts"mitglieder ihr Kreuz bei den Präsidentschaftswahlen '72 hinter dem Namen Nixon machten.

Hoffas Freilassung und Fitzsimmons Weigerung, den Präsidentensitz der „Teamsters" wieder für seinen alten „Freund" Hoffa zu räumen – markierten den Anfang eines Machtkampfes nach allen Regeln der Kunst um den ersten Platz an der „Futterkrippe". Die 1,7 Mio. Dollar „Abfindung" (natürlich aus dem „Pensionsfonds") waren Hoffa noch lange nicht genug.

Hier einige Stationen des Bandenkrieges Hoffa – Fitzsimmons:

- Hoffa-Intimus Johnson zusammengeschlagen;
- Schrotsalven zerfetzen Hoffas Bürofenster;
- Fitzsimmons Auto wird in die Luft gesprengt;
- vor dem Haus eines Hoffa-Anhängers detoniert eine Bombe;
- Hoffas Jacht wird gesprengt.

(alle Angaben nach „Spiegel", 33/1975).

Am 30. Juli wollte dann Hoffa zu einer Unterredung in ein Detroiter Restaurant fahren. Seitdem ist er verschwunden . . . ●

USA-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg







Agrarindustrie: „Wer war das, Liebling?" – Fitzsimmons: „Ein obszöner Anruf! Und in einer Fremdsprache." (Viva la Huelga = Es lebe der Streik! Kampfruf der kalifornischen Landarbeiter).

Der Fall Patricia Hearst

Ein Fall, an dem sich jeder und alles gesund stößt!

Am 26.1.76 begann der Prozeß gegen Patricia Hearst, wohl die bekannteste Angeklagte in den USA heute. Der Fall Patricia Hearst ist nicht nur ein Fall von bestimmten Anklagepunkten (unerlaubter Waffenbesitz, Banküberfall etc.), sondern ist zu einem Paradefall von Frauenfeindlichkeit, Aberglauben, Publicity-mache, Geldgier, Skrupellosigkeit, verlogener Sentimentalität, Käuflichkeit, Terror, Menschenverachtung, politischer Provokation und Hetze geworden.

Die ganze Kaputtheit der amerikanischen Gesellschaft, die Perversität der Bourgeoisie, die Käuflichkeit von fast allem, der Lumpenjournalismus, zeigen sich in aller Deutlichkeit an den Ereignissen um Patricia Hearst.

Am 4.2.74 wurde P. Hearst, die Tochter eines der reichsten Zeitungsverleger der USA, durch Mitglieder der SLA (Symbionese Liberation Army) entführt.

An diesem Tag begann der „Life"-Krimi.

Ähnlich einer Volkstrauer war die „Anteilnahme" an der Entführung von P. Hearst. Ihr Schicksal verdrängte die Skandalgeschichten des damals noch amtierenden Präsidenten Nixon von den Titelseiten der US-Presse. Diese Sensationslust kam sicherlich den Verbrechern der Watergateaffäre sehr zupaß.

Pressestadt mit aufblasbaren Badewannen

Kurz nach der Entführung entstand vor dem Haus der Hearst eine regelrechte Pressestadt.

Mehr oder minder häuslich ließen sich die Journalisten dort nieder. Wohnmobile, Zelte, Wohnwagen wurden in der Straße aufgestellt, die mit Strom und Telefonanschlüssen ausgestattet waren. Telefone sind aber auch in Büschen angebracht, und manchmal klingelt das Telefon aus den Pinienbüschen oder aus den Rhododendronbüschen ...

Zwei Schilder sind vor diesem Wohnlager angebracht: Eins mit der Aufschrift „Press City" uns eins mit „Bitte die Reporter nicht füttern".

Am 7.2. erhielten die Eltern ein Kommunique der SLA, in dem P. Hearst als „Kriegsgefangene" bezeichnet wurde.
Kommunique der SLA, in dem P. Hearst als „Kriegsgefangene" bezeichnet wurde.
In einer zweiten Mitteilung wurde Hearst aufgefordert, für die Armen in Kalifornien Lebensmittel im Wert von 70 Dollar pro Person zur Verfügung zu stellen, andernfalls würde seine Tochter sterben. Insgesamt machte Hearst jedoch nur sieben Millionen Dollar locker. An den Verteilerstellen der Lebensmittel hatten sich lange Menschenschlangen gebildet.

Mit brutalem Zynismus ist in den Zeitungen zu lesen, daß nicht jeder bei der Warenausgabe ein Teil abbekam. Und das Fernsehpublikum war auch immer dabei: Wie Tausende sich um die Lebensmittel prügelten; wie sie aus Angst, von dem Nachbarn erkannt zu werden, TV-Teams in die Flucht schlugen oder wie Kaliforniens faschistischer Gouverneur Ronald Reagan sich öffentlich darüber Gedanken machte, ob man die Lebensmittel nicht besser vergiften (!!) sollte.

Einen Monat später, am 3. April, fanden die Gemüter neuen Grund, sich zu erregen: Auf einer Tonbandaufnahme war P. Hearst mit folgenden Worten zu hören: *„Ich bin vor die Wahl gestellt worden, entlassen zu werden oder der Befreiungsbewegung beizutreten und für meine Freiheit und die Freiheit aller unterdrückten Menschen zu kämpfen. Ich habe mich entschieden, zu bleiben und gegen die Feinde des Volkes zu kämpfen".*

In dieser Erklärung nannte P. Hearst ihre Eltern „Lügner" wegen ihrer Erklärung, sie seien um das Wohl ihrer Tochter besorgt. Sie nannte ihren Vater „Schwein" und „faschistischer Ausbeuter" und ihren ehemaligen Verlobten bezeichnete sie als „sexuellen Lustmolch" und die Polizei als „Schweine, die mich umlegen wollen".

Erstmals mußte das Märchen von der „Gehirnwäsche" herhalten. „Ich glaube nicht, daß meine Tochter zu den Terroristen übergelaufen ist", so die Mutter Hearst. Ganz wissenschaftlich sollte die ganze Sache auch aussehen; so wurde ein „Sprachanalytiker" hinzugezogen, der behauptete: „Meine Untersuchungen haben ergeben, daß das Mädchen zum Verlesen der entsprechenden Erklärung gezwungen wurde und nicht an das glaubt, was es da von sich gibt".

Doch Patricia Hearst sorgte für eine neue Überraschung: Am 15.4. nahm sie an einem Banküberfall teil und wurde auf Fotos identifiziert, die von einer automatischen Kamera aufgenommen worden waren.

Daraufhin wurde gegen Patricia Hearst Haftbefehl erlassen. Justizminister Saxbe erklärte sie zum „gewöhnlichen Verbrecher" und ihr Steckbrief prangerte an allen öffentlichen Gebäuden.

Ein amerikanischer „Baader/Meinhof"-Fall

Die wilde Jagd führte das FBI am 17. Mai 1974 zu einem Haus im „Schwarzen Viertel" von Los Angeles. Dort hatten angeblich besorgte Nachbarn einen Tip gegeben. Offensichtlich handelte es sich aber nicht um eine allgemeine „Vorsichtskontrollmaßnahme", sondern um eine von der Polizei geplante Aktion. Die Vorbereitung und Brutalität bei dieser Aktion lassen Vergleiche mit der „Baader/Meinhof"-Fahndung noch schwach erscheinen. 500 schwerbewaffnete Polizisten umstellten das Haus.

FBI-Vizechef Sullivan war mit seinen Mannen (schwerbewaffneten FBI Agenten mit Schäferhunden) auch zum Schauspiel erschienen.

Das Fernsehen wurde alarmiert und als die Übertragungswagen angerollt waren, konnte das „live"-Massaker ablaufen:



Patricia Hearst — vor Gericht

Patricia Hearst — vor Gericht

45 Minuten lang wurde das Haus unter Beschuß genommen. Die Begeisterung der Polizei-Killer kannte keine Grenzen: „Es ist wie in Vietnam" schrie einer der Polizisten einem Reporter des Magazins „Newsweek" zu, „wenn die mich doch nur Splitterbomben werfen ließen!".

Bomben wurde zwar nicht geworfen, aber immerhin Handgranaten! ... Zuschauermengen feuerten die Bullen an und alles lief „live" über die Bildschirme, nur gelegentlich unterbrochen durch Werbespots!!

Das Haus brannte total aus. Sechs Kameraden von Patricia Hearst wurden kaum noch identifizierbar in den Trümmern gefunden. Sie selbst war nicht unter den Toten, da sie gerade beim Einkaufen gewesen sein soll.

Kaum eine Woche später war das FBI bereit, Patricia Hearst für „vogelfrei" zu erklären. Sollte sie bei einer Festnahme Widerstand leisten, wird sofort geschossen, hieß es.

Der „Fall P. Hearst" ist sicherlich als das amerikanische Gegenstück der „Baader/Meinhof"-Fahndung zu bezeichnen. 25.000 Personen wurden befragt. Ein Stab von ständig 50 FBI-Agenten war mit dem Fall beauftragt. Schäferhunde wurden auf den Geruch von P. Hearst abgerichtet. Agenten mit Bargeld wurden in den „Untergrund" geschickt, um Hinweise zu erkaufen. Großfahndungen wurden durchgezogen und jede Tür wurde ohne Durchsuchungsbefehl eingetreten, hinter der man die Gesuchte vermutete. 3,5 Mio. Dollar hat den Staat die Großfahndung gekostet.

Am 18. September wurde Patricia Hearst festgenommen. Mit geballter Faust ließ sie sich abführen.

Frauenfeindliche Hetze

Zum „Fall" Patricia Hearst sind in der Presse eine ganze Reihe übler Geschichten über Patricia selbst und über die Frauen allgemein geschrieben worden.

Eine der übelsten und frauenfeindlichsten Stories ist wohl das Interview des ehemaligen Verlobten von P. Hearst, Steven Wood. *„So war die ‚liebe' Patricia wirklich: wild, lüstern, verdorben"* („Bild", 13.3.75). Da wird in einem Interview berichtet, daß dieses „sanfte Geschöpf" gar nicht so sanft gewesen sei; da wird breitgetreten, wann und von wem sie sich entjungfern ließ. Daß sie sogar als „höhere Tochter" mit einem Dachdecker schlief und daß sie Pornobücher liebe, wurde behauptet. „Patty" nahm auch jede Sorte von Rauschgift und sie haßte ihre Mutter. Die Entführer kamen ihr gerade recht, meinte zum Schluß der „Verlobte"!

Immerhin eine sechsstellige Summe kassierte er für diese Schweinerei. Wo und wie auch immer eine Frau an die Öffentlichkeit tritt oder getreten wird, sind die Frauenfeinde „bei Fuß" bereit. *„Ist Patricia Hearst dem schwarzen (!) Feldmarschall D. Defreeze sexuell hörig?"* fragte die „Bild"-Zeitung.

Es ist ja für diese Frauenfeinde eine ausgemachte Sache, daß Frauen nicht viel denken können. Wenn Frauen „schon mal handeln" dann aus anderen als aus e i g e n s t ä n d i g e n Gründen: So wurde Patricia Hearst mit Worten wie: labil, sexuell hörig usw. belegt. „Amerikas meistgesuchte Frau" mußte natürlich auch eine Liebesromanze haben. Und wenn keine Beweise dafür da sind, dann werden sie einfach angedichtet.

Wenn das ganze Tun von Frauen nun gar nicht begreiflich zu machen ist, dann gibt es auch die brutalste Interpretation anzubieten: *„Die verrückten Frauen! Sind Sarah Moere und Pat Hearst geistesgestört?"* („Harburger Anzeigen und Nachrichten").

Geschäft und Hysterie

Die Wirtschaft muß blühen und der „Kampf gegen den Terrorismus" darf nicht erlöschen. Nach diesem Motto entstanden auf dem amerikanischen Markt die diversen Patricia-Hearst-Artikel. Schallplatten über sie wurden fabriziert. Mehr als 30 Bände mit den abenteuerlichsten Vermutungen sind in den 19 Monaten seit dem Verschwinden alleine auf dem amerikanischen Markt erschienen. Vier neue P.-Hearst-Bücher sind angekündigt. Filme über Patricia Hearst sollen gedreht werden. Ansteckknöpfe wurden schon verteilt.

Schließlich gelang dem Verleger Hearst sogar ein besonderer Coup: Er machte ein ehemaliges Kidnapping-Opfer, den Journalisten Reg Murhy, zum Chefredakteur einer seiner Zeitungen.

zum Chefredakteur einer seiner Zeitungen.

Alles bringt eben Geld! Um den „Finderlohn" gab es regelrechtes Gerangel. Immer wieder wollte jemand Patricia Hearst gesehen haben. „Zeugen" wollen sie in Guatemala ebenso gesehen haben wie in Cleveland und San Franzisco, Hongkong, in Colorado oder in Mexico. Eine „Spur" ging sogar bis nach Cuba. In Las Vegas soll sie als Schwangere aufgetaucht sein. Briefe über Briefe trafen beim FBI ein, wo vom Tod und dergleichen Dinge mehr geschrieben wurde.

„Tanja"-Sichtungen wurden so populär wie die Meldungen von fliegenden Untertassen. „Alle Verrückten zwischen Mexico und Kanada, die einen Federhalter halten können, zeichnen eine siebenköpfige Kobra (das Zeichen der SLA) und schreiben derartigen Unsinn", meinte ein Beamter nicht unberechtigt, jedoch vergaß er, gleichzeitig zu sagen, daß die ganze Propaganda ihre Wirkung durch solche Briefe nicht verfehlte.

Die Hearst-Familie mischt kräftig bei dem Rummel mit

Den Hearsts war aber auch kein „Hilfsangebot" zu skurril. Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten!

Scharen von Wahrsagern und Hellsehern belagerten die Hearst-Villa und boten i h r e Art der Fahndung nach Patty Hearst an. Mit Hilfe des „Übersinnlichen" durfte losgespukt werden. Um die Übersicht zu behalten, wer wo in Trance versinkt, nummerierte Patricias ehemaliger Verlobter die wichtigsten „Gurus" von eins bis sieben. Ex-Astronaut Edgar Mitchell, seit seiner Mondlandung selbst zum „Übersinnlichen" bekehrt und Direktor eines „Forschungszentrums für Parapsychologie", half ihm, wenigstens die o f f e n k u n d i g „unseriösen" auszusortieren.

Mit pechschwarzer Sonnenbrille und Perücke wurde auch der selbsternannte „Geheimagent" Erich Erdstein bei den Hearsts vorstellig. Er soll angeboten haben, P. H. nebst Entführern zu kidnappen und nach Cuba zu bringen! ...

25.000 Dollar verlangte er für sein Unternehmen.

Und dann verhandelten die Hearsts mit dem Maffia-Gangster Cohen, der sich anbot, Patty für rund 50.000 Dollar zurückzukidnappen.

Um ein Haar wäre selbst Mutter Hearst noch in den Knast gekommen. So wurde sie einmal von der Polizei nach Waffen durchsucht, als sie gerade von einem Abendessen mit dem Gangster davonging.

Die Hearst-Familienstätten wurden zu Wallfahrtsorten für Hearst-Krimifreunde. Ebenso wie ein leerstehendes Farmhaus in Pennsylvania, in dem Patty auf der Flucht ein paar Wochen verbracht haben soll.

Allabendlich traten Patricias Eltern schluchzend vor eine Batterie von Mikrofonen und TV-Kameras. Ihre Appelle an die Entführer wurden zum regelmäßigen Bestandteil der Nachrichtensendungen.

Es gab einen Weihnachtsfernsehappell der Mutter („Mein Liebling Patty, wie sehr wir dich vermissen..."") und am 20. Februar einen Geburtstagsfernsehappell des Vaters („Wir hoffen, daß du an diesem Tag zu uns zurückkommst..."). Die Hearst-Zeitungen und -Journale waren die meistgekauften dieser Zeit! ...

Marx schreibt sehr richtig im Kommunistischen Manifest: **„Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt"!**

Die „beste" Anwaltsmafia steht zur Verfügung!

Insgesamt steht P. Hearst wegen 21 Anklagepunkten vor Gericht. Aber man braucht sich wohl gar nicht so sehr zu sorgen, meinen die Eltern, die Rettungskampagne ist schon Monate vorher vorbereitet worden.

Hearst hatte alles gut und teuer geplant. Schon im Februar 1975 hatte der Hearst-Clan einen Trupp von Rechtsanwälten zusammenstellen lassen, der sich auf die „Stunde X" vorbereitete. Es waren die „besten" Rechtsanwälte, die es für Geld zu kaufen gab. Unter ihnen ist der berüchtigte Strafverteidiger F. Lee Bailey. Etwa eine Million Dollar soll er für seine Anstrengungen kassieren das höchste Honorar, das in der amerikanischen Rechtsgeschichte an einen Verteidiger je gezahlt wurde! Dafür bietet der Anwalt aber auch allerhand: Sechs weitere Anwälte

Dafür bietet der Anwalt aber auch allerhand: Sechs weitere Anwälte

„von Rang" und ein Riesenstab anderer Hilfskräfte stehen ihm zur Seite. Ihr Verteidigungskonzept lag, lange bevor Patty dem FBI in die Falle ging, fest: **Patricia Hearst sei Opfer einer „Gehirnwäsche" geworden.**

Vor die Wahl gestellt, in der Zelle zu schmoren oder dem Drängen der Anwälte nachzugeben, unterschrieb Patricia Hearst eine vorgefertigte eidesstattliche Erklärung, in der sie eine Zusammenarbeit mit den Entführern leugnet.

Mit den üblichen Krokodilstränen wurde diese Erklärung von „Ich lebte vier Wochen in einem Schrank gefesselt" und „die Terroristen quälten mich, bis ich völlig willenlos war", in der Weltpresse beschrieben und beweint.

Es entstand eine traurig schöne Geschichte von Folterboxen, in denen sie ohne Licht und Nahrung eingesperrt gewesen sei; vom Bankraub, den man sie unter Todesdrohungen mitzumachen gezwungen habe; von der unerschütterlichen Liebe zu ihren Eltern, die sie schließlich wieder zurück nach San Francisco trieb und Patty bei alledem haarscharf immer am Rande des Wahnsinns vorbei. Dieses war wohl ein bißchen zu dicke. Für den Hearst-Clan war die Freude am Sieg zunächst zu früh: zwei Tage später widerrief „Patty" die Erklärung: So beschimpfte sie die Anwälte als „Anwaltsmafia", die ihr drei Tage lang die „Gehirnwäsche"-Theorie einzutrichtern versucht habe. Sie sagte, daß ihre politischen Ansichten heute „wirklich anders sind als damals", daß sie „mit keinem richtig offen reden" könne. Nach Hause wolle sie nicht. Sie arbeitete vielmehr gerade an einer „revolutionären feministischen Erklärung".

Patricia Hearst zwischen Todesurteil und „Irrenanstalt"

Am 5.2. eröffnete Bailey seine Verteidigung mit der alten Geschichte, um einige neue Details bereichert: Daß Patricia nur unter Zwang mitgemacht habe, daß sie sechs Wochen lang in einem Schrank eingesperrt war, daß sie reihum vergewaltigt worden sei, daß sie „mehrere hundertmal" (!!) mit dem Tode bedroht worden sei usw.

Patricia hat ihren anfänglichen Widerstand gegen diese „Strategie" ihrer Verteidigung offenbar vollständig aufgegeben. Mechanisch wiederholt sie die ihr von den Verteidigern eingetrichterten Geschichten. Wenn man in diesem Fall von einer „Gehirnwäsche" reden kann, dann j e t z t ! Die Eltern haben diverse Ärzte und Psychiater engagiert, die Patricia stundenlangen „Tests" etc. unterwarfen und die wohl dafür sorgen sollen, daß Patricia schließlich die ihr eingetrichterten Geschichten auch noch selbst glaubt. Als „Sachverständiger" wurde von den Eltern der Professor Hakker engagiert. Seine „Theorie" (u. a. auch in einem „Spiegel"-Interview verbreitet) ist, daß der gesamte „Terrorismus" auf psychologische Defekte zurückzuführen sei. Also genau der richtige Mann für die „Strategie" der Verteidigung!

Freilich muß Patricia Hearst das willige Mitspielen bei dieser Farce höchst verlockend erscheinen. Gegen sie droht im schlimmsten Fall ein T o d e s u r t e i l : In der Wohnung, wo sie verhaftet wurde, soll eine Banknote und einige Schuß Munition von einem Bankraub gefunden worden sein, bei dem eine Angestellte erschossen wurde! Zwar werden derzeit Todesurteile in den USA nicht vollstreckt, aber über die Wiedereinführung der Vollstreckung wird sehr intensiv beraten und sie scheint nicht unwahrscheinlich! „Bestenfalls" müßte Patricia Hearst mit lebenslänglicher Haft rechnen. Sollte sie wider alles Erwarten mit einer niedrigen Strafe davonkommen, schwebt über ihr die Drohung der Eltern, sie in einer „Nervenheilanstalt" unterbringen zu lassen so wie früher adlige und reiche Familien ihre „mißratenen" Töchter ins Kloster sperren ließen, um die „Schande" aus der Welt zu schaffen ...!

Wem nützt der ganze Rummel? Vieles spricht dafür, daß „Patty" Hearst die „Bemühungen" ihrer Eltern und des von diesen gemieteten Gesindels von Anwälten etc. eher schaden als nützen werden!

Die „Strategie" der Verteidigung scheint bisher wenig Glück zu haben: Das Gericht drückt ganz offen aus, daß es dem ganzen Blödsinn von „Zwang" und „Gehirnwäsche" keinen Glauben schenken kann. Der Antrag der Verteidigung, praktisch alle belastenden Dokumente (Tonbänder etc.) von dem Prozeß auszuschließen, wurde abgeschmettert. Daß Patricia zigmal Gelegenheit gehabt hätte, abzuhauen, wenn sie gewollt hätte, scheint kaum zu widerlegen.

Aus ihren eigenen Aufzeichnungen geht hervor, daß sie einen Monat nach der Entführung von den „Terroristen" sogar a u f g e f o r d e r t wurde, zu gehen, aber trotzdem blieb! ...

roristen" sogar a u f g e f o r d e r t wurde, zu gehen, aber trotzdem blieb! ...

Das Gericht wäre ganz sicher normalerweise nicht abgeneigt, einem Millionär und seinem „gestrauchelten" Töchterchen weitestgehend entgegenzukommen. Aber in diesem Fall hat es fast den Anschein, als hätten Eltern und Verteidigung des „Guten" allzuviel getan und ihr Manöver so plump (und publicity-süchtig) angesetzt, daß dem Gericht ein „mildes" Urteil kaum möglich wäre, ohne seinen bürgerlichen Klassencharakter vollständig zu entlarven. Man kann auch damit rechnen, daß die zumeist kleinbürgerlichen Geschworenen die Millionärstochter als „Terroristin" kaum mit Wohlwollen betrachten werden.

So entlarvt sich auch die vorgegaukelte Affenliebe der Hearst-Eltern für die „gestrauchelte" Tochter, für die ihnen scheinbar keine Ausgabe zu groß und keine Farce zu grotesk ist, als ein rücksichtsloses Spiel a u f K o s t e n von Patricia Hearst, bei der es den Eltern vor allem um ihr Ansehen und nicht zuletzt auch um Publicity und Geschäft zu tun ist.

**Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg**

Atom „versuche" an Menschen

Wie erst jetzt enthüllt wurde, ist in den USA bei der Entwicklung der ersten Atombombe in mehreren Krankenhäusern mit 18 Menschen experimentiert worden. Ihnen wurde radioaktives Plutonium in der zwei bis 145-fachen (!) Menge über der Toleranzschwelle für Krebs (durch in den Körper aufgenommenen harten radioaktiven Strahler) injiziert.

Die Versuchspersonen galten als „unheilbar krank", doch haben drei von ihnen bis heute „überlebt". Sieben der 18 Versuchspersonen starben binnen einem Jahr nach der Injektion, drei innerhalb von einem bis drei Jahren, zwei nach 14 bis 20 Jahren, eine nach 28 Jahren und über zwei Personen wusste man nicht anzugeben, wann sie gestorben waren. (Nach „Mopo" und „Frankfurter Rundschau" vom 23.2.76)

**Betriebszelle Beiersdorf
KB/ Gruppe Hamburg**

Kissingers Lateinamerikareise

Vom 16. - 25. Februar fand die lange geplante und mehrfach verschobene Lateinamerikareise vom US-Außenminister Kissinger statt. Er besuchte Venezuela, Peru, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica und machte eine kurze Zwischenlandung in Guatema. Auf der Abschlußkonferenz in Costa Rica traf Kissinger zusätzlich mit den Außenministern von El Salvador, Nicaragua und Panama zusammen („Neue Zürcher Zeitung" („NZZ"), 26.2.).

Kissingers Reise hatte zwei Schwerpunkte, die Gespräche mit den Faschisten in Brasilien und die Besuche in den Ländern, mit denen die USA in der letzten Zeit „Schwierigkeiten" hatten – wie vor allem Venezuela, Peru, Panama, Mexiko, das allerdings in der Reiseroute fehlt.

Die zunächst auffällige Tatsache, daß Kissinger das Chile Pinochets trotz früherer Zusagen nicht besuchte, hängt vor allem mit dem bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA zusammen: Das könnte Ford Stimmen kosten.

Ergebnis der Kissingerreise war die Festigung der Beziehungen zu Brasilien, das als „bedeutendster Verbündeter" der USA in Lateinamerika aufgewertet wurde. Parallel dazu bemühte sich Kissinger, das Verhältnis zu den sogenannten nationalen Regierungen in Lateinamerika – zumindest auf der diplomatischen Ebene – flexibler und „offener" zu gestalten.

Starke Proteste gegen Kissingerbesuch

Auf allen Stationen der Kissingerreise gab es Protestkundgebungen und Demonstrationen. Nach den spärlichen Informationen, die darüber durch die bürgerliche Presse sickerten, ging die Polizei überall mit Knüppeleinsätzen, Tränengas und Schußwaffen gegen die Demonstranten vor. Die peruanische „Revolutionsregierung" nahm vor der Ankunft Kissingers zahlreiche Studenten in Vorbeugehaft, in Venezuela wurde ein Teilnahmer an einer Anti-USA-Demonstration von der Polizei erschossen („Süddeutsche Zeitung", („SZ") 19.2. und „NZZ", 19.2.). In Kolumbien wurden 150 Studenten festgenommen, es gab zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten. Polizei und Armee (!) besetzten vorübergehend die Universität von Bogota („NZZ", 16.2.). Nur in der Friedhofsruhe Brasiliens konnten erst gar keine Proteste stattfinden.



Neuer Dialog? ?

In Venezuela, der ersten Station seiner Reise, verkündete Kissinger die Bereitschaft der USA, einen „neuen Dialog" mit Lateinamerika und ein „neues Klima inneramerikanischer Solidarität" zu schaffen („SZ", 19.2.). Er verlas eine *„große Botschaft an die lateinamerikanische Nation"*. Dort heißt es, die USA hätten in der Vergangenheit *„Fehler gemacht"*, *„leichtfertige Versprechen"* seien nicht verwirklicht worden und die lateinamerikanischen Länder müßten jetzt ihren *„eigenen Platz in der Weltwirtschaft finden"* („Frankfurter Rundschau" und „NZZ", 19.2.).

Hinter diesen wohlklingenden Sprüchen verbirgt sich nichts anderes als die massive Aufforderung, die Interessen des US-Imperialismus in Lateinamerika wieder stärker zu berücksichtigen. Denn Venezuela gehört – wie auch Peru – zu den Ländern, die durch ihren Rohstoffreichtum in den letzten Jahren einen gewissen Aufschwung nahmen. Durch die ökonomische und politische Schwächung der USA – vor allem durch deren Niederlage in Indochina-konnten sie einen – wenn auch begrenzten – Spielraum für eine eigenständigere Politik entwickeln, Ausdruck davon waren z.B. die (sehr halbherzigen) Verstaatlichungen internationaler Konzerne. (Venezuela verstaatlichte erst Anfang dieses Jahres alle ausländischen Erdölgesellschaften, räumte ihnen aber per Gesetz eine weitere Beteiligung bei der technologischen Entwicklung und Vermarktung ein) Ausdruck dafür sind die verbesserten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Kuba, die Unterstützung Panamas in seiner Forderung nach Souveränität über die Kanalzone oder auch die Gründung des „Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems" (SELA), in das Kuba aufgenommen wurde, die USA aber nicht.

Die „selbstbewußtere Politik" dieser Länder zeigt sich auch in der Tatsache, daß sie versuchen, sich die Konkurrenz zwischen den USA und Europa – dabei vor allem der BRD – zunutze zu machen. Erst im Herbst 75 besuchte Außenminister Genscher Venezela, Peru und Brasilien. Er wurde in allen Ländern wegen seiner *„gemäßigten Sprache"* gewürdigt, und die Politik der BRD gegenüber Lateinamerika wurde insgesamt als *„beispielhaft"* gelobt („Frankfurter Allgemeine" („FAZ"), 25.11. und („FR", 22. und 24.11.).

Genscher schloß damals verschiedene Hilfs- und Kooperationsverträge und setzte das Atomabkommen mit Brasilien in Kraft. *„Die Bonner Aussenpolitiker wollen sich die Tatsache zunutze machen, daß die BRD. . . vor allem in Lateinamerika einen guten Ruf genießt* (weil sie noch nicht so deutlich wie die USA als imperialistische Macht entlarvt ist, AK). . . *und daß in vielen Teilen der Dritten Welt durch Loslösung von den Großmächten ein gewisses Machtvakuum entstanden ist*" („Handelsblatt", 25. 11.).

Verbunden mit der Aufforderung zum „neuen Dialog" machte Kissinger deutlich, an welchen Punkten die USA nicht mit sich spaßen lassen. So wetterte er auf fast allen Stationen seiner Reise gegen die kubanische Hilfe für Angola. Er „warnte" – insbesondere an die Adresse Perus – vor dem *„Verlust der außenpolitischen Flexibilität durch den Anschluß an den Block nicht-Pakt-gebundener-Staaten"* („SZ", 20.2.) und davor, die SELA zur Konfrontation mit den Industrienationen zu nutzen („SZ", 23.2.). Neben diesen Drohungen führte er konkrete Verhandlungen über die Abstumpfung der Verstaatlichungsmaßnahmen, trat für „enge Kooperation" auf „gleichberechtigter Ebene" (?) in Rohstofffragen ein und er versprach in Venezuela, das US-Handelsgesetz zu lockern (Dieses Gesetz schaffte für Venezuela ungünstige Handelsbedingungen mit den USA und war als „Strafmaßnahme" gegen die OPEC-Länder – zu denen auch Venezuela gehört – initiiert worden, nachdem diese ihre Erdölpreise angemessen erhöhten.).

Keineswegs ist der Einfluß der USA in den lateinamerikanischen Ländern so angeschlagen, daß Kissinger ihnen mit schönen Sprüchen hofieren müßte. Vielmehr besitzen die USA nach wie vor 75% aller ausländischen Kapitaleinlagen in Lateinamerika und besitzen damit 40% der gesamten Industrieproduktion des Kontinents; rund 5 Mrd. Dollar Profit fließen jährlich aus den lateinamerikanischen Ländern in die USA (Uschner, „Lateinamerika", S.33). Zur Kontrolle des Kontinents sind die USA keineswegs allein auf diplomatische Kontakte angewiesen. So wird z.B. die Mehrheit der lateinamerikanischen Offiziere von US-Beratern oder direkt in den USA ausgebildet. Das dichte Netz von CIA-Agenten hat erst im Herbst vorigen Jahres seine Wirksamkeit erneut unter Beweis gestellt, als in Ecuador ein rechter Putschversuch zur Sicherung der nordamerikanischen Ölinteressen durchgeführt wurde, der im Januar dieses Jahres zur Einsetzung einer US-freundlicheren Regierung führte (vgl. AK 72).

D.h., Kissinger hat es nicht nötig, auf eine „Good-Will-Tour" durch Lateinamerika zu gehen. Seine Reise ist vielmehr eine Komponente innerhalb der vielfältigen Möglichkeiten und Taktiken der US-imperialistischen Politik.



Kissinger mit dem venezolanischen Präsidenten Perez

„Wer Brasilien kontrolliert – kontrolliert den Kontinent" (R.Nixon)

Die Gespräche, die Kissinger in Brasilien, dem Hauptziel seiner Reise, führte, wurden von beiden Seiten als *„sehr zufriedenstellend"* und *„fruchtbar"* bezeichnet („SZ", 23.2.).

In einem formellen Akt wurde festgelegt, daß zweimal jährlich Gespräche der Außenminister beider Länder stattfinden. Die USA verpflichteten sich, *„Brasilien vor einer Entscheidung in weltpolitischen Angelegenheiten zu konsulitieren"* („SZ", 23.2.). Brasilien gab die Zusicherung, keinem Rohstoffkartell beizutreten („NZZ", 24.2.). Kissinger versicherte, daß Brasilien ein *„gleichberechtigter Partner der USA"* sei und sich zu einer neuen *„Weltmacht"* entwickelt habe („FR", 23.2.).

Brasilien ist nach den faschistischen Militärputschen 1964 und 1968 systematisch zum Statthalter der USA in Lateinamerika aufgebaut worden. Mit Investitionen in Mrd. Höhe, unfangreichster Militärhilfe und enger personeller Verflechtung zwischen US-Beratern und brasilianischen Behörden ist das *brasilianische Wirtschaftswunder* produziert worden. Es profitieren von diesem „Wirtschaftswunder" in erster Linie die Imperialisten, vor allem durch ihre brasilianischen Niederlassungen, wie z.B. VW do Brasil, weiter die brasilianische Großbourgeoisie und Teile der mittleren Bourgeoisie bis ins Kleinbürgertum (Techniker usw.).

Die brasilianischen Massen bekamen die Kehrseite dieses „Wirtschaftswunders" zu spüren: Eine ungeheure Verelendung bis hin zum systematischen Massenmord (vgl. die beiden Brasilien-Artikel in diesem AK). Die brasilianischen Faschisten unterstützten seitdem die USA „tatkräftig", wenn es darum ging, in Lateinamerika für Friedhofsruhe zu sorgen, z.B. durch Finanzhilfen, Ausbildung und Bewaffnung der reaktionären Truppen für den Rechtsputsch in Bolivien. Brasilien unterstützte die Intervention der USA in der Dominikanischen Republik mit eigenen Truppen, war bereit, Uruguay innerhalb von 30 Stunden zu besetzen, für den Fall, daß die Volksfront bei den Wahlen im November 1971 gesiegt hätte („Brasilien-Report", S. 28) usw. usf.

Andererseits brachte der brasilianische „Aufschwung" die Entwicklung eigener ökonomischer und aussenpolitischer Aktivitäten der brasilianischen Faschisten mit sich.

So stimmte Brasilien z.B. der Zionismus-Rassismus-Resolution in der UNO zu und erkannte relativ früh die MPLA in Angola an, um günstige Bedingungen für die umfangreichen brasilianischen Investitionsvorhaben in Afrika zu schaffen („SZ", 23.2.) (Ähnlich ist auch das Atomabkommen zwischen Brasilien und der BRD – und nicht den USA – zu sehen).

Diese Initiativen Brasiliens bedeuten keine Gefährdung des US-Einflusses – dazu ist die personelle und Kapitalverflechtung in allen ökonomischen und militärischen Bereichen zu groß.

Sie bedeuten aber, daß Brasilien nicht nur als der Statthalter im lateinamerikanischen „Hinterhof" der USA betrachtet werden kann.

(Von der neuen Rolle Brasiliens können Teile des US-Imperialismus sogar profitieren: Eine US-Firma „do Brasil" hat es bestimmt leichter, z.B. in Afrika Fuß zu fassen!)

Den USA ging es darum, diese Rolle Brasiliens zu nutzen und daher die Beziehungen zu Brasilien als engem und zuverlässigem Bündnispartner zu festigen.

Kissinger hat in seinen Vereinbarungen – durch die regelmäßigen Konsultationen und die Ablehnung von Rohstoffkartellen – brasilianische Alleingänge verhindert, er hat zugleich durch die gefestigte Zusammenarbeit mit Brasilien die Kontrolle über den lateinamerikanischen Kontinent abgesichert. •

Lateinamerika-Kommission

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld: Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr Bahnhofstraße

Braunschweig: 3300 Braunschweig Postlagerkarte 081378 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro 28 Bremen, Fedelhören 77 Öffnungszeiten: mittw. 16-19 Uhr freitags 15-19 Uhr sbds. 10-14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1 Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H.Lankau 242 Eutin Postlagerkarte A 022864

Flensburg: Peter Petersen 239 Flensburg Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr vor Hertie

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro 6 Frankfurt/M. 90 Kurfürstenstraße 8 öffentl. Bürostunde: Mittwoch 15.30-18 Uhr Samstag 14.30-16.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen Kontakt: R.Kruppa über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF Literatur-Vertrieb + Büro 2 Hamburg 6 Susannenstraße 41 Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch z.Hd. KB 3 Hannover Rehbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider 234 Kappeln/Schlei Postlagernd

Kassel: Florian Rohs 35 Kassel Goethestr. 31

Kiel: W.D.Scheel 23 Kiel 1 Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund) 83 Landshut Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: KB/Gruppe Lüneburg Samstag 11-13 Uhr in der Bäckerstraße

Lübeck: c/o Arbeiterbuch 24 Lübeck 1 Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: P.Wurzbacher 241 Mölln Postfach 1362

Nürnberg: G.N.K. Thomas Gradl 85 Nürnberg 16 Postfach 16 03 65

Oldenburg: AK-Vertriebsbüro 29 Oldenburg Nadorster Str. 190

Kreis Pinneberg/Steinburg: 208 Pinneberg Postlagerkarte A 022926

Reinbek: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Stade: Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr am Pferdemarkt

Westberlin: A.Radtke 1 Berlin 21 Thomasiusstr. 2 Freitag 16-19 Uhr

Redaktion und Verlag: 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91



lateinamerika aktuell

ARGENTINIEN

Forderungen der Montoneros

Die linksperonistischen Montoneros sind die Organisation in Argentinien, die neben – und heute auch manchmal gemeinsam mit – der ERP/PRT die größten und erfolgreichsten bewaffneten Aktionen durchführen. Eins der erfolgreichsten Beispiele dafür war die Entführung des Mercedes-Managers Meth, der erst freigelassen wurde, als alle Forderungen der kämpfenden Mercedes-Arbeiter erfüllt waren (vergl. AK 73). Eine der Bedingungen für seine Freilassung war eine Anzeige, die die Mercedes-Geschäftsleitung in zehn nationalen und internationalen Zeitungen veröffentlichen mußte. Darin wurde u.a. das Minimalprogramm der Montoneros, das sie schon im August '75 in fünf Forderungen an die Regierung stellten, wiedergegeben.

Die ersten drei Forderungen richten sich gegen die Repression und gegen die Unterdrückung der fortschrittlichen Gewerkschaften:

gegen die Unterdrückung der fortschrittlichen Gewerkschaften:

„1.Rücktritt von Maria Estella Martinez und sofortige Durchführung von Wahlen ...

2. Sofortiger Stopp der repressiven Politik:



Militär in Argentinien: Massenverhaftungen und Razzien gehören zum Alltag

- *Aufhebung des Ausnahmezustandes,*
- *Aufhebung der repressiven Gesetzgebung;*
- *Freiheit für alle politischen Gefangenen ...*
- *Freie politische Betätigung und Pressefreiheit im ganzen Land;*
- *Verfolgung, Verhaftung und Bestrafung aller, die die Morde der AAA durchgeführt oder angestiftet haben – einschließlich des flüchtigen Kopfes der AAA, Lopez Rega;*
- *Rückzug der Streitkräfte aus Tucuman. Seit August hat die Repression weiter zugenommen. Die Streitkräfte sind nicht nur in Tucuman aktiv, sondern im ganzen Land. Folter und Massaker werden fortgesetzt. Die Menschenrechte existieren nicht.*

3. Errichtung völliger Gewerkschaftsdemokratie durch die Abhaltung von Wahlen in allen Gewerkschaften, die zur Zeit vom Staat kontrolliert werden. Das Gewerkschaftsgesetz muß so geändert werden, daß es demokratische Gewerkschaften zuläßt".

Anschließend fordern die Montoneros die sofortige Durchführung *„wirtschaftlicher Dringlichkeitsmaßnahmen"*, u.a. die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern, gerechtere Einkommensverteilung *„auf Kosten der Multinationalen und der Agraroligarchie"*, eine neue Steuerpolitik, Einführung von Preiskontrollen und flexiblen Mindestlöhnen und schließlich staatliche Unterstützung für die kleinen und mittleren Betriebe.

Außerdem müsse sofort die *„Authentische peronistische Bewegung"* einberufen werden, *„um da Erbe der nationalen Befreiungsbewegung zu erfüllen, das die verräterischen Bürokraten, die jetzt die justizialistische Bewegung kontrollieren, aufgegeben haben"*. *„Wir betrachten die Organisation des offiziellen Peronismus, der von den Handlangern des Imperialismus beherrscht wird, für beendet und halten es für notwendig, Strukturen zu schaffen, die geeignet sind, den*

ten es für notwendig, Strukturen zu schaffen, die geeignet sind, den

Kampf zu führen und unser Volk zu befreien. ... Peron oder Tod! Es lebe das Vaterland!Montoneros" (aus: „Guardian", 24.12.75).

Damit haben sich die grundlegenden Positionen der Montoneros trotz ihrer Erfahrungen mit Peron und den peronistischen Regierungen nicht wesentlich geändert. Nach wie vor ist Peron (bzw. sein Geist) der „Gran Lider". Die Montoneros sehen im Peronismus keine Spielart bürgerlicher Politik, sondern kämpfen immer nur darum, die antiimperialistischen Strömungen der ganzen Bewegung zu stärken und die „guten Absichten" Perons gegen die Reaktion zu verteidigen. Dadurch nähren sie – gerade im kämpferischen Teil der argentinischen Arbeiterklasse – immer wieder neue Illusionen über den Charakter der peronistischen Bewegung und tragen zur ideologischen Bindung der Arbeiterklasse bei.

Seit Jahren gab es darüber harte ideologische Auseinandersetzungen zwischen Montoneros und ERP/PRT, Auseinandersetzungen, die aber zur Zeit zugunsten des gemeinsamen Kampfes gegen die Unterdrückung und die Gefahr einer Militärdiktatur in den Hintergrund gestellt wurden. (Vergleiche DIE INTERNATIONALE Nr. 11). •

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Presseerklärung der „Revolutionären Arbeiterpartei" (PRT/ERP)





Genossen der Bergkompanie der PRT/ERP in Tucuman

Genossen der Bergkompanie der PRT/ERP in Tucuman

Im folgenden geben wir zusammengefaßt den Inhalt einer Presseerklärung der PRT/ERP vom 30. 12. 75 wieder.

In der Erklärung geht die PRT zunächst auf die Konferenz der Streitkräfte ganz Lateinamerikas im Oktober 75 ein, wo beschlossen wurde, gemeinsam gegen revolutionäre Kräfte vorzugehen und selbst die Intervention von US-Truppen gegen die Guerilla zu begrüßen.

Es liegen Beweise vor, daß in Tucuman (einem der Hauptkampfgebiete der PRT/ERP) die militärischen und paramilitärischen Banden, die gegen die Guerilla und das Volk vorgehen, direkt vom CIA angeleitet werden.

Die Bilanz der Kämpfe in Tucuman ist folgende: *„In den letzten drei Monaten fanden 17 größere bewaffnete Auseinandersetzungen statt, in denen die Guerilla 26 Verluste erlitt (19 Tote und sieben Verletzte, von denen zwei verhaftet wurden), während die Verluste des Feindes mindestens 236 betragen."* Es gibt Gründe für die Annahme, daß die Armee Truppen zurückziehen und durch neue ersetzen mußte, weil die Demoralisierung in den Truppen zu groß wurde. Das heißt, die ständigen Meldungen der Militärs über Erfolge bei der Zerschlagung der Guerilla sind nichts als Zweckpropaganda.

Zwei strategische Gebiete

Auf der Sitzung des Zentralkomitees der PRT im Juli 75 wurden zwei strategische Gebiete festgelegt: Eins der großen Städte (Buenos Aires, Rosario, Cordoba, die Industriezentren am Parana-Fluß – in diesem Gebiet leben 60 % der Bevölkerung). Und das andere: die Landgebiete im Norden, die für die Entwicklung der Landguerilla günstig sind, mit ihrem Mittelpunkt in Tucuman. *„Dies bedeutet, daß unsere Organisation eine Änderung in der Verteilung ihrer Kräfte vornahm und diese in den Bergen Tucumans und den anderen strategischen Gebieten konzentrierte".*

Zur aktuellen Lage – zu den Wahlen

Im Juli 75 hatte die PRT ein Waffenstillstandsangebot an die Regierung gerichtet, um mit allen Mitteln für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten einzutreten. Bedingung war die Freilassung der politischen Gefangenen und die Aufhebung der repressiven Gesetze. Die Regierung ging auf das Angebot nicht ein, sondern verschärfte die Repression gegen alle Teile des Volkes.

Parallel zu der kürzlich bekanntgegebenen Vorverlegung der Präsidentschaftswahlen hat die Regierung ihre Repression weiter verschärft. Das Ziel ist, *„die Entwicklung der revolutionären Kräfte zu verhindern, während sie zur gleichen Zeit die Möglichkeit einer demokratischen Öffnung ankündigen."* Aus der Wahlankündigung zieht die PRT deswegen den Schluß, daß der Kampf um demokratische Freiheiten konkretere Formen annehmen muß. Folgende Forderungen stellt sie auf:

- Volle Gültigkeit der demokratischen Freiheiten, Einfrieren der Preise, Lohnerhöhungen;
- *„Für das Projekt einer revolutionären Verfassung . . .";*
- *„Für die Bildung einer breiten demokratischen und patriotischen Front"*, die dem Volk auch bei den Wahlen eine Alternative bietet.

Anwendung der Völkerrechtskonvention

Zum Schluß der Erklärung fordert die PRT die Anerkennung des Kriegszustandes in Tucuman durch die Vereinten Nationen. Ziel dieser Forderung ist, die Regierungstruppen zur Einhaltung der Völkerrechtskonvention von Genf zu zwingen, was die Behandlung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen in derKampfzone angeht. Die Forderung ergibt sich aus dem ungeheuren Terror gegen die Bevölkerung in Tucuman (Bomber werden eingesetzt, ständige Razzien und Verhaftungen) und auf Grund der Folterungen und Morde an gefangenen Kämpfern. (nach „Informationsdienst für unveröffentlichte Nachrichten", 3/76). •

Lateinamerika-Kommission

Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frauen

Die „Revolutionäre Arbeiterpartei Argentinien" (PRT) geht in einem Artikel in ihrer Zeitung „El Combatiente" auf die Situation der Frauen in Argentinien und ihre Rolle in der Revolution ein.

Gerade in Lateinamerika ist der „Machismo" noch tief verankert. Die Männer haben die absolute Vorherrschaft, die Unterordnung der Frau unter den Mann ist noch weitverbreitetes „Recht". Viele Kinder zu haben, gilt zum Beispiel als besondere Ehre des Mannes, weil es seine Männlichkeit unter Beweis stelle. Trotzdem zeigt sich, daß die Probleme und die Aufgaben der Revolutionäre zur Befreiung der Frauen in Argentinien sich von unseren nicht unterscheiden: *„In den Arbeiterfamilien ist es sehr alltäglich, daß die Ehefrauen der Genossen nicht aktiv am Kampf teilnehmen, den diese in der Fabrik führen. Sie sind meistens Zuschauer des revolutionären Kampfes. Diese Situation ist Produkt der doppelten Unterdrückung, unter der die Frau zu leiden hat; ihre Unterordnung unter den Ehemann, ihre Überzeugung, daß Politik nichts für Frauen ist. Dies ist ein schwerer Irrtum, Produkt der Ideologie und der von der Bourgeoisie eingeführten Erziehung. Die Arbeitergenossen müssen die ersten sein, die dies begreifen, den Kampf gegen die Vorurteile ihrer Frauen aufnehmen und sie davon befreien, indem sie sie geduldig in die Aufgaben der Revolution einbeziehen, indem sie sie für die Partei gewinnen, indem sie sie nicht nur als Ehefrau und Mutter ihrer Kinder betrachten, sondern als ihre Kampfgenossin.*

Es ist sicher, daß die Integration der Frauen in den Revolutionären Prozeß wohl sehr langsam und schwierig ist, aber wenn es erreicht ist, werden sich die Frauen durch ihren Mut und ihre Kühnheit hervorheben."

Die PRT, in der sich bereits immer mehr Frauen organisieren und auch am bewaffneten Kampf teilnehmen, gibt als wesentliche Aufgabe an, Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten zu organisieren und die Frauen zu *„führenden Kadern der Partei, zu Führerinnen der Revolution zu entwickeln, die Zellen und Gebiete anleiten und Verantwortung übernehmen."*

Die PRT ruft alle fortschrittlichen, patriotischen und revolutionären Frauen auf, sich der Revolution anzuschließen, die Kampfkommandos zu stärken, Kerne in den Frauen- und Massenorganisationen zu bilden, um für ihre grundlegendsten Rechte zu kämpfen." (aus „El Combatiente", Nr. 157) •

Eine Genossin
aus Harburg/Wilhelmsburg

Argentinien

Gegen den Terror in Argentinien

Am 15. 12. 75 wurde in Buenos Aires der Arbeiter Andres Seguil zusammen mit seiner Frau und fünf Kindern entführt. Seguil war linksperonistischer Arbeiterführer in der Firma Bendix Argentina und Mitglied der linken – kürzlich verbotenen – „Authentischen Peronistischen Partei". Über sein Schicksal und das seiner Familie ist bisher nichts bekannt gegeben worden. Auch über den Aufenthaltsort und Gesundheitszustand des linken Rechtsanwalts Roberto Quieto, der im Januar entführt wurde, haben die argentinischen Behörden noch keine Informationen gegeben.

Ebenfalls im Januar wurden acht Stahlarbeiter aus Villa Constitucion, darunter zwei Delegierte der klassenkämpferischen Gewerkschaften, ermordet. (siehe AK 74).

Am 2. 2. übergaben Vertreter der Evangelischen Studentengemeinde und der Lateinamerikanischen Studentengemeinde dem argentinischen Botschafter in Bonn ein Protestschreiben mit knapp 1.500 Unterschriften gegen die Repression in Argentinien.

Der Protest richtet sich gegen die Verhaftung und Ermordnung zahlloser fortschrittlicher Menschen; gegen die miserablen Zustände in den argentinischen Gefängnissen; gegen das Konzentrationslager Famailla in Tucuman; gegen die Bombardierungen in der Provinz Tucuman, vor allem auf die am dichtesten besiedelten Gebiete; und fordert die Freilassung der 4.000 politischen Gefangenen. (nach „Informationsdienst für unveröffentlichte Nachrichten", 3/76)

Lateinamerika-Kommission

In Buenos Aires haben die Bullen am 10. 1. 74 *„ein Ehepaar und dessen Kind in deren Personenwagen getötet. ... Ein zweites Kind des Ehepaares wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht."* („Frankfurter Allgemeine", 12. 1. 76).

Was hatte die Familie „verbrochen"? Sie fuhren ihr Auto zu *„dicht an eine Kirche ...., in der die Hochzeit eines Offiziers stattfand."* Die Bullen knallten sofort los, ohne vorher auch nur eine Warnung abzugeben. „Begründet" wurde der Mord damit, daß die Mordschützen sich einbildeten, *„daß es sich bei den Insassen des Wagens um Terroristen handele."* Durch die *„angespannte Lage"* sei *„der Irrtum (?) der Polizei"* unterlaufen. ●

Ein Lübecker Metall-Genosse

Ein Lübecker Metall-Genosse

Falsche Berichterstattung über den großen Guerillaangriff am 23. Dezember 75.

Im Arbeiterkampf Nr. 72 berichteten wir über den Großangriff der Guerilla auf das Waffendepot in Monte Chingolos. Wir verwendeten dazu Informationen aus dem „Stern", der „Süddeutschen Zeitung" und der „Frankfurter Rundschau". Der nachfolgende Bericht von argentinischen Genossen über den Kampf zeigt, wie notwendig es ist, die Nachrichten der bürgerlichen Presse immer wieder zu überprüfen und mit Vorsicht zu handhaben.

Der große Angriff auf das Bataillon 601 in Monte Chingolos am 23. Dezember 1975 wurde von der gesamten bürgerlichen Presse in einer Form, die den Tatsachen nicht entspricht, wiedergegeben. Der AK übernahm unkritisch diese Berichterstattung und druckte sie anschließend ab. Dieser Vorgang soll ein Warnsignal mehr sein. Nachrichten der bürgerlichen Presse müssen mit Vorsicht genossen werden.

Obwohl wir noch nicht das offizielle Kommunique der PRT/ERP bekommen haben, sind wir schon imstande, einige Einzelheiten über den großen Angriff von Monte Chingolos zu berichten.

Der Angriff war nicht – wie in der bürgerlichen Presse, aber auch im AK, berichtet – gemeinsam von PRT/ERP und Montoneros gemacht, sondern allein von der Revolutionären Volksarmee (ERP). Es waren die argentinische Regierung und die konterrevolutionäre Armee, die dieses Gerücht in die Welt gesetzt haben. Der Grund dafür wird erst deutlich, wenn man den Angriff vom 23. Dezember im Zusammenhang mit dem Verbot der „Authentischen Peronistischen Partei" (PPA) sieht. Die PPA wurde einen Tag nach der Schlacht, also am 24. Dezember, verboten. Da die Regierung immer die PPA mit den Montoneros in Verbindung brachte, benutzte sie den Vorwand der Schlacht, um die PPA zu verbieten. Montoneros dementierten aber dann die Teilnahme an dem Kampf.



Genossinnen der PRT/ERP, die im Kampf gefallen sind

In dem Arsenal von Monte Chingolos lagern alle im Ausland gekauften Waffen. Es ist das Hauptdepot der Armee. Die Aktion wurde von der ersten regulären Einheit der ERP durchgeführt. Es handelt sich hierbei um das Bataillon „Jose de San Matin" mit Sitz in Buenos Aires. Ein Bataillon umfaßt 500 Mann ungefähr.

Die Stärke des Bataillons wird deutlich, wenn man bedenkt, daß gleichzeitig – um vom Angriffsziel abzulenken – zwei andere Kasernen überfallen wurden, die Polizeireviere der Zone besetzt und die Autobahnen und Brücken die nach Buenos Aires führen, blockiert wurden.

Durch einen Verrat (der Verräter wurde nachher entdeckt und nach einer Gerichtsverhandlung exekutiert) war das Hauptangriffsziel schon vorher bekannt geworden. Es entfachte sich dann eine 45-minütige Schlacht, von der wir erst berichten können, wenn das Kommunique der PRT/ERP bei uns ist. Fest steht aber schon jetzt, daß diese eine wichtige Niederlage für die PRT/ERP war. 48 Genossen kamen ums Leben (26 im Kampf und 22 wurden ermordet, nachdem sie festgenommen wurden). Die ERP verlor darüber hinaus auch Kriegsmaterial. Die stärkste Repression aber mußten die Elendsviertelbwohner der Zone erleiden. Sie ermöglichten durch ihre Solidarität den geordneten Rückzug der Genossen.

Die Militärs haben danach fast 100 Elendsviertelbewohner ermordet. Die Leichen wurden danach in einem Massengrab auf dem Friedhof von Avellaneda begraben. Da wir schon die Dokumente der Verwandten der ermordeten Genossen und Elendsviertelbewohner besitzen, können wir sagen, daß die Leichen in grausamer Form verstümmelt worden sind. Ein großer Teil der Verwandten – die Mehrheit – durfte noch nicht mal die Leichen ihrer Kinder oder Eltern sehen. Das ist Argentinien heute. ●

Mit freundlichem Gruß
Eine Gruppe von PRT/ERP-Sympathisanten, Frankfurt

Immer tiefer in die Krise

Am 16. Februar wollten die oppositionellen Abgeordneten – darunter auch zahlreiche Peronisten – in einer Sondersitzung des Parlaments ein neues Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin einleiten. Die Regierung griff zum letzten Mittel, um dies zu verhindern. Sie zog alle ihre Anträge ans Parlament zurück und hob damit die Sitzungsperiode des Parlaments bis Mai auf. (In Argentinien ist die Sitzungsperiode beendet, wenn keine Regierungsanträge mehr vorliegen).

Mitte Feburar ließ Isabel die bekannte bürgerliche Tageszeitung „La Opinion" wegen „Aufwiegelung zum Staatsstreich" schließen („Süddeutsche Zeitung" (SZ), 16. 2. 76) und setzte die politische Fernsehsendung „Tiempe Nuevo" vom Sendeplan ab. („Neue Zürcher Zeitung" (NZZ), 20. 2. 76).

Um die Verwirrung noch zu vergrößern, ordnete Isabel die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung an, die alle Regelungen für die angekündigten Neuwahlen treffen soll („NZZ", 17.2.76).

Mit der vorzeitigen Auflösung des Parlaments und dem erneuten Ver-

Mit der vorzeitigen Auflösung des Parlaments und dem erneuten Ver-

such die Wahlen zu verzögern, tut Isabel objektiv alles, um dem Ruf nach „Recht und Ordnung" Vorschub zu leisten und das Eingreifen der Militärs zu provozieren. Sie stößt dabei aber auf den harten Widerstand ihrer eigenen Reihen.

Am 19.2. erklärte sie unter dem Druck der peronistischen Parteiführung, daß sie zu den nächsten Präsidentschaftswahlen nicht wieder kandidieren werde („NZZ", 20. 2. 76). Ende Februar gab die Regierung bekannt, daß der Wahltermin „nun endgültig" für den 12. 12. 76 festgelegt sei („SZ", 23. 2.).

Aber auch durch diese Maßnahmen und die zunehmende Ausschaltung Isabels ist die Krise der Bourgeoisie nicht gelöst. In denletzten Tagen häufen sich die Äußerungen bürgerlicher Politiker, die entweder vor einem Militärputsch warnen oder mit ihm drohen: *„Wenn die Präsidentin nicht zurücktritt, wird die verfassungsmäßige Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden können"* oder: *„Wenn es so weitergeht, wird es nicht mehr zu den Wahlen kommen"*. („SZ", 12. 2. 76). ●

wird es nicht mehr zu den Wahlen kommen". („SZ", 12. 2. 76). ●



Unfähig zu regieren oder gezielte Vorbereitung des Militärputsches?

Unfähig zu regieren oder gezielte Vorbereitung des Militärputsches?

CHILE

„Solidaritätsvikariat" in Chile berichtet über Foltern

In einer Dokumentation machte das „Solidaritätsvikariat" der chilenischen katholischen Kirche, das an die Stelle des von der Junta verbotenen Friedenskomitee trat, Angaben über den faschistischen Terror in Chile.

Seine Zahlenangaben dürften nach der Aussöhnung der katholischen Kirche mit Pinochet und der Einsetzung junta-freundliche Pfaffen an die Spitze des neuen Vikariats eher zu niedrig liegen und kaum das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors beschreiben. Aber immerhin: Dem Bericht nach sind seit dem Putsch im September 73 zwischen 15 000 und 20 000 Chilenen umgebracht worden, darunter mindestens 1 800 Personen, die nach ihrer Verhaftung spurlos verschwanden. Weiter wird berichtet, daß seit dem Putsch 130 000 Chilenen (1,3 % der Bevölkerung) für kürzere oder längere Zeit in Haft genommen wurden und mindestens eines der 22 namentlich bekannten Folterzentren durchliefen.

Die Zahl der politischen Häftlinge, die die Junta mit 4 000 angibt, liegt wesentlich höher. Das katholische „Solidaritätsvikariat" besitzt Unterlagen darüber, daß allein in den beiden Lagern „Tres Alamos" und „Puchuncavi" 750 politische Häftlinge sind. In ganz Chile gibt es aber über 30 Gefängnisse und KZ-ähnliche Lager, in denen vorwiegend politische Häftlinge einsitzen. Des weiteren konnte das Vikariat in seinem Bericht anführen, daß seit Mai '75 21 Personen verschwanden, deren Mord die DINA nicht als „Unglücksfälle" vertuschen konnte, da es Zeugen gibt. Auch über die Anwendung von „Schutzgesetzen" für Verhaftete gibt die Dokumentation Auskunft. Nach dem (Schutz)-Gesetz 1004 müßten die Gefangenen nach fünf Tagen entweder angeklagt oder freigelassen werden. Angewandt wurde diese Frist allerdings nur bei 9,7 % (!) aller Verhafteten. Von daher ist es kein Wunder, daß das jüngste chilenische Gesetz, das die Folter verbietet (!??) und die ärztliche Untersuchung eines Häftlings bei der Festnahme und nach der Entlassung vorsieht, vom Vikariat skeptisch als Augenwischerei beurteilt wird. (alle Angaben nach: „FAZ", 11.2.76 und „die tat", 20.2.76).

Lateinamerika-Kommission

Atomgeschäft mit Pinochet

Aus einem internen Bericht der Deutschen Botschaft in Santiago an das Auswärtige Amt in Bonn geht hervor, daß in Chile der erste Versuchsreaktor in Betrieb genommen wurde und gleichzeitig ein umfangreiches Programm zur Untersuchung und Ausbeutung von Uranvorkommen in Kraft trat. Bei der Uransuche seien u. a. „Experten" aus den USA, Kanada, Frankreich, Spanien und der BRD beteiligt. Die Uranvorkommen werden auf 1.375 Tonnen natürliches Uran und 165.000 Tonnen an uranhaltigem Kupfererz angegeben. Bei der Kupferverhüttung fielen jährlich allein 100 Tonnen Uran als Beiprodukt an.

Zur Finanzierung der Ausbeutung und Erschließung des Urans, der Maschinen und Technik usw. hat die Junta ein Gesetz verabschiedet, nach dem private ausländische Gesellschaften in diesem Bereich tätig werden können. Dazu der Botschafts-Bericht: *„Die Verbindung zur Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe wird im wesentlichen durch einen hier tätigen deutschen Experten (!) aufrechterhalten. Der geplante Besuch des Leiters der Karlsruher Behörde kam (noch?!) nicht zustande"*. (Nach „Chile-Nachrichten" 33/1976).

Der BRD-Imperialismus hat seine schmutzigen Hände überall im Spiel, vor allem, wenn es um seine eigenen Atommachtspläne geht! ●

Lateinamerika-Kommission

Säuberungen im Chilenischen Bildungswesen

Seit Bestehen der Junta werden Schulen, Universitäten und Institute von Antifaschisten gesäubert, und es wird streng auf die Verbreitung der faschistischen Ideologie geachtet. Die Junta verfuhr dabei nie zimperlich. So wurden über 80 000 Studenten von Universitäten und Fachschulen verwiesen und mehr als 3 000 Dozenten und Lehrkräfte allein an der Zentraluniversität in Santiago entlassen. An der Universität von Concepción verloren über 50 % der Lehrkräfte ihren Arbeitsplatz.

Jetzt wurde eine neue Säuberungswelle eingeleitet.

Am 5. 1. hat der neue Rektor der Universität von Chile, der Luftwaffenoffizier Julio Tapia Falk, bekannt durch seine Sympathien für die extreme Rechte, die Entfernung von rund 300 Rektoren, Vize-Rektoren und Dozenten gefordert. Ziel ist es, auch die Christdemokraten von ihren Posten im Universitätsbereich zu entfernen. Ähnliches spielt sich an der katholischen Universität Antafagosta ab: 50 christdemokratische Professoren wurden gefeuert.

Die ideologische Ausrichtung des höheren Bildungsbereiches ist ein Ziel, ein weiteres ist, die Auswahl insgesamt zu verschärfen. Durch Kürzung der Gelder für die Universität um 25 % will die Junta *„von der Ausbildung der Massen zur Ausbildung der Qualität"* kommen. („Le Monde", 18. 2. 76).

Allerdings regt sich in Kreisen der Professoren, sogar der Rechten, Widerstand.

Einer der anerkanntesten rechten Professoren, Jorge Millas, schrieb am 3. 1. im „Mercurio": *„Die überwachte Universität scheint mir keine Vorteile gegenüber der „engagierten", d. h. der vom Marxismus-Leninismus infiltrierten Universität zu haben."* ●

Lateinamerika-Kommission

Indianer – Ausrottung in Brasilien

Künftig dürfen ausländische Forscher nicht mehr *„in den sogenannten Zonen der nationalen Sicherheit im brasilianischen Amazonasgebiet arbeiten. Von diesem Beschluß wurden als erste die beiden Briten Peter Silverwood und Kenneth Taylor betroffen"* („Frankfurter Rundschau" vom 6.2.76). Es waren in der Vergangenheit sehr oft ausländische Völkerkundler, die vor der Weltöffentlichkeit die „Strategie Völkermord" der brasilianischen Militärdiktatur enthüllten. Ihre Ausweisung läßt befürchten, daß die Junta ohne lästige Zeugen eine schärfere Gangart bei der Ausrottung dieser Völker einzuschlagen beabsichtigt.

Das Amazonasbecken umfaßt fast die Hälfte des brasilianischen Staatsgebietes. Es ist bedeckt von der größten zusammenhängenden Waldfläche der Erde – auf brasilianischem Boden allein vier Mio. qkm. Dieser Dschungel ist die Heimat der Urwaldindianer. Zu Anfang dieses Jahrhunderts lebten ca. 230 verschiedene Stämme in Brasilien, heute sind es nur noch 140. – 90 Stämme wurden vollständig ausgelöscht.

Um diesem Völkermord entgegenzuwirken, wurde der Indianerschutzdienst SPI Anfang des 20. Jahrhunderts von Marschall Candido Mariano da Silva Randón gegründet. Der SPI förderte Reservatsprojekte, wie z.B. den Xingu-Nationalpark, der 1961 durch Präsident Janio Quadros eröffnet wurde. Diese Politik stieß aber sehr früh auf den geschlossenen Widerstand brasilianischer Großgrundbesitzer und ausländischer Imperialisten. Diesen waren die Indianer bei der ungehemmten Erschließung des Amazonasgebietes im Wege (siehe dazu in diesem AK: „Transamazônica – Straße der Imperialisten"). Dieser Widerstand nahm sehr bald mörderische Form an.

Der schwedische Völkerkundler Lars Persson enthüllte 1968, wie bei der Vertreibung der Indianer von ihren Ländereien vorgegangen wurde – mit Wissen und tatkräftiger Unterstützung der brasilianischen Militärdiktatur und der Indianer-„schutz"organisation SPI, die sich ganz den Interessen der Imperialisten untergeordnet hatte: In Kanada wurden Flugzeuge des Typs De-Harvillard-Carabou für den Einsatz mit Napalm (!) ausgerüstet. Damit wurden Indianersiedlungen bombardiert und völlig ausradiert. Andere Methoden: Verteilen von Geschenkpaketen an die ahnungslosen Indianer. Doch die Lebensmittel waren vergiftet: Zucker mit Strychnin, Salz mit Arsenik; Kleidungsstücke waren mit Krankheiten wie Blattern, Grippe und Masern infiziert, Krankheiten, gegen die die Indianer keine Widerstandskraft haben und die ebenfalls ganze Dörfer dahinraffften (nach „Frankfurter Rundschau", 24.9.69 und „die tat", 20.2.73).

Nachdem diese Verbrechen enthüllt waren und sehr breiten Protest hervorgerufen hatten, sah sich die brasilianische Regierung gezwungen, Konsequenzen zu ziehen: Der Leiter der SPI wurde des Mordes angeklagt, 200 Beamte mußten den Dienst quittieren und zwei Minister deminissionieren. Anstelle des kompromittierten SPI wurde die „Nationale Stiftung für Indianer" Funai gegründet. Diese Organisation „bekannte sich zu den Prinzipien der UNO und der internationalen Arbeiter-Organisation bezüglich der Menschen- und Minderheitsrechte". Die Regierung versprach durch *„die internationale Anteilnahme gedrängt, das Projekt Xingu-Nationalpark zu unterstützen und fünf neue Indianerparks zu schaffen: den Tumucamaque Park im äußersten Norden des Bundesstaates Para, Aripuana in Rondonia, im äußersten Westen von Mato Grosso, Araguaia auf der Insel Banānal, Ianomami im äußersten Norden Amazonas und Atalaia im Nordwesten Amazonas"* („Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten" („ID"), März '74).

Neben der Erhaltung des kulturellen und biologischen Gleichgewichts der Indios sah die Satzung der Funai die Achtung der Person und den Schutz der Institutionen der Indios sowie die Möglichkeit ihrer freiwilligen Integrierung vor („Die Welt", 16.1.73).

Am zweiten Punkt der Grundsatzerklärung der Funai, nämlich der Garantie des dauernden Besitzrechtes an den von den Eingeborenen bewohnten Gebieten sowie deren ausschließliche Nutzung durch sie selbst, zeigte sich am schnellsten, daß die ganze Grundsatzerklärung, so fortschrittlich sie sich anhörte, für den Imperialismus und die einheimischen Großgrundbesitzer nichts weiter war als ein Fetzen Papier: Seit 1970 wird an der Transamazônica gebaut. Sie verläuft an vielen Stellen mitten durch Indianerreservate, ohne daß die Funai jemals Widerspruch gegen diese Mißachtung ihrer eigenen Grundsätze angemeldet hätte. Im Gegenteil: Vertreter der Funai stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, Indianer zu vertreiben oder umzusiedeln. Dies wurde 1973 von General Medici durch einige Zusatzbestimmungen zum Indianerstatut legalisiert: Artikel 20 ermöglicht es der Regierung, im Indianergebiet zu intervenieren

a) zur „Auferlegung" nationaler Sicherheit,
b) zur Verwirklichung öffentlicher Vorhaben im Interesse der nationalen Entwicklung,
c) zur Ausbeutung von Bodenschätzen von wichtigem Interesse für die nationale Sicherheit und Entwicklung.

(Nach „ID", Mai '74).

Diese Zusatzbestimmungen wurden damit begründet, daß *„unsere Politik eine Politik der Integration der Indianer in die brasilianische Gesellschaft in kürzestmöglicher Zeit ist"* (Maricio Rangel Reis, Innenminister).

Für die Indianer heißt „Integration", entweder als billigste Arbeitskraft (z.B. Kautschuksammler) ausgebeutet zu werden, oder in Reservaten zusammengepfercht zu sein – in jedem Fall aber Vernichtung der natürlichen Lebensumstände.

Die von der Funai in den Nationalpark Araguaia umgesiedelten Curaia z.B. wurden auf einige hundert Mitglieder dezimiert. Die Männer sind dem Alkohol verfallen, die Frauen werden zur Prostitution gezwungen. 70% leiden an Tuberkulose, die Kindersterblichkeit ist erschreckend („ID", März '74).

Die Indianer haben kaum Möglichkeiten, sich gegen ihre Vernichtung zu wehren: Einige Stämme kämpfen mit Blasrohren und Pfeilen vergeblich gegen ihre Einweisung in Reservate (so die Curaia), andere versuchen, zurück in den Urwald zu fliehen (so die Ache). Einige Stämme wurden schon zu Hungerrevolten getrieben, so geschehen in der Diözese Sao Feli („FAZ", 30.8.75).

Die Politik der Faschisten gegenüber den Indianern kennzeichnet ausreichend dieser Spruch eines Präsidenten der Funai von 1970: Die Indianer seien „ein ethnisches Geschwür, ein Hindernis für den nationalen Fortschritt" („Neue Zürcher Zeitung", 25.1.75). ●

Brasilien-Kommission
KB/Gruppe Lübeck

Brasilien „Transamazonica"-Straße der Imperialisten

Der Terror

Brasilien „Transamazonica"-Straße der Imperialisten

Die ursprüngliche „Transamazônica" ist eine 2.500 km lange Straße von Estreito im Nordosten Brasiliens (Atlantik-Küste) bis Porto Velho nahe der bolivianischen Grenze. Aus dieser einen Straße ist inzwischen ein dichtes Straßennetz geworden. Spätestens in 10 Jahren soll der Bau abgeschlossen ein. Mittels dieses Strassensystems soll das brasilianische Amazonasbecken mit seinen Bodenschätzen für die imperialistische Ausbeutung erschlossen werden. Ein Blick auf die Karte des Amazonasgebietes zeigt aber, daß nicht nur die brasilianischen Bodenschätze zugänglich gemacht werden sollen, sondern daß sich die Militärdiktatur mit der Transamazônica ein „Stichstrassennetz" geplant hat, auf dem sie in die Nachbarländer einfallen kann. Denn außer einer Straße der Strecke Boa Vista nach Venezuela werden die anderen Straßen nicht in die anliegenden Länder verlängert werden. Im Westen, auf dem Boden Boliviens und Perus, liegen nach Vermutungen große Erdöllagerstätten. Im Norden, in Venezuela, Guayana, Surinam und französisch Guayana, befinden sich Uranlagerstätten. Nach beiden Rohstoffen hat die brasilianische Militärdiktatur großen Bedarf (man bedenke z. B. die Lieferung von Atomkraftwerken durch die BRD), so daß eine militärische Intervention zum Zwecke der Rohstoffsicherung nicht auszuschließen ist.

Bereits 1966 wurde das Amazonasgebiet von der US-Airforce fotogrammetisch aufgenommen (d. h. Auswertung fotografischer Aufnahmen zwecks Feststellung von Entfernungen, z. B. zur Landvermessung). Die Unterlagen wurden ausschließlich US-Konzernen zur Auswertung übergeben, die sich auch prompt im Amazonasbecken riesige Landmassen aufkauften. So erwarb National Bulk Carriers 1,2 Mio. Hektar, Rockefeller 531.000 Hektar („SZ", 17.2.1975).

Ergänzt wurden diese Landvermessungen durch das Projekt „Radar da Amazônia". Mit Hilfe von Infrarot-Aufnahmen und der Fotometrie wurde gezielt nach Bodenschätzen geforscht. Man entdeckte so neue Minerallagerstätten („NZZ", 10.6. 1975).

Das Amazonasbecken ist eines der rohstoffreichsten Gebiete: Es lagern dort Kohle, Titan, Mangan, Tintal, Niobium, Kupfer, Zink, Gold, Diamanten, radioaktives Material (Uran). Dort gibt es die größten Bauxit- und Eisenerzlager der Welt. Ferner ist der Urwald reich an wertvollen Hölzern.

Um diese Bodenschätze ausbeuten zu können, wurde 1970 von der Militärdiktatur der Startschuß zum Bau der Transamazônica gegeben. Gefeiert wird das Projekt als „nationale Pioniertat". In Wirklichkeit dient es vor allem den US- und EG-Imperialisten. Sie werden durch großzügige Geschenke zu Investitionen ermuntert: *„Im Amazonasgebiet investiertes Kapital genießt 50 %ige Steuerfreiheit. Mehr noch: importierte Maschinen sind zollfrei. Schließlich finanziert der Staat 75 % jedes genehmigten Projekts."* („tat", 10.2. 1975).

Wie sich diese Steuergeschenke für die Kapitalisten bezahlt machen, zeigt VW. Das Werk erwarb *„140.000 Hektar Urwald für die Errichtung einer Rinderfarm mit 110.000 Stück Vieh und einer geplanten Jahresproduktion von 20.000 Schlachtrindern, wobei von der Gesamtinvestition von 62 Millionen DM nur ein Drittel aus eigenen Mitteln aufgebracht werden muß. Zwei Drittel können von der Steuerschuld des Betriebes abgeschrieben werden"* („SZ", 17.2.75).

Für den Bau der Transamazônica, die Rodung und für die Viehfarmen und Bergbauunternehmen brauchen die Imperialisten billige Arbeitskräfte, die sich aus dem dünn besiedelten Amazonasurwald nicht rekrutieren lassen. Also schlug man zwei Fliegen mit einer Klappe: Landlose und Kleinstbauern aus dem Dürregebiet im brasilianischen Nordosten wurden in den Dschungel gelockt. Gleichzeitig sollte diese Wanderung den Norden von Menschen entlasten und das soziale Klima dort „entspannen".

Die Lage dieser „peones" ist hoffnungslos. *„Ihnen wird Nahrung und Obdach versprochen ... Vor der Ankunft im Dschungel sagen sie* (die großen Anwerbergesellschaften, AK) *den Peones, daß sie für ihre Reisekosten selbst aufkommen müssen. Und damit haben die Leute aus dem Nordosten die ersten Schulden gemacht. ... Andere werden dazu kommen. Sie müssen sich die Werkzeuge selbst kaufen, eine Axt kostet drei Dollar. ... Es sind keine Wohnungen eingerichtet. Jeder muß zusehen, wie er sich ein Dach über dem Kopf beschafft. Ärzte gibt es nicht ....."* („tat", 10.2.73). Die gängigsten Krankheiten sind Malaria, Tuberkulose, Gelbfieber. Der Amazonasboden ist unfruchtbar. Nach einer Ernte ist er ausgelaugt und die Bauern sind gezwungen, sich immer tiefer in den Urwald hineinzuroden. Schließlich bleibt ihnen keine Wahl: Sie verdingen sich als Tagelöhner auf den großen Gütern. Die Ausbeutung ist mittelalterlich: Statt Geld werden „Bons" ausgegeben, viele Arbeiter schuften als Sklaven.

Die Militärs propagieren zur „Rechtfertigung" ihrer Politik, *„daß nur große Firmen mit entsprechender Finanzbasis und administrativer Struktur in der Lage sind, die großen Umwelt- und Infrastrukturprobleme anzupacken und zu meistern ... "* („NZZ", 10.6.75).

Das Ergebnis dieser Politik: *„Am Ende bleibt eine Verteilung des Landbesitzes wie im Nordosten übrig: riesige Latifundien auf der einen, besitzloses und je nach Konjunktur vagabundierendes Landproletariat auf der anderen Seite"* („SZ", 17.2. 1975). ●

Brasilien-Kommission
KB / Gruppe Lübeck

Der Terror geht weiter

Wieder wurde ein politischer Häftling in einer Zelle des berüchtigten Geheimdienstes DOI-CODI der in São Paulo stationierten 2. Armee zu Tode gefoltert: Am 17.1.76 wurde der 49jährige Metallarbeiter José Manoel Fiel Filho mit einem Strumpf erwürgt. Die offizielle Version lautete natürlich auf Selbstmord – genau wie im Fall des Journalisten Wladimir Herzog im Oktober 75 (s. AK 73).

Um einer Empörung vorzubeugen, ergriff Präsident Geisel disziplinarische Maßnahmen gegen den Oberbefehlshaber der 2. Armee, General Ednardo D-Avila Melo: Er versetzte ihn ins Armeeministerium. Den Oberbefehl über die 2. Armee übernahm General Dilermano Monteiro, ein „enger Vertrauter" Geisels. Ihm wird nachgerühmt, er sei ein Anhänger einer „demokratischen Öffnung" des brasilianischen Regimes (vgl. AK 72). Was davon zu halten ist, bleibt abzuwarten. Daß die Versetzung D-Avila Melos nicht viel mehr als ein symbolischer Akt war, wird daran deutlich, daß er ohnehin 2 Monate vor seiner Pensionierung stand!

In der Militärspitze sind die Anhänger eines „harten Kurses" mit 7 von 10 Vier-Sterne-Generälen der Armee weiterhin in der Mehrzahl („NZZ", 30.1.76). ●

Brasilien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg und Lübeck

Neue chilenische Botschafterin in Bonn

Das Auswärtige Amt in Bonn äußerte *„keine Bedenken, die ihre Tätigkeit als Botschafterin ausschließen"* so der Kommentar zur Ernennung von Lucia Gevert zur neuen chilenischen Botschafterin in der BRD. Es sei *„nichts bekannt, was dafür spräche, daß sie Dinge tun wird, die die Beziehungen zu Chile belasten würden"*. (Zitat nach „Frankfurter Rundschau", 25. 2.76).

Die Äußerungen des Auswärtigen Amtes zu Lucia Gevert zeigen wieder einmal, wie besonders gut die Beziehungen der BRD zur faschistischen Militärdiktatur sind. Denn Frau Gevert, die vorher als chilenischer Kultur- und Presseatache in Bonn tätig war, hatte sich als bedingungslose Anhängerin Pinochets im letzten Jahr durch faschistische Hetze gegenüber den Protesten in Westdeutschland gegen die chilenische Diktatur ausgezeichnet. Die ganze Empörung über die faschistischen Verbrechen sei vom „internationelen Kommunismus" gesteuert, der *„an den Universitäten und Gewerkschaften* (Westdeutschlands) *besonders stark sei"* (ebenda).

In Bezug auf ein westdeutsches Religionsbuch (!!), das in einem Kapitel über die 3. Welt den Hunger und das Elend der Massen in Chile darstellt, äußerte die Botschafterin Pinochets, *„der Kommunismus lege es darauf an, Kinder im Alter zwischen acht und zehn Jahren gegen Chile voreingenommen zu stimmen und das Bild Chiles in der Vorstellungswelt der Kinder zu deformieren"* (ebenda).

Nelson Gutierrez in Schweden!

Am 21. 2. 76 ist Nelson Gutierrez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, mit seiner Frau und ihrem Kind nach Schweden ausgereist. Nelson Gutierrez war nach dem Gefecht in Malloco in die päpstliche Nuntiatur geflüchtet. („Frankfurter Rundschau", 23.2.76). ●

Lateinamerika-Kommission

Mexiko Fünf Menschen von Polizei erschossen

Beim Versuch, die Besetzung einer Baustelle aufzulösen, hat die Polizei in der Stadt Monterrey fünf Personen erschossen. Sieben weitere, darunter zwei Polizisten, wurden verletzt. Angeblich waren die Polizisten mit Steinen, Knüppeln und Buschmessern angegriffen worden.

Solche Zusammenstöße gibt es in Mexico ständig, weil die landlosen Bauern, die vom Land in die Städte abwandern, dazu gezwungen sind, Gebiete am Rande der Städte zu besetzen, um sich dort eine elende Unterkunft zu errichten. ●

Lateinamerika-Kommission

Puertoricanische Freiheitskämpfer: seit 22 Jahren in nordamerikanischen Zuchthäusern !!!

Anfang März 1954 wurde vor dem US-Abgeordnetenhaus eine Gruppe von puerto-ricanischen Freiheitskämpfern festgenommen. Die Genossen wollten mit einer militanten Aktion auf die unerträglichen, menschenunwürdigen Zustände auf der Insel (Kolonie der USA) aufmerksam machen und forderten die Unabhängigkeit Puerto Ricos.

Drei Genossen wurden zu 75 Jahren verknackt! Die Anführerin der Gruppe, Lolita Lebron, wurde zu 50 Jahren verurteilt! Klar ist, daß alle vier quasi zu lebenslänglich verurteilt worden sind, denn wer mit ca. 30 Jahren fünfzig Jahre ins Gefängnis soll, der hat nichts mehr vom Leben.

Sämtliche Gnadengesuche für die Genossen wurden von den US-Behörden abgelehnt, das letzte wurde vom Komitee für die Unabhängigkeit Puerto Ricos im März 1975 eingereicht. Es stützte sich auf die Tatsache, daß Lolita Lebron sich in akuter Lebensgefahr befindet und dringend vernünftige ärztliche Betreuung benötigt. Die Behörden lehnten ab.

Puerto-ricanische Freiheitskämpfer gehören zu den ersten und am längsten eingesperrten politischen Gefangenen in den USA nach dem zweiten Weltkrieg!! Bei der Gruppe von Lolita Lebron handelt es sich nicht um die einzigen Puerto-Ricaner, die im nordamerikanischen Knast schmachten. ●

Lateinamerika-Kommission

Panama Stärkere Angriffe der Reaktion

Ende Januar ging die Regierung gegen eine Reihe von Großgrundbesitzern und „Geschäftsleuten" vor. In einer Stellungnahme der Regierung hieß es, es habe sich hier um eine Verschwörung gehandelt mit dem Ziel, die Landreform in der Provinz Chiriqui zu sabotieren und die Regierung Torrijos zu stürzen. Die Verschwörer hätten direkte Verbindung zu panamesischen Exilpolitikern und hohen Politikern in den USA gehabt!

Zehn der Verschwörer wurden nach Ecuador (!) ausgewiesen. Daraufhin drohte der Unternehmerverband Panamas mit einem „Streik". Alle Fabriken, Banken und Geschäfte sollten geschlossen werden, eine Maßnahme, die aber durch den geschlossenen Protest der Gewerkschaften verhindert werden konnte.

Obwohl die Regierung Torrijos ihren groß propagierten „anti-imperialistischen Kampf" recht halbherzig führt und ihre Reformen vorwiegend der einheimischen Bourgeoisie – und nicht den Arbeitern und den Bauern – nützen (vgl. AK 74), versuchen Großgrundbesitzer und Imperialisten in zunehmendem Maße, ähnlich wie in Ecuador, diese Regierung zu beseitigen. (nach „Neues Deutschland", 5.2.76) ●

Demonstration panamesischer Arbeiter

Lateinamerika-Kommission



asien aktuell

Für ein revolutionäres Indochina

Nach dem Sieg über die US-Imperialisten in Indochina haben sich in und zwischen den drei Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha in den letzten Monaten weitere Veränderungen getan.

Mit der Gründung der Volksrepublik Laos, der fortschreitenden Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams und der Verfassungsänderung in Kambodscha sind die revolutionären Errungenschaften der indochinesischen Völker insgesamt weiter gefestigt worden. In allen drei Staaten ist es bis heute gelungen, konterrevolutionäre Aktionen zu zerschlagen.

Speziell Laos und Kambodscha haben die Provokationen und Angriffe Thailands erfolgreich zurückgewiesen. Gleichzeitig zeigen die verbrecherischen Aktionen von reaktionären Banden in Indochina, daß sich der Imperialismus auch nach seiner Niederlage keineswegs geschlagen gibt. Zwar sind seine Aktionen zum Scheitern verurteilt, trotzdem stören und behindern sie natürlich den Aufbau der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens.

Aktuell verstärken die indochinesischen Staaten ihre Zusammenarbeit besonders auf außenpolitischem Gebiet. Hierbei steht im Mittelpunkt die Unterstützung der antiimperialistischen, revolutionären Bewegungen in Südasien und in der Welt.

Im folgenden gehen wir auf die Vereinbarungen zwischen Laos und der DRV, auf die Verfassungsänderung in Kambodscha und die Zerschlagung der konterrevolutionären Verschwörungen in Süd-Vietnam ein.

Laos und Vietnam vereinbaren gemeinsame revolutionäre Außenpolitik!

Vor wenigen Wochen wurden zwischen Laos und Vietnam auf Regierungsebene weitreichende Vereinbarungen auf dem Gebiet der Außenpolitik getroffen.

Die Außenpolitik beider Staaten wurde unter das Ziel des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus gestellt, und eine prinzipielle Unterstützung revolutionärer Bewegungen in der Welt vereinbart.

Unter anderem wurden laut „FAZ“ vom 16.2. folgende Punkte festgelegt:

- die Verurteilung der „Pacific Doctrin“ Präsident Fords;
- die Verurteilung Amerikas, Japans und der Mitgliedsländer der „Vereinigung südostasiatischer Nationen“, wozu Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand und die Philippinen gehören;
- die Forderung, Amerika müsse seine Truppen aus Südostasien vollständig abziehen und seine Militärbasen abbauen;
- die Forderung, Amerika müsse sich aus der Flottenbasis Diego Garcia im Indischen Ozean zurückziehen;
- die Forderung, die thailändische Regierung müsse den Amerikanern die Benutzung ihres Territoriums zu Aktionen gegen Vietnam, Kambodscha und Laos verbieten;
- die volle Unterstützung für die Revolutionäre Befreiungsfront von Ost-Timor;
- die volle Unterstützung des südkoreanischen Volkes in seinem Kampf um den Abzug amerikanischer Truppen und zur Wiedervereinigung mit Nordkorea;
- die volle Unterstützung des chinesischen Volkes in seinem Kampf zur Befreiung Taiwans;
- die volle Unterstützung des spa- sischen Volkes in seinem Kampf zur Befreiung Taiwans;
- die volle Unterstützung des spanischen Volkes in seinem Kampf gegen das faschistische Regime;
- die Unterstützung des Kampfes der arabischen Welt gegen den israelischen Aggressor.



Kambodschanische Kämpfer



Laos: Die beiden Arbeiter des Elektrizitätswerkes von Vientiane haben als Mitglieder der Volksmiliz den Auftrag, ihr Werk vor Sabotageanschlägen zu schützen.



Die 16jährigen Schüler Thanh und Hoang haben sich zur Miliz gemeldet

Konkrete Hilfszusagen sind auch gegenüber anderen Revolutionsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika gemacht worden.

Mit dieser gemeinsamen Plattform wird die bereits bisher durchgeführte revolutionäre, internationalistische Politik der DRV zur gemeinsamen Grundlage der Außenpolitik in Indochina gemacht. Kambodscha hat sich bereits zuvor zu einer sehr engen Zusammenarbeit mit Laos und Vietnam bekannt. Die Herausbildung eines derartigen revolutionären Blocks in Indochina bedeutet für die revolutionären Bewegungen vor allem in den noch nicht befreiten Ländern Südostasiens und auch in der Welt mit Sicherheit eine sehr starke Unterstützung – für den Imperialismus in Indochina eine weitere Schlappe!

Die Verfassung des „Demokratischen Kambodscha“

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung Kambodschas wurden Anfang des Jahres die revolutionären Errungenschaften des kambodschanischen Volkes auf eine gefestigte Grundlage gestellt. Die Verfassung war vorher in den verschiedenen Massenorganisationen und Gremien des Landes diskutiert worden. Gleichzeitig mit der neuen Verfassung wurde Kambodscha in „Demokratisches Kambodscha“ umbenannt. In der neuen Verfassung heißt es u.a.:

„In Anbetracht der entscheidenden Rolle, die das Volk, insbesondere die Arbeiter, die armen und mittleren Bauern sowie die anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land, die mehr als 95% der gesamten Nation von Kambodscha ausmachen, gespielt haben, die die schwerste Last im Krieg um die Befreiung der Nation und des Volkes getragen haben, die unaufhörlich die größten Opfer an Leben, Gut und Gefühlen brachten, um der Front zu dienen, die ohne Zögern ihre Kinder und Gatten zu zehn- und hunderttausenden auf das Schlachtfeld schickten;

in Anbetracht der ungeheuren Opfer, die die drei Kategorien der revolutionären Armee von Kambodscha gebracht haben, die in den heißen Flammen des Krieges um die Befreiung der Nation und des Volkes tapfer kämpften (...)

in Anbetracht der Hoffnungen des gesamten Volkes von Kambodscha und der gesamten revolutionären Armee von Kambodscha, die ein unabhängiges, vereintes, friedliches, neutrales, blockfreies Kambodscha.. *Armee von Kambodscha, die ein unabhängiges, vereintes, friedliches, neutrales, blockfreies Kambodscha* *wünschen, das souverän ist in seiner terretorialen Integrität, wo eine Gesellschaft besteht, in der Glück, Gleichheit, Gerechtigkeit und wahre Demokratie herrschen, in der es weder arm noch reich, weder ausbeutende noch ausgebeutete Klassen gibt, eine Gesellschaft, in der das ganze Volk einträchtig in der großen nationalen Gemeinschaft zusammenlebt und sich zusammenschließt, um teilzunehmen an der Produktionsarbeit, am Aufbau und der Verteidigung des Landes; (...) legt die Verfassung von Kambodscha folgendes fest:*

Artikel 1:

Der Staat Kambodscha ist ein unabhängiger, vereinter, friedlicher, neutraler, blockfreier, demokratischer Staat, souverän in seiner territorialen Integrität.

Der Staat Kambodscha ist der Staat der Arbeiter, Bauern und aller andern Schichten der Werktätigen von Kambodscha.

Er trägt die offizielle Bezeichnung „Demokratisches Kambodscha.“

Im weiteren sind in der Verfassung weitreichende Veränderungen der gesamten kambodschanischen Gesellschaft festgelegt. In Artikel zwei heißt es z.B. *„Alle wichtigen Produktionsmittel sind kollektives Eigentum des Volksstaates und kollektives Eigentum des gesamten Volkes“.* Im gesamten Bereich der Gesellschaft soll das *„Prinzip kollektiver Führung und kollektiver Arbeit“* angewandt werden (Artikel 4). In Artikel 9 werden die Rechte der kambodschanischen Bürger festgelegt: *„Jeder Bürger von Kambodscha genießt das Recht auf materielles, geistiges und kulturelles Leben, für das sich die Voraussetzungen ständig verbessern. Jedem Bürger von Kambodscha sind alle Existenzmittel zugesichert. Jeder Arbeiter ist Herr der Fabriken. Jeder Bauer ist Herr der Reisfelder und der Äcker.*

Alle anderen Werktätigen haben das Recht auf Arbeit.

Es gibt im demokratischen Kambodscha keine Arbeitslosigkeit.

Mann und Frau sind in allen Bereichen gleichberechtigt.“

Gleichzeitig werden sämtliche feindlichen und destruktiven Tätigkeiten in Artikel 7 unter schwerste Strafe gestellt. Der imperialistischen und reaktionären Kultur wird der Kampf angesagt (Artikel 3). *„Religionen, die das demokratische Kambodscha und das Volk bedrohen, sind streng verboten“* (Artikel 20).

Konterrevolutionäre Aktivitäten in Südvietnam – zerschlagen!

Daß die US-Imperialisten auch nach ihrer militärischen Niederlage in Vietnam nicht bereit sein würden, sich vollständig zurückzuziehen, war nach ihrer militärischen Niederlage in Vietnam nicht bereit sein würden, sich vollständig zurückzuziehen, war vorauszusehen.

Daß sie dabei nicht offen auftreten, sondern sich „oppositioneller Gruppen“ im Lande selbst bedienen, überrascht ebenfalls nicht.

Nachdem schon Anfang dieses Jahres einige bewaffnete Gruppen von Spekulanten, Schiebern und ehemaligen Großkapitalisten dingfest gemacht worden waren, wurden in der letzten Woche konterrevolutionäre Aktivitäten militanter Katholiken bekannt.

Am 12.2. wurde von den Sicherheitskräften in Saigon ein Schlupfwinkel dieser Banditen umstellt und diese aufgefordert, die Waffen niederzulegen.

Die „Dissidenten-Gruppe“ (so die „Südd. Zeitung“ vom 20.2.) wurde von dem Priester Nguyen Quang Minh angeführt. Sie hatte sich in einer festungsähnlich ausgebauten Kirche verschanzt, und eröffneten von dort aus das Feuer auf die Sicherheitskräfte der Volksregierung. Dabei wurde ein Polizist erschossen. Zwei der Banditen verließen den Schauplatz ebenfalls nicht lebend.

Der CIA mischte mit

In der Kirche wurden anschliessend ein Maschinengewehr, Pistolen, ein Geheimsender, Flugblätter und Druckmaterial für Falschgeld gefunden. Offensichtlich ist mit der Gruppe ein Teil einer Organisation aufgedeckt worden, die unter anderem an wirtschaftlichen Sabotageakten beteiligt war.

Ein Sprecher der Saigoner Sicherheitsbehörde erklärte in diesem Zusammenhang, es habe sich um ein von *„mit der CIA in Verbindung stehenden Leuten ausgeklügeltes Komplott“* gehandelt.

Fast zur gleichen Zeit wurde in Bin Hoa, 27 Kilometer von Saigon entfernt, eine Gruppe von *„als Mönche verkleideten Verrätern“* ausgehoben, berichtet die Regierungszeitung „Saigon Giai Phong“.

Diese Gruppen, die bei uns in der bürgerlichen Presse gerne als *„oppositionelle Religionsgruppen“* dargestellt werden, haben mit der Mehrheit der katholischen Menschen Vietnams allerdings nicht viel zu tun.

So erklärte selbst der Erzbischof von Saigon, die Kirche könne in gar keiner Weise *„Organisationen ermutigen oder Taten billigen, die sich im Namen der Religion gegen die jetzige Regierung richten.“*

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Imperialisten wollen reaktionäre Wende in Thailand

Im letzten ARBEITERKAMPF haben wir über die Klassenkämpfe und den Vormarsch der Befreiungsfront in Thailand berichtet. Es wurde bereits aufgezeigt, daß die Imperialisten dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sondern das Rad der Geschichte noch einmal aufhalten bzw. zurückdrehen wollen (so werden z.B. nicht alle US-Truppen aus Thailand abgezogen, wie das ursprünglich geplant und vertraglich vereinbart war).
In den letzten Wochen nun mehren sich die Zeichen, die ein stärkeres „Engagement" der Imperialisten (wirtschaftlich und politisch) und eine scharfe Rechtswende in Thailands Regierungspolitik signalisieren.

In der „Frankf. Allg. Zeitung" vom 16. Februar wird ein namhafter thailändischer Bourgeois mit der Bemerkung zitiert, *„daß Thailand nach zweieinviertel Jahren demokratischen Experimentierens endlich wieder regiert werden muß"*. Propagandistisch und materiell werden die Rechts-(radikalen) Parteien massiv von der herrschenden Klasse unterstützt, damit aus den Parlamentsneuwahlen am 4. April '76 eine reaktionäre Koalitionsregierung hervorgehen möge. Von dieser Regierung wird verlangt, daß sie sich *„in erster Linie darum kümmern muß, die politische Stabilität wieder herzustellen (!) und die Wirtschaft wieder anzukurbeln."* Und: *„Sollte dies der neuen Regierung nicht gelingen, dann sei mit einer Rückkehr der Militärs an die Macht zu rechnen (!!!)"* („FAZ", ebenda).

Das derzeit ohne Parlament regierende Kabinett unter Ministerpräsident Kukrit Pramjoi ist indessen bemüht, sich den Imperialisten durch eine extrem unterdrückerische Innenpolitik und durch eine kapitalistenfreundliche Außenpolitik als bester Sachverwalter imperialistischer Interessen anzudienen.

Nachdem im Zuge des siegreichen Vormarsches der indochinesischen Befreiungskräfte auch in Thailand die demokratische Massenbewegung einen enormen Aufschwung genommen, die Diktatur der faschistischen Militärs hinweggefegt, eine gewisse „Liberalisierung" in der thailändischen Innen- und Außenpolitik erzwungen hat, machte sich unter den Imperialisten zunächst „Unlust" breit, in Thailand weiterhin zu investieren: Die Zahl der investierenden ausländischen Gesellschaften sank ebenso wie die Summe des angelegten Kapitals.

Um die antiimperialistische Massenbewegung zu beschwichtigen, wurde von der thailändischen Regierung dem US-Konzern „Temco" die Lizenz für den Zinnabbau in Südthailand entzogen.

„In der amerikanischen Geschäftswelt hat dieser Vertragsbruch großes Aufsehen erregt, und wahrscheinlich dem thailändischen Investitionsklima in den Augen amerikanischer Investoren nichts mehr geschadet als diese Affäre" („FAZ", 16.2.76).

Hatten die Imperialisten 1974 noch für 137 Millionen Dollar investiert, so waren es 1975 nur noch 27 Millionen Dollar. Alleine 51 Projekte wurden 1975 nachträglich von imperialistischen Konzernen gestrichen.

Auch heute noch, so schreibt die „FAZ" vom 16.2.76, *„hält das Mißtrauen des westlichen Auslandes hinsichtlich der Überlebensfähigkeit Thailands als nicht-kommunistisches Land weiterhin an."*

Um dieses „Mißtrauen des westlichen Auslands" zu zerstreuen, hat die thailändische Regierung jetzt demonstrativ den Lizenzentzug im Falle „TEMCO" aufgehoben – und Ministerpräsident Kukrit Pramjoi persönlich versicherte, daß derartige Maßnahmen in Zukunft nicht mehr ergriffen würden.

Darüberhinaus wurde ein ständig tagender Kongreß aus Vertretern von fünf ausländischen Handelskammern und fünf thailändischen Verwaltungsgrößen ins Leben gerufen. Dieser Kongreß soll *„Schwierigkeiten, die ausländische Investoren in Thailand haben, erörtern und Empfehlungen zur Verbesserung von Mißständen ausarbeiten"* („FAZ"). Dieser Kongreß erwirkte als erstes eine großzügigere Handhabung von Aufenthaltsgenehmigungen für „Ausländer". So dürfen Techniker und „Wirtschaftsfachleute" jetzt ohne weiteres ein Jahr in Thailand „arbeiten". Sodann wurde die *„Vergabe von Förderprivilegien liberalisiert"*.

Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: heute wollen z.B. die US-Gesellschaft „Thai Zinc" für 90 Mill. Dollar, Dow Chemical für 15 Mill. Dollar und Hoechst für 2,2 Mill. Dollar investieren („FAZ")... ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschistischer Terror in Süd-Thailand

In den drei südlichen Provinzen Thailands – Yala, Pattani und Narathiwat – findet zur Zeit eine außerordentlich brutale und terroristische „Unterdrückungskampagne" der Regierung statt. Thailändische Armee, Marinesoldaten und Polizei sollen den Kampf der Befreiungskräfte in diesen Provinzen brechen.

den Kampf der Befreiungskräfte in diesen Provinzen brechen.

In Südthailand kämpfen neben den kommunistischen Befreiungskämpfern der CPTh und CP Malaysias insbesondere Einheiten der moslemischen Bevölkerung für eine autonome Verwaltung der drei Süd-Provinzen von Thailand. Die moslemische Bevölkerung stellt in diesen Provinzen 85% der Bevölkerung und stellt gleichzeitig den am stärksten unterdrückten und verarmten Bevölkerungsteil dar.

Erst vor wenigen Wochen hat es breite Demonstrationen für eine „regionale Autonomie" der Süd-Provinzen gegeben. Diese Demonstrationen wurden von Polizeikräften brutal zusammengeschlagen. Ein Soldat fuhr beispielsweise mit seinem Auto in die Demonstration und tötete zwei Demonstranten.

Im Zuge dieser Unruhen schickte

Im Zuge dieser Unruhen schickte
die Bangkoker Zentralregierung Armee usw. gegen die Bevölkerung los. Ein Beispiel macht deren „Unterdrückungs-Kampagne" deutlich:

„Nach den Aussagen eines 14jährigen Moslem-Jungen erstachen Marinesoldaten dessen zwei Brüder und drei Freunde mit Bajonetten und warfen dann alle sechs Jugendlichen in einen Fluß ... Als dies in den Provinzen bekannt wurde, kam es zu erneuten Protesten. Während einer Demonstration in Pattani explodierte eine Handgranate in der Demonstration und tötete 13 Demonstranten ..." („Newsweek", 9.2.76).

Dieser Terror wurde offen von der Regierung und der Armee eingeleitet. So ist es selbstverständlich auch nicht „gelungen", die Mörder der fünf Jugendlichen zu finden. Infolge der sehr starken Proteste, Demonstrationen und wohl auch infolge des be-

der sehr starken Proteste, Demonstrationen und wohl auch infolge des be-
waffneten Kampfes hat sich die Zentralregierung inzwischen zu einigen Manövern entschlossen. So wurde der buddhistische Gouverneur der Südprovinzen gegen einen moslemischen ausgetauscht und eine Marine-Basis geschlossen. Dieses Zugeständnis hat aber offensichtlich nicht den erhofften Erfolg der „Beruhigung" gebracht. In „Newsweek" vom 9.2. wird bereits angegeben, daß die Befreiungskämpfer der CP und der Moslems *„dem Frieden nicht trauen"*... (nach „Newsweek", 17.1.76 und 9.2.76). ●

ASEAN-Konferenz: Magere Ergebnisse

Nachdem Anfang Februar eine vorbereitende Konferenz der Außenminister der fünf Asean-Staaten (Malaysia, Singapur, Indonesien, Thailand und Philippinen) stattfand, wurde Mitte Februar auf Bali die eigentliche Konferenz durchgeführt.

Hinter dieser Konferenz steht offensichtlich die Ratlosigkeit dieser Staaten in Anbetracht des revolutionären Indochinas und der wachsenden Revolutionsbewegung in den anderen südostasiatischen Staaten.

Die Staaten einigten sich pauschal auf eine „stärkere Zusammenarbeit". Die vorher groß angekündigten Schritte wie die „Freihandelszone" konnten angesichts starker Widersprüche zwischen den Staaten nicht durchgeführt werden (lt. „FAZ", 25.2.76).

Konkret wurde ein **„Freundschafts- und Kooperationsvertrag"** abgeschlossen, *„der erstmals die Schlichtung von Disputen durch einen internen Vermittlungsausschuß vorsieht"* („FAZ", 25.2.). Offensichtlich trauen sich die reaktionären Regierungsoberhäupter der Staaten gegenseitig nicht über den Weg, denn die *„Voraussetzung für die Anrufung dieses Ausschusses ist allerdings, daß alle betroffenen Parteien den Disput offiziell als solchen anerkennen"* (ebenda).

In Ermangelung wirklicher Übereinstimmung wurde die *„Forderung nach der Schaffung einer neutralen Zone des Friedens in Asien"* aufgestellt.

Die fünf ASEAN-Staaten selber sind natürlich nicht bereit, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen – nämlich den Abzug der US-Truppen aus diesem Gebiet zu fordern. Im Gegenteil haben die fünf Staaten die weitere Anwesenheit der US-Truppen bereits vor der Konferenz gebilligt und begrüßt. Nicht zustandegekommen sind allerdings die Vorstellungen einzelner Staaten nach einer gemeinsamen Militärstrategie oder sogar einem Militärpakt. ●

DRV/RSV:

Im Januar besuchte US-Senator Mc Govern Vietnam. Bei den Zusammenkünften bestätigte der Ministerpräsident der DRV, Pham Van Dong zum wiederholten Male die Politik der DRV, mit dem US-Volk in Frieden und Freundschaft zu leben.

Er betonte, daß eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der DRV und den USA alleine von den USA abhänge. Voraussetzung sei, daß diese das Pariser Abkommen einhalten. Hier hatte sich der US-Imperialismus in Punkt 21 zur Zahlung von Reparationen und Wiederaufbauhilfe verpflichtet (lt. „Nhan Dan/Monitordienst", 28.1.76).

Nur wenige Tage nach diesen Gesprächen leugneten die US-Imperialisten jegliche Zusagen des früheren Präsidenten Nixon an die DRV. Zynisch ließ ein Regierungssprecher in Washington wissen, daß die Demokratische Republik Vietnam *„mit der ‚Wiederaufnahme des Krieges' ... nach dem Pariser Friedensschluß jede Möglichkeit für eine künftige Wiederaufbauhilfe selbst zerstört (habe)"* („Südd. Zeitung", 4.2.76). ●

Südkorea: Kriegsvorbereitungen gegen den Norden

Das faschistische Pak Jung-Hi-Regime in Südkorea unternimmt gegenwärtig gigantische Anstrengungen, um ganz Südkorea in ein riesiges Armeelager zu verwandeln. Die Militarisierung der Gesellschaft und die Aufrüstung der faschistischen Armee wird mit Nachdruck und Eile vorangetrieben:

- Am 21.1. trommelte Pak Jung Hi die Reserveoffiziere und Polizeioffiziere zu einer zentralen Tagung in Seoul zusammen, wo sie auf eine Beschleunigung der Vorbereitungen für einen Krieg ausgerichtet wurden, um „Provokationen" begegnen zu können.
- In einer „Direktive" an das Heer, die Kriegsmarine, die Luftwaffe, an die „Heimatschutz-Reservestreitkräfte", die „Studentische Heimatschutztruppe", die „Zivile Verteidigungstruppe" und andere militaristische und faschistische Organisationen befahl Pak Jung Hi, ein System enger Kooperation zu entwickeln, die Kampfkraft durch unermüdliches Training auszubauen und sich zu bemühen, *„alle Kraft für die Sicherheit zu einem untrennbaren Bestandteil des Lebens (zu) machen"*. Alle *„sozialen Elemente"*, die in Opposition zu seinem Regime stehen, sollten *„entschlossen vertrieben werden"*.
- Von Anfang bis Ende Januar (!) führte die südkoreanische Kriegsmarine ein großes Seemanöver durch. Berichten in der japanischen Presse zufolge sollten bei dem Manöver auf offener See täglich 18-stündige scharfe Schießübungen durchgeführt werden.
- Die „FAZ" vom 24.1.76 meldet: *„Zur Zeit läuft der Ausbau der Rüstungsindustrie in Südkorea auf Hochtouren"*.

Es ist offensichtlich: Das vom nordamerikanischen Imperialismus gestützte südkoreanische Faschistenregime betreibt intensive Vorbereitungen für einen Aggressionskrieg gegen das sozialistische Nordkorea.

Dabei wird ihm sicherlich auch ein kürzlich mit der kanadischen Regierung abgeschlossener Vertrag behilflich sein, wonach Kanada einen Kernreaktor nach Südkorea liefern wird („Handelsblatt", 30.1.76). Das von Kernreaktoren produzierte Abfallprodukt Plutonium stellt bekanntlich den Grundstoff zur Herstellung von Atomwaffen dar.

Welche Bedrohung der Völker Asiens würde die Atomwaffe in den Händen des faschistischen Kriegstreibers Pak Jung Hi bedeuten! ●

KB/Gruppe Bremen

Neues Terrorurteil in Südkorea

Am 14.1.76 fällte der oberste Gerichtshof in Südkorea ein neues Terror-Urteil. Ein ehemaliger Professor an der Internationalen Christlichen Universität von Japan wurde zu zehn Jahren Zwangsarbeit und zehn Jahren Berufsverbot verurteilt. Während seiner Tätigkeit in Japan hatte er sich für demokratische Rechte in Südkorea eingesetzt und die Verbrechen des faschistischen Pak Jung Hi-Regimes angegriffen. Er wurde wegen Verletzung des *„Nationalen Sicherheits-Gesetzes"* und des *„Antikommunismus-Gesetzes"* verhaftet.

Entsprechend der gängigen Praxis der faschistischen südkoreanischen Justiz wurde er brutaler Folter ausgesetzt und dann wegen *„Spionagetätigkeit"* verurteilt (nach „The Pyongyang Times" vom 24.1.76). ●

Schulung in Antikommunismus

Die faschistische Pak Jung-Hi-Clique hat ein neues „Erziehungs"-Programm eingeleitet, das insgesamt 344.000 Personen umfassen soll. Das Programm soll *„die Schüler befähigen, Kritik an der kommunistischen Ideologie zu üben und den Sieg über den Kommunismus davonzutragen"* („Monitor-Dienst", 28.1.76). ●

Japan: Zunehmende Fälle von Freitot unter Schülern und Studenten

In einem Artikel vom 20.2.76 berichtet die „Welt" über *„Anzeichen von Massenhysterie"* beim Sturm auf die wenigen Studienplätze in Japan.

„Anzeichen von Massenhysterie"? Das ist eine zynische Umschreibung angesichts der katastrophalen Zustände im japanischen Erziehungswesen:

- der privaten Waseda-Universität in Tokio mit rund 1.000 Studienplätzen liegen z.B. rund 30.000 Anträge vor;
- der staatlichen Uni von Asahi Kawa im Norden Japans mit 100 Studienplätzen lagen rund 2.300 Bewerbungen vor.

Das Rennen um die Studienplätze beginnt schon im Kindergarten!

Viele Kinder werden gleich nach der Geburt in den angesehensten (natürlich privaten und teuersten) Kindergärten angemeldet. Deren Erziehungsprogramme präparieren die Kinder von vornherein für die nachfolgenden Schularten. Eltern stehen *„vor solchen Kindergärten oft mehrere Tage und Nächte hindurch Schlange, ... um überhaupt einen Aufnahmeantrag zu ergattern"*! Die drei- bis Vierjährigen müssen dann eine Aufnahmeprüfung bestehen. Das sieht laut „Welt" so aus, daß die Kleinkinder, die bei der ersten Trennung von ihren Müttern in Tränen ausbrechen, gleich von der Prüfung ausgeschlossen werden.

In den Grundschulen zwingen die „strengen Ansprüche" rund 60% aller Grundschüler, noch zusätzlich in private Paukschulen zu gehen.

Der unerbittliche Leistungswettbewerb geht in den Gymnasialstufen weiter. Er führt dazu, daß:

- sich ein 14-jähriges Schulmädchen erhängte. Sie war vom ersten Rang der Klasse auf den zweiten (!) Platz „abgerutscht";
- sich ein Junge des sechsten Schuljahres erhängte, weil er die Aufnahmeprüfung zur weiterführenden Schule nicht bestanden hatte;
- eine Studentin Harakiri beging (sich den Bauch aufschlitzte), aus Angst vor dem Examen;
- eine Frau ihre zwölf Jahre alte Tochter erwürgte, die drei Monate im Krankenhaus gelegen hatte. Das hätte ihr Weiterkommen an einem Tokioter Prestige-Gymnasium gefährden können. Die Frau brachte sich dann während der Untersuchungshaft selbst um;
- ein Abiturient sich vor einen fahrenden Zug stürzte. Sein Vater hatte ihm mit Rausschmiß aus dem Elternhaus gedroht, falls er nicht die Aufnahmeprüfung an der Uni bestehen würde.

Und die Ursachen für dieses unmenschliche „Bildungssystem"?

Nun, darüber ist sich die „Welt" nicht ganz im Klaren. Es scheint aber so zu sein, daß *„der Andrang ... in hohem Maße von der Praxis der führenden Wirtschaftsunternehmen mitverschuldet (?!) (wird)"*, da sie *„ihre Führungspositionen am liebsten mit Absolventen von Prestige-Instituten besetzen"*. ●

Japan-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Indien: Eindeutige Zeichen!

Die Zeichen, wohin die regierende Kongreß-Partei unter Ministerpräsidentin Indira Gandhi Indien zu steuern gedenkt, werden immer eindeutiger. Wurden zunächst scheinbar wahllos „Oppositionelle" (von der äußersten Rechten bis hin zu revolutionären Linken) verfolgt und zu Tausenden verhaftet, so haben gerade die letzten Maßnahmen staatlicherseits unzweideutig offenbart, daß zum Nutzen und Frommen des Großkapitals vornehmlich die demokratische Opposition ausgeschaltet und gegen unbedingte Parteigänger oder Repräsentanten des Großkapitals ausgetauscht werden sollen.

Anfang Februar fand eine neue Verhaftungswelle statt, die sich offenbar gezielt gegen die Führungen der indischen Gewerkschaften richtete. In einer offiziellen Erklärung an die Internationale Arbeiterorganisation (ILO) in Genf stellte die indische Regierung fest, die Gewerkschaftsführer seien *„nicht auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Aktivität festgenommen worden"* („Süddeutsche Zeitung", 14./15.2.76). Sie seien inhaftiert worden wegen Teilnahme an *„Gewalttaten oder anderen Handlungen, die eine Bedrohung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung darstellen"* (Erklärung der indischen Regierung, zit. nach „SZ", s.o.).

Unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes „bedrohen" alle Maßnahmen gegen die Ausbeutung sowie die Organisierung von Protestaktionen gegen die staatliche Repression bereits die „öffentliche Ordnung"! Gewerkschaftliche Aktivitäten zum Zwecke der Verteidigung der von der Gandhi-Regierung eingeschränkten oder sogar vollständig aufgehobenen demokratischen Grundrechte und der gewerkschaftlichen Freiheiten sind illegal und somit „kriminell"!

Berufsverbot für Journalisten

Der Ausnahmezustand wird zu einer weitergehenden reaktionären Formierung der indischen Gesellschaft genutzt. Dabei kommt der Gleichschaltung der Presse eine besondere Bedeutung zu. Nach Pressezensur und Kulturkontrollgesetz gilt jetzt der Angriff den Journalisten selbst.

So wurde kürzlich über 50 Journalisten in Indiens Hauptstadt die Arbeitserlaubnis entzogen, *„was bei den meisten praktisch einem Berufsverbot gleichkommt"* („NZZ", 18.2.76). Betroffen sind Journalisten der Nachrichtenagenturen und führender überregionaler Zeitungen sowie Korrespondenten ausländischer Presseorgane. Zu den Betroffenen gehören sogar solche Journalisten, *„die sich in der Vergangenheit durch eine ausgesprochen regierungskonforme Berichterstattung ‚ausgezeichnet' hatten"* („NZZ" vom 18.2.76). Diese Berufsverbote dienen offenbar der demonstrativen Einschüchterung der Journalisten, um zu gewährleisten, daß die Presse auch zukünftig einmütig den Regierungskurs vorbehaltlos unterstützt.

Die Großindustriellen machen sich breit

Darüber hinaus fanden personelle Veränderungen in den Redaktionsleitungen der inzwischen zwangsfusionierten Nachrichtenagenturen „Press Trust of India" und „United News of India" statt. In beiden Fällen wurden Vertreter des gegenwärtigen Regierungskurses mit der Leitung dieser Presseorgane betraut. Weiter wurde der regierungsfreundliche Großindustrielle Birla zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Zeitung „Indian Express" gemacht. Der Chefredakteur dieser Zeitung *„soll in Kürze entlassen und durch einen Kandidaten der regierenden Kongreßpartei ersetzt werden"* („NZZ", 18.2.76). Birla ist bereits Herausgeber der „Hindustan Times" und anderer Publikationen. Die Erweiterung der bestehenden Machtfülle des Milliardärs Birla ist ein politisches Signal. Birla steht einem der mächtigsten indischen Familienclans vor, die *„riesige Ländereien, Textilfabriken, Stahlwerke, fast die gesamte chemische Industrie und viele Zeitungen"* besitzen („Spiegel" Nr. 49/1.12.69). „Keine indische Regierung blieb lange an der Macht, wenn sie die Gunst der mächtigsten Familie im Lande verlor ... Und deshalb suchten Indiens Politiker, sich stets mit den Birlas gut zu stellen ... Birla-Manager erhielten Ministerposten" („Spiegel" 49/69).

Der neue „Superminister" – Schoßkind der Bourgeoisie

Die Orientierung der Regierungspolitik zugunsten einer beschleunigten Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in Indien wird auch durch ein weiteres Ereignis angezeigt: durch den raschen Aufstieg von Indira Gandhis Sohn Sanjay. Dieser gilt gegenwärtig als geheimer indischer „Kronprinz" und „Superberater" („NZZ", 22.1.76) seiner Mutter. Das kommt nicht von ungefähr. Seine Lorbeeren hatte er sich durch ein heftiges Plädoyer für die „freie Marktwirtschaft" und gegen die „nach Moskau orientierten Kommunisten des Landes" verdient („NZZ", 5.12.75). Durch zahlreiche Korruptionsaffären und -skandale hat er eine gewisse Berühmtheit erlangt. Er ist eben ein „gestandener Politiker". Dementsprechend würdigte Großkapitalist Birla das Söhnchen Sanjay als *„Superminister, der eine große Zukunft vor sich habe"* („NZZ", 5.12.75).

Mittlerweile tritt er als Propagandist der Regierungspolitik bei Massenveranstaltungen auf. Die letzte Serie dieser Veranstaltungen fand unter dem Motto *„Weniger reden und mehr arbeiten"* statt. Dabei ließ Sanjay sich als *„aufgehende Sonne Indiens"* und *„als dem Gott Schiwa, dem Allmächtigen, gleiche personifizierte Wahrheit und Schönheit"* („FR", 24.2.76) verherrlichen. Als Funktionär des indischen Großkapitals ist ihm eine schnelle Karriere sicher. ●

Indien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Indira und ihr Sohn Sandschaj



afrika aktuell

Der Senegal stellt sich vor

In Afrika gibt es kein vom Imperialismus abhängiges Land, keinen afrikanischen Faschisten, der nicht mit antiimperialistischen Sprüchen an die Öffentlichkeit tritt. Dies ist eine demagogische Rücksichtnahme auf das breite antirassistische, antiimperialistische Bewußtsein der afrikanischen Völker. Diese Verlogenheit pro-imperialistischer Regierungs-Chefs wird schlaglichtartig sichtbar, wenn sie, wie z.B. Senghor vom Senegal, ihre Dienste den Imperialisten anbieten.

In einer ganzseitigen Anzeige in der faschistoiden „Welt" (2.12.75) – die zum Beispiel ihre afrikanische Korrespondenz vom Söldnerfreund H. Germani machen läßt – stellt der Senegal seine *„freie Industriezone von Dakar"* vor.

„Lohnintensive Industrien sind gut beraten, sich in der Zone anzusiedeln, denn günstige Löhne und Rohstoffpreise machen ihre Endprodukte billiger" („Welt", 2.12.75).

Nicht nur die freie Ausbeutung der Senegalesen und ihres natürlichen Reichtums wird angepriesen; jeder Kapitalist, der sich verpflichtet, 150 Senegalesen einzustellen, bekommt ein fertiges Industriegrundstück unentgeltlich geliefert. Alle *„erdenklichen öffentlichen Dienste"* stehen zur Verfügung; für die „Wartung" und „Weiterentwicklung" aller Einrichtungen in der Industriezone wird gesorgt.

Darüber hinaus hat sich der Imperialismus viele Vorteile gesetzlich verankern lassen:

- Vollständige steuerliche Befreiung;
- Befreiung von Im- und Exportsteuern;
- freie Ausfuhr von Investitionskapital und Gewinnen;
- freier Transfer der Löhne und Gehälter des hier angesiedelten Personals;
- freie Einstellung von Arbeitskräften.

Falls das dem Imperialismus nicht reichen sollte und es über die oben angeführten Punkte zu Rechtsstreitigkeiten kommen sollte, entscheidet vereinbarungsgemäß die imperialistische Weltbank und nicht – wie sonst üblich – bestimmte nationale Rechtsinstitutionen.

Für die Senegalesen bleibt gar nichts, abgesehen von Schmiergeldern für die Regierungsbeamten.

Freie Ausbeutung von Arbeitskräften und Rohstoffen, Zoll- und Steuerfreiheiten, freier Rückfluß der Gewinne. Das sind die Fußstapfen des Neokolonialismus überall in der Welt. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spitzeldienste der marokkanischen „Freundschaftsgesellschaft" in Frankreich angeprangert

Auf einer Pressekonferenz am 11. Februar haben Vertreter der „Vereinigung der Marokkaner in Frankreich", der KP und der Gewerkschaft CGT die Aktivitäten der sogenannten „Freundschaftsgesellschaft der marokkanischen Arbeiter und Geschäftsleute" angeprangert. Die Aufgaben und Methoden dieser Faschistenorganisation, die der marokkanischen Botschaft in Paris nahesteht, habe einen reinen Polizeicharakter.

Die „Freundschaftsgesellschaft" wird beschuldigt, in die Fabriken und Wohngegenden einzudringen, um die marokkanischen Arbeiter zu bespitzeln, einzuschüchtern und zur Aufgabe ihrer gerechten Ansprüche zu zwingen. So schickt die „Freundschaftsgesellschaft" regelmäßig Spitzel-Berichte an den marokkanischen Innenminister.

Die Konsequenzen daraus erfahren dann Arbeiter, die nach Marokko zurückkehren. Besonders in den letzten Wochen hat der staatliche Terror gegen Rückkehrer nach Marokko zugenommen: Bei seinen expansionistischen Aktivitäten in der Westsahara kann das reaktionäre Hassan-Regime keine „aufmümpfigen" Arbeiter im eigenen Land gebrauchen.

Die Gewerkschaft CGT berichtete, daß erst kürzlich fünf Arbeiter festgenommen und lange über ihre Gewerkschaftsaktivitäten in Frankreich verhört wurden. Einer von ihnen, ein kranker Familienvater, wurde anderthalb Monate in Einzelhaft festgehalten („Le Monde", 13.2.76).

Aus Protest gegen die Repression in Marokko haben 25 marokkanische Studenten in Marseille einen Hungerstreik durchgeführt („El Moudjahid", 25./26.1.76). Sie wollten damit auch die Legalisierung der „Nationalen Union der marokkanischen Studenten" (UNEM) erreichen. Außerdem forderten sie die Freilassung aller politischen Gefangenen in Marokko. Die UNEM war Anfang 1973 nach einer Welle der Repression gegen Marokkaner im In- und Ausland aufgelöst worden. Präsident und Vizepräsident der UNEM werden noch immer in Marokko gefangen gehalten, ebenso wie hunderte von Studenten festgenommen und noch nicht einmal verurteilt wurden. Diese Studenten hatten lediglich die Legalisierung der UNEM gefordert.

Ungeachtet der Proteste läuft gerade jetzt wieder ein Prozeß gegen 105 junge Marokkaner, die im Herbst 1974 (!) verhaftet wurden und denen vorgeworfen wird: Verstoß gegen die innere Staatssicherheit, Bildung einer illegalen Vereinigung und Komplott gegen das Regime. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Südafrikanischer Geheimdienst in London

Südafrikanischer Geheimdienst in London

Bei mehreren Mitgliedern des in der Republik Südafrika verbotenen African National Council (ANC), einer antirassistischen Dachorganisation, ist in letzter Zeit in London eingebrochen worden.

Bei dem Vertreter des ANC in London wurde bereits vor zwei Jahren einmal eingebrochen; ein weiterer Einbruchsversuch erfolgte vor 15 Monaten. Im April '75 wurden beim Vorsitzenden des Londoner ANC und Generalsekretär des (schwarzen) Gewerkschaftsverbandes in Südafrika verschiedene Papiere gestohlen. Am 16. Februar 76 fand der Verwaltungs-Sekretär der SWAPO (Befreiungsbewegung von Namibia) sein Hotelzimmer in London durchwühlt vor; wichtige Briefe waren verschwunden. Ähnliches war im Februar '75 dem UN-Sprecher der SWAPO in einem anderen Londoner Hotel passiert.

Alle Einbrüche tragen die gleiche Handschrift: die des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS! Daß BOSS in England – offenbar ungestört – operiert, ist mindestens seit 1972 bekannt, als Briefe und Photos aus einer Londoner Wohnung verschwanden und in einem politischen Prozeß in Südafrika als Material des Staatsanwalts wieder auftauchten („Guardian", 12. und 18.2.76).

Alles in allem ein eindeutiger Beleg für die Kumpanei der britischen Labour-Regierung mit einem der brutalsten Geheimdienste der Welt. ●

England-Kommission

Bombenanschläge gegen Algerische Einrichtungen in Frankreich

In der Zeit vom 20. bis 23.2. sind in Frankreich vier Bomben gegen algerische Einrichtungen hochgegangen. Ziel waren das algerische Konsulat sowie das algerische Touristen-Büro in Paris. Neben großen Sachschäden gab es Verletzte. Eine „Befreiungsfront Neues Algerien" (FLUNA) hat sich als Urheber bekannt („Süddeutsche Zeitung", 25.2.76).

Seit 1969 hat es in Frankreich über 60 derartige Fälle gegeben. Erst im Januar haben mehrere Anschläge stattgefunden (vgl. AK 73).

Auffällig ist dabei die „Unfähigkeit" der französischen Behörden, die Täter ausfindig zu machen.

Die französischen Sicherheitsbehörden hatten über die Nachforschungen nach den letzten Anschlägen erklärt, sie hätten „sich bezahlt gemacht": es seien „etliche Personen festgenommen" worden. Inzwischen sind sie allerdings wieder freigelassen worden, obwohl ihnen schwere Vergehen zur Last gelegt werden und ein bedeutendes Waffenlager und Archive gefunden wurden. Der französische Staat deckt und fördert die algerischen Rechtsradikalen.

Hinter den Bombenanschlägen stecken diesmal wieder faschistische Terrorbanden vom Schlage der SOA („Soldaten der algerischen Opposition") und OAS („Organisation der geheimen Armee", französische militant-rechtsradikale Organisation), die sich 1975 zusammengeschlossen haben zur ALP („Bewegung zur ‚Befreiung' Algeriens"). Diese Faschisten haben sich zum Ziel gesetzt, die alten kolonialen Bedingungen in Algerien wiederherzustellen. Sie sind ein Sammelbecken für die Gefolgschaft der MNA („Nationale Bewegung Algeriens"), die ehemaligen „Pieds-noir" („Schwarzfüße" – die europäischen Siedler in Algerien während der Kolonialzeit), französische Moslems und die Ex-Harkis, die wegen der Kollaboration mit Frankreich während des Algerienkrieges nicht nach Algerien zurückkehren dürfen, aber auch in Frankreich nicht für ihre Dienste belohnt worden sind: Die meisten der auf 220.000 geschätzten Harkis leben noch in ärmlichen Lagern in Südfrankreich. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Angola
Kubanische Genossen rechneten mit dem Söldnerschwein Calhan ab!

23 britische Söldner, die es vorzogen, Angola vorzeitig zu verlassen, berichteten in Genf, daß der berüchtigte Söldner-Oberst Calhan sein verdientes Ende gefunden habe.

Kubanische Genossen haben ihn endlich erwischt und gleich erschossen.

Zwei Söldner berichteten als Augenzeugen, daß Calhan einen der 14 auf seinen Befehl hingerichteten britischen „Kollegen" eigenhändig abgeknallt habe („Athinaikji/Athen" vom 11.2. und 20.2.76). ●

Griechenland-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nigeria:
Rechtsputsch gescheitert

Am 13. Februar scheiterte der Versuch einiger rechter Militäreinheiten in Lagos, Hauptstadt Nigerias, die Regierung Mohammed zu stürzen. Es gelang ihnen jedoch, den Staatspräsidenten zu ermorden. Die Putschisten wurden von David Dimka angeführt, Schwager von Gowon, der im Juli 75 gestürzten Marionette des Imperialismus. Der Putsch selbst war offenkundig mit Gowon abgesprochen und vorbereitet („New York Times", 19.2.76). Im Verlaufe des Putsches versuchte Dimka, über den britischen Botschafter in Lagos die Verbindung zu Gowon in London herzustellen, um dessen Wiedereinsetzung in das Amt des Staatspräsidenten zu arrangieren. Doch der englische Botschafter war offensichtlich zu diesem Zeitpunkt vom Gelingen des Putsches noch nicht überzeugt, lehnte deshalb Dimkas Ansinnen ab und informierte die nigerianischen Stellen über seinen Kontakt mit Dimka, allerdings erst einige Stunden später, als ein Scheitern des Putsches bereits absehbar war.

Kurz nachdem die Verbindungen der Putschisten zu der Vertretung des englischen Imperialismus offenkundig wurden, kam es in Lagos zu mehreren spontanen Demonstrationen, in deren Verlauf die englische und amerikanische Botschaft gestürmt und auseinandergenommen wurden. Die Demonstranten riefen Parolen wie: *„Nieder mit dem CIA!", „Tod Dimka und Gowon!", „Nieder mit dem englischen Imperialismus"*, sie forderten die Ausweisung aller Engländer und Amerikaner.

In einer Erklärung griff die Regierung die *„ausländische Unterstützung und Einmischung"* zugunsten der Putschisten an und enthüllte deren Ziele:

- Verhinderung eines (angeblichen) Weges Nigerias zum Kommunismus und „Wiederherstellung der Blockfreiheit" (gemeint: Unterwerfung unter den Imperialismus),
- Wiedereinsetzung Gowons
- Wiedereinsetzung der wegen Korruption gefeuerten zehn Militär-Gouverneure und aller wegen ähnlicher Vergehen entlassener Offiziere.

Mit einem Wort: Die Ära der bedingungslosen Unterwerfung Nigerias unter den Imperialismus unter Gowon sollte durch den Rechtsputsch restauriert werden. Den Imperialisten und Teilen der korrupten Führungsschicht in Militär und Verwaltung war die Entwicklung Nigerias seit der Entmachtung Gowons im Juli 75 ein immer stärkerer Dorn im Auge.

Unter Gowon war Nigeria *„eines der Zukunftsländer des afrikanischen Kontinents"* (Deutsche Bank), im Sinne der Imperialisten – versteht sicht. Der viertgrößte Erdölproduzent der Erde verschaffte der reichen Oberschicht der 80 Millionen Bevölkerung die Devisen, die sie für ihr parasitäres Dasein benötigten und erlaubte den Imperialisten Einfuhren von Fertigprodukten, wie in keinem anderen Land Schwarzafrikas. Allein die Verfünffachung der BRD-Direktinvestitionen in einem Zeitraum von nur zwei Jahren (1972-74) verdeutlicht das Interesse der Imperialisten an diesem rohstoffreichen Land.

Die einseitige Einkommensverteilung in Nigeria, die durch eine Inflation bis zu 40 % noch verschärft wurde, führte zu Massenstreiks der verelendeten Teile der Bevölkerung. Dies und der wirtschaftliche Niedergang (Korruption!) Nigerias trotz des Erdölreichtums führte zur Ablösung des Regime Gowon. Der unblutige Putsch im Juli 75 sah zunächst so aus, als wechsele der Imperialismus nur die Marionetten aus. War doch eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung Mohammed eine symbolische Erdölpreissenkung, um das gute Einverständnis mit den imperialistischen Ölkonzernen zu bekräftigen.

Die später folgenden – durchaus zaghaften – Versuche der neuen Machthaber, die absolute Verfügungsgewalt des Imperialismus über Nigeria zu lockern, bilden den Hintergrund des jüngsten Putschversuchs. Sie zeigen zugleich, wie wenig Handlungsspielraum der Imperialismus heute den von ihm unterjochten Staaten zubilligt.

So versuchte die Regierung Mohammed zunächst, in einer großangelegten Säuberungsaktion der chronischen Korruption (20 % bei jedem Staatsauftrag) und Unterschlagung Herr zu werden. Fast alle Provinz-Gouverneure wurden wegen Bestechung und Machtmißbrauch abgesetzt. Die unrechtmäßig erworbenen Vermögen in Höhe von 45 Millionen Mark wurden eingezogen. Insgesamt wurden ca. 10.000 Angestellte des Öffentlichen Dienstes, darunter zahlreiche leitende Militärs und Polizisten, wegen Bestechung und dergleichen entlassen.

Besonders wegen der Entlassung von 250 Offizieren, die ihren Machtzuwachs durch den Bürgerkrieg in Biafra zu hemmungsloser persönlicher Bereicherung mißbraucht hatten und wegen des Plans der neuen Regierung, die Armee um die Hälfte auf 100.000 Mann zu verringern, schuf sich die neue Regierung Feinde unter den korruptesten Kompradoren. Eine den Imperialismus am meisten „störende" Maßnahme wird die frühe Anerkennung und Unterstützung der MPLA durch Nigeria gewesen sein.

Diese Anerkennung hat wegen der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Nigerias die pro-MPLA-Front in Afrika entscheidend gestärkt. Mit der scharfen Verurteilung der „Südafrikanischen Republik" (RSA) und ihrer imperialistischen Hintermänner hatte sich die Regierung in Lagos sowohl von der „Dialogpolitik" ihres Vorgängers Gowon mit dem Rassistenregime deutlich abgesetzt und sich zugleich offen gegen die konterrevolutionäre Afrika-Politik seines größten Erdölabnehmers, der USA, gestellt!

Daß die nigerianische Militärregierung unter Mohammed nicht mehr – wie in früheren Zeiten Nigerias – ausschließlich nach der Pfeife der Imperialisten zu tanzen gedachte, bewies sie im sogenannten „Zementskandal" (vergl. AK 69): Die von internationalen Zementspekulanten und korrupten nigerianischen Politikern verursachte Zementschwemme wurde durch (eigentlich „vertragswidrige") Kürzung der Bestellungen auf die Hälfte eingedämmt. Schadenersatzansprüche der zahlreichen auf Reede liegenden Schiffe (2,5 Mio. Mark pro Tag) wurden nicht berücksichtigt.

Diese Versuche des wirtschaftlich bedeutendsten Landes Schwarzafrikas, sich nämlich schrittweise aus der Umklammerung durch die Imperialisten zu lösen, wurde vom „freien Westen" sogleich als „radikal-sozialistische Politik" („Neue Züricher Zeitung", 18.2.) demagogisch hochgespielt, um den Rechtsputsch ideologisch zu rechtfertigen.

Von einer sozialistischen Politik kann nämlich in Nigeria keine Rede sein. Nach wie vor profitiert vor allem eine kleine Minderheit vom Erdölboom. Die Landwirtschaft, in der 75 % der Bevölkerung tätig sind, wird nicht der ihr gebührende Vorrang eingeräumt (nur 6,6 % der staatlichen Investitionen). Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, Landflucht, Verslummung der Städte, Arbeitslosigkeit und Verteuerung der Lebensmittel durch Importe sind die Folgen der neo-kolonialistischen Struktur in Nigeria.

Angesichts dieser elenden Zustände eines „an sich" reichen Landes hat sich die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren radikalisiert. Gegen sie wurde unter Gowon ein bis heute noch geltendes Streikverbot verhängt. Trotz dieses Streikverbots haben in Nigeria zahlreiche Arbeitskämpfe stattgefunden, z.B. bei VW, Peugeot und in den japanischen Textilfabriken. Protestdemonstrationen von 17.000 Kumpeln gab es Anfang Januar in den Zinn-Minen Nigerias. Die Gewrkschaften verlangen zur Bekämpfung der Inflation die Nationalisierung der Banken und Versicherungen.

So beruhen unsere prinzipiellen Hoffnungen darauf, daß sich die Arbeiterklasse im Bündnis mit den armen Bauern durchsetzt, dies wird mit Sicherheit den Rahmen des heutigen, relativ antiimperialistischen Regimes sprengen.

Gleichzeitig stehen wir durchaus nicht gleichgültig sich bereits ankündigenden neuen (!) Versuchen des Imperialismus gegenüber, die Anstrengungen eines Teils der nigerianischen Bourgeoisie nach mehr Unabhängigkeit zu torpedieren.

Jede, auch nur geringe fortschrittliche Entwicklung afrikanischer Staaten steht heute im Widerspruch zu den Versuchen des Imperialismus, das revolutionäre Afrika zu isolieren. Das Scheitern dieses Versuchs ist äußerst wichtig für den Aufbau des Sozialismus in Angola, Mosambique und Guinea Bissao! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zimbabwe
Imperialismus befürchtet sein nächstes „Angola"

Durch die Siege der revolutionären Völker in Mozambique und Angola hat sich die Lage im südlichen Afrika für die Imperialisten entschieden verschlechtert.

Hinzu kommt, daß in Zimbabwe selber ein Aufschwung des bewaffneten Kampfes zu verzeichnen ist. *„Rhodesien sieht sich der schwersten Offensive der afrikanischen, nationalistischen Kräfte gegenüber ..."* (Le Monde, 17.2.76).

Die Imperialisten sehen daher die wachsende Gefahr eines anti-imperialistischen und volksdemokratischen Staaten-Blocks, der sich um die Republik Südafrika (RSA) gruppiert. Dieses rassistische, faschistische Land ist die derzeit stärkste und wichtigste Bastion des Imperialismus im südlichen Afrika.

Durch einen volksdemokratischen Block (Namibia, Zimbabwe, Angola, Mozambique) um die RSA wäre diese Bastion selbst gefährdet.

Dies ist – grob skizziert – der Hintergrund eines möglichen Taktikwechsels des Imperialismus in Zimbabwe, der einhergeht mit einer forcierten militärischen Aufrüstung der Rassisten.



Ein politischer Führer der ZANU hält eine Versammlung mit den Bewohnern eines Dorfes in Zimbabwe ab.

Imperialisten plötzlich für schwarze Mehrheitsregierung?

Nach dem Sieg der MPLA in Angola gibt es neuerdings immer mehr Warnungen an das Rassistenregime in Zimbabwe „nun doch endlich eine vernünftige Lösung zu schaffen", da Zimbabwe sonst in einem Blutbad ertrinken würde.

„Die Vereinigten Staaten haben die weiße Minderheitsregierung (in Zimbabwe leben 240.000 Weiße und 6 Millionen Schwarze; Anm. AK) *aufgefordert, mit dem schwarzen Nationalistenführer Nkomo zu verhandeln ... Und die englische Regierung versucht durch diplomatische Kanäle – unterstützt von anderen westlichen Ländern – noch durch eine Verfassungskonferenz unter Einschluß aller Beteiligten einen friedlichen Übergang von der gegenwärtigen weißen Minderheitsregierung zur schwarzen Mehrheitsregierung zu erreichen."* („SZ", 23.2.76)

Präsident Kaunda von Sambia (der noch vor Monaten die ZANU-Kämpfer auswies bzw. in KZ's steckte) tönte mit einem Mal, daß, wenn nicht in kürzester Zeit eine Regelung in Zimbabwe getroffen würde, *„nunmehr die bewaffnete Auseinandersetzung zunächst in Rhodesien, dann gegen Namibia und schließlich gegen die RSA der einzige Weg"* sei („SZ", 18.2.76).

Daß diese ganzen „wohlmeinenden" Stellungnahmen letztendlich zur Täuschung der Schwarzen dienen sollen, wird an den Verbindungen, die die Imperialisten zum Smith-Regime haben, deutlich:

– Zimbabwe ist der sechstgrößte Goldproduzent der Welt; der drittgrößte Chromproduzent; in der Lithium-Produktion steht es an erster Stelle; ebenso in der Asbest-Produktion; das Land ist bei der Kupfer- und Nickelproduktion auch an den ersten Plätzen in der Welt zu finden (Angaben nach „betrifft: rhodesien", edition mega 1974).

Hierbei werden neunzig Prozent der Produktion exportiert!!

Obwohl die UNO 1966 eine Wirtschaftsblockade gegen das weiße Minderheitsregime beschlossen hatte, bestehen weiterhin engste wirtschaftliche Verbindungen zu den Imperialisten, wenn sie auch größtenteils über die RSA abgewickelt werden.

– Die RSA ist über die ISCOR an beinahe allen wichtigen Erzabbauvorhaben in Zimbabwe beteiligt. Beim Nickelabbau sitzt ebenfalls die RSA über die „Johannesburg Consolidated Investment Co." dick drin. (In beiden Firmen sind wiederum größere Beteiligungen von Kapitalisten aus den USA und England zu verzeichnen!).

– Die USA sind mit etlichen Firmen und Beteiligungen in Zimbabwe auch direkt vertreten. Über die „Union Carbide" kontrolliert die USA die größten Chromvorkommen der Welt!

– Die BRD-Zigarettenfirmen decken mehr als die Hälfte ihres Tabakbedarfs aus Zimbabwe. Zu den größten Handelspartnern der weißen Faschisten zählen die Spedition Kühne und Nagel, AEG-Telefunken und Siemens. Bei der Umgehung des Embargos bedienen sich die Imperialisten der RSA. Die meisten Importe und Exporte laufen dabei über RSA-Häfen (Zimbabwe hat keinen eigenen Meerzugang) und werden dann als RSA-Waren deklariert: *„Die BRD importierte 1970 offiziell 558 Millionen lb Chromerz aus Südafrika, in den südafrikanischen Statistiken taucht aber nur eine Zahl von 336 Millionen lb auf."* (Angaben nach „betriftt: rhodesien", edition mega 1974).

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß die imperialistischen Länder jederzeit über genügend wirtschaftliche und damit auch politische Macht verfügen, um dem Rassistenregime den Garaus zu machen. Diese Tatsachen rücken die Appelle an Smith „ins rechte Licht". Denn mit dem Fall des Faschisten würden mit höchster Wahrscheinlichkeit auch die gesamten „wirtschaftlichen Vorteile", die die Imperialisten bisher weidlich genutzt haben, dahin sein!

Nkomo – Ein Garant der imperialistischen Interessen in Zimbabwe?

Die weißen Faschisten verhandeln seit Monaten mit dem „Nationalistenführer" Nkomo über eine neue Verfassung. Nkomo vertritt hierbei die ZAPU und einen von ihm selbst gegründeten „Inland-ANC" (zur Spaltung des ANC und zur ZAPU siehe AK 67 und 68). Beide Organisationen haben in der schwarzen Bevölkerung kaum Einfluß, dafür aber umso mehr das Vertrauen der Imperialisten der USA, Englands etc. und ihrer Handlanger im südlichen Afrika (siehe AK 67)!

Während die weißen Faschisten – mit Unterstützung der RSA – zu *„einer groß angelegten Kampagne zur Einberufung aller weißen Reservisten"* („SZ", 3.2.76) gegen die ZANU und damit gegen das Volk mobilisieren, rufen die Imperialisten großmäulig nach Verhandlungen mit Nkomo!

In der Hoffnung, mit Nkomo einen Kompradoren gefunden zu haben, plädieren die Imperialisten und die RSA für eine „friedliche Lösung" in Zimbabwe binnen kurzer Frist.

Gegen diese „friedliche Lösung" in Zimbabwe sprechen jedoch zwei entscheidende Dinge:

– Die weißen Rassisten und Faschisten. Sie sind geprägt von der Ideologie des „weißen Herrenmenschen", der dem Schwarzen erst „die Kultur gebracht hat". Zimbabwe betrachten sie als „ihr Land", was keinem anderen zusteht. Die Weißen sind daher nicht bereit, auch nur einen Zentimeter zu weichen. *„Schon heute sind die Farmen im Norden Rhodesiens verbarrikadiert wie Festungen. Nachts werden die Stahlplatten mit Schießscharten vor die Fenster und Türen gerückt."* („Stern" 37/75). Es ist klar, daß diese Kräfte kaum bereit sein werden, „ihr Rhodesien" an die schwarze Mehrheit zu übergeben! Staatschef Smith: *„Solange ich lebe, wird es keine schwarze Regierung in Rhodesien geben"* (!!) („Stern" 37/75)

– Gegen eine „friedliche Lösung" im Sinne der Imperialisten spricht aber auch der Stand des Kampfes der Massen gegen Rassismus und Faschismus.

ZANU und „Ausland-ANC", die über den größten Einfluß innerhalb der schwarzen Massen verfügen, charakterisieren die derzeitigen Verhandlungen zwischen Smith-Regime und Nkomo so: Es ist *„ein Manöver, Zeit zu gewinnen und das afrikanische Mehrheitsrecht hinauszuzögern."* ZANU und „Ausland-ANC" teilten ebenso mit, daß das Volk von Zimbabwe die Waffen erst dann niederlegen werde, *„wenn die Herrschaft der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit gewährleistet ist"* („SZ", 4.9.75). Gleichzeitig wird die OAU jetzt verstärkt den bewaffneten Kampf in Zimbabwe unterstützen: *„nach dem Ende der OAU-Unterstützung für MPLA, PAIGC und FRELIMO sind zusätzliche Mittel freigeworden"* („SZ", 23.2.76).

Der ZANU stehen schon seit Monaten ehemalige Ausbildungscamps der MPLA in Tansania und der FRELIMO in Mozambique zur Verfügung!

Diese Beispiele zeigen, daß die ZANU und das Volk von Zimbabwe sich keine kompromißlerische Lösung aufzwingen lassen werden. Im Gegenteil, auf Seiten des Volkes wird verstärkt auf den endgültigen Befreungskampf hingearbeitet!

In einer solchen Situtation wird es den Imperialisten schwer fallen, Nkomo als Komprador aufzubauen. Zumindest ist derzeit nicht abzusehen, wo dieser Vertreter der „friedlichen Lösung" innerhalb Zimbabwes überhaupt Fuß fassen könnte.

Imperialisten setzen auf Krieg

Angesichts dieser Situation und der Lehren aus Angola, gehen die

FORTSETZUNG SEITE 38

Idi Amin droht mit Eroberungskrieg

Mit massiven Gebietsansprüchen gegenüber Kenia und Sudan stellte Ugandas Idi Amin (beliebte Zielscheibe rassistischer Hetze der „westlichen" Presse) erneut seine Rolle als Provokateur im Dienst der Imperialisten unter Beweis.

Er erhob Ansprüche auf kenianisches Land, das vom Victoria See mehrere hundert Kilometer an Kenias Hauptstadt vorbei, bis zur Küste reicht.

Weiter forderte er die Bildung eines „unabhängigen" Staates am Victoria See, ebenfalls zu Lasten von Kenia.

Die durch Kriegsdrohungen begleiteten Gebietsforderungen kennzeichnen die machtpolitischen Ambitionen Amins und charakterisieren erneut das insgesamt noch zugunsten des Imperialismus herrschende Kräfteverhältnis in Afrika, das diesen Provokateur immerhin noch als Sprecher der OAU duldet.

Kenias Präsident und Oberreaktionär Kenyatta reagierte auf die Kriegsdrohung Amins, durch die dieser sich Zugang zur Ostküste verschaffen wollte, in chauvinistischer Manier und ließ die Nation „protestieren". Amin gab dann schnell nach, da die begonnene Wirtschaftsblockade Kenias sowie wohl ein Wink von „Onkel Sam" ihn vorläufig zurückpfiff ... Bis zur nächsten Provokation. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

.. Zimbabwe

Forts. von S. 37

Imperialisten jetzt daran, den direkten Krieg gegen das Volk von Zimbabwe vorzubereiten.

Die ideologische Vorbereitung auf massives militärisches Eingreifen des Imperialismus (und eben nicht auf „friedliche Lösung") laufen gegenwärtig über die nunmehr auch für Zimbabwe „entdeckte" „sowjetisch-kubanische Bedrohung":

- *„sowjetische Panzer sollen in Mozambique eingetroffen sein, um die Guerillaorganisation ZANU bei ihrem Kampf gegen Rhodesien zu stärken"* („FAZ", 21.2.76)
- *„es ist eine Sache, wenn die Russen für ihre Verbündeten in Angola den Bürgerkrieg gewinnen. Aber es ist eine andere Sache, wenn sie drohen, einen großen Teil eines Kontinents in Aufruhr zu versetzen"* („Guardian", 16.2.76)
- *„Callaghan (England) schloß ein britisches Eingreifen in Rhodesien nicht aus, falls ... cubanische Truppen auch in Rhodesien aktiv werden sollten"* („SZ", 20.2.76).

Zugleich werden Smith und die weißen Faschisten als Hinderungsgrund für die angeblich gewünschte „friedliche Lösung" vorgeschoben. Und das, obwohl die Imperialisten das total abhängige Smith-Regime (s.o.) innerhalb kürzester Zeit „in die Knie" zwingen könnten.

- *„Offenbar ist Smith zu keinem Kompromiß bereit und fordert damit den befürchteten Bürgerkrieg heraus"* („SZ", 17.2.76).

Und die „Neue Züricher Zeitung" vom 23.3.76 hört bereits imperialistische Kriegsmusik in „Rhodesien":

- *„Manche weißen Rhodesier glauben jedoch, daß ... zuerst Südafrika und später Großbritannien sowie die Vereinigten Staaten (!!) zugunsten Rhodesiens eingreifen würden."*

Die ersten direkten Vorbereitungen sind auch schon getroffen:

- *„Mehrere hundert Söldner, Engländer, Amerikaner, Österreicher und Deutsche dienen bereits in der regulären rhodesischen Armee ..."* („Stern", 37/75).

Diese Beispiele zeigen, daß die Imperialisten entschlossen sind im südlichen Afrika einen Krieg grossen Ausmaßes anzuzetteln, um ihre räuberische und erpresserische Politik fortsetzen zu können!

Deutlicher noch wird dies an der Unterstützung des Smith-Regimes

Deutlicher noch wird dies an der Unterstützung des Smith-Regimes

durch die faschistische „Republik Südafrika" (RSA).

Faschisten – Die Hüter der westlichen Freiheit

Eine besondere Rolle in Zimbabwe spielt die RSA. Sie (aufgerüstet durch die USA, England, Frankreich und die BRD) ist nach wie vor daran interessiert, in Zimbabwe einen „Pufferstaat" für die eigene Rassenpolitik zu behalten. Entsprechend dieser Devise unterstützt die RSA die weißen Faschisten in Zimbabwe:

- Die gesamte Ausrüstung der weissen Armee und Polizei stammt aus der RSA;
- die RSA stellt die Ausbilder für die rassistische Armee und Polizei und war selbst bis vor kurzem in Zimbabwe anwesend!!
- Über Sambia (das wirtschaftlich von der RSA abhängig ist) hat die RSA vor ca. 14 Monaten versucht, die ZAPU als „vernünftige" Kraft zu deklarieren, die in der Lage ist, mit dem Rassisten Smith einen Kompromiß für eine „friedliche Lösung" in Zimbabwe auszuhandeln.
- Gleichzeitig hat die RSA sich Gesetze geschaffen, die es der Armee jederzeit erlauben, im Ausland einzugreifen *„wenn die Interessen der RSA gefährdet sind"* (siehe letzten AK).

Dadurch stellt die RSA den direktesten und gefährlichsten Feind des Volkes von Zimbabwe dar! Die Imperialisten werden sich dieser Waffe zu bedienen wissen.

Sieg im Volkskrieg

Gleichzeitig aber sind die Bedingungen für einen Volkskrieg im südlichen Afrika günstiger geworden.

Der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe und der ZANU ist weit entwickelt. Ebenso nimmt der Kampf des Volkes von Namibia und seiner Befreiungsbewegung SWAPO einen Aufschwung.

Auch stehen beiden Völkern die strategisch und taktisch wichtigen „Hinterländer" zur Verfügung. Bei Zimbabwe Mozambique und Tansania, bei Namibia Angola.

Die Zeiten, als der Imperialismus über Marionetten den Kolonialismus und weißen Rassismus kontrolliert ablösen konnte, sind zumindest im südlichen Afrika vorbei! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Volksrepublik Angola

Imperialismus muß Niederlage eingestehen!



FORTSETZUNG VON SEITE 1

Auch auf diplomatischem Gebiet ist der Zusammenbruch der Feinde des angolanischen Volkes nicht minder rasant. Neben der diplomatischen Anerkennung durch fast alle afrikanischen Staaten (lediglich die Kompradoren in Zaire, Kenia, Sambia, Zentralafrikanische Republik und Senegal zieren sich noch) und der Aufnahme der VR Angola in die OAU versuchen auch die imperialistischen Staaten, den Erfolgen der MPLA Rechnung zu tragen. Alle EG-Staaten haben mittlerweile die VR Angola anerkannt, selbst die reaktionäre sechste Regierung der alten Kolonialmacht Portugal (die sich bekanntlich sehr unrühmlich aus Angola verabschiedete – siehe AK 69) sind nunmehr vor den angolanischen Massen zu Kreuze gekrochen und heucheln „Anerkennung". Selbst der Hauptkriegstreiber – der US-Imperialismus – hält es für angebracht, zynisch zu behaupten, *„die US-Regierung habe nichts (!) gegen die kommunistisch orientierte MPLA"* (Kissinger nach „SZ" vom 14.2.).

So bleibt als aktuelle Aufgabe der angolanischen Revolution, die (vom Imperialismus gestützten) südafrikanischen Aggressoren zu vertreiben, um dann entschieden den Aufbau der Volksmacht in allen gesellschaftlichen Bereichen vorantreiben zu können. Inwieweit die RSA-Faschisten nach ihrer Niederlage in Zentral- und Südangola eine erneute, umfassende Konfrontation wagen, oder ob sie sich auf Grund des gewandelten Kräfteverhältnisses vom angolanischen Boden zurückziehen, ist heute nicht ganz klar abzusehen. Im einzelnen:

RSA in der Zwickmühle

RSA in der Zwickmühle

Nach wie vor besteht die reale Politik der RSA-Faschisten in der Verstärkung ihrer Aggressionsarmee in Südangola. So werden weitere Einheiten in dieses Gebiet verlegt und mehrere RSA-Jagdbombergeschwader an der angolanischen Grenze stationiert („FR", 16.2.). Gleichzeitig sprechen die Faschisten davon, *„einen 200 km-Streifen in Südangola auf Dauer besetzt zu halten"* („Tat", 13.2.). Der MPLA wurde angedroht, beim Versuch der Befreiung dieses Gebietes sofort die Luftwaffe der RSA einzusetzen („NZZ", 20.2.). Daß es hierbei nicht um den „Schutz der Staudämme" geht – und erst recht nicht um den Schutz der sogenannten Flüchtlinge – sondern um die Angst der RSA-Faschisten vor einem Ansturm der SWAPO-Befreiungsbewegung für Namibia (die in Angola ein sicheres Hinterland hat), liegt auf der Hand. Es sei daran erinnert, daß es bei dem ähnlich gelagerten Problem des Staudammes Cabora-Bassa in Mosambique eine relativ unkomplizierte Lösung – was die ökonomische Seite betrifft – zwischen Frelimo und der RSA gegeben hat.

Für eine weiterhin äußerst aggressive Haltung der RSA-Faschisten spricht auch, daß sich die herrschenden Weißen öffentlich und mit gewaltiger propagandistischer Kreigshetze hierauf festgelegt haben (siehe AK 74). Ein weiterer Rückzieher könnte den Nimbus der „Unbesiegbarkeit", auf dem ein Gutteil der Macht der weißen Rassisten basiert, weiter zerstören.

Gegen eine offene Kriegsführung der RSA gegen Angola spricht allerdings auch einiges: So ihre relativ starke internationale Isolierung, die eine offene Unterstützung des Imperialismus verböte. (Zumal die Möglichkeit, die Aggression als FNLA/UNITA „Unterstützung" zu tarnen, nunmehr vorbei ist).

In diesem Rahmen ist erwähnenswert, daß sich die RSA-Okkupanten nach neuesten Meldungen weiter südlich zurückgezogen haben und nunmehr nur noch einen Streifen von 100 km Breite besetzt halten (MPLA-Kommandant Ju Ju nach „Le Monde", 24.2.).

Bisher hat die MPLA ihre volle militärische Schlagkraft gegen die RSA-Truppen nicht eingesetzt, was nicht nur militärstrategische Gründe zu haben scheint, sondern wohl auch zum Ausdruck bringt, daß Hoffnungen bestehen, daß die RSA-Faschisten ihren militärischen „Todesstreifen" gegen

militärischen „Todesstreifen" gegen

die SWAPO im Norden Namibias ansiedeln. MPLA hat allerdings keinen Zweifel daran gelassen, daß die fortgesetzte Okkupation von angolanischem Boden durch die RSA-Truppen die umfassende militärische Konfrontation bedeuten würde.

Gleichzeitig hat MPLA klargestellt, daß sie weiterhin der SWAPO *„volle Unterstützung für den Unabhängigkeitskampf in Namibia"* gewähren wird (Präsident der VR-Angola, Neto, nach „NZZ", 17.2.), und diese Unterstützung kein Verhandlungsgegenstand mit den RSA-Faschisten sein kann.

Die diplomatische Anerkennung kommt aus den Gewehrläufen

Nachdem die afrikanischen Staaten (mit wenigen Ausnahmen) die MPLA-Regierung anerkannt und die VR Angola in die OAU aufgenommen hatten, konnten auch die imperialistischen Mächte nicht umhin, der politisch-militärischen Realität in Angola Rechnung zu tragen. Heute haben alle EG-Staaten die VR-Angola anerkannt.

Mit besonderer Genugtuung zu registrieren ist, wie der BRD-Imperialismus mit seiner Anfang 1976 noch einmal kräftig forcierten Angola-Politik absolut gescheitert ist: So war erst Ende Januar das SPD-Vorstands-Mitglied Nau in Lusaka (Sambia) mit UNITA-Chef Savimbi zu Verhandlungen über „Hilfsmaßnahmen" zusammengetroffen.

Noch Anfang Februar hatte FNLA-„Gesundheitsminister" Abrigade nach eigenen Angaben in der BRD mit dem „Auswärtigen Amt", dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem Deutschen Roten Kreuz, der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-eigen) und verschiedenen kirchlichen Organisationen über Unterstützung für seine Söldnertruppen verhandelt. Zaires Botschafter in Bonn hatte stärkere Waffenunterstützung für FNLA/UNITA gefordert und sich überzeugt gezeigt, *„daß die Bundesregierung den Weg kennt"* („Welt", 2.2.76). Obgleich konkrete Maßnahmen bisher – wie üblich bei derartigen „Geschäften" – nicht bekannt wurden, zeigt das allgemein befriedigte Verhalten der FNLA/UNITA-Unterhändler doch, daß sie keineswegs mit leeren Händen die BRD verlassen haben.

Andererseits hatten noch Anfang Februar die BRD-Behörden einen MPLA-Vertreter, der auf dem „Mar-

MPLA-Vertreter, der auf dem „Mar-

burger Studentenkongreß" sprechen wollte, die Einreise verweigert. Hinzu kamen noch die Hetzreden, besonders Genschers, speziell gegen die sowjetische und kubanische Unterstützung des angolanischen Volkes.

Es ist klar, daß sich die prinzipielle Feindschaft des BRD-Imperialismus gegen die Volksmacht in Angola auch nach der Anerkennung in besonders intensiver Unterstützung für die Rassistenregime (RSA, Rhodesien) und die schwarzen Kompradoren in Sambia und Zaire niederschlagen wird.

Der US-Imperialismus konnte sich zur diplomatischen Anerkennung noch nicht durchringen, hat aber – um wenigstens ökonomisch den Fuß in Angola zu behalten – das Verbot an den US-Ölkonzern Gulf Oil aufgehoben, die bis dahin auf „westlichen" Konten eingefrorenen Lizenzgebühren für die Ölförderung in Cabinda an die MPLA-Regierung zu entrichten.

Zaire, Sambia – die Marionetten verbeugen sich

Wie grundlegend sich das Kräfteverhältnis zwischen Reaktion und Revolution im südlichen Afrika durch den Sieg der MPLA geändert hat, wird an den heuchlerischen Stellungnahmen der alten Freunde von FNLA/UNITA, Zaire und Sambia, deutlich. Zwar bestreiten beide noch die Legitimität der MPLA-Regierung, doch kommen sie nicht umhin, eine gewisse „Schein-Solidarität" zur Schau zu tragen. Besonders ausgeprägt ist dies in Sambia der Fall, dessen Ministerpräsident Kaunda wegen der Solidarität großer Teile der sambesischen Bevölkerung mit der MPLA den Ausnahmezustand ausgerufen hat.

So erklärte das für Außenpolitik zuständige „ZK"-Mitglied der sambesischen Staatspartei kürzlich: *„Die MPLA ist eine Bruderpartei.(...) Wir haben immer mit der MPLA zusammengearbeitet, weil sie progressiver als die beiden anderen Bewegungen ist, und weil ihre Politik mit der unseren identisch (!) ist"* („Le Monde", 14.2.).

Nicht weniger demagogisch nehmen sich die Äußerungen des zairischen Faschisten Mobutu aus, dessen Truppen sich zu einem geringen Teil noch immer in Nordangola aufhalten und der die im Untergrund „kämpfende" UNITA auf dem Luftweg mit Waffen versorgt: *„Die Hilfe, die Zaire der FNLA und der UNITA gab, hatte als einziges Ziel, den portugiesischen Kolonialismus zu bekämpfen. Es fällt Zaire nicht ein, Neto anzuflehen (!!), unsere Hilfe anzunehmen"* („NZZ", 17.2.).

Trotz dieser plumpen Versuche der Anbiederung sieht die MPLA keine Veranlassung, den Kontakt zu Zaire und Sambia von sich aus herzustellen, solange weder die Anerkennung erfolgt, noch die Unterstützung der Marionettenbewegungen gestoppt worden ist: *„Zaire hat keine andere Wahl, als Verbindungen mit der MPLA herzustellen (...). Es muß seine Politik dem aktuellen afrikanischen Kontext anpassen"* (Dos Santos, Außenminister der VR Angola nach „Le Monde", 14.2.).

Trotz der Gelassenheit, mit der die MPLA nach ihrem Sieg der Entwicklung von Beziehungen zu Zaire und Sambia entgegensieht, hat sie die Verbrechen Zaires gegen das angolanische Volk hicht „vergessen", sondern auf

Volk hicht „vergessen", sondern auf

dem OAU-Außenministertreffen scharf angeprangert. Dos Santos, der die VR Angola bei ihrer ersten Teilnahme an einer OAU-Sitzung als ordentliches Mitglied vertrat, warf Zaire den Bruch der OAU-Charta und Aggression gegen einen Nachbarstaat vor. Dies geschah unverhüllt unter mehrfacher Namensnennung Zaires, was von der bürgerlichen Presse als bisher *„einmaliger Vorgang"* seit Bestehen der OAU gewertet wurde („International Herald Tribune", 25.2.) und was die Absicht der MPLA dokumentiert, den zairischen Faschisten vor der afrikanischen Öffentlichkeit nichts zu schenken.

Diese außerordentlich selbstbewußte Haltung der MPLA zeigt eindrucksvoll, daß im südlichen Afrika die Revolution sicher und die Stühle der Kompradoren wackelig sind. Wir stehen vor großen Veränderungen...

●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach Redaktionsschluß erfolgte die Anerkennung der VR Angola durch Zaire!





naher osten

Todesstrafe, Folter und Massenhinrichtungen

Englische Untersuchungskommission stellt fest: „Der Iran gehört zu den übelsten Regimen auf der Welt"



Eine von zahlreichen Hinrichtungen im faschistischen Schah-Regime

Eine von zahlreichen Hinrichtungen im faschistischen Schah-Regime

Wir haben schon mehrfach die faschistische Verfolgung durch das Schah-Regime in Iran angeprangert. Im August 1975 hat eine englische Untersuchungskommission Nachforschungen über den Verbleib einiger politischer Gefangener angestellt. Der Rechtsanwalt Bill Nash und der Labour-Abgeordnete John Atkinson berichten darüber in „Le Monde" vom 30. 1. 1976:

„Iran ist ein Land, in dem es reichlich politische Gefangene gibt. Der Schah und sein Regime weigern sich, Informationen bekanntzugeben, die die Gesamtzahl dieser Gefangenen betreffen, die auf 25 – 100.000 geschätzt werden. Wie hoch die Zahl auch sein mag, sie ist sehr hoch und die Prozesse und Urteile erregen seit Jahren internationales Aufsehen. Die Todesstrafe ist alltäglich, Folter und Massenhinrichtungen finden häufig Anwendung. In den letzten Jahren sind internationale Kommissionen nach Teheran geschickt worden, um Untersuchungen durchzuführen. Aber alle sind auf eine Mauer des Schweigens gestoßen. Der Schah macht sich einen Spaß daraus, auf internationalen Konferenzen für Menschenrechte den Gastgeber zu spielen, er stimmt „progressiven" Resolutionen zu und macht sich verbal stark für die in den allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte enthaltenen Prizipien. Aber wenn es um sein eigenes Regime geht ...

Die jüngste Hinrichtung von neun mutmaßlichen Guerillas verlängert die Liste der Opfer. Die Öffentlichkeit war beim Prozeß nicht zugelassen. Neun politische Gefangene waren Anfang 1975 unter dem Vorwand eines Fluchtversuches abgeschlachtet worden. Niemand hat je wieder ihre Körper gesehen oder von Sterbeurkunden Kenntnis erhalten.

Wir sind im August 1975 im Namen des britischen parlamentarischen Ausschusses zur Verteidigung politischer Gefangener im Iran nach Teheran gefahren, um die Gerüchte zu untersuchen und die Behauptung über Mißhandlungen an politischen Gefangenen und um zu versuchen, Zusammenkünfte mit der Mehrheit der Gefangenen, deren Namen wir kannten, zu erreichen. Das für „Rechts"-fragen zuständige Justizministerium erklärte von den Prozessen nichts zu wissen und verwies uns an den Militärstaatsanwalt. Dieser schickte uns zum Außenministerium, das uns empfahl, uns ans Informationsministerium zu wenden. Nachdem wir von Amtsperson zu Amtsperson gegangen waren, verloren wir schließlich die Geduld. Der erstaunlichste Aspekt dieser offiziellen „Mauer" war, daß diese Personen nicht nur erklärten, nicht die nötige Kompetenz zu haben, um unsere Fragen zu beantworten, sondern daß sie leugneten, überhaupt etwas über die Funktionsweise der Militärgerichte zu wissen, über ihre Rechtsprechung, ihre Verfahrensordnung etc.

Die Untersuchung, die wir durchgeführt haben, bestätigte uns indessen, daß die Verhaftungen von der SAVAK, der politischen Polizei, vorgenommen wurden und daß eine Haftzeit folgte. Während dieser Zeit waren die Angeklagten Verhören ausgesetzt, ohne daß die Anwälte sie sehen durften. Ihre Familien erfuhren früher oder später von ihrer Verhaftung und durften teils, teils aber auch nicht, sie im Gefängnis besuchen. Die Untersuchungshaft fand in einem der Gefängnisse statt, die extra zu diesem Zweck eingerichtet worden sind, besonders in dem des „Komitees" im Hauptquartier der SAVAK. Sieht man sich die Präzedenzfälle an, so hatten die Gefangenen Gelegenheit, mit einigen der ausgeklügelsten elektrischen Instrumente des Regimes Bekanntschaft zu machen. Berichte erwähnen eine Zahl von Apparaten vom „Toaster", einer elektrisch geheizten Platte, bis zu jenen Geräten, mit denen man die Genitalien mit Elektroschocks traktieren kann. Wenn diese Methoden nicht zum Erfolg führen, versucht die SAVAK die „Geständnisse" zu erpressen, indem sie Familienangehörige vor ihren Augen quält. Zehn Tage vor dem Prozeßtermin dürfen die Anwälte ihre „Klienten" treffen. Diese „Verteidiger" sind keine Anwälte im üblichen Sinne, sondern es sind Offiziere, aktiv oder im Ruhestand, die von der Regierung ausgesucht werden. Die Anklageakte liegt in schriftlicher Form vor (während das Dossier der SAVAK mündlich präsentiert wird). Nur die Erklärungen der Angeklagten sind zugelassen, die Entlastungszeugen sind offiziell ausgeschlossen. Die Angeklagten haben allerdings, wer hätte es gedacht, das „Privileg", an die Gnade des Schahs zu appellieren.

Bemerkenswert ist, daß einige Anwälte der Verteidigung trotz der sorgfältigen Auswahl wegen Sympathisierens mit ihren Klienten vor Gericht gestellt und verurteilt wurden. Der Gerichtshof selber wurde unter Druck gesetzt, die Todesstrafe zu verhängen. Man hat uns berichtet, daß der Präsident eines Militärgerichtes in Teheran sich weigerte, die Todesstrafe zu verhängen. Wenig später wurde er verhaftet.

Das Militärgericht und das Berufungsgericht treffen sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Presse, scharf zensiert, hat keine andere Wahl, als die „Informationen" zu veröffentlichen, die von der Regierung geliefert werden.

Es ist ebenfalls bemerkenswert, daß wir bei unseren Recherchen vor und nach unserem Aufenthalt in Teheran auf keinen einzigen Freispruch eines Militärgerichtes gestoßen sind. Andere Beobachter, die Gelegenheit hatten, bei Prozessen dabei zu sein, konnten berichten, daß die Angeklagten Spuren von Mißhandlungen trugen.

Seit einigen Monaten sind die Militärgerichte nicht mehr offen für ausländische Beobachter. Ebenso gibt es keine Existenzmöglichkeit mehr für die Opposition (die einzige legale Partei ist die Rastakhaz oder, Partei der Wiedergeburt), und die SAVAK führt ihre Aktivitäten in riesigem Ausmaß weiter.

Das Fehlen offizieller Informationen kann nur die Gerüchte und Spekulationen vermehren. Wir für unseren Teil können bezeugen, daß die Informationen, die in Teheran zirkulieren, glaubhaft sind und allgemein für wahr gehalten werden.

Es ist äußerst bedauerlich, daß dieser regelmäßige Rückgriff auf die Todesstrafe im Iran so wenig Empörung auslöst und noch weniger internationale Aktivitäten, während solche Praktiken in wirtschaftlich weniger bedeutenden Ländern, wie etwa Spanien, die Weltmeinung in Aufregung versetzen. Abschließend bleibt zu sagen, daß der Iran in unseren Augen zu den übelsten Regimen auf der Welt zählt."

Wir meinen allerdings nicht, daß es die Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen ist, die bewirkt, daß die Morde im Iran so wenig Empörung in den bürgerlichen Zeitungen auslösen. Empörung oder nicht, das ist auch ohne wirtschaftliche Bindungen für die bürgerlichen Politiker immer nur ein Mittel bei der Verfolgung ihrer politischen Linie. Das Schah-Regime im Iran handelt aber mit seinem Terror mit direkter Unterstützung und in vollster Übereinstimmung mit den Imperialisten, nicht zuletzt auch den BRD–Imperialisten.

Nahost–Kommission KB/Gruppe Hamburg

Zionistische Provokation

Anfang Februar verbot das Jerusalemer Amtsgericht den arabischen Wächtern des Tempelplatzes, „betende Juden" von dort zu vertreiben. Anlaß für dieses Urteil gaben acht Angehörige einer rechtsradikalen Jugendorganisation, die unter dem Vorwand, beten zu wollen, den Tempelplatz betreten hatten und die Araber provozierten. Auf dem Tempelberg befindet sich der Felsendom und die Al-Aksa Moschee, besondere Heiligtümer der Moslems. Orthodoxen Juden ist es nach ihren Glaubensregeln verboten, den Tempelberg zu betreten, bevor nicht „der Messias erschienen ist".

Das Urteil diente also nicht dazu, eine gleichberechtigte Religionsausübung zu gewährleisten – im Gegenteil: Den Arabern bleibt es weiterhin verboten, sich der Klagemauer (einem jüdischen Heiligtum) zu nähern. Bei dem Urteil geht es allein darum, zionistische Provokationen abzusichern.

Die zionistischen Provokationen auf dem Tempelplatz und das Urteil waren Anlaß für mehrere Demonstrationen, die hauptsächlich von Schülern getragen wurden und die in der Auseinandersetzung mit der israelischen Polizei zum Teil sehr militant geführt wurden.

Zusammenarbeit zwischen Syrien und Jordanien

Die Zusammenarbeit zwischen Jordanien und Syrien wird verstärkt. Auf einer Tagung des gemischten syrisch-jordanischen Ausschusses wurde Mitte Februar beschlossen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Politik, Wirtschaft und nationaler Sicherheit zu verstärken. Konkret wurde die Zusammenlegung von 30 diplomatischen Vertretungen beschlossen: Danach soll ab Juni Syrien in 23 Ländern und Jordanien in sieben Ländern beide Staaten vertreten.

Die verstärkte Zusammenarbeit war bereits im Juni letzten Jahres bei einem Besuch Assads in Jordanien vorbereitet worden. Damals wurde ein gemeinsames Komitee zur Ausarbeitung eines Koordinierungsplanes gebildet. Im August wurde dann ein gemeinsames „politisches Oberkommando" gebildet. Ziel der Zusammenarbeit ist nach Darstellung des syrischen Ministerpräsidenten Ajubi die **„Vereinigung nach Wiedererlangung der von Israel besetzten Gebiete"** („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 18.2.).

Besetzte Gebiete: Harte Maßnahmen gegen demonstrierende Araber

demonstrierende Araber

Wie berichtet gab es Ende Januar und Anfang Februar große Demonstrationen der arabisch-palästinensischen Bevölkerung im von Israel besetzten Westjordanland, besonders in Nablus und Ramallah. Die Demonstrationen hatten sich am Veto der USA gegen die jüngste Nah-Ost-Resolution im UN-Sicherheitsrat entzündet und richteten sich gegen die besondere politische und wirtschaftliche Unterdrückung der arabischen Bevölkerung sowie insgesamt gegen die Besetzung.

Bereits Ende Januar wurden Schulkinder von israelischen Militärgerichten zu hohen Geldstrafen verurteilt, weil sie an Demonstrationen teilgenommen hatten.

Als besonders harte Sanktion gegen die Demonstrationen wurden Mitte Februar die Jordanbrücken für die arabische Bevölkerung der Städte Nablus und Ramallah gesperrt („Frankfurter Rundschau", 16.2.). Dazu muß man wissen, daß in den letzten Monaten 15% der 70.000 Araber, die in den besetzten Gebieten beschäftigt sind, arbeitslos wurden! („FR", 31.12.75). In Wirklichkeit dürfte der Anteil besonders in Städten mit hohem Anteil arabischer Bevölkerung, wie Nablus und Ramallah höher liegen. Viele von den Arbeitslosen haben in Jordanien Arbeit gefunden. Die Sperrung der Jordanbrücken stellt also eine Existenzbedrohung für viele Araber dar, die in den von Israel besetzten Gebieten leben!

Israelische „Pressefreiheit"

Am 20. Februar wurde die arabische Zeitung „Al Schaab", die in Ostjerusalem erscheint, mit achttägigem Erscheinungsverbot belegt. Die Zeitung habe Meldungen „mit Sicherheitsgehalt" veröffentlicht, ohne sie zuvor der Zensur vorzulegen.

Mit diesem Erscheinungsverbot machen die israelischen Behörden deutlich, daß sie nicht daran denken, die geltenden Zensurbestimmungen zu lockern, nachdem Ende Januar der Versuch der Regierung gescheitert war, die Zensur über militärische und sicherheitspolitische Nachrichten hinaus auf politische Meldungen auszudehnen.

Damals hatte es unter den Journalisten einige Proteste und vor allem das Angebot einer „Selbstzensur" gegeben, woraufhin die Regierung ihren Gesetzentwurf zurückzog. Schließlich ist durch die geltenden Zensurbestimmungen auch ein sehr breiter Rahmen abgesteckt – was berührt schließlich nicht die „Sicherheit"? Die „Welt" vom 30.1.76 – die im übrigen zur Einschätzung kommt, daß *„in Jerusalem die Pressefreiheit nicht in Frage* (stehe)" und daß die *„israelische Presse ein großes Maß an Freiheit behalten* (habe)" – meldet, daß zum Beispiel *„alle Nachrichten über die Einwanderung von Juden aus kommunistischen und arabischen Staaten"* der Zensur unterliegen.

Generalstreik der französischen Drucker

25.000 Druckarbeiter, darunter zahlreiche Delegationen aus der französischen Provinz, demonstrierten am Freitag, dem 20. Februar, in Paris. Zur Demonstration und zu einem 24-stündigen Generalstreik im französischen Druck- und Pressebereich hatten die Druckarbeiter-Gewerkschaft FFTL und die Journalisten-Gewerkschaft S.N.J., beide Mitglied in der revisionistischen CGT, aufgerufen, *„um gegen die Rationalisierungen im graphischen Gewerbe zu protestieren, durch die mehrere tausend Arbeitsplätze abgeschafft werden"* („Le Monde", 17.2.76).

Dem Streikaufruf wurde mit überwältigender Mehrheit Folge geleistet: zum achten Mal innerhalb eines Jahres war Frankreich einen Tag lang so gut wie ohne Zeitungen. In Paris erschien lediglich der Streikbrecher „Parisien Libéré", den der Großverleger Almaury außerhalb von Paris von Mitgliedern der sozialdemokratischen „gelben" Gewerkschaft „Force Ouvrière" gedruckt bekommt. Die Kollegen und Genossen des „Parisien Libéré", die ihre Pariser Betriebe seit nunmehr fast einem Jahr besetzt halten (siehe AK 62), widmeten diesem Umstand am Morgen des 21. Februar die gebührende Aufmerksamkeit: in Hundert-Mann-Stärke rückten sie auf die Kioske vor und beförderten die Streikbrecher-Zeitungen dorthin, wo sie hingehören: in die Gosse.

Mit einer ähnlichen Aktion hatten auch in Vitry-sur-Marne rund hundert Druckarbeiter einer Vertriebsstelle des „Parisien Libéré" einen Besuch abgestattet und gut 9.000 Exemplare der Streikbrecher-Zeitung aus dem Verkehr gezogen, bevor sie ausgeliefert werden konnten.

In der französischen Provinz erschienen unbehindert einige Regionalblätter, wobei die Kollegen vom „Journal du Centre" in Nevers eine Solidaritätsadresse mit den streikenden Druckarbeitern auf die Titelseite gesetzt hatten.

Geschlossen legten dagegen die Kollegen der Nachrichtenagentur „Agence France Presse" für 24 Stunden die Arbeit nieder („Le Monde", 22./23. und 24.2.1976).

Die französischen Druck- und Pressekapitalisten erhoben unmittelbar nach Veröffentlichung des Streikaufrufs der Druckarbeiter- und Journalisten-Gewerkschaften ein lautes Wehgeschrei über die angebliche Bedrohung der Informationsfreiheit, wie wir das von ihren westdeutschen Klassenkumpanen bereits kennen. So versäumten die Kapitalistensyndikate der französischen Regionalpresse nicht, mit Abbau der sozialen Leistungen und des Lohns zu drohen, indem sie Streiks und Forderungen der Kollegen mit dem Hinweis zurückwiesen, daß die Druckarbeiter bei der Provinzpresse doch so zahlreiche Vorteile und besonders hohe Löhne hätten. *„Die Regionalpresse macht die Druckarbeiter auf die gefährlichen Folgen von Demonstrationen aufmerksam"*, schimpfte eines dieser Syndikate, *„die unter dem Vorwand* (!), *Arbeitsplätze erhalten zu wollen, die Leser verschrecken und die Existenz dieser Zeitungen erschüttern"* („Le Monde", 18.2.76).

Mit der gleichen „Begründung" wartete das Syndikat der Pariser Pressekapitalisten auf und bat scheinheilig *„unsere Leser höflichst um Entschuldigung dafür, daß nunmehr schon zum achten Mal innerhalb von weniger als elf Monaten die Öffentlichkeit durch wiederholte Streiks schriftlicher Informationen beraubt"* werde („Le Monde", 19.2.1976).

Die revisionistischen CGT-Gewerkschaften hielten in einem Kommuniqué dagegen, daß es doch etwas seltsam anmute, wenn die Unternehmer die Sorge um die Informationsfreiheit im Munde führten, sich andererseits aber konstant weigerten, Stellungnahmen der Druckarbeitergewerkschaft in ihren Blättern zu veröffentlichen. Ebenso seltsam mute es an, daß die Unternehmer überhaupt den Begriff der Freiheit bemühten, gleichzeitig aber das in der Verfassung verankerte Streikrecht der Arbeiter in Abrede stellen und *„sich seit Jahren schon gegenüber jeglicher Forderung taub stellen, national in Verhandlungen über die Zukunft der Presse einzutreten"*. Die CGT verlangt einen „Rahmenvertrag" über die Folgen der Modernisierung (Einführung neuer Techniken und Maschinen) in den Betrieben der Druckindustrie und der Presse, der zwischen staatlichen Stellen, Unternehmer-Vertretern und den Verantwortlichen der Gewerkschaften ausgehandelt werden soll.

Auf der nationalen Konferenz der Druckarbeiter-Gewerkschaft FFTL, an der Ende Januar 350 Delegierte teilgenommen und den Generalstreik sowie die Demonstration in Paris für den 20. Februar beschlossen hatten, war von FFTL-Führer Jacques Piot betont worden, die Druckarbeiter-Gewerkschaft stelle sich nicht gegen moderne Techniken, *„aber sie verwahrt sich gegen die wilde Installation neuartiger Maschinen, weil das notwendigerweise Konflikte nach sich zieht"*. Um die Verteidigung der Arbeitsplätze sicherzustellen, schlage die FFTL folgende Maßnahmen vor: *„Beibehaltung des industriellen und menschlichen Potentials; Rückführung von Druckaufträgen aus dem Ausland zurück nach Frankreich; Ausbau der nationalen Papier-Industrie; Anerkennung der Presse als eine nicht auf Gewinn ausgerichtete öffentliche Dienstleistung mit demokratischem Statut"* („Le Monde", 23.1. sowie 18. und 19.2.1976).

Die links-sozialdemokratische Druckarbeiter-Gewerkschaft in der CFDT forderte dagegen ihre Betriebs-Sektionen auf, *„wo immer sie es für effektiv halten, jegliche Möglichkeit zu reellen und einheitlichen Aktionen zu nutzen und systematisch die Diskussion unter den Arbeitern über die Notwendigkeiten und Mittel des Kampfes um die Durchsetzung ihrer Interessen zu entfalten:*
keine einzige Entlassung;
uneingeschränkte Beibehaltung aller Arbeitsplätze;
sofortiger Abbau der Überstunden bei vollem Lohnausgleich;
Absicherung aller Sozialleistungen und Altersruhegrenze ab 60."

Obwohl die CFDT die Ziele des Kampfes der Druckarbeiter *„uneingeschränkt gutheißt"*, bedauerten die Links-Sozialdemokraten *„die einseitige Orientierung und bezweifeln die Wirksamkeit 24stündiger Aktionen, die oft unvermittelt und immer weniger geeignet erscheinen, die Unternehmer in die Knie zu zwingen"* („Le Monde", 18.2.1976). Damit begründet die CFDT ihre Entscheidung, daß sie zum Generalstreik der französischen Druckarbeiter am 20. Februar NICHT aufgerufen hat. •

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Journalisten an der Seite der Druckarbeiter

Die französischen Journalisten beteiligen sich aktiv am Kampf der Druckarbeiter. Über die Maßnahmen der Drucker hinaus hat z.B. die Nationale Union der Journalisten-Gewerkschaften (S.N.J./unabhängig; CFDT, CGT und F.O.) beschlossen, im Anschluß an Generalstreik und Demonstration eine Aktionswoche durchzuführen, in der Versammlungen in mehreren großen französischen Städten stattfinden. Die Aktionswoche endete mit einer großen Veranstaltung am 27. Februar in Paris.

In einer Resolution der unabhängigen Journalisten-Gewerkschaft S.N.J., die am 13./14. Februar in Troyes verabschiedet wurde, weisen die Journalisten darauf hin, daß die Krise eine *„Verschärfung der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsbedingungen und Einschränkung der Meinungsfreiheit"* für die Druckarbeiter zur Folge hat.

„Andererseits beweisen die Erträge 1975 der allermeisten Presse-Unternehmen, daß ihnen die Krise erspart geblieben ist – wobei einige künstlich herbeigeführte Pleiten nicht unerwähnt bleiben sollen." Die Journalisten fordern weiter dazu auf, den Kampf gegen die „antigewerkschaftlichen Repressionen" der Kapitalisten gemeinsam fortzuführen. („Le Monde, 17.2.76)



So sah die Pariser Champs Elysees aus, nachdem französische Gewerkschafter die von Streikbrechern gedruckte Ausgabe des „Parisien Libere" dahin befördert hatten, wohin sie gehörte -- in die Gosse.

Faschistischer Anschlag auf

Faschistischer Anschlag auf Tageszeitung „Liberation"

In der Nacht vom 10. auf den 11. Februar wurden in Paris zwei Bombenanschläge verübt, für die sich in einem eigens dazu abgefaßten Pressetext die faschistische Organisation „Ordre Nouveau" (Neue Ordnung) verantwortlich erklärte. Die eine Bombe explodierte im Eingang der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot auf den Champs-Elysées. Die zweite wurde eine knappe halbe Stunde später in das einzige erleuchtete Fenster der Redaktion von „Libération" geschleudert. Glücklicherweise wurde niemand verletzt, und auch die Brände konnten im Keim erstickt werden, so daß nur ein geringer Sachschaden entstand.

Die „Ordre Nouveau", die enge Verbindungen zu den italienischen Faschisten der MSI unterhält, ist in Frankreich bereits am 28. Juni 1973 verboten worden. Gleichwohl kann sich diese Faschistenbande dort offenbar ganz unbehelligt entfalten. In ihrem Pressetext erklären sie frech, daß sich auch in Zukunft gedenken, *„alle Manöver der Linksradikalen und Marxisten, die die Sicherheit des Staates beeinträchtigen, zu durchkreuzen."*

Die Redaktion von „Libération", deren Räume aufgrund von Attentaten bereits zweimal ausgebrannt sind (1973 und 1974), hebt in einer Stellungnahme zu der faschistischen Provokation von „Ordre Nouveau" hervor, daß die Absichten dieser Bande nicht etwa von übergroßer Freiheitsliebe zeuge, *„schon gar nicht zur Meinungsfreiheit, die uns offensichtlich genommen werden soll, insbesondere unser Recht, für die in der Armee kämpfenden Gewerkschaftler und für die wegen Wehrkraftzersetzung gefangenen Soldaten Partei zu ergreifen"*.
(Fakten nach „Le Monde", 12.2. und „ID" 14.2.76) •

Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Frankreich aktuell: Die „Demoralisierung" greift um sich!

Aus einer Untersuchung, die von der französischen Luftwaffe gemacht worden ist, geht hervor, wie tief die „Moral" der französischen Truppen gesunken ist:

Sind Sie manchmal (?) stolz auf ihren Posten innerhalb der Armee?
81%: Nein
Ist Ihre Arbeit innerhalb der Armee interessant?
71%: Nein
Können Sie in der Armee Ihre Fähigkeiten entfalten?
65%: Nein
Haben Sie das Gefühl, während der Wehrdienstzeit Ihre Zeit zu verlieren?
86%: Ja
Sind Sie glücklich Ihren Wehrdienst zu machen?
84%: Nein
Ertragen Sie die militärische Disziplin?
70%: Nur schwer
Haben Sie das Gefühl, Ihrem Land nützlich zu sein?
73%: Nein
Meinen Sie, daß der Wehrdienst für die moralische Ausbildung der Jugendlichen nützlich ist?
72%: Nein
Ist der Wehrdienst Ihrer Meinung nach eine absolut notwendige Institution für die Verteidigung des Landes?
67%: Nein

(Veröffentlicht in „Canard Enchainé" Woche vom 7. Februar 1976).

***

Die PSU (Vereinigte Sozialistische Partei) hat offiziell angekündigt, bei den nächsten Stadtratswahlen Soldaten und Gewerkschafter als Kandidaten aufzustellen, die wegen *„Demokratisierungsversuch in der Armee"* verhaftet worden sind.

***

Das 3. Fallschirmjäger-Regiment, im südfranzösischen Carcasonne stationiert, ist das „Lieblingsregiment" des faschistischen Generals Bigeard (Staatssekretär für Kriegsangelegenheiten). Die Fallschirmjäger-Regimenter sind in Frankreich (wie anderswo auch) die berüchtigsten, sprich reaktionärsten Einheiten der Armee. Und so sieht die Militärdisziplin à la Bigeard aus: ein Offizier und ein Unteroffizier dieses Regiments wollten ihr Gepäck von Soldaten tragen lassen. Der betroffene Soldat weigerte sich. Daraufhin **schoß** der Unteroffizier auf den Soldaten! Der Soldat liegt jetzt im Krankenhaus.

***

In einem französischen Regiment, das in Karlsruhe stationiert ist, ist ein Soldat während des Manövers gestorben.

Dazu schreibt eine Gruppe von Soldaten, die in Aachen stationiert ist:

„Wir greifen diese Unfälle an, die nicht nur einfache ‚Betriebsunfälle' sind, sondern die entweder an der Müdigkeit der Soldaten (Manöver nachts und bei großer Kälte) oder an den Befehlen der Offiziere liegen. Die Armee mordet 1976 weiter. Die Repressalien gegen die Soldaten laufen weiter. Heute sind wir mehr denn je fest entschlossen, den Kampf innerhalb der Kasernen weiterzuführen".
(aus „Lutte Antimilitariste", Nr.27 Januar 76).

***

Solidaritätserklärung der Larzac-Komitees mit den verhafteten Antimilitaristen:

„Die nationale Koordinierung der Larzac-Komitees, die am 31. Januar in Millau zusammentraf, stellt fest, daß fünf Jahre Kampf und fünf Jahre einer massiven Unterstützung seitens des Volkes den Staat nun dazu zwingen, zurückzugehen, seine Taktik zu wechseln und auf die Peitsche nun das Zuckerbrot folgen zu lassen.

...Die Larzac-Komitees halten ihren Widerstand gegen jede Erweiterung des Militärlagers aufrecht ... Sie fordern die Aufhebung jeder Verfolgung der Larzac-Bauern

Die Komitees unterstützen den Aufruf des ‚Nationalen Komitees für die Befreiung der gefangenen Soldaten und Genossen' für einen Sternmarsch auf Paris am 15. Februar 1976".

***

Die Bewegung der „kritischen Christen" stellte sich auf auf die Seite der gefangenen Soldaten und Genossen:

„... Das nationale Büro der Bewegung der kritischen Christen, die für den Sturz der hierarchischen Strukturen und für den Aufbau der Demokratie innerhalb der Kirche eintreten, erklärt sich bedingungslos solidarisch mit dem Kampf der Soldaten für den Aufbau der Demokratie innerhalb der Armee.

Das Nationale Büro ... fordert:
– die Anerkennung des Versammlungs- und Meinungsrechtes innerhalb der Armee,
– die Aufhebung aller Verhaftungen
– die sofortige Freilassung aller gefangenen Soldaten und Militanten" •

(Paris, 25. 1. 76).

Shah: MÖRDER, Giscard: KOMPLIZE!

Nach den jüngsten Todesurteilen, die das faschistische Schahregime verhängt hatte, hatten rund 30 iranische Studenten in Paris die iranische Presseagentur (PARS) besetzt. Die französische Polizei griff bald ein, verhaftet die Militanten, schlug sie, und steckte sie völlig nackt in eiskalte Gefängniszellen.

Daraufhin begannen die iranischen Genossen einen Hungerstreik, um gegen die doppelte Barbarei des Schahregimes und des französischen Komplizen-Regimes zu protestieren.

Die Antwort von Giscard darauf: 20 Studenten wurden ausgewiesen nach Groß-Britannien, BRD und Österreich.

Währenddessen verließen 60 Tonnen Militärmaterial für den Iran den Hafen von Cherbourg. •

Die kapitalistische Produktionsweise mordet

Die beiden wichtigsten französischen Gewerkschaften CGT und CFDT haben in der ersten Februarwoche ein Kolloquium über die Gefährdung der Arbeiter am Arbeitsplatz durchgeführt, woran sich 300 Arbeiterdelegierte sowie Ärzte und Rechtsanwälte beteiligten.

Folgende Zahlen aus einer Untersuchung des Jahres 1973 wurden danach veröffentlicht:
– 1973 gab es 1.137.807 Arbeitsunfälle; 115.601 Kollegen wurden schwer verletzt, das heißt, sie wurden zu lebenslänglichen Invaliden.
2.246 Kollegen verloren das Leben.
– Alle sieben Sekunden verletzte sich ein Kollege;
– Jede Minute wurde ein Kollege schwer verletzt;
– jeden Tag gab es acht Todesfälle im Betrieb.

Dazu kommt noch die Zahl von 1.629 Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Weg zur Arbeit ihr Leben verloren.

Diese Zahlen sprechen für sich: aus ihnen ist der menschenfeindliche Charakter der kapitalistischen Ausbeutung zu entnehmen. •

Frankreich-Komission
KB/Gruppe Frankfurt

Griechenland wird zehntes Mitglied der EG

„Mit einer eindeutig politisch motivierten Entscheidung zur Unterstützung der ‚Demokratie' in Griechenland hat der Rat der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel den Auftrag gegeben, die Verhandlungen über den Beitritt Griechenlands als zehntes Mitglied zur EG so schnell wie möglich und ohne jede Vorbedingung politischer Art in die Wege zu leiten." („Süddeutsche Zeitung", 11.2.76)

Damit haben sich die politischen Gesichtspunkte der Sicherung der Süd-Ost-Flanke der NATO gegenüber gewissen ökonomischen Bedenken der EG-Kommission (siehe AK 74) durchgesetzt.

Die „Kommunistische Partei Inland" (die z. T. noch rechts von der italienischen revisionistischen KPI angesiedelt ist) sieht den wichtigsten Schritt darin, jetzt günstige Bedingungen für Griechenland herauszuholen und zu versuchen, statt eines Europas der Monopole ein wirklich demokratisches Europa zu schaffen.

Die revisionistische „Kommunistische Partei Griechenlands" (Ausland) und die PASOK-Papandreou lehnen den Beitritt ab, da er eine verstärkte Fesselung an die Interessen der EG- und US-Imperialisten bedeutet. Die Führung des Gewerkschaftsverbandes GSEE begrüßte ausdrücklich den nahenden Beitritt, ebenso wie der Sozialdemokrat Mavros und seine Zentrumsunion/Neue Kräfte.

Ebenfalls ausdrücklich begrüßt wurde der angestrebte EG-Beitritt Griechenlands von der VR China. In ihrer Stellungnahme erblickt die VR China darin *„eine Stärkung Westeuropas gegen die Supermächte"*.

Demgegenüber schreibt die EKKE (ehemalige Bruderorganisation der westdeutschen Vaterlandsverteidigergruppe „KPD"): *„Unerschütterlich ist die Linie des Volkes: Nein zur EG – Raus aus der NATO – kein Kuhhandel in der Ägäis!" „. . . unter welchen Bedingungen auch dieser Beitritt geschieht, ist es nicht möglich, daß die ungleichen Bedingungen zwischen unserem Land und den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas umgestürzt werden."* Er bedeute vielmehr *„Vervielfältigung der Ungleichheit". „Der Beitritt in die EG und später ins Vereinigte Europa heißt Fesselung unserer nationalen Unabhängigkeit . . . und automatische Abhängigkeit . . . von den westeuropäischen Staaten."*

Der „EDIK" (ehemalige Zentrumsunion des Herrn Mavros) und der sog. „Kommunistischen Partei Griechenlands – Inland" wirft die EKKE sehr richtig vor, daß *„sie für den Beitritt sind, indem sie den i m p e r i a l i s t i s c h e n C h a r a k t e r dieser Verbindung verschweigen und . . . beschönigen."* (Alle Zitate aus: „Laikji Aghones", 35, 6.2.76; Hervorheb. AK)

Junta-Organ „Freie Welt" immer noch nicht verboten!

Der Chef-Ideologe der ehemaligen Junta und Herausgeber des „Eleftheros Kosmos" (noch heute erscheinendes Junta-Organ), Konstantopoulos, wurde nun zu 14 Monaten Haft, 50.000 Drachmen Geldstrafe (knapp 3.800 DM) und zwei Monaten Entzug der Journalistenlizenz verurteilt! (wegen „Verleumdung der Regierung." Quellen „FAZ" 21.1., 26.1.76 und „Laikji Aghones", 16.1.76)

Der Direktor des faschistischen Hetzblattes, P. Pandelis, erhielt 5.000 Drachmen Geldstrafe und eine viermonatige Gefängnisstrafe mit der Möglichkeit der Umwandlung in eine Geldbuße. Während des Prozeßverlaufs konnten Anhänger der faschistischen „Neuen Ordnung" („Nea Taxis"), „Monarchisten" und bekannte Schläger ungestört Zeugen beschimpfen und bedrohen, am zweiten Prozeßtag unter den Augen der Polizei sogar auf Journalisten einprügeln.

Nach Prozeßende formierten sie einen Zug durch die Innenstadt, konnten jedoch von beherzten Antifaschisten auseinandergejagt werden.

In der Zeit des griechischen Faschismus vom 21.4.67 bis 24.7.74 war „Eleftheros Kosmos" („Freie Welt") eine der publizistischen Hauptstützen des Terror-Regimes. Die Machtergreifung von 1967 feierte die „Freie Welt" als die „Revolution vom 21.4.67" und folgerichtig Papadopoulos als den „Führer der Revolution".

Nach Ablösung des Faschismus im Juli 1974 erlebte Konstantopoulos mit seiner Zeitung zunächst einen politischen Niedergang mit einer erheblichen Auflagensenkung. Bis auf die letzten wenigen Monate spielte „Eleftheros Kosmos" keine Rolle unter den 12 Athener Tageszeitungen. Als „Relikt der Vergangenheit" verspottet, wurde diese Morgenzeitung nur von ausgemacht reaktionären und faschistischen Kreisen gelesen.

Die faschistisch ausgerichtete Zeitung bekam jedoch mit ihrer „kritischen Berichterstattung" über die gefangenen Militärs sowie die Prozesse gegen die Offiziere und Regierungsmitglieder wieder Oberwasser. Immerhin mauserte sie sich zur täglichen Morgenlektüre des in dem Hotel-„Gefängnis" gehaltenen Papadopoulos. ●

Heißer Winter in Griechenland



Demonstrationen gegen die Inflation am 5.2.76 in Thessaloniki

Der Kampf immer breiterer Teile des griechischen Volkes gegen die Ausplünderungspolitik des Herrn Karamanlis umfaßt derzeit nicht nur die traditionell kampfstarken Industriegebiete um Athen, Thessaloniki und Piräus, sondern auch Lehrer, Beamte, Ärzte und Krankenhauspersonal.

Die Bedeutung der Streiks der letzten Zeit liegt darin, daß trotz des verstärkten Krisengejammers und des „Sparappells für den EG-Beitritt" die Werktätigen massiv die Erfüllung ihrer ökonomischen Interessen fordern und immer erfolgreicher durchsetzen. Dabei nimmt der Kampf langsam ein höheres Niveau an, wie es sich beim MEL-Streik in Thessaloniki schon in Ansätzen gezeigt hat.

Die wichtigsten Streiks der letzten Wochen

Bei Pitsos in Piräus haben die Beschäftigten trotz eines brutalen Knüppeleinsatzes der Polizei und eines anschließenden Prozesses gegen „Rädelsführer" (s. AK 74, S. 33) nach 47 Tagen Kampf einen fast vollständigen Sieg errungen:

- 20 % Lohnerhöhung;
- 5.000 Drachmen (ca. 450 DM) für die Streiktage;
- Wiedereinstellung aller Entlassenen;
- Keine weiteren Entlassungen;
- Erhöhung der Produktionsprämie auf 25 %, wobei der Satz der Frauen dem der Männer angeglichen wurde.

Inzwischen wurden die 11 „Rädelsführer" vor Gericht gestellt und vier Arbeiter zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt! Aus Solidarität legten die Pitsos-Arbeiter noch einmal für kurze Zeit den Betrieb still.

Im Rahmen einer breiten Solidaritätswelle besuchte auch eine Abordnung des „Vereins Demokratischer Frauen Athens" die Pitsos-Arbeiterinnen, diskutierte mit ihnen und überreichte eine Spende von 4.000
nung des „Vereins Demokratischer
Frauen Athens" die Pitsos-Arbeiterinnen, diskutierte mit ihnen und überreichte eine Spende von 4.000
Drachmen (ca. 350 DM).

Viachalko, Metall-Thessaloniki:

Bei einem befristeten Streik bei Viochalko ging es zunächst um Lohnerhöhungen zwischen 20 und 30 %. Als Streikbrecher eingesetzt wurden und die Streikposten diese abwimmelten, entließ die Geschäftsleitung umgehend 19 Arbeiter und zeigte diese auch noch an.

Als die Kollegen nun eine Demonstration durch die Stadt veranstalten wollten, wurden sie von einem 500 Mann starken Polizei-Knüppel-Kontingent, begleitet von Tränengaspanzerfahrzeugen, daran gehindert. Später wurden zwei von den Kollegen zu 25 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich einen Streikbrecher verdroschen haben.

Die Arbeiter beschlossen einen Dauerstreik. Die Geschäftsleitung antwortete mit 70 weiteren Entlassungen.

Auf diese Kraftprobe der Kapitalisten reagierten die Kollegen in bisher einmaliger Weise: Die Belegschaften von 15 Großbetrieben von Thessaloniki nahmen untereinander Kontakt auf, und die „Somatia" (Vertrauenskörper der Kollegen) gründeten den „Bund der Industriearbeiter" und drohen jetzt mit einem den gesamten Industriegürtel von Thessaloniki umfassenden Streik, wovon u.a. die ESSO – Griechenland des Herrn „Tom Pappas" betroffen wäre.

MEL-Papier, Thessaloniki:

Die 400 Kollegen der Papierfabrik MEL sind auch wieder in vorderster Streikfront (s. dazu auch Internationale 18).

Sie fordern ebenfalls 25 % Lohnerhöhungen, sowie die ihnen zustehende Zulage, wegen gesundheitsschädigender Arbeit, die ihnen ihr Kapitalist Ladhopoulos ebenso gesetzwidrig vorenthält, wie einen Versicherungszuschuß.

Weiterhin geht es um die verweigerte Lohnzahlung während des letzten Solidaritätsstreiks für den Vorsitzenden ihres Somatio.

Er wird zusammen mit dem Presse-
Lohnzahlung während des letzten Solidaritätsstreiks für den Vorsitzenden ihres Somatio.
Er wird zusammen mit dem Presse-
verantwortlichen der EKKE wegen eines Artikels strafrechtlich verfolgt, weil er den Personalchef als Faschisten und Freund des Putschisten Ladhas entlarvt hatte.

Die MEL-Kapitalisten eskalierten die Auseinandersetzung mit einer totalen Aussperrung.

Trikopi-Textil, Athen:

Bei Trikopi versammelten sich alle Kolleginnen und Kollegen vor dem Fabriktor aus Protest gegen Entlassungen.

Ein massives Aufgebot an Streikbrechern versuchte in die Fabrik zu gelangen.

Bei der Abwehr dieses Versuches wurden 60 Arbeiterinnen und Arbeiter verhaftet, drei wurden angeklagt. Die Arbeiter forderten 25 % Lohnerhöhung und die sofortige Wiedereinstellung aller Entlassenen.

Olivetti-Griechenland, Athen:

Nach dem 50sten Streiktag konnten die Angestellten bei Olivetti einen Sieg erringen:

- 25 % Lohnerhöhung bei Gehältern bis 6.500 Drachmen
- 23 % bis 8.000 Drachmen
- 20 % für alle Gehälter darüber
- Wiedereinstellung aller elf entlassenen Gewerkschafter
- Bezahlung aller Streiktage
- 15 % Lohnerhöhung für alle Verkäufer

Weitere Streiks in Thessaloniki:

- „Alisidha" und „EVETHA", die Arbeiterinnen bei „FIMI" konnten 30 % Lohnerhöhungen durchsetzen.

Athen:

- Viopharm, Vioter-Alemande, Ethigme, die Drucker von Daverona, Keramea und Daniil.

Weiterhin befinden sich alle Gemeindeangestellten im Streik sowie, allerdings nicht einheitlich, die Beschäftigten der verschiedenen Verkehrsbetriebe.

Hier greift die Regierung Karamanlis mit einer besonders perfiden Methode ein, wie sie auch ähnlich in Spanien praktiziert wird: „Zivile Dienstverpflichtung".

Auch im Kinderkrankenhaus Ajia Sofia will man das Personal damit kleinkriegen: die Angestellten traten daraufhin in einen unbefristeten Hungerstreik!

Demonstrationen gegen Inflation

In Athen fand bisher mit etlichen Tausenden eine Großveranstaltung gegen die Inflation statt.

Am 5.2.76 demonstrierten in Thessaloniki Zehntausende gegen die Fahrpreiserhöhung. Schon früh morgens versammelten sich die ersten Demonstranten. Von 10 – 12 Uhr machten die Geschäfte dicht. Die Busse hielten an und die Leute stiegen aus, um gleich mitzudemonstrieren.

Von den Fabriken Filkeram, Bal-
Busse hielten an und die Leute stiegen aus, um gleich mitzudemonstrieren.
Von den Fabriken Filkeram, Bal-
kan-Export, EDYK und Xylopan kamen die Arbeiter in großen Delegationen. ●

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Lockheed-Bestechung auch in Griechenland!

Lockheed-Bestechung auch in Griechenland!

Die amerikanische Zeitung „Newsweek" deckte auf, daß eine ganze Reihe der „Junta-Prominenz" ebenfalls auf der Gehaltsliste von Lockheed stand: Während der Junta-Zeit wurden 500.000 Dollar Bestechungsgelder gezahlt.

Es ging dabei um 60 Kampfflugzeuge vom Typ A 7 im Werte von insgesamt 400 Mio. Dollar, außerdem um den Bau einer Flugzeugfabrik in Griechenland, was später zurückgezogen wurde, weil Lockheed 60% der Aktien verlangte und lediglich „Know how" anbot.

In den Fall sind vor allem verwickelt: N. Makarezos, Frau Papadopoulos, weitere 16 ehemalige Minister, Offiziere und andere hohe Staatsbeamte. Ein weiterer Junta-Offizier wurde schon vor 1967 von Lockheed bezahlt.

Nach der Veröffentlichung der CIA-Gehaltslisten, auf der kein namhafter griechischer Oberst fehlte, nun diese Hintermänner des Faschismus! ●

Faschistische Partei gegründet

Mitte Februar ist in Griechenland eine faschistische Partei mit Namen „christlich-demokratische Partei" (GCDP) gegründet worden.

In ihrer Presseerklärung erklärt sie, daß die jetzige Regierung die „Sache der Nationalisten und Rechten" verraten habe, weil sie dieser keinen Schutz vor dem „Terror der Linken" gewähre.

Auf dem Gründungskongreß waren 25 Abgeordnete der Karamanlis-Partei „Neue Demokratie" anwesend. Inzwischen hat die GCDP in ländlichen Gebieten damit begonnen, Unterschriften für eine Generalamnestie der faschistischen Obristen und Juntaanhänger zu sammeln. ●

Neuerliche Umwälzung

Der breite Anti-Amerikanismus in der griechischen Bevölkerung schlägt sich auch in der bürgerlichen Presse nieder. Selbst konservative Zeitungen sprechen vom Hauptfeind US-Imperialismus etc.

Dies haben Anfang dieses Jahres verschiedene US-Zeitungen zum Anlaß genommen, eine Hetzkampagne gegen die griechische Presse zu initiieren. So wird behauptet, selbst bürgerliche Zeitungen würden vom KGB finanziert, *„das politische und soziale Leben in Athen werde direkt von Moskau beeinflußt"* („Washington Post", „New York Times", „Associated Press").

Die griechische Zeitung „Kathimerini" bemerkt dazu: *„Die anti-griechische Kampagne in den Vereinigten Staaten könne womöglich auch das Ziel verfolgen, eine n e u e r l i c h e Umwälzung in unserem Land herbeizuführen"*, denn der faschistische Militärputsch von 1967 wurde auch von anti-griechischen Hetzkampagnen in der amerikanischen Presse eingeleitet. (Information aus „SZ", 5.2.76) ●

Griechenland-Türkei-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

US-Stützpunkt in Griechenland

Bei den kürzlich beendeten Verhandlungen zwischen Griechenland und den USA über die US-Stützpunkte in Griechenland konnte lediglich Einstimmigkeit in der Schließung eines Stützpunktes des US-Imperialismus erzielt werden. Ebenso in der Aufhebung der Erleichterungen für die 6. US-Flotte bei Benutzung griechischer Anlagen, besonders in Elefsis und Piräus. („Le Figaro", 17.2.76)

Grundsätzlich sind die US-Imperialisten aufgrund des wachsenden Anti-Amerikanismus in Griechenland (bis weit in konservative Kreise hinein) bereit, gewisse „Zugeständnisse" zu machen. *„Andererseits aber die höchst geheimen US-Einrichtungen nicht herzugeben, die unschätzbare Spionage-Dienste leisten."* („Herald Tribune", 20.2.76)

Auf Kreta, *„wo der schönste natürliche Ankerplatz im östlichen Mittelmeergebiet"*, der die *„gesamte 6. US-Flotte aufnehmen kann"*, sich befindet, der mit Millionenbeträgen zu einem äußerst wichtigen US- und NATO-Stützpunkt an der Süd-Ost-Flanke ausgebaut wurde, zogen es die US-Imperialisten vor, lieber die US-Flaggen einzuziehen, um die besonders kämpferische Bevölkerung in ihrem Protest nicht noch mehr anzuheizen. („Herald Tribune", 20.2.76)

Ein möglicher Verlust Kretas geht den US-Imperialisten nämlich besonders an die Nieren. Hier wurden vor allem in der „Souda-Bucht", der Nord-West-Küste Kretas, unterirdische Munitions- und Kraftstofflager angelegt. Eine nahe gelegene 10.000 Fuß große Rollbahn war für NATO-Aufklärungsflugzeuge bestimmt, die die wichtigsten umliegenden Gewässer überwachen sollten.

Auf Kreta sollten Nuklearwaffen gelagert werden, der Anlauf von Polaris-U-Booten war vorgesehen. Hier liegen neben Flotten- und Luftwaffenlandeplätzen ebenfalls eine geheime Raketen-Abwehrbasis (nach „Herald Tribune", 20.2.) und ein Raketen-Schießübungsplatz (nach „Le Monde", 17.2.).

Weiterhin sind hier elektronische Abhörbasen, die auf höchster US-



Karte der Stützpunkte in Griechenland

Bürgerkriegstruppen gegen Platzbesetzer!



Eine 500-Mann starke Bürgerkriegstruppe in voller Kampfmontur, mehrere Tränengaspanzerfahrzeuge, Mannschaftswagen und Einsatzfahrzeuge der Polizei walzten am 12.2.76 mit aller Brutalität den zunächst passiven Widerstand von ca. 1.000 Einwohnern hauptsächlich aus dem Dorf Spata in Attika nieder.

Es geht um ein Gebiet von 4.200 ha Land, das 1972 die Junta entschädigungslos den Bauern abnahm, denen es seitdem verboten ist, ihre Weinfelder und Olivenbäume auch nur vor dem Verfall zu bewahren.

Dort soll der neue Großflughafen Athens entstehen, der den gesamten Lebensraum der dortigen Landbevölkerung zerstören wird.

Die Spataner errichteten zuerst symbolisch „eine Wache und einen Beobachtungsturm".

Daraufhin wurde die Gendarmerie wegen „illegalen Hausbaues" benachrichtigt, die darin nur einen Teil eines weitergehenden Planes des Kampfkomitees sah.

Ein Heer von Polizisten mit Schilden, langen Knüppeln, Spezialhelmen und Tränengasmasken stellte

Ein Heer von Polizisten mit Schilden, langen Knüppeln, Spezialhelmen und Tränengasmasken stellte sich den unbewaffneten Platzbesetzern in einer klassischen Schlachtreihe gegenüber.

Als die Bevölkerung natürlich der Aufforderung des Staatsanwaltes, den Platz zu räumen, nicht nachkam, rückten die Bullen vor, warfen Tränengasund schossen in die Luft. Blindwütig droschen die Bullen auf alles los.

Die Platzbesetzer versuchten, sich in der Not mit allem Greifbaren zu verteidigen.

Trotz Übermacht bekamen 27 Bullen ihren Teil ab, ein Polizeibus



Der umgestürzte Bullenbus

wurde umgestürzt, ein Polizeioffizier gefangen genommen.

Die Polizei griff sich wahllos mehrere Leute heraus; fünf von ihnen wurde der Prozeß gemacht.

In dem gesamten Prozeß wurde kein Wort dazu gesagt, daß den Bauern ihr Land von den Faschisten

In dem gesamten Prozeß wurde kein Wort dazu gesagt, daß den Bauern ihr Land von den Faschisten geraubt wurde und sie sich nur zurückholten, was ihnen sowieso schon gehörte.

Zwei Angeklagte wurden zu sieben Monaten, einer zu sechs Monaten und zehn Tagen Gefängniss verurteilt, einer freigesprochen, der fünfte wegen Minderjährigkeit nicht verurteilt.

Die Dorfbewohner allerdings sind nicht bereit, ihr Land aufzugeben.

Quelle: Athinaikji vom 13.2. – 17.2., – 18.2.76. ●

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Forts. von S. 41

Abwehrdienst-Geheimstufe stehen. Die US-Imperialisten befürchten, unter griechisches Kommando gestellt werde die Sicherheit der von hier ausgehenden geheimen und empfindlichen (!) Operationen gefährdet. (nach „Herald Tribune", 20.2.)

Diese Abhöranlagen sind doppelt wichtig, da die Zukunft der US-Basen in der Türkei ungewiß ist, denn dort wird erwägt, einige US-Überwachungsstationen, die nach der Sowjetunion gerichtet sind, unter türkisches Kommando zu stellen. Ebenso ungewiß ist die Zukunft der Raketenbasen längs der griechisch-bulgarischen Grenze, mit den geplanten Verbindungsstationen zum Athener Militärflughafen, dem Zentrum der Aufklärungsflüge über dem Mittelmeergebiet bis hin nach Kreta, dem Souda-Bucht-Komplex.

An der Nord-Ost-Küste Kretas befindet sich eine riesige elektronische Überwachungsstation. Zwei riesige Schüssel-Antennen auf einem Hügel zeichnen alle Aktivitäten ringsum im Mittelmeer auf. Die Insel Kreta ist der *„strategische Schlüssel zum östlichen Mittelmeergebiet. Sie liegt mitten zwischen den sowjetischen Schiffahrtslinien, die vom Schwarzen Meer herkommen, und innerhalb des Luftoperationsgebietes von Israel und den arabischen Staaten. Sie ist der Stöpsel in der Flasche. In jeder mittelöstlichen Notlage* (nur dann?) *kann Kreta und seine Stützpunkte sehr wichtig für die westlichen Interessen werden".* (US-Marineminister Middendorf laut „Herald Tribune", 20.2.76).

So bleibt den US-Imperialisten nichts weiter als nackte Drohung: *„Dieser Platz besitzt ein ungeheures Potential, und alles hier ist bereit und wartet darauf, benutzt zu werden. Aber nun gut! Wir sind immer noch die Pächter hier, die ihre Pacht bezahlen, ohne viel tun zu können. Aber es ist keine Frage, wer hier das letzte Wort hat"(!) (Herald Tribune, 20.2.)*

Der griechische Verteidigungsminister unterstützt die US-Imperialisten, wie aus seiner Antwort an das „Pankretische Komitee" ersichtlich: *„Wer hat ihnen gesagt, daß Rückzug aus den Militärorganisationen der NATO die Entfernung der fremden Stützpunkte bedeutet!"* („Athinaikji", 16.2.)

Die Bewohner Kretas hatten auf diese Drohungen allerdings die einzig richtige Antwort: Sie blockierten mit riesigen Transparenten die Straßen Kretas („Le Monde", 17.2.) und forderten unmißverständlich: *„Yankees go home!"* ●

Griechenland-Türkei-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

England/Irland:

Frank Stagg stirbt nach 61 Tagen Hungerstreik

Am 12. Februar 76 starb Frank Stagg an den Folgen seines Hungerstreiks im englischen Gefängnis Wakefield.

Er war wegen der Teilnahme an von der IRA-Provisional durchgeführten Sprengstoffanschlägen zu 10 Jahren Haft verurteilt.

Es war bereits der vierte Hungerstreik, den Frank Stagg durchführte, um seine Forderungen durchzusetzen:

- Verlegung in ein nordirisches Gefängnis, und damit Anerkennung als politischer Gefangener. Den Status des politischen Gefangenen gibt es in England nicht, sondern nur in Nordirland.
- Zusicherung, daß er im Gefängnis nicht zwangsarbeiten braucht.
- Zusicherung, daß er nicht weiter in Einzelhaft gehalten wird. Er befand sich, vor seiner Verlegung in das Gefängnishospital, 11 Monate in Einzelhaft, als Strafe für seine Arbeitsverweigerung.

Diese minimalen Forderungen wurden von der englischen Regierung kategorische abgelehnt, obwohl zuvor mehreren Protestanten und auch einigen Republikanern derartige Forderungen erfüllt worden waren.

Somit ist die englische Regierung direkt verantwortlich für den Tod von Frank Stagg, genau wie für den Tod des Iren Michael Gaughan, der 1974 an den Folgen eines Hungerstreiks starb.

Frank Stagg wurde nicht zwangsernährt, denn seit einem Jahr gibt es in England ein Gesetz, daß Hungerstreikende aus „humanen" Gründen nicht zwangsernährt werden dürfen. Sicherlich sind wir nicht dafür, daß Hungerstreikenden gegen ihren Willen Nahrung eingeflößt wird, der englischen Regierung jedoch dient das jetzt dazu, sich von jeglicher Schuld reinzuwaschen. Am 16. Februar stellte eine achtköpfige Untersuchungskommission ausdrücklich fest, daß Frank Stagg im Gefängnis „ordnungsgemäß behandelt" worden ist und seinen Tod einzig und allein „selber verschuldet" hat.

Während des Hungerstreiks und verstärkt nach dem Tod von Frank Stagg gab es in England und Irland eine breite Protestbewegung.

- Im Januar traten die Gefangenen des KZ „Long Kesh" in einen 36 stündigen Hunger- und Durststreik.
- 2 Mitgefangene des Wakefield - Gefängnisses kletterten am 24. Januar aus Protest für 8 Stunden auf das Gefängnisdach.
- Vor dem Gefängnis und in Belfast wurde mehrfach demonstriert. In der Nacht nach Frank Staggs Tod waren in Belfast dutzende Straßen mit brennenden Autos blockiert, mehrere Sprengkörper explodierten in London und Belfast.

Aus Angst vor „antibritischen Aktionen" verweigerte die südirische Regierung dem Flugzeug mit der Leiche Frank Staggs an Bord die Landeerlaubnis auf dem Dubliner Flughafen. Das Flugzeug mußte auf einen kleineren Flughafen in Westirland umgeleitet werden. ●

Irland - Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Irland

Provisionals bestätigen Angriff auf Officials

Die Provisional Sinn Fein/IRA hat in einem uns vorliegenden Schreiben bestätigt, daß sie Ende letzten Jahres in Belfast (Nordirland) Angriffe auf Mitglieder der Republican Clubs (Official Sinn Fein/ IRA) unternommen hat.

Die Republican Clubs hatten Mitte des Jahres eine Kampagne gegen die religiöse Spaltung durchgeführt und dabei auch in protestantischen Stadtvierteln von Belfast Plakate geklebt und Flugblätter verteilt. Die Provisionals schreiben nun, sie hätten die Republikanischen Clubs *„bei vielen Gelegenheiten gewarnt, wegen der Methoden, mit denen bestimmte Mitglieder der Organisation arbeiteten. ... Wir hielten das Vorgehen der Republikanischen Clubs in keiner Weise für nützlich in der bestehenden Situation. ... Da keine der Warnungen beachtet wurde, mußten Maßnahmen ergriffen werden ... gegen die Verräterbanden der Officials."*

Nach Angaben der Official Sinn Fein wurden während der Angriffe, die vom 29. Oktober bis zum 13. November dauerten, 8 Menschen getötet, davon 4 Mitglieder der Partei, und über 40 schwer verletzt. Es habe Beweise dafür gegeben, daß die Aktionen der Provisionals mit Kenntnis und Billigung der britischen Armee durchgeführt wurden. ●

England aktuell

England aktuell

Verelendung in Riesenschritten

Englands Kapitalisten und ihre „Arbeiter"regierung ziehen dieser Tage Halbzeit-Bilanz der bis August 76 angelegten „6-Pfund"-Lohnraubpolitik. Geichzeitig wird die Diskussion um eine zweite, noch verschärfte Phase eingeläutet, die die „6-Pfund"-Politik ablösen und die zügig voranschreitende Sanierung der Profite weiter beschleunigen soll.

Das „Anti-Inflationsprogramm" der Wilson-Regierung von Juli 75 beinhaltete als Kernpunkt die Festlegung von Lohnerhöhungen auf maximal 6 Pfund pro Woche. Damit „wird der Lebensstandard weiter fallen" hieß es damals lakonisch aber weitsichtig („Guardian", 15.9.75).

Die Weichen dafür stellte Anfang September die Absegnung des Lohnraubprogramms auf der Jahreskonferenz des Gewerkschaftsverbandes TUC mit einem Stimmenverhältnis von 2:1. Aber auch die „Gegner" des Programms beeilten sich mit Versicherungen, daß man sich der Mehrheit „im Interesse der Einheit" beugen werde.

Als „Vater" dieses Erfolges feierte die Bourgeoisie Jack Jones, den Führer der Transportarbeitergewerkschaft. Wie sich die Bilder gleichen: ÖTV-Kluncker „entdeckte" das Prinzip der linearen Erhöhung (DM 135,-), weil es darum gehe, *„....das wenige Vorhandene... so gut wie möglich sozial gerecht (?!) zu verteilen".* Und Jack Jones taufte das Lohnraubprogramm eine *„Einkommenspolitik der Niedrigverdienenden".*

Anschließend setzten die Gewerkschaftsführer – durchweg mit Erfolg – das Lohndiktat durch: So z.B. bei der NUPE als eine der drei großen beteiligten Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen für über 1 Mio. Arbeiter und Angestellte der lokalen Behörden (Müllarbeiter, Kanalisationsarbeiter, Reinigungspersonal und andere), deren „Dreckjobs" zu den schlechtbezahltesten überhaupt zählen („Guardian", 10.9.75). Die NUPE hatte die 6-Pfund-Politik zunächst abgelehnt, einigte sich aber dann sofort mit GMWU und TGWU auf eine Forderung von 6 Pfund.

Die Tarifrunde lief vor dem *„Hintergrund einer wachsenden Verbitterung... über Kürzungen in den sozialen Diensten"*, die zur Streichung von Arbeitsplätzen führen werde („Guardian", 6.9.75).

Angesichts dieser Situation war es die Taktik von Labour-Regierung und Gewerkschaftsführung, einen 6-Pfund-Abschluß in diesem Bereich als großen Erfolg der Gewerkschaften herauszustellen. Er brachte den betroffenen Kolleginnen und Kollegen angesichts ihrer Niedrigstlöhne zwar eine Erhöhung von durchschnittlich 15 %. Zur selben Zeit lag die Inflationsrate aber bei über 27 %.

Damit hatten die Kapitalisten weiterhin auch noch einen politischen Sieg errungen: *„Einer der bedeutenden Bestandteile des Abkommens war, daß keine weiteren Forderungen zum Lohn und den Arbeitsbedingungen für die Laufzeit des Vertrages von einem Jahr aufgestellt werden"...* („Guardian", 27.9.75). Denn so wurde die von der Labour-Regierung aufgrund der Massenkämpfe gegen das Anti-Streik-Gesetz der Tories abgeschaffte „Friedenspflicht" durch die Hintertür über die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführern wieder eingeführt.

Mit diesem Tarifabschluß waren für die weiteren Sektoren die Weichen gestellt:

- Noch im September erhielten die fünf Gewerkschaften der **Druckindustrie** ein Lohnangebot von 6 Pfund und akzeptierten dafür „im Gegenzug" Gespräche über Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen.
- Zug um Zug folgten Tarifverhandlungen für weitere 3 Mio. Arbeiter und Angestellte des **Öffentlichen Sektors**, keine mit einem höheren Ergebnis als 6 Pfund.

Am 19.2.76 unterschrieben die Führer der **Bergarbeiter** (!) einen Vertrag über eine 6-Pfund-Erhöhung ohne jedes Aufsehen.

Inzwischen ist die 2. Phase dieser Lohnraubpolitik bereits in der Vorbereitung: *„Lohnerhöhungen während der zweiten Phase der Einkommenspolitik der Regierung, die im nächsten August ins Werk gesetzt werden muß, werden viel stärker begrenzt werden, als durch die gegenwärtige Höchstgrenze von 6 Pfund pro Woche. Minister legen gerade die letzte Hand an die Formulierung einer Politik, die nicht mehr als 4 % (!) erlauben soll"* („Sunday Telegraph", 8.2.76).

Schon jetzt kündigten einige Gewerkschaftsführer ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit in der zweiten, wesentlich schärferen Ausplünderungsphase an. Jack Jones' Konzept: *„Er weiß nicht, welche Art der Politik die Gewerkschaften nach dem August bevorzugen werden, aber er ist überzeugt, daß sie wieder Vorschläge unterbreiten werden, um Britannien* (d.h. seine Kapitalisten) *während der Wirtschaftskrise über die Runden zu bringen"* („Guardian", 23.1.76). ●

England-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Operation Price Check – Neues Betrugsmanöver der Bourgeoisie

Seit dem 16.2. verpulvert die Labourregierung ca. 2,5 Mio. DM zur Propagierung der „Operation Price Check" (Aktion Preiskontrolle).

Es wurde eine Liste mit Verbrauchsgütern veröffentlicht, deren Preise in den nächsten sechs Monaten um höchstens 5 % steigen sollen. Die entsprechende jährliche Preissteigerung von 10 % soll den Eindruck erwecken, als ob die Inflationsrate auf 10 % gesenkt würde, wie es die Labour-Regierung zur Durchsetzung des 6-Pfund-Lohndiktats den Arbeitern versprochen hatte.

Dabei handelt es sich um einen ganz offenen Betrug: Die betreffenden Waren machen ohnehin nur höchstens 15 - 20 % der Lebenshaltungskosten aus. Der eigentliche Hammer: Die Kapitalisten wurden vor Aufstellung der Liste gefragt, welche Preise sie um nicht mehr als 5 % erhöhen wollten. Nur solche Waren kamen auf die Liste. Außerdem erlaubt eine Klausel zusätzliche Preiserhöhungen, „wenn es die Kosten erfordern". Sinn dieses Manövers: Nach Ablauf des 6-Pfund-Diktats im April sollen die „erlaubten" Lohnerhöhungen noch weiter gesenkt werden. Im Finanzministerium denkt man an eine Reduzierung auf 3 % – obwohl die Inflationsrate weiterhin über 20 % liegt. (Alle Angaben aus: „Guardian", 12.2.76.) ●

Englandkommission KB/Gruppe Lübeck

Abtreibungsgegner geben keine Ruhe

Anfang 75 hatte der Labour-Abgeordnete White einen Gesetzentwurf eingebracht, nachdem die bisher verhältnismäßig liberale Abtreibungsgesetzgebung wieder wesentlich verschärft werden sollte. Daraufhin entwickelten Englands Frauen in der „National Abortions Campaign" (NAC = Nationale Abtreibungs-Kampagne) einen massenhaften Protest mit Höhepunkt einer Demonstration von ca. 30.000 Menschen im Juni 1975 in London (vgl. auch „dI" Nr. 15).

Die Hoffnung vieler Frauen, daß der Entwurf mit Ablauf der Parlamentsperiode 1975 erst mal vom Tisch sei, wurde enttäuscht: Am 9.2.76 beschloß das Unterhaus die Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses, der 1975 den „Mißbrauch" der Abtreibungsgesetzgebung feststellen sollte und mehrheitlich mit Reaktionären besetzt war.

Die Frauen der NAC starteten sofort erneute Protestaktionen, wollen den Kampf verstärkt in die Gewerkschaften tragen und planen eine nationale Demonstration für Anfang April.



Demonstration der „Nationalen-Abtreibungs-Kampagne" in Coventry: „Verteidigt die Abtreibung"

Erfreulicherweise traten die sechs fortschrittlichen Mitglieder des Untersuchungsausschusses am 16.2. unter Protest zurück, da dieser nur die Funktion habe, legale Abtreibungen für Frauen zu erschweren („Socialist Worker", 17.2.). ●

Englandkommission
KB/Gruppe Lübeck

Führender Genosse aus der KP England ausgetreten

Mitte Februar erklärte Jimmy Reid, führendes Mitglied der englischen revisionistischen Communist Party, (CP), seinen Austritt aus der Partei. Reid war Mitglied des „Politischen Komitees", Sekretär des schottischen CP-Zweiges, Vorsitzender der „Young Communist League" (Jugendorganisation der CP) und erst letzten November sogar in die „Party Executive" (soviel wie Zentralkomitee) gewählt worden.

Die Angaben über seine Parteizugehörigkeit schwanken zwischen 18 und 26 Jahren.

Reid war 71 als Stadtrat in Glasgow (Schottland) führend bei der Besetzung der Schiffswerft Upper Clyde Shipbuilding in Schottland mit dabei.

Die Zeitung der CP, „Morning Star", brachte am 12.2.76 eine Stellungnahme Reids. Leider ist sie wenig konkret. Er spricht von seiner *„Enttäuschung über bestimmte Tendenzen in Aktionen und Entscheidungen." „Mitglieder der Partei haben meiner Meinung nach gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt. Ihre Handlungen wurden übersehen (verziehen)."*

„.... Das Ergebnis war, daß der alte Arbeitsstil – bürokratisch und formalistisch – beibehalten wurde. Das bedeutete, daß die demokratische Glaubwürdigkeit (credentials) der Kommunisten und in gewissem Maße der Linken nicht im Bewußtsein der Leute verankert worden ist. Dies hat eine gefährliche Situation geschaffen; der Demokratie in England droht eine Gefahr von der extremen Rechten und die Linke ist – um dieser Gefahr zu begegnen – teilweise entwaffnet, weil unsere Glaubwürdigkeit gering ist. In der Politik war ich immer völlig der Arbeiterklasse und dem Volk verpflichtet und werde dies auch immer sein." Seine Differenzen zur CP bezeichnete er in einem Interview als *„philosophisch"* („Morning Star", 13.2.76).

Reids Kollegen in der Parteiführung zeigten sich „sehr erstaunt" über seinen Schritt. Allgemein wurde geäußert, daß nichts darauf hingewiesen habe, daß er sich zum Austritt entschließen würde.

Was tatsächlich an inhaltlichen Differenzen vorlag, wird in der Tat nicht klar. Man muß Gordon McLennen, Generalsekretär der CP zustimmen, wenn er sagt: *„Die Frage des Rücktritts stellt sich normalerweise nur, wenn fundamentale Meinungsverschiedenheiten in Fragen der grundlegenden Politik und Strategie bestehen und dies scheint nicht der Fall gewesen zu sein, was Jimmy betrifft".*

Im Gegenteil scheint Reid durchaus einverstanden gewesen zu sein mit der erst kürzlich vorgenommenen (Rechts-) Korrektur in Richtung *„Lösung von der Sowjetunion"* – sprich Verschärfung des Revisionismus unter dem Markenzeichen *„Kampf gegen den Dogmatismus".* Diese Kurskorrektur fand im wesentlichen ihren Ausdruck in einem im Januar veröffentlichten Grundsatzartikel *„Sozialistische Demokratie – Einige Probleme"* von John Gollan, bis vor kurzem Generalsekretär der CP. In diesem Artikel wird verlangt, daß den „Dissidenten" in der Sowjetunion die Möglichkeit gegeben werden müßte, ihre Überzeugung zu veröffentlichen. Die Haltung der sowjetischen Regierung den russischen Juden gegenüber wird als „antisemitistisch" bezeichnet usw.

Spitze ist in diesem Zusammenhang die Position der englischen Revisionisten zum Parteitag der französischen KP.

Die Auseinandersetzung um die Beibehaltung oder Streichung der „Diktatur des Proletariats" aus dem Programm der französischen Revisionisten charakterisierte der „Morning Star" am 6.2. als *„kleinliche* (niggling issue!) *Streitfrage",* über die *„in den letzten Wochen so viel Tinte und Adrenalin* (Kreislauf erregendes Hormon, Anm. AK) *vergossen wurde."*

Bei so viel „Undogmatismus" können die tatsächlichen Gründe für den Austritt Reids wohl kaum im „übermäßigen Dogmatismus" der englischen Revisionisten liegen. Möglicherweise hängt seine Entscheidung eher mit der Niederlage zusammen, die er im Dezember 75 bei den Wahlen für die Exekutive der schottischen Abteilung der AEUW (Elektrikergewerkschaft) hat hinnehmen müssen. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

England:
Labour-Linke macht Theaterdonner

Zwei Gelegenheiten nutzte Englands Labour Linke, um den Alltagstrott des britischen Parlaments etwas zu beleben:

Ende Januar enthielten sich 50 Labour-Abgeordnete der Tribune-Gruppe der Stimme, als es um die Verabschiedung der arbeiterfeindlichen „Anti-Inflations"-Maßnahmen der Wilson-Regierung ging. Recht realistisch schätzt die „Neue Züricher Zeitung" den Charakter dieser Maßnahme ein: *„Die Gruppe konnte sich den Luxus dieser Demonstration ohne weiteres leisten, weil im voraus bekannt war, daß die Fraktion der Konservativen sich ebenfalls zur Stimmenenthaltung entschlossen hatte. Es stand somit von vornherein fest, daß die Rebellion der 50 Labourleute ihre Regierung nicht im entferntesten in die Gefahr einer Abstimmungsniederlage für Wilson bringen würde ..."* („NZZ", 1./2.2.76)

Mitte Februar übte die Tribune-Gruppe in sehr radikalen Worten Kritik am Spar-Programm der Wilson-Regierung, das gegenwärtig im Parlament diskutiert wird. (Vorgesehen sind darin massive Einsparungen im sozialen Bereich, z.B. 618 Mio.
sehen sind darin massive Einsparungen im sozialen Bereich, z.B. 618 Mio.
Pfund im Ausbildungssektor, 365 Mio. Pfund im staatlichen Wohnungsbau, 224 Mio. Pfund im Umweltschutz und 152 Mio. Pfund im Bereich Sozialleistungen. Demgegenüber werden im „Verteidigungs"haushalt lediglich 198 Mio. Pfund gestrichen.)

Die Tribune-Group gab eine Erklärung heraus, in der sie dieses Sparprogramm ein *„Dokument der Schande"* nannte. Weiter heißt es: *„Es ist die Dienerin der City* (der Kapitalisten – AK) *des CBI* (britischer Unternehmerverband – AK) *und anderer Feinde von Labour (?) im britischen Establishment. Die Gewerkschaften und die Labour-Bewegung werden Widerstand leisten, und wir im Parlament werden uns zusammenschließen, um mit allen Mitteln, die uns offen stehen, gegen das Inkrafttreten der Beschneidung der Öffentlichen Ausgaben zu kämpfen. ... Wir weisen entschlossen die Politik, die Ökonomie und die Philosophie, die hinter diesem Weißpapier stecken, zurück."* („Guardian", 20.2.1976).

Ähnlich realistisch wie die „NZZ" schreibt der „Guardian" dazu ironisch: *„Naiven Beobachtern kann vergeben werden, wenn sie dies als eine offene Kriegserklärung an die Labour-Regierung seitens zumindest der militanteren Teile der Tribune Group interpretieren. Aber die Tribune-Leute befinden sich in ihrem langandauernden Konflikt mit den verschiedenen Kabinetts immer noch in dem Dilemma, ihre Rebellion zu dem Punkt zu treiben, an dem sie das Überleben der Regierung riskieren. Auf der Pressekonferenz wurde schnell klar, daß die Gruppe immer noch kein Interesse daran hat, sogar eine widerwärtige Labour Regierung in die Hölle zu schicken."*
noch kein Interesse daran hat, sogar eine widerwärtige Labour Regierung in die Hölle zu schicken."
(„Guardian", 20.2.1976).

Die Logik der reformistischen Labour-Linken, innerhalb der Labour-Party, im und durch das Parlament den Dreh hin zum Sozialismus zu bekommen, führt immer wieder dazu, daß die z.T. sicher ehrlich gemeinten Aktionen zur Farce werden. Sie tragen objektiv zur Desorientierung der Arbeiterklasse bei: um die „Arbeiter"-Regierung nicht zu gefährden, muß man auf einen wirklich konsequenten Kampf gegen die kapitalistischen Angriffe verzichten... ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Island:
Massenkämpfe und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu England



Rammstöße, mit der die britische Fregatte „Yarmouth" das isländische Kanonenboot „Thor" angegriffen hat.

Rammstöße, mit der die britische Fregatte „Yarmouth" das isländische Kanonenboot „Thor" angegriffen hat.

Am Donnerstag, dem 19. Februar, gab die isländische Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Nato-„Partner" Großbritannien bekannt. Bislang wurde dieser Schritt von den Konservativen, die die Regierung führen, nur wortradikal als Druckmittel benutzt, um die Briten von ihrer Kanonenbootpolitik abzubringen – erfolglos. Zuletzt am 13.1. drohte Island mit Abbruch der Beziehungen, falls nicht umgehend die vor Island zum „Schutz der britischen Trawler" operierenden zwei Fregatten der „Royal Navy" abgezogen würden. Doch die Drohung wurde dann schnell in den Hintergrund geschoben als der konservative isländische Ministerpräsident Hallgrimsson zu Verhandlungen mit Wilson nach London eingeladen wurde. Diese Verhandlungen blieben ohne konkrete Ergebnisse, und heute stehen zehn britische Marine-Einheiten vor Island, darunter vier Fregatten, die verstärkt gegen die kleinen isländischen Küstenschutzboote eingesetzt werden.

Doch auch die fortgesetzte britische Aggression könnte der konservativen isländischen Regierung nicht zu denken geben, wäre da nicht der wachsende Druck der Bevölkerung, der faule Kompromisse mit den Briten erschwert. Und diesem Druck mußte Rechnung getragen werden – natürlich so begrenzt wie möglich. Daher auch die Bemühungen Hallgrimssons, es bei dem diplomatischen Bruch zu belassen und es keinesfalls zum Nato-Austritt kommen zu lassen wie von der Opposition, insbesondere der revisionistischen KP immer wieder gefordert. – Island spielt durch den Luftwaffenstützpunkt Keflavik eine äußerst wichtige Rolle für die „Sicherung" der Nato-Nordflanke.

Generalstreik und Mißtrauensantrag gegen die Regierung

Doch diese Bemühungen scheinen auf immer mehr Schwierigkeiten zu stoßen. Zeigt sich doch überaus deutlich, was von einer Allianz zu halten ist, innerhalb der ein Mitglied von einem „Partner" mit Kriegsschiffen massiv bedrängt und letztlich in der Existenz bedroht wird. Diesen Bemühungen entgegen stehen Aktionen der Bevölkerung, wie z.B. die Blockierung von Radarstationen des Luftwaffenstützpunktes durch isländische Fischer mit dem Ziel, die Briten zum Einlenken zu bewegen.

Darüber hinaus muß die Regierung auf eine zugespitzte innenpolitische Situation reagieren. Seit dem Wochenende vom 15.2. stehen die Angestellten des Handels, der Industrie und der Fischerei im Streik für eine 25-prozentige Lohnerhöhung. *Dieser Streik kommt einem* Generalstreik gleich und hat die gesamte Wirtschaft gelähmt. Hervorgerufen ist dieser Streik durch die katastrophale wirtschaftliche Lage Islands (Inflationsrate 50 % pro Jahr (!) – laut „Süddeutsche Zeitung" v. 21.2.76), die durch die Ungewißheit um die Zukunft der Fischereigründe noch mehr gefährdet wird. Schlichtungsverhandlungen sind bei einem Angebot von 14 % gescheitert. Der Beschluß der Regierung, die Bezie*hungen zu Großbritannien abzubrechen,* ist vor diesem Hintergrund breiter Massenkämpfe zu sehen. Die Regierung rechnet damit, daß sie eine Zuspitzung dieser Kämpfe verhindern kann, wenn sie der Bevölkerung „konkrete" Bemühungen zur Sicherung der Existenzgrundlage vorweist.

Die Stimmung der Bevölkerung findet auch im isländischen Parlament, dem Althing, ihren Ausdruck: Am Montag, dem 23.2., brachte die Opposition – revisionistische KP, Sozialdemokraten und „Freisinnige Linke" – einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, der jedoch an der Regierungsmehrheit scheiterte. Begründet wurde der Antrag mit dem „so späten" Abbruch der Beziehungen zu London, *„den die Entwicklung des Fischereikonflikts im nationalen Interesse schon lange erfordert habe"* (nach „FAZ", 24.2.).

Die konservative isländische
erfordert habe" (nach „FAZ", 24.2.).
Die konservative isländische
Regierung steckt in dem Dilemma, daß sie den sich radikalisierenden Massenkämpfen der Bevölkerung, in denen es um die Sicherung der Existenzgrundlage geht, Rechnung tragen muß und andererseits natürlich nicht bereit ist, den Imperialisten irgendwo tatsächlichen Schaden zuzufügen. Die Forderungen der Bevölkerung nach tatsächlichen Sanktionen gegen das imperialistische Blocksystem, wie Schließung des Nato-Stützpunktes und Austritt aus der Nato, werden von einem Teil der isländischen Bourgeoisie, den Fischereikapitalisten, unterstützt. Inwieweit diese fortschrittlichen Forderungen durchgesetzt werden können, hängt von der weiteren Zuspitzung der Klassenkämpfe ab.

In diesem Sinn setzen die jüngsten Kämpfe ein hoffnungsvolles Zeichen. Wie schon des öfteren in der Vergangenheit blockierten jetzt, aus Protest gegen vier britische Kriegsschiffe vor Islands Küste, mehrere Dutzend isländischer Fischer und Schiffsbesitzer mit Bulldozern und Lastwagen die meisten Straßen zum US-Stützpunkt Keflavik, zwei US-Radarstationen und einen US-Marine-Stützpunkt. („Hamburger Morgenpost", 27.2.76). ●

Alte Leute frieren, weil sie arm sind

„Unterkühlung forderte gestern wieder weitere Opfer. Frau Mary Philbin, 66, aus Mossley in der Nähe von Manchester, starb im Krankenhaus, einen Tag nach ihrem 70 Jahre alten Ehemann Edward. Sie waren bewußtlos in ihrer Sozialwohnung gefunden worden."

Eine Meldung aus dem „Guardian" vom 3.2.76. An gleicher Stelle wird von 3 ähnlich gelagerten Fällen berichtet: Alte Leute, die erfroren sind, weil sie aus Angst vor hohen Elektrizitätsrechnungen in den kalten Tagen kaum geheizt haben. Jeden Tag in diesem Winter sind in der englischen Presse solche Meldungen zu finden. Hugh Faulkner, der Direktor der Organisation „Helft den Alten", sagte, daß nach Schätzungen seiner Organisation 80.000 alte Menschen in England in diesem Winter von Unterkühlung mit Todesfolge bedroht sind („Guardian", 3.2.76).

Aber nicht nur die Angst vor hohen Rechnungen ist der Grund für diese entsetzliche Tatsache. Ein anderer liegt in der unmenschlichen Methode der staatlichen E-Werke, den Leuten, die ihre Rechnungen nicht bezahlen können, einfach den Saft abzudrehen!

Tony Benn, Labour-Minister für Energie-Fragen, gab zu, daß 74/75 rund 120.000 Haushalten und kleinen Firmen der Strom gesperrt worden ist!

Die Organisation „Aktionsgruppe gegen die Armut der Kinder" hat laut „Guardian" vom 5.2.76 die zuständigen Gewerkschaften aufgefordert, die angeordneten Stromsperren zu boykottieren.

Erschwerend kommt gerade für die Alten und auch für Kinder noch hinzu, daß sich der unglaublich gestiegene Preis für Kartoffeln (400 % in den letzten beiden Jahren) katastrophal auswirken wird: Eine Einschränkung des Kartoffelkonsums streicht auf dem Speisezettel der Armen meist die letzte Quelle für Vitamin C, lebenswichtig für die Widerstandskraft gegen Erkältung, Bronchitis und Lungenentzündung.

Dr. Geoffrey Taylor, *„eine führende Autorität auf dem Gebiet der medizinischen Folgen der Kälte"* („Guardian", 2.2.76), sagte: *„Immer, wenn es sehr kalt wird, sterben in den ersten 2 Tagen etwa 300 bis 400 alte Menschen mehr als sonst."*

Ohne ausreichende Ernährung, in ungeheizten Wohnungen, wird diese Zahl wesentlich überschritten werden. Aber diese Tatsache paßt ins Konzept der kapitalistischen Sparpolitik: Eine Menge Sozialhilfe-Empfänger weniger ... ●

England-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Grönland fordert Unabhängigkeit von Dänemark!

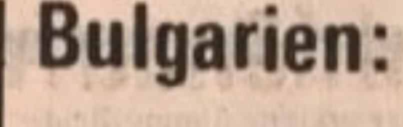
Das schon 1972 durch das „Nein" zum EG-Beitritt zum Ausdruck gebrachte antiimperialistische Bewußtsein der Bevölkerung Grönlands, erreichte durch den einstimmigen Beschluß des 17köpfigen „Inselrates" einen Selbstverwaltungsstatus durchzusetzen, einen neuen Höhepunkt.

Angaben des „Neuen Deutschland" zufolge soll dieser Beschluß auf Initiative der *„um die neue Zeitung Sujumut (Vorwärts) gescharten progressiven Kräfte auf Gröndland"* durchgesetzt worden sein. („ND", 1.1.76). Wie auch immer: Bedenkt man, daß die reichen Bodenschätze Grönlands (Erdöl, Uran) auf immer stärkeres Interesse der EG- und US-Imperialisten stoßen und strategisch wichtige US-Basen auf Grönland stationiert sind, ist dieser Beschluß des „Inselparlaments" (neben dem allgemeinen Aspekt des generellen Rechts auf Lostrennung vom „Mutterland") positiv zu bewerten.

Die ersten Reaktionen belegen das: *„Sie können beschließen, was sie wollen, das hat keine juristische Gültigkeit ...",* geiferte die dänische Presse.

Die US-Militärbasen würden auch im Falle einer grönländischen Selbstverwaltung nicht berührt, beeilte sich der dänische Premier Jörgensen während eines USA-Besuches zu versichern. Damit ist klar, daß die legitimen Interessen Grönlands nur durch eine breite und konstante Massenbewegung durchgesetzt werden können. ●

Skandinavien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Schwedens Sozialdemokratie plant Generalangriff auf den Lebensstandard der Werktätigen!

„Erstmals seit 1945 scheint sich nach neuen Berechnungen 1975 in Schweden die Gesamtproduktion zu vermindern". Die schwedische Zahlungsbilanz steuert ... auf ein Rekorddefizit ... zu." („FAZ", 5.1.76). Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter" meint gar, daß die schwedische Industrie schon jetzt in ihrer schwersten Krise seit 1929 (!) stecke. (lt. „Neues Deutschland", 24.12.75).

So ist man sich einig in der Forderung, daß die Krise auf dem Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden müsse:

„Die Zeitung ‚Dagens Nyheter' überschrieb ihren Leitartikel mit den Worten ‚Fünf ungewisse Jahre', und auch in anderen Kommentaren kehren Begriffe wie ‚harte Jahre' oder ‚ein mager gedeckter Tisch' immer wieder. Das konservative ‚Svenska Dagbladet' überschrieb seine Nachricht ... mit ‚Geringe Lohnerhöhungen, keine Reformen'. Von den Versprechungen des jüngsten Parteitages der SP Schwedens ist kaum noch die Rede." (ebenda)

Sozialdemokratisches Wunderland Schweden?

Nach Jahren fettester Profite für die schwedische Bourgeoisie, die ihresgleichen in der kapitalistischen Welt suchen, legte eine staatliche Kommission schon Ende '75 „krisenbewußt" ein umfangreiches „Spar"-programm vor.

Ständig wachsende Arbeitslosigkeit (vor allem unter der Jugend), die 1976 nach Schätzungen um 50 % (!!) zunehmen soll und eine hohe Inflationsrate – das ist die eine Seite. Noch stärkere Investitionsbegünstigungen und Steuererleichterungen für die Kapitalisten – das ist die andere Seite, das ist Schweden heute. Schon bisher zahlten Schwedens Kapitalisten nach eigenen (!) Angaben ganze 15 bis 17 % (!!) an Steuern („FR", 26.1.76).

Allerdings: Die Anzahl der Streiks 1975 war die höchste seit 1922. Viele bisherige Anzeichen lassen hoffen, daß 1976 diese Tradition fortgesetzt und der sozialdemokratischen Rotstiftpolitik die entsprechende Antwort der Arbeiterklasse nicht erspart bleiben wird! ●

Skandinavien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Regierungsumbildung in Norwegen: Klare Stärkung der Rechten

Die Mitte Januar vorgenommene Regierungsumbildung hat mit Odvar Nordli einen zum rechten Flügel der Norwegischen Arbeiterpartei (DNA) gezählten Sozialdemokraten an die Spitze der elften norwegischen Nachkriegsregierung gebracht.

Allgemein erklärte die bürgerliche Presse, daß die neue Regierung „politisch wie personell im Zeichen der Kontinuität" stehe („Neue Zürcher Zeitung", 16.1.). Doch immerhin sechs neue Minister zählen heute zur Regierungsmannschaft.

Abgelöst wurde da z.B. Verteidigungsminister Fostervoll durch Hansen, was *„wohl auch eine Folge der heftigen Kritik (ist), die Fostervoll wegen seiner allzu laschen Haltung gegenüber Versuchen einstecken mußte, politische Aktivitäten ohne deutliche Begrenzung in der Armee zuzulassen"* (ebenda). Aha! Rechte Aktivitäten dürften wohl kaum gemeint sein ...

Interessant ist auch, daß gerade Hansen „seinerzeit als einer der eifrigsten Befürworter für den Eintritt Norwegens in die EG galt" („Horizont", 25.1.76).

Norwegens Bevölkerung stimmte bekanntlich g e g e n einen EG-Beitritt ... Bleibt noch nachzutragen, daß *„die bürgerlichen Parteien ... in ihrer Presse die neue Regierung wohlwollend zur Kenntnis genommen"* (ebenda) haben, da Nordli keinen *„Hehl daraus macht, daß er Übereinkünften mit der ihm solide erscheinenden Christlichen Volkspartei den Vorzug gibt vor einem engen Bündnis mit der linken Konkurrenz"*, da er *„auf die feste Verankerung Norwegens zum Nato-Bündnis größtes Gewicht"* („FAZ", 17.1.) legt.

Wer glaubt da eigentlich noch ernsthaft an die von der bürgerlichen Presse liebevoll gepflegte Mär vom „russischen Satelliten" Norwegen? ●

Skandinavien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

RGW

Rentner zurück in die Betriebe!

Nach Inkrafttreten des neuen „Fünf-Jahres-Planes" in Polen ruft die polnische Zeitung *„Trybuna Ludu"* (v. 26.1.76) zur Ausschöpfung sämtlicher Produktivitäts- und Arbeitskraftreserven auf. In diesem Zusammenhang schlägt sie die *„Überprüfung der Verordnungen über die Rentenversorgung und derjenigen Verordnungen, die den Rentnern die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unmöglich machen oder erschweren"*, vor. *„Gegen Ende der achtziger Jahre wird sich die Notwendigkeit ergeben, auf alle (!) Reserven zurückzugreifen – auch im Bereich der Beschäftigung. Weil es immer schwieriger wird, mit zunehmender Berufstätigkeit von Frauen (!?) zu rechnen, und weil der Zufluß an Arbeitskräften vom Lande begrenzt ist, wird man zu neuen Mitteln greifen müssen, die eine weitere Erwerbstätigkeit der Rentner begünstigen. Schon heute muß an eine Abänderung der diesbezüglichen Verordnungen gedacht werden."* (Radio Warschau, 27.1.76). ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

RGW erkennt EG an!

Mitte Februar übergab der zuständige Sekretär des RGW in Brüssel ein Memorandum, in dem Vorschläge für ein Rahmenabkommen zwischen RGW und EG gemacht werden. Dieses bisher nicht publizierte , von den Kapitalisten lange geforderte Dokument nach ihrer Meinung *„vieles offen, aber auch einiges hoffen"*, (HB, 18.2.).

Mit den beginnenden Verhandlungen über dieses Abkommen bahnt sich das Ende des seit 1975 bestehenden „vertragslosen Zustandes" an, der durch einen einseitigen Schritt der EG-Staaten eingetreten war. Diese hatten ihre Handelskompetenz gegenüber allen Nicht-EG-Staaten auf die ‚Gemeinschaft' übertragen! Inzwischen ist dieser Schritt durch 44 Abkommen zwischen der EG und Drittländern völkerrechtlich erhärtet (HB, 18.2.) – lediglich die RGW-Staaten weigerten sich bisher, die EG als übergeordneten Handelspartner anzuerkennen. Die Folge war die im Rahmen der „autonomen Handelspolitik " der EG-Staaten mögliche einseitige Verlängerung der bestehenden Verhältnisse.

Wesentlicher Grund für den erfolgten Kurswechsel ist die für den RGW ungünstige Entwicklung des Warenverkehrs und die zunehmende Verschuldung an kapitalistische Länder, (vergl. AK 73 und AK 74).

Folglich wurde auch die Forderung nach der „Meistbegünstigung" von den RGW-Ländern betont (Gewährung der günstigsten Bedingungen).

Dies ist bisher – sozusagen als Köder – nur Rumänien gewährt worden und ihre allgemeine Anwendung wird von den Kapitalisten an die Anerkennung der EG geknüpft. Die Anerkennung der EG als Wirtschaftspartner bedeutet einen politischen Erfolg für die EG-Kapitalisten. ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bulgarien:

Das „Dornröschen" des RGW

Seit der Veröffentlichung des neuen Fünf-Jahres-Plans Bulgariens und während der Vorbereitung des XI. Parteitags der KP Bulgariens bemühten sich die Imperialisten verstärkt um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. Nicht zu Unrecht wird Bulgarien von den Imperialisten als das „Dornröschen" des RGW bezeichnet, das nur langsam aus seinem „Schlaf" erwacht. Allen voran die BRD-Imperialisten bejammerten jahrelang die mangelnde Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Demgegenüber ist der wirtschaftliche Aufbau Bulgariens anzuerkennen. Bulgarien entwickelte sich seit der Nachkriegszeit von einem Agrarland, in dem *„1950 noch 77% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt"* waren („Neue Zürcher Zeitung", 13.12.74) zu einem Staat, der heute *„in sechs Tagen soviel wie das kapitalistische Balkanland im gesamten Jahr 1939"* produziert. *„Die Industrieproduktion konnte in diesem Zeitraum um das 47-fache erhöht werden"* („Neues Deutschland", 30.8.74). 1975 ist die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent gestiegen und das Realeinkommen der Bevölkerung um 4,7% (Zahlen nach „BfA/NfA", 26.1.76).

Die Schwerpunktaufgabe wird damit angegeben, die *„hochproduktive und effektive Arbeit ... noch umfassender zu entfalten"* (Boris Weltschew, Mitglied des Politbüros der KPB, „Horizont" 51/75).

Bisheriger Schwerpunkt ist der RGW

Der wirtschaftliche Aufbau Bulgariens geschah mit Hilfe der anderen RGW-Länder, hauptsächlich der Sowjetunion. Die Entwicklung vom ausgesprochenen Agrarland zum Industriestaat bedingte, daß ein derart schnelles Wachstum nicht ohne fremde Hilfe durchgeführt werden konnte. Aufgrund der unterentwickelten Industrie kamen Bulgarien die durch Abstimmung der Pläne der RGW-Länder untereinander durchgeführten Spezialisierungs- und Kooperationsabkommen zugute.

Zugleich mußten die bulgarischen Revisionisten jedoch in Kauf nehmen, ebenfalls Zugeständnisse gegenüber den anderen RGW-Ländern zu machen. Vornehmlich die Sowjetunion war am Aufbau der Industrie beteiligt. Einmal durch direkte Investitionen und Aufbau ganzer Industriezweige, zum anderen durch Gemeinschaftsprojekte in der Sowjetunion, an denen 30.000 bulgarische Arbeiter beteiligt sein sollen (nach „Handelsblatt", 25.11.75). Diese Entwicklung soll in Zukunft noch verstärkt werden. *„Bulgarien wird sich ... durch Kreditgewährung und Entsendung von Arbeitskräften stärker als bisher an Investitionsprojekten in der UdSSR beteiligen"* („BfA/NfA", 26.1.76).

Daß die Unterstützung Bulgariens durch die anderen RGW-Länder nicht „uneigennützig" geschehen ist, läßt sich schon daran erkennen, daß *„80% des gesamten bulgarischen Warenverkehrs, davon allein rund 50% auf die UdSSR"* fielen (ebenda). Die bulgarische Industrie wurde nicht breit, sondern im Schwerpunkt die Werkzeugmaschinen- und Chemie-Industrie aufgebaut sowie die Produktion von Halbfertigwaren der metallurgischen Industrie. Der bulgarische Export in den RGW fällt auf „Marktlücken" und wurde bewußt in diesem Sinne augebaut.

Im Schlepptau der Sowjetunion

Für Bulgarien besteht eine erhebliche wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion, denn in kein anderes Land *„ ... hat die Sowjetunion so viel investiert, wie in Bulgarien"* („Süddeutsche Zeitung", 23.11.74).

In keinem uns bekannten Fall übten die bulgarischen Revisionisten eine andere Politik aus, als ihr „grosser Bruder", die Sowjetunion. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Imperialisten wurde später als von den anderen RGW-Ländern durchgeführt. Z.B. wurden die diplomatischen Beziehungen mit der BRD erst am 21.12.73 aufgenommen. Mehr als von den anderen RGW-Revisionisten, die mehr und mehr ein „Eigenleben" zu führen beginnen, wird betont, *„den Integrationsprozeß mit den sozialistischen Bruderländern und an erster Stelle mit der Sowjetunion weiterzuentwickeln und zu vertiefen"* (Boris Weltschew, „Horizont" 51/75).

Die Imperialisten wittern Morgenluft

Da die RGW-Revisionisten in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Beziehungen mit den Imperialisten eingegangen sind, stößt Bulgarien immer mehr an die Grenzen des Industrieaufbaus nur mit Hilfe des RGW. Zumal die RGW-Revisionisten beim Handel mit den Imperialisten den Schwerpunkt auf den Aufbau hochentwickelter Industrieanlagen, die Vermittlung technischen know-hows und Handelsabkommen gegenüber Drittländern legen, auf Kosten einer positiven Entwicklung der RGW.

Bulgarien strebt in den nächsten Jahren *„die Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Anlagen"* an und hat den Schwerpunkt des Fünf-Jahres-Plans 1976 bis 1981 auf Investitionen für Industriegüter gelegt (nach „BfA/NfA", 26.1.76). Hierzu ist es unausbleiblich, verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den Imperialisten zurückzugreifen. Schon seit geraumer Zeit führt Bulgarien diese Politik durch, auch wenn sie von Seiten der Imperialisten als viel zu schwach bejammert wird. Lt. „Handelsblatt" vom 6.11.75 stellte Kapitalist O.W. von Amerongen fest, daß *„die vorhandenen Möglichkeiten im Handel mit Bulgarien ... noch nicht voll genützt"* werden. Im Vergleich zu den anderen RGW-Ländern ist Bulgarien auch tatsächlich für die Imperialisten ein Stiefkind, wenn es darum geht, die „neue Ostpolitik" in bare Münze umzusetzen. Immerhin steht die BRD jedoch an der Spitze der imperialistischen „Handelspartner". Im Januar/September '75 stieg der Warenaustausch mit Bulgarien um 44,6% gegenüber dem Vorjahr. Der „Ausfuhrüberschuß" der BRD stieg dabei auf 555 Mio. DM (lt. „VWD/NfA", 5.1.76).

Im November '75 kam der Parteivorsitzende Schiwkoff in die BRD. Bei diesem Treffen wurde über eine weitere Zusammenarbeit auf wirtschaftlich-technischem Gebiet verhandelt. Als direktes Ergebnis wurde mit Daimler-Benz eine Importgesellschaft gegründet. Mit Daimler-Benz besteht schon eine *„Generalvereinbarung über industrielle, technische und kommerzielle Zusammenarbeit"* (lt. „Handelsblatt", 28.11.75). Bisher bestehen mit der BRD

- Kooperationsabkommen in Bereichen Maschinenbau, elektrotechnische Industrie, chemische Industrie u.a. („VDW/FfA", 20.8.75).
- Kooperationsabkommen für das Auftreten zusammen mit westdeutschen Firmen in Drittländern (lt. „Handelsblatt", 24.11.75).
- Zusätzlich baut die Krupp-Koppers GmbH eine Benzol-Anlage in Bulgarien. Der Auftragswert liegt bei mehr als 51 Mio. DM (lt. „Handelsblatt", 28.11.75).

Anders als gegenüber den anderen RGW-Staaten ist die BRD nicht bereit, den bulgarischen Revisionisten zinsgünstige Kredite zur Verfügung zu stellen. Hierbei wird die Taktik des Entweder-Oder verfolgt. Für die bulgarischen Revisionisten heißt das: Entweder weniger Importe, um das Handelsbilanzdefizit zu senken oder BRD-Kapitalisten direkt in Bulgarien investieren zu lassen. Eine Erhöhung des Exports ist nicht gegeben, da die BRD-Kapitalisten nur eine begrenzte Warenmenge benötigen.

Wie üblich – die Landwirtschaft der schwache Punkt

Ein immer noch bedeutender Sektor der bulgarischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bilden für Bulgarien einen großen Teil des Exports. Zwar wurden schon frühzeitig landwirtschaftliche Kooperationsgenossenschaften gegründet und es bestehen sogenannte Industrie-Agrar-Komplexe, die *„alle Produktionsstufen von der Feldbestellung oder Kuhmast bis zum fertigen Endprodukt"* einschließen („Süddeutsche Zeitung", 23.11.74), aber die geplanten Steigerungsraten wurden nicht erreicht. Zudem setzte in den letzten Jahren eine „Landflucht" ein, die in den Städten zu Wohnungsnot und teilweiser Arbeitslosigkeit führte (lt. „Neue Zürcher Zeitung", 13.12.74). Dieser Misere wußten die Revisionisten nur ein Mittel entgegenzusetzen: materielle Anreize.

„In Bulgarien wird für die Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie der Agro-Industrie-Kombinate wieder das private Hofland eingeführt ... Die Kolchosen und Kombinate sind angewiesen, ... Weidemöglichkeiten für die private Viehhaltung sicherzustellen". Die Privatisierung sollte primär der Überwindung der Misere in der Viehwirtschaft dienen. *„Die bulgarischen Bauern werden künftig privat eine unbegrenzte (!!) Menge von Vieh, Geflügel sowie Bienen halten dürfen".*

Für Bulgarien, das mit der DDR *„als agrarisches Musterland des Ostlocks"* galt (alle nicht näher gekennzeichneten Zitate aus „Frankfurter Rundschau", 31.12.74), zeichnet sich die gleiche Entwicklung wie in Polen ab. In AK 71 wiesen wir am Beispiel Polen darauf hin, daß private Landwirtschaft das Merkmal des bürgerlichen Staates ist. Es bleibt an dieser Stelle nur noch, an Lenin zu erinnern: **„Auf dieser Basis erhält sich der Kapitalismus und entsteht auf's Neue – in erbittertem Kampf gegen den Kommunismus"** (Lenin, Band 30, Seite 94). ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

VR Polen: Außenhandel 1975

Der polnische Außenhandel ist im letzten Jahr um 33,5% angewachsen. Wesentlichen Anteil an der Steigerung hat Polens Export in die RGW-Länder, der um 31,5% stieg und der Import, der um 21,6% wuchs. Damit ergab sich für Polen ein Plus von umgerechnet 1,2 Mrd. DM in der Handelsbilanz. Dies ist im wesentlichen auf die gestiegenen Rohstoffpreise zurückzuführen, die Polen, als nach der UdSSR rohstoffreichstes Land des RGW, angehoben hatte.

Ungünstig entwickelt sich dagegen das Verhältnins von Import und Export mit westlichen Ländern: während der Export nur um 11% zunahm, steigerte sich der Import um 16%. Dadurch ergibt sich jetzt ein Minus in der Handelsbilanz von 6,7 Mrd. DM gegenüber dem „Westen"! Die Gesamtverschuldung gegenüber den kapitalistischen Staaten wird auf inzwischen gut 14 Mrd. geschätzt.

Die polnische Regierung mußte dann auch am Jahresende eingestehen, daß ihr Versuch, Importe der kapitalistischen Länder durch Exporte dorthin auszugleichen, gescheitert ist. Außenhandelsminister Olszewski verkündete daher zum 1.1. 76 neue Bestimmungen für den Außenhandel. Ab sofort unterliegen sämtliche 40 Außenhandelsgesellschaften der Zuständigkeit des Außenhandelsministeriums, von dem ihre Schritte gebilligt werden müssen. Die Regierung erhofft sich von dieser Koordinierung im wesentlichen eine Steigerung des Exports und eine Veränderung der Zahlungsbilanz. Außerdem sollen Konkurrenzkämpfe polnischer Firmen um Aufträge aus dem kapitalistischen Ausland unterbunden werden. Wohlgemerkt: Hier handelt es sich nicht um die Einführung des Außenhandelsmonopols durch den Staat, sondern lediglich um eine Art „Kontrollinstanz", wie die Regierung beschwichtigend feststellt. Es bleibt den Firmen weiter selbst überlassen, wo und wann sie aktiv werden wollen. Infolgedessen befürchten die Kapitalisten allgemein auch keine Schmälerung ihrer guten Geschäfte. (Alle Angaben nach OWR 3/76 und OWR 4/76) ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spenden-Kampagne

Wir werden zukünftig an dieser Stelle regelmäßig die bei uns neu eingegangenen Solidaritätsspenden veröffentlichen. Diese Veröffentlichung schließt an die letzte Spendenliste in unserer Zeitung DIE INTERNATIONALE an.

Wir sind grundsätzlich bereit, an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt Geldspenden zu überweisen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich erkennbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir ihm den Spendeneingang quittieren können.

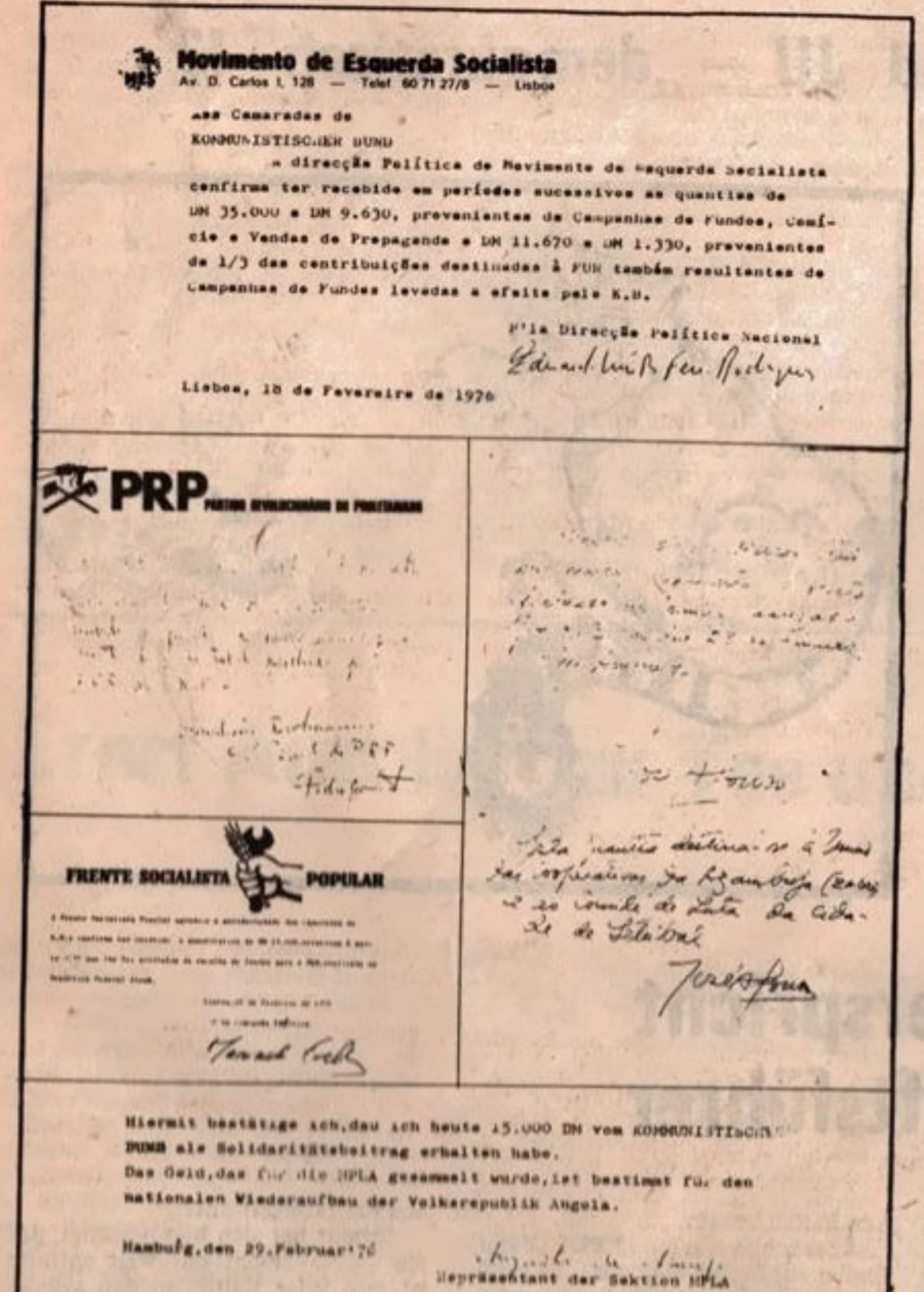
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wie werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Spendeneingänge

Spender	DM
Für MPLA, Angola	
R.D., München	100,00
Ch. M., Erlangen	35,00
K. Sch., Frankfurt	225,00
Katholische Hochschulgemeinde, München	30,00
M.H., Westberlin	100,00
M.Sch., München	180,00
N.N., Hamburg	150,00
W.S., Marburg	1500,00
A.B., Neumünster	5,00
B.F., Eggenfelden	10,00
R.L., Nürnberg	150,00
Summe	2485,00
(Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf DM 97.328,95)	
Für MIR, Chile	
A.B., Neumünster	5,00
U.B., Hannover „Misburger Sammeldose"	130,00
Summe	135,00
Für FUR, Portugal	
KB-Frankfurt Erlös vom Flohmarkt	120,00
Genossen der BO St.Georg u. der Betriebszelle SE	80,00
BO St. Georg, Hamburg Verk. von Plakaten usw.	100,00
KB-Sympathisanten Krs. Ammerland	22,00
U.B. Hannover, "Misburger Sammeldose"	30,00
Sammlung der KB-Sympatisantengr. Wedel	94,46
Bezirksgruppe Eimsbüttel-Nord II, KB Hamburg	53,93
Büchertisch Mensa, SSB Hamburg	120,00
Wohnung in HH-Eimsb.	80,00
Sammlung des SSB, Hamburg, Berliner Tor	10,00
Summe	710,39
(Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für FUR auf DM 65.891,93)	
Für MES, Portugal	
Veranstaltung § 218 KB-Gruppe Bremerhaven	130,00
A.R. Westberlin, Teegeld von Betriebskollegen	310,00
Skat-Schulung, Kieler HDW-Genossen	60,00
H.J., Flensburg	110,00
KB-Gruppe Eutin	75,00
R.H., Bremerhaven	132,53
Zwei SSB Gen. der FHS, Hamburg (Berliner Tor)	450,00
Technik-Einheit, KB-Hamburg	110,00
Summe	1377,53
(Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MES auf DM 72.029,78)	
Für Sogantal, Portugal	
Veranstaltung § 218 KB-Gruppe Bremerhaven	400,00
(Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Portugal-Solidarität auf insgesamt DM 157.976,64)	
Für Frente Polisario, Westsahara	
Hamburg Sammlung auf Fete.	100,00

Spenden-

Spenden-Bestätigungen


Movimento de Esquerda Socialista
Av. D. Carlos I, 128 — Telef. 60 71 27/8 — Lisboa

Aos Camaradas do
KOMMUNISTISCHER BUND

A direcção Política do Movimento de Esquerda Socialista confirma ter recebido em períodos sucessivos as quantias de DM 35.000 e DM 9.630, provenientes de Campanhas de Fundos, Comícios e Vendas de Propaganda e DM 11.670 e DM 1.330, provenientes de 1/3 das contribuições destinadas à FUR também resultantes de Campanhas de Fundos levadas a efeito pelo K.B.

P'la Direcção Política Nacional
[Unterschrift]

Lisboa, 18 de Fevereiro de 1976

PRP Partido Revolucionário do Proletariado

FRENTE SOCIALISTA POPULAR

Hiermit bestätige ich, daß ich heute 15.000 DM vom KOMMUNISTISCHEN BUND als Solidaritätsbeitrag erhalten habe.
Das Geld, das für die MPLA gesammelt wurde, ist bestimmt für den nationalen Wiederaufbau der Volksrepublik Angola.

Hamburg, den 29. Februar '76

Repräsentant der Sektion MPLA
in der BRD

Spendenbestätigungen der Organisationen MES, PRP und FSP sowie der MPLA. Die handgeschriebene Bestätigung ist von Jose Afonso unterzeichnet und die Summe von 3.000 DM wird wie gehabt landwirtschaftlichen Kooperativen in Portugal zugute kommen.

Spendenaufruf der CISNU

Der Vorstand der iranischen Studenten-Konföderation CISNU hat einen Aufruf zur finanziellen Unterstützung ihrer politischen Arbeit erlassen, den wir nachstehend abdrucken. Spenden können eingezahlt werden auf das Postsc ck-Konto der CSINU, Nr. 1274 44, Postscheckamt Karlsru .

Liebe Freunde und Genossen! *Frankfurt, 12.2.76*

Der Terror des Schah-Regimes hat in letzter Zeit ungeheure Ausmaße angenommen. In den letzten zwei Wochen sind 24 Freiheitskämpfer im Iran getötet worden (8 durch Erschießungen und 16 wurden auf heimtückische Art auf der Straße erschossen oder starben unter der Folter).

Laut Angaben von Amnesty International wird durchschnittlich jeden 3. Tag ein Patriot erschossen. Persien ist das Land mit der höchsten Hinrichtungsquote in der Welt. Die Zahl der politischen Gefangenen beträgt mehr als 40 000. Die finanzielle Lage der Familien dieser Gefangenen ist sehr schlecht. Die CISNU unterstützt seit ihrer Gründung bedingungslos den Kampf des persischen Volkes. Diese Unterstützung erstreckt sich natürlich auch auf die finanzielle Unterstützung der Familien der politischen Gefangenen. Diese Unterstützung und den entschiedenen, erfolgreichen Kampf gegen das Schah-Regime führen wir mit großer solidarischer Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte.

Die Aktionen der CISNU in letzter Zeit waren mit großen finanziellen Belastungen verbunden, so daß unsere Arbeit jetzt mit großen finanziellen Schwierigkeiten verknüpft ist (hohe Schulden!). Diese Schwierigkeiten, die unseren antiimperialistischen Kampf ungemein belasten, können nur mit großen Opfern unserer Mitglieder und aller fortschrittlichen Kräfte überbrückt werden. Deshalb bitten wir Euch, alle Euch zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen (durch Spendenaktionen bei Veranstaltungen usw.) und uns finanziell zu helfen.

Da unsere finanzielle Situation derzeit einen Grad erreicht hat, der unsere politische Arbeit lahmlegen könnte, muß diese Hilfe sobald wie möglich geleistet werden.

In der Hoffnung Eurer baldigen Hilfe

Mit solidarischen Grüßen
Vorstand der CISNU

„Chile si – Junta no" Aktionen gegen die Mörderjunta

Schwedischer Hafenarbeiterverband beschloß Boykott

Der schwedische Hafenarbeiterverband hat zur Unterstützung der weltweiten Solidarität beschlossen, ab 1. März drei Monate lang keinerlei Güter aus Chile zu entladen („Neues Deutschland", 3.2.76).

Aktionen gegen Veranstaltungen des faschistischen „Singkreises"

Deutschland", 3.2.76).

Aktionen gegen Veranstaltungen des faschistischen „Singkreises"

Nachdem schon die vom faschistischen chilenischen „Singkreis" geplanten Veranstaltungen in Bielefeld und Hannover verhindert werden konnten, sind nun auch die weiteren öffentlichen Auftritte dieses Vereins geplatzt. Im Einzelnen:

Düsseldorf:
Ein in Düsseldorf geplanter Auftritt des faschistischen deutsch-chilenischen „Singkreises Castilla 171-2" stieß auf Widerstand der Antifaschisten. Mit Ketten aneinandergefesselt, protestierten am 11.2.76 Gewerkschafter, Studenten und Schüler vor dem Generalkonsulat gegen die geplante Propagandaveranstaltung der Faschisten, zu der 300 Industrielle, Bankiers und Politiker aus Düsseldorf und Umgebung geladen waren („Extra-Dienst", 13.2.76).

Hamburg:
Nachdem das faschistische Chile-Konzert in Hamburg vorsorglich abgesagt worden war, hatte der Präsident der Handelskammer die „jungen Leute" zu einem Hausmusikabend vor geladenen Kapitalisten gebeten. Rund 40 Antifaschisten protestierten mit Rufen wie: *„Faschisten raus aus Hamburg"* dagegen.

In der bürgerlichen Presse und von den jeweiligen Veranstaltern des Singsangs war behauptet worden, daß es sich um „völlig unpolitische Menschen" handele, die die „landschaft-

sten raus aus Hamburg" dagegen.

In der bürgerlichen Presse und von den jeweiligen Veranstaltern des Singsangs war behauptet worden, daß es sich um „völlig unpolitische Menschen" handele, die die „landschaft-

lichen Schönheiten Chiles" zu besingen wünschten und „etwas ihre Deutschkenntnisse aufbessern" wollten – und nicht etwa um eine Propaganda-Institution der chilenischen Faschisten und ihrer deutschen Gesinnungsfreunde.

Glatt erlogen! Bischof Frenz, der von der Junta wegen seines mutigen Eintretens für die politischen Gefangenen Chiles ausgewiesen worden war, berichtete, daß zum „Singkreis" Leute gehören, die aktiv seine Ausweisung mitbetrieben hatten (NDR, „Umschau am Abend", 19.2.76). ●

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

MES auf „Supermächte"-Trip?

In der Berichterstattung über die Portugalveranstaltung, die der KB am 23.1.76 durchführte, fehlt leider ein ganz wesentlicher Punkt, nämlich die Auseinandersetzung mit den Positionen des MES, die er auf der gutbesuchten Veranstaltung zum Besten gab. Es hat mich ein bißchen erstaunt, daß weder auf der Veranstaltung im KB-Referat, noch im darauffolgenden ARBEITERKAMPF eine Kritik an der „Supermächte-Theorie" des MES geübt wurde, noch an seiner Haltung zum Kampf der MPLA in Angola: Das angolanische Volk sollte allein fertig werden und die Hilfe der UdSSR zurückweisen! Sehr halsbrecherisch, a la KBW!

Gerade weil so viele Menschen auf die Veranstaltung gekommen waren, die noch nicht die Positionen des KB kennen, hätte eine Antwort notgetan! ●

Ein Afonso-Fan

Antwort der Redaktion

Zunächst einmal ist festzustellen, daß der Genosse vom MES zur Frage Angola genau das Gegenteil von dem gesagt hat, was anscheinend viele Genossen aufgrund einer mißverständlichen oder falschen Übersetzung verstanden haben. Der MES ist natürlich n i c h t dagegen, daß die MPLA sowjetische und kubanische Hilfe annimmt.

Zweitens finden wir es falsch, wenn Genossen aufgrund einiger Sätze erst einmal „losblubbern" und ausländische Organisationen sofort verdammen, statt nachzufragen und eine gründlichere Klärung der Frage zu fordern.

Was letzteren Punkt angeht, hat der MES insbesondere in Zusammenhang mit dem zweiten Kongreß ausführliche Stellungnahmen zu seiner Einschätzung der „Klassenkämpfe im Weltmaßstab" veröffentlicht, mit denen wir uns demnächst auseinandersetzen wollen. Wenn wir daran auch an einzelnen Punkten Kritik haben, so läßt sich doch jetzt schon ganz klar sagen, daß der MES meilenweit entfernt ist von dem „Supermächte"-Gequatsche a la KBW oder gar a la „ML"! ●

Nachtrag:
Letzte Zweifel mancher Genossen, die vielleicht immer noch nicht wissen, ob sie auf der Veranstaltung richtig gehört haben, muß sicher folgender Text aus „Poder Popular" vom 25.2. endgültig erledigen:

„...Gegen jene, die, wie die UDP und Gruppen, die sich auf den Marxismus-Leninismus berufen, die internationalistische Solidarität verhöhnen zugunsten einer blinden Treue gegenüber der chinesischen Außenpolitik, die im Fall Angolas offenen Verrat an den Befreiungskämpfen bedeutet, hat der MES immer die Meinung vertreten, daß die Unterstützung der UdSSR und anderer Länder nicht einer klaren Politik der Unabhängigkeit Angolas gegenüber den Blöcken im Wege steht. Mehr noch: Der MES meint, daß die militante Hilfe des kubanischen Volkes für den antiimperialistischen Kampf der MPLA eine neue Phase des proletarischen Internationalismus eröffnet, indem sie die Beziehungen zwischen Staaten überwindet und eine neue historische Dimension annimmt, die mit Klarheit die Solidarität zwischen den Kämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in irgendeinem Teil der Welt ausdrückt...". ●

Richtigstellung zu AK 73

In einem Artikel über Protestaktionen iranischer Genossen (AK 73, S. 2) hatten wir berichtet, die Demonstranten hätten in Bonn allerlei nützliche Dinge mitgenommen. Wir stützten uns dabei auf einen Artikel der „Frankfurter Rundschau" vom 29. 1. 76. Am 4. 2. druckte die FR eine Gegendarstellung der CISNU ab, die wir hier vollständig wiedergeben und damit unsere Berichterstattung in AK 73 korrigieren.

*Die CISNU versteht sich seit ihrer Gründung vor 17 Jahren als eine demokratische, antifaschistische Massenorganisation, die sich u. a. die Aufgabe gestellt hat, im Rahmen der zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel gegen das faschistische Terror-*Regime im Iran zu kämpfen und die Weltöffentlichkeit auf die Mißachtung der Menschenrechte im Iran hinzuweisen.

Die Bezeichnung „islamisch-sozialistisch" wird seit kurzem von der persischen Geheimpolizei (SAVAK) für iranische Widerstandskämpfer verwendet und wurde uns anläßlich der Proteste gegen die jüngsten Todesurteile im Iran offensichtlich durch den iranischen *Presseattaché, Amir Khalili, zugeteilt. Wir protestieren schärfstens gegen diese Bezeichnung.* **Außerdem müssen wir auf die Feststellung der Polizei hinweisen, daß bei der Botschaftsbesetzung keine Pässe oder anderes Material entwendet wurden.**

Wenn die iranische Botschaft in Bonn lt. AP weiter erklärt, daß die neun hingerichteten Oppositionellen im Iran „rücksichtslose Kriminelle" *gewesen seien, dann müssen wir auf die wirklich rücksichtslosen Kriminellen zeigen, die innerhalb einer Woche 19 Menschen brutal ermordeten, lt. Amnesty International inner-*

im Iran „rücksichtslose Kriminelle" *gewesen seien, dann müssen wir auf die wirklich rücksichtslosen Kriminellen zeigen, die innerhalb einer Woche 19 Menschen brutal ermordeten, lt. Amnesty International inner-*

halb von drei Jahren mehr als 300 Menschen exekutierten, mehr als 40.000 politische Gefangene in Kerkern und Folterkammern halten und mehr als 100.000 Exilanten zu verzeichnen haben. Die Logik dieser Zahlen ist, daß das gegenwärtige Regime selbst rücksichtlos kriminell ist, da es ein ganzes Volk zum Widerstand treibt. ●

Der Vorstand der Conföderation der Iranischen Studenten, Frankfurt a. M.

Krise im BDJ

Im Bund Demokratischer Jugend (BDJ) findet gegenwärtig eine scharfe Auseinandersetzung um die Politik des Verbandes statt. Größere Teile des Verbandes, vor allem in Hamburg, stellen die Politik des Vorstands in Frage. Ausgelöst wurde die Krise durch eine Diskussion über die „Mitbestimmung".

Der BDJ ist eine demokratisch-antifaschistische Jugendorganisation, die in den letzten Jahren bei verschiedenen Anlässen eng mit dem KB zusammengearbeitet hat. Viele Mitglieder des BDJ lesen den ARBEITERKAMPF und verstehen sich mehr oder weniger als Sympathisanten des KB.

Die Ursache der jetzigen, seit längerem an einzelnen Punkten schwelenden Auseinandersetzung liegt im Wesentlichen darin, daß es dem BDJ nicht gelungen ist, seinem Selbstverständnis entsprechend eine a u t o n o m e demokratisch-antifaschistische Massenarbeit zu entwickeln.

Das Unvermögen, eine a u t o n o m e Politik zu entwickeln, führte bei einzelnen Vertretern des BDJ zu einer inhaltlich nicht begründeten Konkurrenzmacherei gegenüber dem KB, zu teilweise kuriosen Profilierungsversuchen und zur Verbreitung von Gerüchten und Diffamierungen gegenüber dem KB und einzelnen seiner Mitglieder.

Diese Tendenz hat sich in letzter Zeit verschärft. So finden sich in der letzten Nummer der „Kämpfenden Jugend" (Zeitung des BDJ) zwei recht lächerliche „Abgrenzungsversuche" gegenüber dem KB:

- In der Frage einer Sammlung auf einer Veranstaltung mit indonesischen Studenten in Karlsruhe, wo für die FRETELIN (Osttimor) gesammelt werden sollte, und der BDJ unbedingt gleichzeitig auch noch für Projekte in Portugal sammeln wollte, was von den KB-Sympathisanten abgelehnt wurde.
- In der Frage des Termins der § 218-Demonstration in Hamburg, wo der BDJ den Termin am 11.2. ablehnte, was in der „KJ" dann sehr breitgetreten wird.

Es liegt auf der Hand, daß sich hier einige BDJ-Mitglieder unbedingt vom KB „abgrenzen" wollen, aber inhaltlich nicht recht wissen, w i e !

hier einige BDJ-Mitglieder unbedingt vom KB „abgrenzen" wollen, aber inhaltlich nicht recht wissen, w i e !

Den zweiten Punkt (Hamburger Demonstration) brachte der BDJ sogar als e i n z i g e n Beitrag in die Bielefelder Arbeitstagung der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" am 8.2. ein. Dort hatte der KB kritisiert, daß t r o t z Festlegung der „Aktion ..." auf Demonstrationen am 11./12.2. einige örtliche Koalitionen sich lieber am 21.2. dem vom KBW und seinen „Komitees" festgesetzten Termin angeschlossen hatten. Den diversen „Gegenargumenten" schloß sich eifrig der BDJ an: E r sei ja auch in Hamburg gegen den 11.2. gewesen. „*Der vorgeschobene Termin habe in Hamburg dazu geführt, daß nicht wie verabredet versucht wurde, eine möglichst breite AE auf die Beine zu stellen*". E r – der BDJ – habe es im Gegensatz zum KB für „**wichtiger**" gehalten, „**lokal die AE voranzubringen**" (wörtliche Zitate aus einem eigenen Bericht des BDJ!).

Gerade die Frauen-Arbeit war schon wiederholt ein Feld für schädliche, da nicht inhaltlich begründete, Profilierungsversuche des BDJ. So lehnten Vertreterinnen des BDJ im letzten Herbst in Hamburg eine gemeinsame Portugal-Frauenveranstaltung mit dem KB ab (es sprach u.a. eine Kollegin von Sogantal) und verbreiteten über die angeblichen Gründe die abenteuerlichsten Versionen. Z.B.: Der KB habe den BDJ „z w i n g e n" wollen, ein Referat über die Frauenfrage in Zusammenhang mit der russischen Revolution zu halten – das sei „ungeheuerlich", da der BDJ doch ein d e m o k r a t i s c h e r Verband sei und kein sozialistischer!...

Einige Vertreterinnen des BDJ meinten gar, sich von der auf einer Veranstaltung angebrachten Parole „*Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen*", distanzieren zu müssen. Schließlich ist es so weit gekommen, daß einige Mitglieder des BDJ herumerzählen, die „KB-lerinnen" seien auf Spaltung aus, daß einige unserer Genossinnen als „Mannweiber" tituliert werden usw.

Insbesondere die mit den Kontakten zum BDJ-Vorstand beauftragten Genossen des KB haben in allen Gesprächen und von Anfang an die Notwendigkeit betont, daß der BDJ vorhandene Tendenzen überwinden muß, sich zum Anhängsel des KB zu machen; daß der BDJ eine selbständige Politik entwickeln muß, daß in der „KJ" eine offene Diskussion um Fragen des demokratischen Kampfes, aber z.B. auch über Fragen der Diktatur des Proletariats stattfinden sollte. Sie haben immer wieder – anhand von konkreten Vorfällen – vor einer inhaltlich nicht begründeten Konkurrenzmacherei gewarnt, die nur die „andere Seite der Medaille" der nicht geführten politisch-ideologischen Auseinandersetzung in der „KJ" und im BDJ insgesamt ist.

Beispielsweise haben wir auch immer wieder den BDJ ermuntert, eigenständige Beziehungen zu vergleichbaren ausländischen Organisationen aufzunehmen, ohne bisher verhindern zu können, daß sich der BDJ im Wesentlichen doch der vom KB gebahnten „Pfade" zu revolutionären, k o m m u n i s t i s c h e n Organisationen (MES, MIR u.a.) bedient hat – zugleich aber einzelne BDJ-Vertreter anscheinend schon beim Wort „Sozialismus" einen Schrecken kriegen – was wiederum nicht verhindert, daß sich der BDJ bisweilen mit „Revisionismus-Kritiken" in der „KJ" geradezu als „super-kommunistisch" aufspielt.

Mit diesen Beispielen ist die Widersprüchlichkeit und Problematik wohl einigermaßen umrissen, die in der gegenwärtigen Krise des BDJ ihren Ausdruck findet. Der BDJ hat es in seinen Reihen ebenso mit reformistisch-antifaschistischen Kräften (mit Anfälligkeit für antikommunistische Tendenzen) zu tun, wie mit einer starken Strömung, die sich eng „am KB orientiert" (zum Teil allerdings mit etwas eigenwilligen Resultaten!) und die jeden eigenständigen Schritt des BDJ (eigenständig durchaus auch im positiven Sinn!) mit Mißtrauen betrachtet.

Dieser Widerspruch wäre aber nur zu lösen, wenn wirklich auf dem Boden der „KJ" und anderen Ebenen eine offene Auseinandersetzung, in durchaus „pluralistischem" Sinn, über alle wesentlichen Fragen in Gang kommt.

durchaus „pluralistischem" Sinn, über alle wesentlichen Fragen in Gang kommt.

In d i e s e m Sinn ist die im BDJ begonnene Diskussion über die „Mitbestimmung" durchaus ein Schritt (der e r s t e !) in die richtige Richtung, und es wäre notwendig, diese Diskussion auch öffentlich zu führen, mit klaren Stellungnahmen aller Seiten. Weniger günstig ist u.E., daß der BDJ sich diese Diskussion mehr oder weniger von der SDAJ etc. praktisch aufzwingen ließ und daß sie von einigen Vertretern des BDJ stark unter opportunistischen Aspekten angegangen wurde („Wie r e a g i e r e n wir auf die Mitbestimmungs-Forderungen und wie schaffen wir es, nicht mehr ‚abseits' zu stehen?").

Ein Mitglied des Vorstands hat ein Papier vorgelegt, in dem er sich praktisch zum Fürsprecher einer – neu zu interpretierenden – „Mitbestimmung" macht, etwa im Sinne der trotzkistischen „Arbeiterkontrolle". Die meisten Mitglieder des Vorstands haben offenbar noch keine definierte Position zu dieser Frage.

Einige Mitglieder reagierten mit einem Papier, in dem der Vorwurf erhoben wurde, „*eine Gruppe von BDJ-Führern*" wolle „*den Verband in ein Anhängsel des Reformismus umfunktionieren*".

Der BDJ-Vorstand konterte mit dem Vorwurf, die Kritiker wollten ihrerseits „*den BDJ umfunktionieren*". Die erhobenen Vorwürfe müßten „*zurückgenommen*" werden, dafür sei „*im BDJ kein Platz*". In einem Gespräch mit dem Vorstand warnten die mit dem Kontakt zum BDJ beauftragten Genossen des KB vor einer solchen Haltung: Es sei falsch – wie von mehreren Vorstandsvertretern geschehen – die Kritiker simplifizierend und recht pauschal als Leute hinzustellen, die keine Praxis mehr machen, die während der Termine Micky-Maus-Hefte lesen oder die vom KB „gesteuert" werden. Eine solche Sicht der Dinge – bei einigen Vorstandsmitgliedern anscheinend in Zusammenhang mit dem Gedanken, Kritiker auszuschließen – sei nicht geeignet, die W u r z e l n der Krise in den inneren Widersprüchen des BDJ selbst zu suchen.

Trotzkismus oder Idiotismus?

In „spartacus" vom Februar '76 – Zentralorgan des „Spartacusbund", einer der trotzkistischen Gruppen der BRD – sind unter der Überschrift „**KB spielt Zensor**" seltsame Dinge zu lesen.

Konkret geht es darum, daß in Westberlin KB-Genossen tatkräftig mithalfen, einige „KPD"-Provokateure aus einer Veranstaltung der iranischen Studentenvereinigung CISNU zu entfernen. Darüber haben sich die Trotzkisten anscheinend sehr geärgert. Jedenfalls behaupten sie, der KB habe damit eine „**klare Verletzung der A r b e i t e r d e m o k r a t i e**" begangen.

Im selben Atemzug erklären sie allerdings auch, daß die „KPD" „**nur als konterrevolutionär bezeichnet werden**" kann ... – um am Schluß wieder darüber zu zetern, daß der KB nicht einsehen will, daß die „KPD" nach Ansicht der Trotzkisten „**Bestandteil der sozialistischen Bewegung**" sei.

Man muß wohl total meschugge sein, um K o n t e r r e v o l u t i o n ä r e zum Bestandteil der sozialistischen Bewegung zu erklären und für sie im Namen der „Arbeiterdemokratie" unbeschränktes Rederecht zu fordern. Nur zur Erinnerung für die Trotzkisten: Dieser „Bestandteil der sozialistischen Bewegung" fordert nicht bloß die Stärkung der Bundeswehr, sondern bejubelt beispielsweise auch die Repression in Portugal, die er am liebsten noch verschärft sehen möchte!

Man könnte sich damit zufrieden geben, daß die Trotzkisten halt „einen an der Waffel" haben und selbst nicht wissen, was sie mit „Konterrevolutionären" meinen und was mit „sozialistischer Bewegung" – daß sie von diesen Begriffen also einen völlig unernsten, gedankenlosen Gebrauch machen. Aber das ist nur die halbe Wahrheit.

Die Trotzkisten haben offensichtlich auch ein ganz vitales Interesse daran, daß die „KPD"-Provokateure überall ungestörte Narrenfreiheit genießen, um ihre faschistoiden Sprüche zu verbreiten. Denn die Trotzkisten b r a u c h e n diese Sprüche, um ihren ganzen unwahrscheinlichen Dreck gegen „Stalinismus" und „Maoismus" an den Mann zu bringen. So ist in „spartacus" beispielsweise von „*wahnwitzigen, mao-stalinistischen* (!!) *Sprüchen*" der „KPD" die Rede, die „KPD/ML" wird als „*eindeutig stalinistische Organisation*" hingestellt. Verwegen wird gar behauptet: „**Der KB unterscheidet sich von KBW, GRF und ‚KPD/ML' nur (!!!) dadurch, daß er noch zentristischer, noch prinzipienloser und opportunistischer ist**". – Hier ist die Absicht am offensichtlichsten – die „Vaterlandsverteidiger" werden dankbar benutzt, um den KB zu diffamieren. Daher ist es gar kein Wunder, wenn die Trotzkisten verbittert aufheulen, sobald diesen „Konterrevolutionären" das Rederecht entzogen werden soll. Die „Konterrevolutionäre" sollen reden dürfen – nicht wegen der „Arbeiterdemokratie", sondern damit den Trotzkisten nicht der Stoff für ihre antikommunistische Hetze ausgeht!

Portugals „ML"-er gegen Anerkennung Angolas

Am 16. Februar wurde die Bildung einer „Einheitsfront" gegen die Anerkennung Angolas durch die portugiesische Regierung bekanntgegeben. In dieser Einheitsfront sind die Jugendorganisation der „PCP (ml)" (die einzige portugiesische Organisation, die im letzten Jahr zu Besuchen nach China eingeladen wurde!), die AOC („Massenorganisation" der „PCP/ML") u n d die JSD, Jugendorganisation der rechtsgerichteten PPD zusammengeschlossen. Mit einer Anerkennung Angolas – so erklärten die drei Verbündeten – würde sich die portugiesische Regierung „*objektiv auf die Seite des russischen Sozialimperialismus stellen*" und sich „*automatisch zum Komplizen der von tausenden von sowjetisch-kubanischen Söldnern gegen das angolanische Volk verübten Aggressionen machen*" („O Dia", 17.2.76).

Es war auch kaum jemand verblüfft, als am selben Tag zu lesen war, daß die AOC (die im Februar einen „Kongreß" abhielt) beschlossen habe, bei den kommenden Wahlen die PPD zu unterstützen. Dies wurde allerdings von der AOC gleich dementiert: Die AOC wolle in allen Wahlkreisen, wo sie „verankert" sei, selbst kandidieren ... immerhin hält die AOC die PPD für eine „*Partei der liberalen Bourgeoisie ..., die momentan konsequent die nationale Unabhängigkeit und die Demokratie verteidigt*" („O Seculo", 18.2.76). Nicht viel schlechter denkt die AOC auch über die rechtsradikale CDS („Christdemokraten"): Die CDS sei zwar eine Partei der Rechten, aber bisher habe sie „*kein antidemokratisches Verhalten gezeigt*" und daher gebe es „*keinen Grund, sie anzugreifen*" („A Capital", 18.2.76).

Auf ihrem Kongreß beschloß die AOC den „Kampf für den Sozialismus" aus ihrem Programm zu streichen. Die AOC will stattdessen „*nur für die Demokratie, im weitesten Sinn des Wortes* (!), *und für die nationale Unabhängigkeit kämpfen, die vor allem vom russischen Sozialimperialismus bedroht ist*" („O Seculo", 18.2.). Die AOC paßte auch ihr Organisationssymbol entsprechend an: Statt der bisherigen Ähre und dem Hammer soll das „Kastell von Guimaraes" gezeigt werden, das allgemeine Symbol eines reaktionären Nationalismus (lt. „O Seculo", 18.2.).

Gegen die Anerkennung Angolas sprach sich im Übrigen nicht nur die „PCP (ml)"/AOC aus, sondern auch die MRPP. Auf einer Pressekonferenz sagte MRPP-„Generalsekretär" Arnaldo de Matos dazu: Portugal dürfe keine Regierung anerkennen, die „*aus der Aggression und den Manövern des Sozialimperialismus hervorgegangen*" sei. „*Diese mit dem sowjetischen Sozialimperialismus verbundene Regierung anzuerkennen, würde heißen, eine zukünftige Aggression gegen unser eigenes Land zu legitimieren*" („Diario de Noticias", 19.2.).

SDAJ:

SDAJ: Schülerunion und JU – „demokratisch" !?

Mit großem Getöse bereitet zur Zeit die SDAJ – Jugendorganisation der DKP – ihr Jugendfestival am 24. April in Dortmund vor. Neben einer Reihe kultureller Beiträge soll auch die Politik um Jugendfragen nicht zu kurz kommen. Für eine Podiumsdiskussion sind eine Reihe von „demokratischen Jugendorganisationen" eingeladen, darunter auch die Junge Union der CDU, die ausdrücklich als „demokratisch" bezeichnet wird. Nach einer Meldung der „UZ" vom 19.2. ist für eine spezielle Diskussion um Schülerfragen unter anderem auch die Schülerunion – ein Sammelbecken reaktionärer und faschistischer Schüler – eingeladen.

Das ist typisch für SDAJ/DKP: die linken Organisationen und ihre Jugendarbeit werden mit allen Mitteln bekämpft und diffamiert, mit Abgrenzungsbeschlüssen wird jede Zusammenarbeit umgangen. Rechte und reaktionäre Verbände bezeichnen sie als „demokratisch" und umwerben sie.



„KPD" widerspricht Gewerkschaftsführer

Herbe Kritik übte die vaterländische „KPD" an Gewerkschaftschef Mahlein (Druck/ Papier) - und natürlich von r e c h t s !

Mahlein hatte in einer Rede auf der Westberliner Mitgliederversammlung wortradikal die „Kürzung des Rüstungshaushalts" gefordert, wofür er zum ersten und einzigen Mal starken Beifall bekam.

Aber schon war ein „KPD"-Vaterländler zur Stelle: Mahlein solle gefälligst keine Friedensillusionen schüren. Seine Forderung schwäche die Verteidigungskraft der NATO gegenüber dem Sozialimperialismus ...

An diesem Punkt ging die Rede des Vaterländlers in einem lautstarken Pfeifkonzert unter.

Erneut hat sich hier bestätigt, daß die „KPD" nicht nur weit entfernt ist von jeder Kritik an den aggresiven Bestrebungen des BRD - Imperialismus und seinen Agenten in der Arbeiterklasse, sondern daß sie ihre Aufgabe im Gegenteil als kriegs - und rüstungshetzerischer Scharfmacher auf rechtsaußen sieht.

‚Ökonomisten', ‚Sozialchauvinisten', ‚Sektierer' und ... Scharlatane

Vertreter der vier „ML"-Richtungen am selben Tisch

Am 14. Februar trafen sich die KBW-Führer auf ihre Initiative hin mit ihren Kollegen von der „KPD/ML", von der „KPD" und vom KAB„D" zu einem Gespräch. Vordergründig ging es darum *„die Möglichkeiten eines gemeinsamen Eingriffs in die Bundestagswahlen zu prüfen"* („KVZ", 19.2.).

Im Hintergrund stand wieder einmal das Bestreben der KBW-Führer, ihrer Konzeption von der **„Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei"** ein Stückchen näher zu kommen.

Die KBW-Führer behaupten, daß es in der BRD eine **„marxistisch-leninistische Bewegung"** gebe, die *„im wesentlichen"* aus den vier Gruppierungen KBW, „KPD/ML", „KPD" und KAB„D" bestehe (so z.B. KBW-Chef Schmierer in der „KVZ" vom 19.2.). Das Gespräch vom 14. Februar wertet Schmierer ausdrücklich als Anerkennung seiner These: *„An dem Gespräch haben alle vier Organisationen teilgenommen. Damit haben sie alle die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt, was ein wichtiger Fortschritt ist ... Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutsame Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei"* („KVZ", s.o.).

Schmierer selbst kennzeichnet diese von den KBW-Führern konstruierte **„marxistisch-leninistische Bewegung"** sehr offenherzig folgendermaßen:

- Im KAB„D" habe **„die ökonomistische Strömung die Oberhand gewonnen"**;
- In der „KPD" habe **„der Sozialchauvinismus die Oberhand gewonnen"**;
- In der „KPD/ML" (und der „KPD") habe **„das Sektierertum die Oberhand gewonnen"** („KVZ", s.o.).

„KPD") habe „das Sektierertum

nistischen Bewegung" rechnet –

Zu diesen Verbündeten, mit denen die KBW-Führer nach eigenem Geständnis eine **„marxistisch-leninistische Bewegung"** bilden wollen, kann man Schmierer & Co. wahrhaftig gratulieren! ... **„Ökonomisten", „Sozialchauvinisten"** und **„Sektierer"** bestätigen dem KBW **„die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung"** – wahrlich ein **„wichtiger Fortschritt"**! ...

Die Einbeziehung von „Sozialchauvinisten" in die „marxistisch-leninistische Bewegung" demaskiert am deutlichsten die trüben Pläne von Schmierer & Co. zur **„Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei"**. Die totale Hemmungslosigkeit ist Trumpf!

Die *„marxistisch-leninistische Bewegung"* à la Schmierer ist ein Schrotthaufen verlumpter kleinbürgerlicher Führer, die sich zwar gegenseitig Titulierungen wie **„Ökonomisten", „Sozialchauvinisten"** oder auch **„Agenten des Sozialimperialismus"** an den Kopf werfen, aber von denen alle daran interessiert sind, einen prinzipiellen Bruch zu vermeiden, weil sie einander noch brauchen.

Das Kalkül von Schmierer & Co. liegt auf der Hand: Die guten Verbindungen der „KPD/ML" zur VR China und zur internationalen „ML"-Bewegung und eine gewisse „Tradition" der „KPD/ML" zusammenzubringen mit der politischen Linie des KBW und mit der Anhängerschaft aller vier Organisationen.

Das größte Interesse der KBW-Führer gilt bei diesem Plan der „KPD/ML". Schon im letzten Jahr bestätigte Schmierer der „KPD/ML" in der „KVZ", sie wolle – im Gegensatz zur „KPD", die er aber jetzt nichtsdestotrotz zur „marxistisch-leninistischen Bewegung" rechnet – „an der Revolution festhalten". Schmierer war auch sehr rasch bereit, der „KPD/ML" nach ihrer jüngsten scheinbaren „Kurskorrektur" blanko zu bestätigen: **„Mit dieser Kurskorrektur hat sie der Linie der Vaterlandsverteidigung eine eindeutige Absage erteilt"** („KVZ", 29.1.).

Daß es wohl ganz so „eindeutig" nicht war, deutet Schmierer in der „KVZ" vom 19.2. an: Die „KPD/ML" habe bei dem Gespräch am 14. Februar der **„präzisen Festlegung"** auf den BRD-Imperialismus als Hauptfeind der westdeutschen Arbeiterklasse nicht zustimmen wollen. Leider äußert sich Schmierer dazu inhaltlich nicht weiter!...

Überhaupt verläuft Schmierers Argumentation immer nach dem Motto: Wir sind Ökonomisten, Sozialchauvinisten und Sektierer und sonstwas ... – aber wir sind uns einig, daß wir die marxistisch-lenistische Bewegung der BRD bilden, und das ist schon ein großer Fortschritt! ...

Aus der „KVZ" ist unschwer abzulesen, daß dieses Konzept von der *„Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei"* als **„Tagesaufgabe"** (Überschrift in „KVZ", 19.2.) ein besonderes Hobby von Schmierer ist, der praktisch sämtliche Artikel zu diesem Thema geschrieben hat. Es gibt jedoch keine Hinweise, daß die restliche KBW-Führung dabei nicht voll mitzieht.

Dem KBW, dessen ganze politische Existenz sich auf Teile des liberalen Kleinbürgertums gründet, wird der „ML"-Trip den sicheren und raschen Untergang bringen: Seine alte Anhängerschaft und Basis wird er weitgehend verlieren und eine neue wird er kaum gewinnen. Der Widerspruch zwischen den Ansprüchen einer „ML"-Politik und der durchgehend rechtsopportunistischen Linie des KBW (Gewerkschaftsfrage, Haltung zur DKP, „Volksentscheid" gegen § 218 usw. usf.) wird die Organisation zerreißen. Und im Konkurrenzkampf zwischen den Gaunern dürfte sich „KPD/ML"-Chef Aust als der gerissenere erweisen.

Schmierer, Maier & Co. sind die Totengräber des KBW. Damit erweisen sie der Arbeiterbewegung unseres Landes einen großen Dienst! ●



Peinlich – auch die „KPD/ML"

Achse „KPD/ML" – KBW gefestigt

In Westberlin haben KBW und „KPD/ML" einen gemeinsamen Aufruf zum Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen herausgegeben. In dem Aufruf heißt es:

„Der KBW und die KPD/ML haben zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen eine Aktionseinheit geschlossen . . . ***Diese Aktionseinheit ist ein Erfolg im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer Kommunistischen Partei.*** *Wir kritisieren scharf, daß die Gruppe Rote Fahne (KPD) den Kampf um die Einheit an diesem Punkt nicht konsequent geführt hat und mit einer eigenen Aktion die Kampffront spaltet."*

Diese Sätze demonstrieren das geradezu halsbrecherische Tempo, mit dem KBW und „KPD/ML" derzeit die *„Einheit der Marxisten-Leninisten"* – so wie s i e sie verstehen! – ansteuern. Grundsätzliche Bedenken bestehen offenbar nicht, auch die übelsten Vaterlandsverteidiger von der „KPD" (die u.a. den Rechtsputsch in Portugal bejubelt und eine noch schärfere Repression dort fordert!) in diese „Einheit" einzubeziehen; vorgeworfen wird der „KPD" lediglich, daß sie derzeit „die Einheit" nicht will! . . .

Während die KBW-Führer in der „KVZ" noch einige Worte gegen „Sektierertum", „Sozialchauvinismus" etc. verlieren, deklarieren sie „Aktionseinheiten" mit den Vaterlandsverteidigern – o h n e Klärung der grundsätzlichen Differenzen! – als „Erfolg" auf dem Weg zur „Partei".

Es ist auch kein Zufall, daß die KBW-Führer sofort mit dem „Persil-Schein" zur Hand waren, die „KPD/ML" gehöre gar nicht zu den Vaterlandsverteidigern, obwohl sich leicht das Gegenteil beweisen läßt. Da die „KPD/ML" angeblich von der Vaterlandsverteidigung abgerückt ist, wird in der „KVZ" auch schon lange keine Auseinandersetzung mit ihren eindeutig „sozial"chauvinistischen Thesen mehr geführt. Auch die idiotisch-provokatorische Proklamation des Schreibtisch-Produktes ***„Sektion DDR der KPD/ML"*** durch Ernst Aust war der „KVZ" keine müde Zeile der Kritik mehr wert.

Die KBW-Führer können ja schwerlich zugeben, daß ihre Geschäftspartner von der „KPD/ML" nichts weiter sind als geltungssüchtige Windbeutel, die angebliche „Parteien" wie Falschgeld in die Welt setzen und die mit ihrem opportunistischen Zickzack-Kurs (gerade in Sachen Vaterlandsverteidigung) keinerlei Glaubwürdigkeit verdienen. ●

Peinlich – auch die „KPD/ML" fällt Schmierer in den Rücken!

Nach dem KAB„D" hat inzwischen auch die „KPD/ML" Schmierers phantasievoller Darstellung über das „historische" Vierer-Gespräch zwischen dem KBW, „KPD/ML", „KPD" und KAB„D" entschieden widersprochen.

Der „Rote Morgen" (28.2.) der „KPD/ML" zitiert Schmierers Worte: *„Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutende Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei"*. Kommentar des „Roten Morgen" dazu: **„Das ist reiner Zynismus. Diese Verhandlungen haben der Einheit der Marxisten-Leninisten keineswegs genützt ... Sie haben lediglich das Spaltertum des KBW enthüllt. Ein schwacher Trost"**.

An anderer Stelle kritisiert der „RM" Schmierers Trick als **„falsch und spalterisch, die Frage der Aktionseinheit ... mit der Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten in einer kommunistischen Partei gleichzusetzen"**.

Schmierers Versuch, im Eigenbau eine „marxistisch-leninistische Bewegung" zusammenzuzimmern, scheint also selbst bei den „KPD/ML"-Führern nicht auf völlige Gegenliebe zu stoßen. Nach der klaren Distanzierung von KAB„D" und „KPD/ML" sitzt Schmierer erst einmal mit der „KPD" a l l e i n am Tisch. Aber wahrscheinlich wird sich auch diese noch gegen Schmierers Umarmungsversuche verwahren ...! ●

Ernst Aust lädt zu Tee und Schnacks

Tee und „Politik" aus dem Aufgußbeutel bekam eine Handvoll Journalisten vorgesetzt, die einer Einladung des Vollblut-Komödianten Ernst Aust zu einer „Pressekonferenz" im Dortmunder First-Class-Hotel „Römischer Kaiser" gefolgt waren.

Der für seine lockeren Späßchen bekannte Kauz stellte sich als frischgebackener Gründer einer *„Sektion der KPD/ML der DDR"* vor. Persönlich dabeigewesen sei er freilich nicht, *„weil der SSD so gut organisiert ist"* (dies und folgende Zitate nach einem Bericht in der „Frankfurter Rundschau" vom 20.2.).

Den neugierigen Fragen der Journalisten nach konkreten Aktivitäten, Mitgliederstand etc. dieser famosen „Sektion" wich Ernst Aust schalkhaft aus, indem er schnell überging zu langen Reden über die Bedeutung von „Radio Tirana", über die allgemeinen Ziele seiner diversen „Parteien" und „Sektionen" etc.

Über „Aktivitäten" seiner Neugründung in der DDR gab er lediglich augenzwinkernd bekannt: *„Es waren schon mehrere Flugblattaktionen da"*. Damit spielte er offenbar auf die vom „Kalten Krieg" her übernommene Sitte an, über die „Berliner Mauer" Luftballons steigen zu lassen, an denen Papier mit humoristischen Texten aller Art befestigt wird.

Über die Mitgliederzahl seiner Neugründung gab Aust immerhin mit einer bei ihm ungewohnten und umso erfrischenderen Ehrlichkeit zu: *„In jeder kleinen Stadt der DDR"* sei seine Neugründung nicht vertreten.

Tatsächlich gilt als sicher, daß es sich bei der von Aust bekanntgegebenen „Sektion DDR" um eine neue Eulenspiegelei dieses anscheinend unverwüstlichen Hamburger Originals handelt. Man erinnert sich, daß Aust vor zwei Jahren bekanntgab, vom Hamburger Michel bis zur Petri-Kirche fliegen zu wollen – aber die Neugierigen dann sehr lange warten ließ ...! ●

Kommission gegen den politischen Mißbrauch der europäischen Landschaften und für den Schutz unserer heimischen Originale

Der KAB„D" distanziert sich

Schmierer verbuchte es als Erfolg des Vierer-Gesprächs zwischen KBW, „KPD/ML", „KPD" und KAB„D", daß alle vier Organisationen **„die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt"** hätten, die angeblich aus diesen vier Organisationen besteht.

Dieser Darstellung hat der KAB„D" in seiner „Roten Fahne" vom 19.2. widersprochen. Er schreibt: **„Diese Organisationen nennen sich marxistisch-leninistisch ..., verzerren aber in Wirklichkeit den Marxismus-Leninismus"**. Der KAB„D" erklärt außerdem, daß es für ihn mit den Vaterlandsverteidigern von der „KPD" und mit der „KPD/ML" p r i n z i p i e l l keine Einigung geben kann, (also auch z.B. nicht zu den Bundestagswahlen), *„solange sie diese Positionen nicht revidiert haben"*. Dem KBW wird vorgeworfen: **„Die Einladung des KBW trägt einen opportunistischen Charakter, weil sie ... die grundsätzlichen Widersprüche zwischen den einzelnen Organisationen zugunsten der Illusion einer möglichen Einigung beiseite läßt"**.

Die KBW-Führer wußten natürlich, daß der KAB„D" schon bei dem vom KBW initiierten Vierer-Gespräch über eine „Aktionseinheit" anläßlich des § 88 a („Maulkorbparagraph") eine Zusammenarbeit mit „KPD" und „KPD/ML" prinzipiell abgelehnt hatte. Schmierer hat demnach von vornherein bewußt g e l o g e n, als er so tat, als würde der KAB„D" zu den Organisationen gehören, die die **„Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung"** im Sinne des KBW anerkennen.

Der Grund für diesen Trick liegt auf der Hand: Die KBW-Führer versuchen mit allen Mitteln, den KAB„D" als Alibi in ihre Manöver hineinzuziehen, um damit zu bemänteln, daß der KBW sich mit seiner sogenannten „marxistisch-leninistischen Bewegung" in Wirklichkeit a u s s c h l i e ß l i c h in der anrüchigen Gesellschaft der übelsten Vaterlandsverteidiger und Provokateure befindet. ●

Angola/Afrika — KBW jetzt total enthemmt

Nach dem katastrophalen Zusammenbruch seiner „Angola-Politik" folgt der KBW jetzt offenbar dem Prinzip *„ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert"*. Mit einer erschreckenden Hemmungslosigkeit, wie sie selbst den hartgesottenen Brüdern vom „Roten Morgen" fremd ist, stürzt sich der KBW sogleich in neue konterrevolutionäre Abenteuer von noch größerer Tragweite.

Die bürgerliche Presse wird eifrig studiert, um ein möglichst abschreckendes Bild der aktuellen Lage in Angola zu schaffen: Sowjetische Kriegsschiffe „sollen" (lt. Behauptungen der UNITA!) angolanische Hafenstädte beschossen haben, ein *„Flüchtlingsstrom"* von mehr als 100 000 Menschen *„wälzt"* sich durch Angola („KVZ", 19.2.). Nicht einmal die Erinnerung an die exakt gleich lautenden bürgerlichen Hetzmeldungen aus den letzten Tagen des Vietnam-Krieges kann offenbar den KBW davon abhalten, sich in diesem Dreck zu suhlen, um die MPLA zu diffamieren.

Der portugiesischen Regierung hält der KBW vor, daß sie endlich die rechtmäßige Regierung Angolas anerkannt hat – damit habe sie *„das Abkommen von Alvor gebrochen"*. Anscheinend eifert der KBW hier den portugiesischen „ML"ern („PCP/ML" und MRPP) nach, die gemeinsam mit den Rechtsparteien eine Kampagne gegen die Anerkennung Angolas führten! (vgl. Artikel in diesem AK). Allerdings sind die KBW-Führer zu feige, um in derselben diffamierenden Weise auch gegen die Aufnahme Angolas in die OAU und gegen die längst erfolgte Anerkennung durch Staaten wie die beiden Vietnam, Nordkorea, Laos und Kambodscha Stellung zu nehmen!

Vertragsbruch wirft dagegen der KBW der MPLA vor, weil sie es „gewagt" hat, die UNITA und FNLA offiziell zu verbieten. Die KBW-Führer verbergen kaum noch, welche Hoffnungen sie in die konterrevolutionären „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA setzen: Unter der „optimistischen" Überschrift: *„Der Kampf um Angola geht weiter:* („KVZ", 26.2.) gibt der KBW erneut seiner Hoffnung Ausdruck, daß FNLA und UNITA jetzt einen *„Guerillakrieg gegen die ausländischen Besatzer"* (gemeint sind die kubanischen Genossen!) führen werden, und daß es *„keinen Frieden"* in Angola geben werde, bevor nicht *„die russische Supermacht und ihre Truppen aus dem Land vertrieben worden sind"* („KVZ", 26.2.).

Demnächst wird der KBW wohl seine bisher scheinheilig zur Schau getragene „Neutralität" gänzlich ablegen und offen den „gerechten Befreiungskampf" der FNLA und UNITA „gegen die ausländischen Besatzer" propagieren. Schon jetzt greift die „KVZ" ja ungeprüft jede Propagandalüge von FNLA/UNITA zur Diffamierung der MPLA auf! Nur ist es glücklicherweise so, daß außer dem offenkundig unbelehrbaren KBW kaum jemand daran glaubt, daß diese Banden mit irgendeiner Aussicht auf Dauer oder gar Erfolg einen „Guerilla-Krieg" führen könnten, da sie kaum Unterstützung im Volk haben und da ihre bisherigen „Schutzmächte" (vor allem Sambia und Zaire) kaum noch wagen können, ihre Hilfe fortzusetzen, ebenso wie der Hauptgeldgeber, der US-Imperialismus.

Der KBW setzt aber nicht nur auf FNLA und UNITA, sondern auch auf die Bemühungen der Imperialisten um Einfluß in Angola. Daß die EG-Staaten sich endlich gezwungen sahen, die VR-Angola anzuerkennen, wird in der verräterischen Sprache der „KVZ" als *„Pferdewechsel"* hingestellt. In der Gedankenwelt dieser Leute sind die afrikanischen Staaten und Befreiungsbewegungen anscheinend „Pferde", die von den Imperialisten beliebig „gewechselt" werden können. KBW und Imperialisten werden sich aber wohl oder übel an den Gedanken gewöhnen müssen, daß sie alle beide in Afrika nicht mehr sehr fest im Sattel sitzen!

Der KBW begnügt sich keineswegs damit, die MPLA zu diffamieren und die Zukunft der VR-Angola in den bösartigsten und schwärzesten Farben hämisch darzustellen. Ausschweifend geht er dazu über, jetzt auch andere Befreiungsbewegungen und Klassenkämpfe anzugreifen. Schon meldet die „KVZ", daß sich die Sowjetunion auch an die SWAPO, Befreiungsbewegung von Namibia (Südwestafrika), *„heranmachen"* wolle („KVZ", 26.2.). Da die SWAPO nicht abgeneigt scheint, sich von der Sowjetunion und Kuba unterstützen zu lassen, wird demnächst in der „KVZ" wohl auch die Hetze gegen die SWAPO losgehen, wie bisher schon gegen die MPLA.

Schon jetzt hetzt die „KVZ" offen gegen die Studenten- und Volkskämpfer in Sambia und Zaire. Diese beiden Länder waren bisher die Hauptstützen der UNITA bzw. der FNLA gewesen, über diese Länder waren die imperialistischen Waffenströme, Geld und faschistische Söldnerbanden nach Angola geleitet worden. Erst kürzlich wurde durch UNITA-Chef Savimbi zugegeben, daß die südafrikanische Aggression gegen Angola auf seine Bitten und auf Vermittlung der sambischen Regierung hin erfolgte! (siehe z.B. „FAZ", 17.2.) Dies hindert die „KVZ" freilich nicht, die total idiotische Behauptung aufzustellen: *„Zaire und Sambia sind konsequent gegen die Einmischung beider Supermächte aufgetreten, gegen den Bürgerkrieg und für eine Regierung der nationalen Einheit"* („KVZ", 19.2.).

Die Herrschenden beider Länder sind durch ihre Unterstützung der reaktionären Kräfte in Angola und durch ihre enge Kompromittierung mit dem Imperialismus und mit dem südafrikanischen Rassisten-Regime auch innenpolitisch in eine schwierige Lage geraten. In beiden Ländern nehmen die Volkskämpfe zu.

In der Sprache der „KVZ" wird daraus: *„Einmischung durch den russischen Sozialimperialismus"*!! In Sambia, so verkündet die „KVZ", ist es die *„große"* sowjetische Botschaft, die offenbar hinter den Volkskämpfen steht und die die *„Studentenbewegung vor ihren Karren zu spannen versucht"*.

In Zaire, so heißt es weiter, setze die Sowjetunion *„auf Chaos und Bürgerkrieg, um sich einmischen zu können"*. Sie setze dabei auf Antoine Gizenga, ehemaliger Mitstreiter des ersten Präsidenten des heutigen Zaire (damals Kongo/Leopoldville), Patrice Lumumba, der unter Beteiligung Mobutus ermordet wurde. Die „Gegnerschaft" Gizengas zu Mobutu wird in der „KVZ" als eine aus alten Zeiten herrührende Angelegenheit dargestellt, deren anscheinend längst vernarbten *„Wunden"* jetzt die Sowjetunion *„erneut zum Ausbruch verhelfen"* wolle („KVZ", 19.2.).

Aus der Lektüre der „KVZ" muß man schier den Eindruck gewinnen, daß die afrikanischen Volksmassen und Befreiungsbewegungen allesamt Idioten sind, die sich von den „Sozialimperialisten" beliebig manipulieren und „vor ihren Karren spannen" lassen, die sich nach Belieben vom „Sozialimperialismus" in mörderische „Bruderkriege" hetzen lassen usw. In ganz Schwarzafrika wird es wohl bald nur noch zwei oder drei Leute geben, denen der KBW eine „korrekte" Politik zutraut Mobutu (Zaire), Kaunda (Sambia) und eventuell Idi Amin (Uganda)!!

„Für die Sowjetunion ist Angola" – so verkündete der KBW – *„Aufmarschgebiet für die Expansion nach Zentral- und Südafrika (!)"*. Die Sowjetunion wolle jetzt *„ein zweites und ein drittes Angola schaffen"*.

„Am Südufer des Zaireflusses haben sich die Truppen der Sowjetunion (?!) niedergelassen", klingt es drohend in der „KVZ". Der zairische Außenminister wird zitiert: *„Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Sowjets und Kubaner in Angola nicht haltmachen werden"*. 10.000 kubanische Soldaten *„mit modernen sowjetischen Waffen"* bedrohen laut „KVZ" von Angola aus Zaire usw. (alle Zitate aus der „KVZ", vom 19.2.).

Das gesamte südliche Afrika wird von revolutionären Befreiungskämpfen erschüttert. Die Niederlage des Imperialismus in Angola hat die Ausgangsbedingungen für Siege auch in anderen Ländern erheblich verbessert. Auch verschieden eng in den angolanischen Bürgerkrieg verwickelte reaktionäre pro-imperialistische Regimes (wie in Sambia und Zaire) werden von Volkskämpfen erschüttert.

In den antikommunistischen Schrei der Bourgeoisie „Hilfe, Afrika wird rot!", stimmt der KBW schrill und laut ein. Wo in Wirklichkeit die Völker Afrikas auf dem Vormarsch sind, vermag der KBW nur noch „sozialimperialistische Einmischung", „sozialimperialistische Expansion" usw. zu sehen. Wie ein angeschlagener Boxer taumelt der KBW angesichts des revolutionären Aufschwungs im südlichen Afrika hin und her und stößt sich überall den Kopf.

Das inzwischen offenkundige Eintreten des KBW für die reaktionärsten Regime Afrikas uns seine Hetze gegen Befreiungsbewegungen und Volkskämpfe werden den Untergang dieser Gruppierungen beschleunigen. Schaufelt schneller, „Genossen"! ●

Inhalt